Landtag
Nordrhein-Westfalen
14. Wahlperiode

Plenarprotokoll
14/12
09.11.2005

12. Sitzung

Düsseldorf, Mittwoch, 9. November 2005

Mitteilungen der Präsidentin 999

Änderung der Tagesordnung 999

1 Aktuelle Stunde

Thema: **NRW im PISA-Bundesländervergleich weiter abgerutscht – Neustart in der Bildungspolitik unverzichtbar**

Antrag
der Fraktion der CDU
gemäß § 90 Abs. 2 GeschO 999

Bernhard Recker (CDU) 999
Ute Schäfer (SPD) 1001, 1014
Ralf Witzel (FDP) 1003
Sigrid Beer (GRÜNE) 1004
Ministerin Barbara Sommer 1006, 1013
Renate Hendricks (SPD) 1007
Klaus Kaiser (CDU) 1009
Sylvia Löhrmann (GRÜNE) 1010
Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) 1011
Ursula Doppmeier (CDU) 1012
Marie-Theres Kastner (CDU) 1015

2 Erstes Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/569

erste Lesung 1016
Michael Solf (CDU) 1016
Dr. Gerhard Papke (FDP) 1017
Wolfram Kuschke (SPD) 1019
Sylvia Löhrmann (GRÜNE) 1022
Ministerin Barbara Sommer 1023
Ute Schäfer (SPD) 1025
Werner Jostmeier (CDU) 1026
Monika Düker (GRÜNE) 1028
Minister Armin Laschet 1029

Ergebnis 1031

3 Aktuelle Stunde

Thema: **„Soziale Stadt“ ist unverzichtbar: gegen Ghettobildung, für aktive Integration!**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
gemäß § 90 Abs. 2 GeschO 1031

Horst Becker (GRÜNE) 1031
Bernd Schulte (CDU) 1033
Britta Altenkamp (SPD) 1034
Christian Lindner (FDP) 1036
Minister Armin Laschet 1038
Frank Sichau (SPD) 1039
Marie-Theres Kastner (CDU) 1040
Barbara Steffens (GRÜNE) 1041
Horst Engel (FDP) 1042
Minister Oliver Wittke 1043
Hendrik Wüst (CDU) 1044

4 Profilbildung fortführen – Hochschulstandorte sichern

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/581 – Neudruck 1045

Karl Schultheis (SPD)....1045
Manfred Kuhmichel (CDU) 1047
Dr. Michael Vesper (GRÜNE) 1048
Christian Lindner (FDP)....1049
Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart ...1050
Heike Gebhard (SPD) 1052
Dr. Michael Brinkmeier (CDU)....1054

Ergebnis....1055

5 Kommunen und Betroffene dürfen nicht die Verliererinnen bei der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe werden

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/579

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/611....1055

Horst Becker (GRÜNE) 1055
Rainer Lux (CDU)....1056
Hans-Willi Körfges (SPD) 1057
Horst Engel (FDP) 1059
Minister Karl-Josef Laumann....1060
Barbara Steffens (GRÜNE)....1062

Ergebnis....1062

6 Keine Erhöhung der Mehrwertsteuer

Eilantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/604....1062

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) 1062
Bernd Krückel (CDU)....1064
Gisela Walsken (SPD)....1066
Angela Freimuth (FDP) 1067
Minister Dr. Helmut Linssen 1068

Ergebnis....1070

7 Für eine praktikable neue EU-Chemikalienpolitik – Interessen von Beschäftigten, Verbrauchern, Umwelt und Unternehmen wahren

Antrag
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/610.... 1071

Karl Kress (CDU).... 1071
Wolfram Kuschke (SPD).... 1072
Holger Ellerbrock (FDP) 1073
Johannes Remmel (GRÜNE) 1074
Ministerin Christa Thoben.... 1075

Ergebnis.... 1076

8 Fragestunde

Drucksache 14/583 – Neudruck 1076

Starker Anstieg der Gewaltkriminalität in NRW?

Mündliche Anfrage 18
des Abgeordneten
Frank Sichau (SPD).... 1076

Ministerin R. Müller-Piepenkötter 1077

Entspricht die Erweiterungsgenehmigung für die Flughafen Düsseldorf GmbH noch dem Angerland-Vergleich?

Mündliche Anfrage 19
des Abgeordneten
Oliver Keymis (GRÜNE) 1079

Minister Oliver Wittke.... 1080

Frühwarnsystem nutzen – Kürzung der Mobilitätshilfen für Auszubildende verhindern

Mündlichen Anfrage 20
des Abgeordneten
Rainer Schmeltzer (SPD) 1083

Minister Karl-Josef Laumann.... 1083

Beauftragte/n für Menschen mit Behinderung endlich benennen

Mündliche Anfrage 21
der Abgeordneten
Barbara Steffens (GRÜNE) 1085

Minister Karl-Josef Laumann.... 1086

9 Klimaschutzpolitik in NRW fortsetzen!

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/578.....1089

Ergebnis.....1089

10 Sitzenbleiben überflüssig machen – Individuelle Förderung stärken

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/576.....1089

Sigrid Beer (GRÜNE) 1089
1099
Michael Solf (CDU).....1091
Renate Hendricks (SPD).....1093
Ingrid Pieper-von Heiden (FDP).....1096
Ministerin Barbara Sommer.....1098

Ergebnis.....1100

11 Lückenlose Informationen und nachvollziehbare Wege von Schlachtabfällen in NRW! Konsequenzen aus bayerischem Lebensmittelskandal ziehen

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/577.....1100

Johannes Remmel (GRÜNE).....1100
Marie-Luise Fasse (CDU).....1101
Margret Gottschlich (SPD) 1103
Holger Ellerbrock (FDP) 1103
Minister Eckhard Uhlenberg.....1105

Ergebnis.....1107

12 Keine Aufweichung des Werbeverbots an Schulen

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/580.....1107

Sigrid Beer (GRÜNE)..... 1107
Thomas Jarzombek (CDU)..... 1108
Thomas Trampe-Brinkmann (SPD)... 1109
Ralf Witzel (FDP)..... 1110
Ministerin Barbara Sommer..... 1111
Sylvia Löhrmann (GRÜNE) 1112

Ergebnis..... 1112

13 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über eine Umlage der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen (UmlG)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/571

erste Lesung 1113

Minister Eckhard Uhlenberg 1113

Ergebnis..... 1113

14 Gesetz über die Veranstaltung und Durchführung von Lotterien und Ausspielungen durch das Land Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/570

erste Lesung 1114

Minister Dr. Ingo Wolf 1114

Ergebnis..... 1114

15 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung von § 15a des Gesetzes betreffend die Einführung der Zivilprozessordnung (Ausführungsgesetz zu § 15a EGZPO – AG § 15a EGZPO)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/244

Beschlussempfehlung und Bericht
des Rechtsausschusses
Drucksache 14/532 – Neudruck

zweite Lesung.....1114

Ergebnis.....1114

16 Beschlüsse zu Petitionen

Übersicht 14/4 1114

Ergebnis.....1114

Nächste Sitzung 1114

*****

Entschuldigt waren:

Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers
(ab 16:30 Uhr)
Minister Michael Breuer

Stephan Gatter (SPD)
Annegret Krauskopf (SPD)
Peer Steinbrück (SPD)

Bärbel Höhn (GRÜNE)

Christof Rasche (FDP)

Beginn: 10:02 Uhr

Präsidentin Regina van Dinther: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich heiße Sie herzlich willkommen zu unserer heutigen zwölften Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen. Mein Gruß gilt auch unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich sieben Abgeordnete **entschuldigt;** ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung möchte ich Sie darauf hinweisen, dass sich die Fraktionen auf folgende **Änderungen der Tagesordnung** für den heutigen 9. November 2005 gemäß § 19 Abs. 2 Geschäftsordnung verständigt haben.

Erstens. Als neuer Tagesordnungspunkt 7 wird der Antrag der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP Drucksache 14/610 mit der Überschrift „Für eine praktikable neue EU-Chemikalienpolitik – Interessen von Beschäftigten, Verbrauchern, Umwelt und Unternehmern wahren“ beraten. Es wurde eine Redezeit nach Block I, also jeweils fünf Minuten pro Fraktion und Landesregierung, sowie eine direkte Abstimmung über diesen Antrag vereinbart.

Zweitens. Die bisherigen Tagesordnungspunkte 7 bis 15 werden entsprechend der Tagesordnung zu 8 bis 16.

Drittens. Außerdem hat die antragstellende Fraktion Bündnis 90/Die Grünen darum gebeten, entgegen dem Ausdruck in der Tagesordnung den neuen Tagesordnungspunkt 9 „Klimaschutz“ heute nicht zu debattieren, sondern nach § 79 Abs. 2 Buchstabe b Geschäftsordnung an die Ausschüsse zu überweisen und die Debatte anschließend nach Vorlage der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zu führen.

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Ich sehe auch keinen Widerspruch. Dann werden wir so verfahren.

Wir treten nunmehr in die Beratung der heutigen **Tagesordnung** ein.

Ich rufe auf:

1 Aktuelle Stunde

Thema: **NRW im PISA-Bundesländervergleich weiter abgerutscht – Neustart in der Bildungspolitik unverzichtbar**

Antrag
der Fraktion der CDU
gemäß § 90 Abs. 2 GeschO

Die Fraktion der CDU hat mit Schreiben vom 7. November 2005 zu dem genannten aktuellen Thema der Landespolitik eine Aussprache beantragt.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner vonseiten der antragstellenden Fraktion Herrn Abgeordneten Recker das Wort. Bitte schön.

Bernhard Recker (CDU): Guten Morgen, meine Damen und Herren! Guten Morgen, Präsidium! „Ein Jahr Lernrückstand in Nordrhein-Westfalen“, „Sitzenbleiber NRW“, „Hauptschule bleibt Sorgenkind in Nordrhein-Westfalen“, „Bildungschancen sind eine Geldfrage“, so oder so ähnlich lauten die Überschriften in den Tageszeitungen über die verheerenden Ergebnisse für unser Land im Hinblick auf Pisa. Besonders schockiert mich, dass Sie von Rot-Grün trotz großer Ankündigungen seit den letzten Pisa-Ergebnissen nichts, aber auch gar nichts dazugelernt haben. Denn wie ist es sonst möglich, dass wieder andere Bundesländer an uns vorbeigezogen sind. Andere Länder haben gezeigt, man kann sich auch innerhalb von nur drei Jahren verbessern.

Sie von Rot-Grün haben viel geredet, viel versprochen, aber leider wenig umgesetzt. Ein Beispiel: Erinnern Sie sich noch, Frau Schäfer, Frau Löhrmann oder Herr Moron, Sie haben den Menschen im Wahlkampf erzählt, dass durch Pflichtstundenerhöhung und Einstellung von 4.100 Lehrpersonen ein guter Beitrag zur Beseitigung des Unterrichtsausfalls stattgefunden hat?

Was sagt die aktuelle Stichprobe im Jahr 2005 aus? – Die Besetzungssituation an den Schulen hat sich im Vergleich zur Erhebung im Jahr 2003 sogar noch verschlechtert. Anspruch und Wirklichkeit sind bei Ihnen zwei Welten.

Erlauben Sie mir zu der Bankrotterklärung zwei Vorbemerkungen:

Die Schuld für dieses katastrophale Ergebnis liegt gewiss nicht bei den in den Schulen Tätigen. Denn unsere jungen Menschen sind mindestens genauso begabt und die Kollegien genauso engagiert wie in anderen Bundesländern. Es muss also Rahmenbedingungen geben, die Politik gewährt oder eben nicht gewährt hat.

Ich will nur zwei Hauptgründe nennen: Begriffe wie Leistung, Disziplin, Erziehung waren jahrelang tabu. Erst nach dem Bekanntwerden erster Vergleiche – national und international – waren Sie bereit, sich mit diesen Themen auseinander zu setzen. Wir alle wissen, die Rahmenbedingungen in unserem Land im Hinblick auf Unterrichtsvolumen waren wesentlich schlechter.

5 Millionen Stunden Unterrichtsausfall sind für Schülerinnen und Schüler nicht verkraftbar,

(Beifall von CDU und FDP)

besonders für die nicht, deren Eltern diese Defizite nicht ausgleichen können.

(Zuruf von der SPD: Falsch!)

Ein zweiter Hinweis: Bei diesem Vergleich geht es nicht um irgendeinen Tabellenplatz, um irgendein Ranking als Selbstzweck. Traurige Tatsache ist doch, meine Damen und Herren, dass aufgrund dieser Situation – ein Jahr Lernrückstand zu anderen Ländern – unsere jungen Menschen schlicht und einfach weniger Chancen haben im Wettbewerb mit jungen Menschen aus anderen Bundesländern. Mit Ihrer Bildungspolitik haben Sie in unverantwortlicher Weise die Zukunftschancen junger Menschen in diesem Lande wesentlich gemindert, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP)

Besonders dramatisch ist die Tatsache, dass nach 39 Jahren SPD-Verantwortung in der Bildungspolitik in keinem anderen Land die Bildungschancen so von der sozialen Herkunft abhängen wie in Nordrhein-Westfalen. Als Sozialdemokrat würde ich mich dafür schämen, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir als Fraktion und ich haben uns immer als Ziel gesetzt, dass es nicht vom Portemonnaie der Eltern abhängen darf, ob junge Menschen eine Chance haben.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Deswegen führen Sie jetzt Studiengebühren ein?)

Was sagt nun Pisa konkret? – Pisa bestätigt unsere Bildungspolitik in fast allen Bereichen. Ich will Ihnen das gerne an einigen Beispielen erläutern: Wir haben mehr Unterricht und einen Abbau des massiven Unterrichtsausfalls gefordert und auch umgesetzt, weil das gerade Kinder aus sogenannten bildungsfernen Schichten nicht alleine ausgleichen können, meine Damen und Herren. 1.000 Lehrer und 20 Millionen € für das Programm „Geld statt Stellen“ bedeuten ein zusätzliches Unterrichtsvolumen von jetzt schon ca. 2 Millionen Stunden im Jahr. Wir werden diesen Weg weitergehen.

Unser zweites wichtiges Ziel war und ist es, mehr Qualität in Schulen zu bringen. Ich nehme das Beispiel OGS: Wir haben immer gesagt, dass bei dem Projekt von Rot-Grün zwar das eine Ziel – mehr Vereinbarkeit von Familie und Beruf – überwiegend erreicht, aber absolut keine Antwort auf Pisa ist. Daher unsere Antwort: Wir haben die Lehrerkapazität von 10 auf 20 % ohne die Möglichkeit der Kapitalisierung verdoppelt.

Die Lösung des dritten Problems der mangelnden Sprachfähigkeit von immer mehr Kindern, übrigens nicht nur Kindern mit Migrationshintergrund, bringen wir auf den Weg, was wir durch Pisa mehr als eindeutig bestätigt sehen,. Nicht erst kurz vor der Einschulung, sondern bereits nach dem vierten Lebensjahr wollen wir die Sprachfähigkeit überprüfen und bei erkennbaren Defiziten verbindliche Maßnahmen ergreifen. Wer bei der Einschulung nicht der deutschen Sprache folgen kann, hat absolut keine Chance. Für diese Forderung – ich sage das vor allen Dingen für diejenigen, die neu im Parlament sind – wurden wir vor einigen Jahren in diesem Raum noch als ausländerfeindlich bezeichnet. Nein, meine Damen und Herren, das frühzeitige Erlernen der deutschen Sprache ist die Grundvoraussetzung für eine schulische und letztlich auch berufliche Perspektive. Daran müssen wir massiv arbeiten.

(Beifall von CDU und FDP)

In einem weiteren Punkt wird unsere Politik durch die Pisa-Ergebnisse gestützt: Wo sind denn die durchs Sieb Gefallenen? – Doch überwiegend in der Hauptschule. Wenn die Hauptschule laut Pisa das Sorgenkind Nr. 1 in Nordrhein-Westfalen ist, so haben Sie von Rot-Grün erheblichen Anteil daran. Wer fast zehn Jahre, wie Sie von Rot-Grün, dieser am meisten belasteten Schule verweigert hat, eine Ganztagsbeschulung durchzuführen, der hat diese Situation sehenden Auges heraufbeschworen, meine Damen und Herren. Gerade diese Schule hat sonst keine Chance im Wettbewerb mit anderen Schulen. Insbesondere

von der Schülerklientel her hätte man diesen jungen Menschen unter dem Aspekt „mehr Zeit für Kinder“ eine Chance geben müssen.

Die Regierung, an der Spitze Frau Ministerin Sommer, hat hier endlich hervorragend gehandelt. Mit einem 30%-igen Zuschlag, davon 20 % für Lehrer, und 10 % für soziale Betreuung, erhält diese Schule endlich die Rahmenbedingungen, die sie immer schon verdient hat, meine Damen und Herren. Darauf sind wir stolz.

(Beifall von der CDU)

Ein letzter Punkt, der beispielhaft verdeutlicht, dass unsere Politik durch Pisa mehr als bestätigt wurde: Pisa zeigt auf, dass vielfach Kinder in ihrem Zuhause, in ihrer Familie nicht die notwendigen Grundlagen mit auf den Weg bekommen, um darauf in der Schule aufbauen zu können. Viele Eltern sind schlicht und einfach überfordert. Nur hilft hier kein Lamentieren, sondern Handeln, indem wir Angebote zur Unterstützung auf den Weg bringen. Wir wollen Projekte, Vereine, Schulen und Beratungsstellen in einer Kommune bei der Kinderbetreuung vernetzen. Mit den von uns geplanten Familienzentren setzen wir ein vehement wichtiges Signal.

Meine Damen und Herren, ich könnte das an einer Fülle von weiteren Beispielen belegen, aber ich sage auch: Wir werden es nicht alleine schaffen. Wir müssen und werden die Schulen mitnehmen, sie in die Freiheit entlassen, um dann eigenverantwortlich, kreativ und engagiert mit uns das große Ziel anzugehen, dass Schüler spüren: In der Schule geht es nicht um die Erfüllung irgendeines Lehrplanes, sondern darum, das Leben zu lernen, um selbstständig im Leben fertig zu werden, eigenverantwortlich zu handeln. Anstelle von Herkunft, sollen Leistungsfähigkeit und Anstrengungsbereitschaft der Schüler den Lernerfolg in Nordrhein-Westfalen bestimmen.

Letztlich ist es gerade nach Pisa eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, optimale Lernvoraussetzungen zu schaffen, um damit bessere Lebensperspektiven für die junge Generation zu erreichen. Nur durch eine bessere Bildungspolitik verhindern wir die Perspektivlosigkeit junger Menschen und damit eventuell Flächenbrände, die dann vielleicht nicht mehr zu löschen sind, meine Damen und Herren. Jeder Euro sinnvoll in Bildungspolitik investiert, bringt hochprozentige Zinsen. Jede Reparatur ist wesentlich teurer. Das ist auch die Lehre aus Pisa, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Recker. – Für die SPD-Fraktion hat nun Frau Schäfer das Wort. Bitte schön.

(Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers: Frau Schäfer ist schon in Schwarz-Rot! – Ute Schäfer [SPD]: Rot-schwarz!)

Ute Schäfer (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es stimmt: Wir haben in Nordrhein-Westfalen immer noch Probleme, was die Leistungen in unserem Schulsystem angeht.

(Zuruf von der FDP: Das ist wahr!)

Die Pisa-Studie legt offen, wo wir noch weiter handeln müssen. Die Länderstudie macht deutlich, wie Nordrhein-Westfalen im Vergleich zu anderen Bundesländern aufgestellt ist. Niemand hat diese Ergebnisse in der Vergangenheit schöngeredet.

(Zurufe von CDU und FDP: Nein! Niemand!)

Niemand wird versuchen, es jetzt zu tun.

(Zuruf von der CDU: Heißen Sie Niemand?)

Ich glaube, dass im Plenum über unsere Ziele Klarheit und Übereinstimmung bestehen: Wir müssen die Leistungen in unserem Schulsystem in Nordrhein-Westfalen insgesamt verbessern. Wir müssen für mehr soziale Gerechtigkeit und Chancengerechtigkeit sorgen. Wir müssen bei der Förderung von Kindern aus Zuwandererfamilien besser werden. Wir müssen noch mehr Standards setzen und deren Einhaltung kontrollieren, um mehr Offenheit und Vergleichbarkeit zu erreichen. Die Wege dahin haben wir bereits angelegt.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Na! na! na!)

Wenn es aber um die Wege geht, diese Ziele zu erreichen, meine Damen und Herren von den Koalitionsfraktionen, machen Sie immer den gleichen Fehler: Sie benutzen die Pisa-Studie lediglich als Steinbruch dafür, sich den einen oder anderen Brocken herauszubrechen,

(O-Rufe von der FDP)

um zu den Schlüssen zu kommen, die Sie immer schon vertreten haben.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Dabei, Herr Recker, unterschlagen Sie bewusst, dass uns die Untersuchung der Pisa-Forscher nicht nur in Nordrhein-Westfalen Ergebnisse auf den Tisch gebracht hat, die allen Bildungspolitikern – auch Ihnen – Einsichten abverlangen, die

sich nur ganz schwer in vorgefertigte Schablonen pressen lassen.

Ich kann Ihnen nur empfehlen: Lassen Sie die Dinge einmal näher an sich heran und gehen Sie offen damit um. Wenn eine große Lehrerorganisation wie der VBE, der Ihnen wohl unbestritten näher steht als uns, Konsequenzen aus der Pisa-Studie ziehen will, die das glatte Gegenteil von dem bedeuten, was Sie verkünden, sollten Sie ins Grübeln kommen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Aber Sie sollten nicht glauben, dass Sie uns damit beeindrucken können. Warum, Frau Ministerin Sommer, markiert der Koalitionsvertrag für Sie die Grenzen des Denkens? Sind Sie nicht diejenige, die alles am Wohl des Kindes orientieren will?

(Zuruf von den GRÜNEN: Das ist ihr Lieblingsspruch!)

„Wir wollen am gegenwärtig gegliederten Schulsystem festhalten, weil es begabungsgerecht ist,“

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Eben!)

das kann man im Koalitionsvertrag lesen. Daran orientieren Sie sich alle. Die Pisa-Studie kommt zu einem genau gegenteiligen Ergebnis.

(Zuruf von der CDU: Nein!)

Die CDU schreibt in ihrer Begründung für die Aktuelle Stunde sogar, sie wolle das Bildungssystem an das der vermeintlichen Musterschüler in Bayern angleichen. Dabei hat der aktuelle Ländervergleich zweierlei ergeben: Zum einen erbringen die Bayern fraglos sehr gute Leistungen. Zum anderen steht allerdings auch fest, dass das bayerische Schulsystem in viel stärkerem Maße sozial selektiert als das nordrhein-westfälische.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wir sind – zugegebenermaßen – auch noch nicht gut genug. Aber wir sollten in diesem Fall nicht nach Bayern, sondern in andere Länder schauen, in denen es besser funktioniert als bei uns. Wie gesagt: Bei den Zielen sind wir uns alle immer schnell einig. Das, was wir in Nordrhein-Westfalen bereits auf den Weg gebracht haben, wird meine Kollegin Frau Hendricks gleich im zweiten Redebeitrag erläutern.

Ich möchte einen Blick auf die Neuorientierung werfen, die die Landesregierung durch die Frau Ministerin kürzlich auf einer Pressekonferenz vorgestellt hat. Dort wird ein Zehn-Punkte-Plan vorgelegt, der bis heute nirgendwo wieder aufgetaucht ist; ich konnte ihn im Bildungsportal nicht finden. Sinngemäß ging es um die Reduzierung von Unterrichtsausfall, für die die Landesregierung – das hat Herr Recker auch noch einmal gesagt – 4.000 Lehrer einstellen will. Die ersten 1.000 Lehrer sind da, werden aber für eine gestiegene Zahl von Schülerinnen und Schülern gebraucht.

Als weitere Punkte nennt die Ministerin die frühzeitige Förderung der Leistungsschwachen, die Stärkung der kognitiven Fähigkeiten und die vorschulische Förderung, jedoch ohne jede weitere inhaltliche Konkretisierung und ohne jegliches Konzept. Bei der vorschulischen Sprachförderung fällt auf, dass Minister Laschet immer betont, mehr Geld als bisher zu investieren. Im Nachtragshaushalt findet sich aber kein einziger Euro zusätzlich. Wir sind gespannt auf den Haushalt 2006. Interessant wäre auch, einmal zu erfahren, wie diese beiden Ministerien die vorschulische Sprachförderung zukünftig koordinieren wollen. Auch davon hören wir nichts. Es herrscht nur Stillschweigen.

Mehr Geld für offene Ganztagsschulen und Hauptschulen ist ohne jede Frage sehr löblich. Das haben wir immer gesagt.

(Minister Armin Laschet: Aber nicht gemacht!)

Aber warum machen Sie im gleichen Atemzug die gesamte Landschaft der Kooperationspartner von Schulen nervös, die bisher so positiv mit den Grundschulen auf gleicher Augenhöhe zusammengearbeitet haben? Eine einzige Sitzung mit dem Staatssekretär hat ausgereicht, um die Wohlfahrtsverbände komplett zu verunsichern.

Das Vorziehen des Einschulungsalters haben Sie als eine weitere Maßnahme genannt, die bildungspolitisch übrigens umstritten ist. Denn für den Schuleingang ist grundsätzlich eine andere Pädagogik notwendig. Die zusätzlichen Ressourcen sprechen Sie gar nicht erst an.

Wir sind gespannt auf Ihre Vorstellungen, wie Sie die Lehrerstellen gerechter verteilen und die Nichtversetzungen und Abschulungen reduzieren wollen, wie Sie in der Pressekonferenz angekündigt haben. Zum zweiten Punkt wird es heute ja noch eine Aussprache geben, in der das Ministerium vermutlich schon präziser antworten kann.

Wir warten also erst einmal ab, was sich tatsächlich hinter dem Zehn-Punkte-Plan der Landesregierung verbirgt, den Christa Kloppenburg kürzlich so kommentierte: „eine lustlos vorgetragene Aufzählung aus bereits Bekanntem und nicht weiter Erläutertem“. – Danke schön.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Zuruf von der FDP: Da haben Sie aber nur den letzten Satz zitiert!)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Frau Schäfer. – Als nächster Redner hat der Abgeordnete Witzel von der FDP-Fraktion das Wort.

Ralf Witzel (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nordrhein-Westfalen steht vor den Trümmern des in sich zusammengefallenen Turms von Pisa. Von der Ruine ist nur noch der Keller übrig geblieben, in dem sich Nordrhein-Westfalen wieder einmal mit den letzten Leistungsergebnissen befindet.

(Zuruf von der SPD)

Meine Damen und Herren von Rot-Grün, das ist Ihre Verantwortung. Sie machen es sich ja in den letzten Wochen sehr leicht, indem Sie sagen, dass nach dem Politikwechsel nach 39 Jahren über Nacht alle Arbeitslosen jetzt unsere Arbeitslosen und alle Schlaglöcher aufgrund von nicht vorgenommenen Straßenausbaumaßnahmen unsere Schlaglöcher sind. Für die Ergebnisse, die wir hier vorgelegt bekommen haben, tragen jedoch Sie die Verantwortung. Diese Zahlen sind zu einem Stichtag vor dem Politikwechsel erhoben worden. Für diese müssen Sie sich mit Ihrer Bildungspolitik rechtfertigen.

(Beifall von FDP und CDU)

Diese rot-grüne Hinterlassenschaft in der Schulpolitik ist voll beladen mit Hypotheken. Der Wiederaufbau von Bildungsqualität ist und bleibt deshalb die Herkulesaufgabe der neuen Landesregierung, der neuen politischen Mehrheit in Nordrhein-Westfalen. Wir werden alle notwendigen Reformen, die unser Bildungswesen wieder nach vorne bringen, beherzt in Angriff nehmen.

Wie sieht die Lage nüchtern aus? – In den gemessenen Kompetenzfeldern Mathematik, Lesen und Naturwissenschaften liegt Nordrhein-Westfalen einmal mehr sowohl unter dem nationalen als auch unter dem internationalen Durchschnitt. Während sich andere Bundesländer im Vergleich zu der ersten Pisa-Erhebung teilweise erheblich verbessert haben und mittlerweile auch international zur Spitzengruppe gehören, stagniert die Qualitätsentwicklung in Nordrhein-Westfalen.

Besonders beschämend für Sie von Rot-Grün müsste ja sein: Unverändert bildet ein Viertel der Schüler von Nordrhein-Westfalen die potenzielle Risikogruppe. An der Anzahl der Personen, die mit Defiziten belastet sind, die Gefahr laufen, zukünftig bei ihrer persönlichen Lebensführung und ihrem Berufseinstieg mit großen Problemen zu kämpfen zu haben und dabei gegebenenfalls auch zu scheitern, hat sich nichts verbessert.

Lange Zeit haben sich sozialdemokratische Regierungen in Nordrhein-Westfalen in Sonntagsreden selbst gehuldigt, das soziale Gewissen dieser Republik zu sein. Heute wissen wir, wozu Ihr Kaputtsparen des öffentlichen Bildungssektors bei Pisa geführt hat.

Es ist für uns als neue Mehrheit in Nordrhein-Westfalen beschämend, in welchem Umfang die Zukunftschancen junger Menschen von der sozialen Herkunft abhängen, eben nicht von ihrer Leistungsfähigkeit, nicht von ihrer Anstrengungsbereitschaft, sondern von der sozialen Herkunft, die sich niemand in unserem Land selber ausgesucht hat. Deshalb ist unser Ansatz: Leistung statt Herkunft muss zukünftig den Bildungserfolg bestimmen.

(Beifall von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

Deshalb werden wir eine konsequente Reform des Bildungsbereichs in Nordrhein-Westfalen durchführen. Wir werden auf Wettbewerb setzen. Sie haben mit Ihrem Festhalten an den alten Strukturen von vorgestern und Ihrem eingemauerten Denken und Glauben an Schulbezirksgrenzen dafür gesorgt, dass diejenigen, die in sozial problematischen Stadtteilen wohnen, nicht die Option haben, auch andere Wahlentscheidungen für sich treffen zu können. Sie haben den Schutzwall um die Villenviertel herum gebaut, in die Sie niemanden hereingelassen haben. Das wird sich ändern. Wir sorgen zukünftig für eine Wettbewerbslandschaft von Bildung. Dann muss sich jede Schule im Leistungswettbewerb messen lassen, für ihre Arbeit Rechenschaft ablegen und damit Verantwortung übernehmen für ihre eigene Generierung zukünftiger Schülerzahlen im Wettbewerb.

Wir brauchen einen Neustart in der Bildungspolitik und werden ihn als FDP-Fraktion beherzt wagen. Der Verlust an Zukunftsperspektiven für die junge Generation wird von der neuen politischen Mehrheit in Nordrhein-Westfalen beendet. Derzeit ist ein nordrhein-westfälischer Schüler im Vergleich zu einem bayerischen Schüler in einem Lernrückstand von etwa einem Jahr. Weil aber die Intelligenz in Deutschland insgesamt gleich verteilt ist, muss es Ursachen geben, die in Nordrhein-Westfalen, die im nordrhein-westfälischen Bildungssystem begründet liegen, und deren Behebung werden wir uns beherzt annehmen.

Heute rächen sich die Ergebnisse jahrelanger rotgrüner Kuschelpädagogik und des Leistungsab-

baus. Es ist nämlich nicht sozial ungerecht, Leistung einzufordern, wenn man Ressourcen zur Verfügung stellt, die zur Leistung befähigen.

(Beifall von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

Sozial ungerecht ist es, wenn nicht die persönliche Anstrengungsbereitschaft und das Potenzial eines Schülers über seine Zukunftschancen entscheiden, sondern die soziale Herkunft. Deshalb müssen wir endlich die Zukunftsfragen im Bildungsbereich neu beantworten. Eine Lösung sind dabei ausdrücklich nicht ideologische Grabenkämpfe von vorgestern.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Da sind Sie aber tief drin!)

Wir brauchen keine Einheitsschule und keine Zerschlagung vorhandener Strukturen, sondern wir brauchen die qualitätsorientierte Weiterentwicklung der Angebote, die wir in Nordrhein-Westfalen haben. Genau diesen Weg werden wir gehen. Wir werden nicht die Menschen in unserem Land verunsichern, sondern mehr investieren, mehr Ressourcen zur Verfügung stellen, mehr Leistung einfordern und zukünftig den Jugendlichen mehr Unterstützung, mehr individuelle Förderung geben, um die gesetzten Leistungsziele zu erreichen. Deshalb sagen wir: Anstelle eines unfruchtbaren Schulstreits müssen wir die Unterrichtsqualität und die Unterrichtsbedingungen zeitnah und nachhaltig verbessern.

(Zurufe von der SPD: Wie?)

Wir brauchen eine neue Lehrerausbildung – das ist ein Teil der Antwort auf die Frage nach dem Wie –, eine neue Methodik und Didaktik des Unterrichts, ein besseres Schulklima, das Lernmotivation fördert, und wir müssen die notwendigen Ressourcen bereitstellen, damit individuelle Förderung besser möglich wird. Wir sind jetzt, wenige Wochen nach dem Politikwechsel, noch nicht am Ende all unserer Träume, aber der Weg, die Richtung und der Kurs, den wir eingeschlagen haben, stimmen. Wir haben angefangen mit den ersten 1.000 Lehrer-Neueinstellungen.

(Zurufe von der SPD)

Wir werden diesen Kurs fortsetzen. Damit wird sich die Bildungsversorgung in Nordrhein-Westfalen verbessern. Wir werden mehr Unterrichtszeit für junge Menschen in Nordrhein-Westfalen schaffen und damit mehr Zukunft für mehr junge Menschen in NRW. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Witzel. – Als nächste Rednerin hat Frau Beer von Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Sigrid Beer (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Inwieweit Herr Witzel bereit ist, ideologiefrei zu diskutieren, werden wir gleich an den Reaktionen auf meine Rede sehen.

Hand aufs Herz: Was machen Sie eigentlich, wenn Sie feststellen, dass in einer Kommode der Wurm ist? – Es reicht bei dieser Diagnose nicht aus, lediglich die Schubladen aufzuräumen. Nein, man muss das ganze Möbel auseinander nehmen und einer grundlegenden Behandlung unterziehen.

Diese grundlegende Herangehensweise gilt auch in Bezug auf unser Bildungssystem. Es sind nicht zuletzt die Befunde der Pisa-Studie, die uns ins Stammbuch schreiben, dass wir die Herausforderung des 21. Jahrhunderts mit dem Wandel zur Wissensgesellschaft, der Demographie und des sozialen Zusammenhalts in unserer Gesellschaft nicht meistern können auf der Grundlage eines Bildungssystems, das das ständische Verständnis einer Gesellschaft des 19. Jahrhunderts in sich trägt und weiter am Leben erhält und im tiefsten Herzen ein Familienbild der 50er-Jahre des vergangenen Jahrhunderts pflegt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die rasanten und wichtigen Veränderungen der letzten zwanzig Jahre haben uns eine ungeheure Dynamik im technologischen Wandel und im Wechsel der Konzeption von Arbeit und der wirtschaftlichen Globalisierung und einer wachsenden sozialen Heterogenität beschert.

Wir müssen uns jetzt vor Augen führen, welche Perspektiven wir für die Zukunft haben. Wissensarbeiterinnen und -arbeiter werden die einzige schnell wachsende Gruppe der arbeitenden Bevölkerung sein. Bei einer Verdoppelung der manuellen Produktion wird jedoch der Anteil der in der manuellen Produktion Beschäftigten auf 10 % schrumpfen.

Wir müssen uns kritisch fragen, welche Lebens- und Teilhabechancen wir unseren Jugendlichen bieten, wenn mehr als ein Viertel aufgrund des unzureichenden Kompetenzerwerbs als Risikogruppe bezeichnet werden muss. Können wir wirklich noch Bildungsgänge vorhalten, in denen wir die Kompetenzerwartung von Anfang an niedriger ansetzen als in anderen?

(Beifall von den GRÜNEN)

Eine logische Konsequenz wird uns in der Kliieme-Expertise angemahnt: Wir müssten schulformübergreifende Standards formulieren. Dies hat aber die KMK zurückgefahren und uns schulformbezogene Standards beschert.

Sozial ist, was Bildungsbeteiligung schafft. Seit Pisa 2000 haben wir die Tatsache endgültig schwarz auf weiß, dass es keinem Bundesland gelingt, Leistung und Bildungsbeteiligung, das heißt Leistung und Chancengleichheit, zusammenzubringen – auch Bayern nicht. Diese Tatsache hat sich auch bei Pisa 2003 nicht geändert.

Wir müssen an die Pisa-Spitze anschließen, die uns vormacht, dass Leistung und Chancengleichheit zwei Seiten einer Medaille sind, die gemeinsam realisiert werden müssen.

Derzeit bleibt der bildungs- und sozialpolitische Skandal bestehen: In Deutschland entscheiden die soziale Herkunft und der Geldbeutel der Eltern über den Bildungserfolg.

(Zurufe von Manfred Kuhmichel [CDU] und Ralf Witzel [FDP] – Weitere Zurufe)

Das gilt – das ist schmerzlich – auch für Nordrhein-Westfalen. Wer dafür Ursachenforschung betreiben will, kommt nicht an der Erkenntnis vorbei, dass innere und äußere Schulreformen, also Unterrichts- und Strukturentwicklung, Hand in Hand gehen müssen, wenn es gelingen soll, die Zukunftsaufgaben zu meistern und den Schülerinnen und Schülern, die jetzt zur Schule gehen, eine Kompetenzentwicklung zu ermöglichen, die soziale, kulturelle und ökonomische Teilhabe schafft.

Sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen, innere und äußere Schulreform müssen Hand in Hand gehen. Ich habe das bereits betont. Ich unterstreiche dabei: Strukturfragen sind kein Selbstzweck. Wir müssen vielmehr fragen: Welche Strukturen sind dem Ziel, Bildungsbeteiligung und Leistung zu entwickeln, dienlich? Meines Erachtens gilt immer noch: Das Sein, das Lernen und Unterrichten in bestimmten Strukturen, bestimmt auch das Bewusstsein.

Das möchte ich Ihnen besonders in Bezug auf den Professionalitätsansatz von Lehrern und Lehrerinnen verdeutlichen – ausdrücklich nicht als Schuldzuweisung, sondern als Situationsanalyse. Über die Frage, wie mit Heterogenität und Verschiedenheit von Schülerinnen und Schülern in unserem System umgegangen wird, gibt es zu Recht harte Urteile. So spricht Andreas Schleicher, Pisa-Chef der OECD, der dafür bekannt ist, auch die unangenehmen Botschaften zu verkünden, die die KMK so ungern hört, von der „organisierten Verantwortungslosigkeit im deutschen Bildungssystem“.

(Beifall von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Das erinnert übrigens noch einmal daran, dass Pisa ein Systemmonitoring ist und keine Betrachtung der Einzelschule leisten kann.

Der Schulforscher Helmut Fend spricht in aller Deutlichkeit von der „Entsorgungsmentalität im deutschen Schulsystem“. Hinter beiden Äußerungen steckt die Erkenntnis, dass die Professionalität der Lehrerinnen und Lehrer stark von der Systematik des gegliederten Systems beeinflusst ist. Sie stützt eine gewisse Haltung, die heißt: „Ich könnte eigentlich einen so guten Unterricht machen, wenn ich nur die richtigen Schülerinnen und Schüler hätte.“

In der Folge werden die Schüler und Schülerinnen, die nicht zu dieser Unterrichtsvorstellung passen, aus der Lerngruppe verbannt. Sie bleiben sitzen oder werden sogar im System nach unten durchgereicht in – auch so verstandene – weniger anspruchsvolle Schulformen. Das ist der Einfluss des Systems in den Köpfen der Lehrerinnen und Lehrer. Wenn wir an die Qualität des Unterrichts wollen, müssen wir das System entsprechend umstellen.

Die Lehrkräfte auch an der Hauptschule können nicht dagegen an arbeiten. Der Anteil der Risikogruppe liegt dort bei 66 %. 60 % haben eine verzögerte Schullaufbahn. Die Hauptschulen müssen eine ungeheure Integrationsleistung erbringen, weil sie knapp 35 % ihrer Schülerschaft erst im Laufe der Sekundarstufe von den anderen Schulformen durchgereicht bekommen.

Frau Ministerin, ich begrüße die Initiative, die Schülerinnen und Schüler, die sich jetzt in den Hauptschulen befinden, zu stützen und dort die Mittel konzentriert einzusetzen. Doch das ist keine Zukunftsperspektive.

(Zuruf von der FDP: Sondern?)

Ein nüchterner Blick auf die Systemlandschaft der Bundesländer zeigt, dass die Systemfrage gerade in Bezug auf die Hauptschulen längst gestellt ist. In den neuen Bundesländern dominiert inzwischen die Zweigliedrigkeit. Aktuell steht auch in Hamburg – forciert durch die CDU – die Hauptschule zur Disposition. Das ist inhaltlich sehr wohl begründet.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die bildungsinteressierten Eltern kennen das Berechtigungssystem, das unsere Schullandschaft kennzeichnet. Sie wissen sehr genau, dass ihre Kinder mit dem Hauptschulabschluss auf dem dynamischen Arbeitsmarkt keine Chance haben. Niemand denkt daran, einen Schalter umzulegen und ab morgen ein anderes System einzuführen. Aber wir müssen die Schritte im Umsteuerungsprozess konsequent gehen.

Wenn Sie auf die Ergebnisse von Nordrhein-Westfalen bei Pisa 2003 schauen – ich betone noch einmal: Wir haben es mit einem Systemmonitoring zu tun –, sollten Sie die Ergebnisse der Lernstandserhebungen daneben legen. Sie bringen sehr differenziert die Standortfaktoren der Schulen zum Tragen. Wir sollten auch solche Studien, wie sie Klemm und Block vorgelegt haben, zu den soziokulturellen Einflüssen auf Schule und zur sozialen Ungleichheit in Form von Arbeitslosigkeit in den Bundesländern, mit heranziehen. Erst dann ist es möglich, das differenziert zu betrachten und eine differenzierte Analyse vorzulegen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinther: Meine Damen und Herren, als nächste Rednerin spricht für die Landesregierung Frau Ministerin Sommer.

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Guten Morgen. Letzte Woche wurden die aktuellen Ergebnisse des Pisa-Ländervergleichs vorgestellt. Der Vergleich zu Pisa 2000 – so schreiben die Pisa-Verantwortlichen – brachte für Deutschland insgesamt positive und erfreuliche Ergebnisse.

Zahlreiche Länder konnten sich im internationalen Vergleich sehr viel besser positionieren als bei der ersten Pisa-Studie. Der deutsche Pisa-Sieger Bayern konnte sogar in allen untersuchten Kompetenzbereichen in die internationale Spitzengruppe vorrücken.

Leider, meine Damen und Herren, trifft diese erfreuliche Botschaft nicht auf unser Land zu. In Mathematik, Lesen und den Naturwissenschaften belegt unser Land leider nur hintere Rangplätze. Der Abstand zum Pisa-Sieger Bayern beträgt rund – wir haben es heute Morgen schon gehört – ein Jahr Lernzeit.

Auch wenn man die soziale Herkunft und den Sprachhintergrund der Schülerinnen und Schüler berücksichtigt, ändert sich an diesem Bild nur wenig. Nordrhein-Westfalen gehört zu den Pisa-Verlierern. Denn das ist man, wenn man merkt, dass sich andere Länder weitgehend verbessern und man selbst in Nordrhein-Westfalen im Wesentlichen stagniert.

Ich habe schon im Juli gesagt und wiederhole es heute: Ich bedauere das schlechte Abschneiden unserer Jugendlichen außerordentlich. Ich hätte mir gewünscht, dass die harte Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer in den Schulen zu einem besseren Ergebnis geführt hätte.

(Beifall von CDU und FDP)

Unsere Kinder und Jugendlichen sind nicht dümmer und unsere Lehrerinnen und Lehrer sind nicht weniger engagiert als in anderen Bundesländern.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, die aktuellen Ergebnisse stellen ein katastrophales Abschlusszeugnis der alten Landesregierung dar.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Das kann man wohl sagen!)

Bereits bei Pisa 2000 hatte Nordrhein-Westfalen nur mäßig abgeschnitten. Andere Länder haben es uns jetzt vorgemacht. Sie haben gezeigt, dass man sich innerhalb kürzester Zeit verbessern kann. In Nordrhein-Westfalen sind im Vergleich zu Pisa 2000 bis auf den Bereich Naturwissenschaften keinerlei substanzielle Verbesserungen festzustellen. In den meisten anderen Ländern wurden dagegen sehr viel größere Fortschritte erreicht. Dies gilt nicht nur für die Spitzenländer, sondern auch und gerade für die Länder, die beim letzten Mal auf den unteren Rangplätzen standen – siehe Sachsen-Anhalt.

Die Erfolge der Pisa-Spitzenländer wie zum Beispiel Bayern und Baden-Württemberg müssen uns Vorbild und Ansporn sein. Deshalb habe ich bereits im Sommer bei der Vorstellung der ersten Ergebnisse zum Pisa-Ländervergleich gesagt, dass wir eine Aufholjagd vor uns haben. Wir werden in Nordrhein-Westfalen die guten Erfahrungen anderer nutzen, dabei aber unseren eigenen Weg gehen, um zu den Spitzenländern aufzuschließen.

(Beifall von der CDU)

Ich weiß, dass das ein langwieriger Weg sein wird und wir diesen Rückstand sicherlich nicht bis zur nächsten Erhebung im Frühjahr 2006 einholen können. Aber, meine Damen und Herren, 2009 werden die Erfolge deutlich erkennbar sein. Dessen bin ich mir ganz sicher.

(Beifall von CDU und FDP)

Nordrhein-Westfalen steht dabei vor großen Herausforderungen. Auf drei möchte ich besonders hinweisen. Da ist zunächst der hohe Anteil von Schülerinnen und Schülern, die bei Pisa besonders schlecht abgeschnitten haben. Leider ist der Anteil dieser sogenannten Risikogruppe in Deutschland insgesamt bereits sehr hoch. In unserem Land liegen die Werte aber durchweg über dem nationalen Durchschnitt.

Die Förderung vor allem der leistungsschwächeren Schülerinnen und Schüler bleibt die größte Herausforderung der kommenden Jahre. Dies ist eine wichtige Investition in die Zukunft, da auf diese Weise auch erhebliche Folgewirkungen und – sagen wir es ruhig richtig – Folgekosten von gescheiterten Schullaufbahnen und abgebrochenen Berufskarrieren vermieden werden können – ganz zu schweigen von den menschlichen Tragödien.

Damit zusammen hängt ein zweites Ergebnis, das ich herausgreifen möchte. In Nordrhein-Westfalen leben besonders viele Jugendliche in Familien mit Migrationshintergrund. Aber gerade diese Schülerinnen und Schüler erreichen im nationalen Vergleich viel zu schlechte Leistungen. Die ausreichende Beherrschung der deutschen Sprache ist eine grundlegende Voraussetzung für eine erfolgreiche Teilnahme am Unterricht. Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund bedürfen deshalb der gezielten und möglichst frühzeitigen Unterstützung beim Erwerb der deutschen Sprache.

Schließlich ist die Abhängigkeit der Leistung von der sozialen Herkunft in Nordrhein-Westfalen besonders hoch. NRW zählt zu den Ländern, in denen der Zusammenhang von sozialer Herkunft und schulischer Kompetenz besonders stark ausgeprägt ist. Diesen Verstoß gegen die Bildungsgerechtigkeit wird keiner von uns hinnehmen.

Meine Damen und Herren, der Verlust an Zukunftsperspektive für die junge Generation muss beendet werden. Der Neustart in die Bildungspolitik Nordrhein-Westfalens ist unverzichtbar. Wir haben dazu ein Programm aufgestellt. Sehr geehrte Damen und Herren, ich empfinde dieses Programm nicht als Steinbruch. Ich möchte gerne dieses Bild meiner Kollegin Schäfer aufnehmen und sagen: Ja, einen Steinbruch haben wir vor uns, viele verlorene Steine! Unsere Aufgabe wird es sein, diese Steine wieder zu einer erfolgreichen Bildungspolitik zusammenzusetzen.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Frau Ministerin. – Als Nächstes redet Frau Hendricks von der SPD-Fraktion.

Renate Hendricks (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Ja, es besteht kein Zweifel: Die Ergebnisse der Pisa-Studie zeigen, dass die Maßnahmen in Nordrhein-Westfalen noch nicht gegriffen haben und dass wir weitere erhebliche Kraftanstrengungen vornehmen müssen, um die Leistungen unserer Schüler und Schülerinnen, aber auch die Leistungen unserer Schulen zu verbessern.

Viele Maßnahmen wurden allerdings erst nach der Erhebung dieser Studie eingeleitet. Zum Zeitpunkt der Studie Pisa 2003 waren weder die Lernstanderhebungen noch die Schulinspektionen noch die zentralen Prüfungen oder auch die Berichte zur individuellen Förderung an den nordrhein-westfälischen Schulen umgesetzt. Andere Maßnahmen waren ebenfalls noch nicht umgesetzt, etwa die Erhöhung der Pflichtstunden, die offene Eingangsphase, die OGS oder das Kerncurriculum.

(Ralf Witzel [FDP]: Aber das ist doch schon Politik unter Ihrer Verantwortung gewesen!)

– Herr Witzel, wir werden uns sicherlich noch einmal darüber unterhalten.

Die Kultusminister der Länder haben sich auf einen Maßnahmenkatalog geeinigt, der auch in Nordrhein-Westfalen umgesetzt worden ist, nämlich die Einführung von Bildungsstandards, die Schulqualität sichern sollen, und die Stärkung der Frühförderung. Darüber haben wir in den letzten Monaten viel gesprochen. Ich denke, wir sind uns einig, dass diese Maßnahmen kommen müssen.

In NRW konnten aber die Maßnahmen aus Pisa 2003 noch nicht wirken. Ich bedauere das sehr. Allerdings gibt es einen kleinen Unterschied, den Sie heute Morgen in der Diskussion geflissentlich übersehen haben: Es gibt einen nicht großen, aber durchaus signifikanten Anstieg der Leistungen in den Naturwissenschaften. Vielleicht hat eine der Maßnahmen, die wir eingeleitet haben, dazu geführt, dass ein signifikanter Anstieg möglich ist. Ich meine den fächerübergreifenden naturwissenschaftlichen Unterricht für die Klassen 5, 6, 7 und 8, der übrigens auch in Bayern eingeführt worden ist.

(Beifall von der SPD)

Auch wenn Verbesserungen in der Schule bekanntermaßen Zeit brauchen, um zu wirken, wie

Fortschritte anderer Bundesländer zeigen, sollte doch keine Argumentation für schlechte Ergebnisse in der nächsten Pisa-Runde aufgebaut werden, liebe Frau Ministerin Sommer. Wenn Sie davor warnen, Wunderdinge zu erwarten, und gleichzeitig feststellen, dass andere Länder in drei Jahren Fortschritte machen, dann kann man sich nicht auf die Pisa-Runde 2009 mit Ihrer Vorstellung 2011 kaprizieren. Dies ist für mich zu viel Pessimismus. Das sollten wir nicht akzeptieren.

(Beifall von der SPD)

Herr Recker, Unterrichtsquantität bedeutet nicht Unterrichtsqualität. Als langjährige Elternvertreterin kann ich Ihnen sagen: Es gibt Unterricht, der besser ausfällt, als dass er erteilt wird.

Es gibt auch in der neuen Pisa-Studie wesentliche Erkenntnisse, die wir durchaus ins Auge fassen sollten. Schulen stehen der Forderung von Leistung nicht machtlos gegenüber. Es gibt engagierte Lehrer und Lehrerinnen sowie Schulleiter, die sich auch unter schlechten Rahmenbedingungen dazu in der Lage sehen, ihre Schülerinnen und Schüler zu guten Leistungen zu führen.

Die Forscher unterscheiden in diesem Punkt zwischen belasteten und unbelasteten Schulen. Hiermit werden die Rahmenbedingungen beschrieben. Andererseits wird zwischen aktiven und passiven Schulen unterschieden. Damit wird das Verhalten der Schulen in ihrem Engagement und in ihrem Innovationsbestreben beschrieben. Diese Merkmale sind kombinierbar. Es gibt sowohl belastete aktive als auch unbelastete aktive Schulen. Aktive Schulen zeichnen sich aber dadurch aus, dass sie auf die Kooperation von Lehrerkollegien bauen, Tests und andere Evaluationsverfahren nutzen und die Eltern am Schulgeschehen beteiligen. Passive Schulen verzichten darauf.

Es gibt weitere wichtige Ergebnisse: Legen die Schulleiter Wert darauf, ihren Schülern möglichst viel Unterrichtszeit zu ermöglichen? Werden Schülerinnen und Schüler in dieser Zeit individuell gefördert? Tun sich Lehrer zusammen und arbeiten im Kollegium gemeinsam, um Unterrichtseinheiten zu gestalten? Wird der Unterricht binnendifferenziert erteilt? – Das sind die Merkmale, die unsere Schulen voranbringen. Dazu gehören auch Rückmeldungen an die Eltern: Werden die Eltern regelmäßig über die Schulleistungen ihrer Kinder informiert?

Ich bin sehr froh, dass diese Pisa-Studie genau diese Fragen mit aufgenommen hat. Sie hat empirisch belegt, dass Lernfortschritte von Schülern grundsätzlich auch von solchen Faktoren abhängig sind. Herr Witzel, ein Ranking allein reicht nicht. Wir haben nämlich erhebliche Probleme mit dem Sozialindex. Es reicht nicht, Schulen nur ins Ranking zu setzen.

Den höchsten Prozentsatz aktiver Schulen weisen interessanterweise die neuen Bundesländer auf. Thüringen als Spitzenreiter hat einen Anteil von 76 % aktiven Schulen. In Nordrhein-Westfalen liegt der Anteil nur bei 45 %. Ich denke, an dieser Stelle müssen wir die Fragen stellen. Das ist erklärungsbedürftig. Der Anteil der belasteten und passiven Schulen beträgt in Thüringen 8 %, in NRW aber 31 %. Diese Zahlen geben deutliche Anhaltspunkte für erforderliche Verbesserungen. Änderungen müssen also an der einzelnen Schule ansetzen.

Es stellt sich die Frage, wie wir Resignation und Überforderung in den Lehrerkollegien in NRW zu einem positiven Wir-Gefühl wenden können. Es erscheint wichtig, Schulen zu motivieren, sich für ihre Schüler und Schülerinnen einzusetzen und das Förderverhalten ihnen gegenüber zu verändern. Dazu ist eine Ganztagshauptschule wichtig. Aber nicht nur Ganztagsangebote in der Hauptschule! Wenn wir die Chancengerechtigkeit ernst nehmen wollen, müssen wir auch den Mädchen mit Migrationshintergrund die Möglichkeit eröffnen, über ein Ganztagsangebot das Gymnasium zu besuchen. Das ist echte Chancengerechtigkeit.

(Beifall von der SPD)

An diesem Punkt ist Ihr Ansatz für die Hauptschule zu kurz gedacht.

Es gibt einen weiteren Zusammenhang, nämlich das Thema Sitzenbleiben. Das werden wir heute Nachmittag thematisieren. Deshalb werde ich jetzt nichts mehr dazu ausführen.

In Nordrhein-Westfalen stammt jeder dritte Jugendliche unter 25 Jahren aus einer Familie mit ausländischem Hintergrund. Während der Anteil der Migrationsfamilien in Bayern bei 20 % liegt, liegt er in Nordrhein-Westfalen bei 30 %. Wir haben also ein Migrationsproblem.

Meine Redezeit ist zu Ende. Deshalb möchte ich an dieser Stelle mit einem Zitat von Max Frisch enden: In der Krise liegt die Kraft der Veränderung – wenn sie nicht zur Katastrophe wird.

(Unruhe)

Meine Damen und Herren von den Regierungsfraktionen, dazu ist es aber erforderlich, dass wir kein Denkverbot verhängen, so wie Sie das mit der Koalitionsvereinbarung getan haben.

(Beifall von der SPD)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Frau Hendricks. – Als Nächstes spricht Herr Abgeordneter Kaiser von der CDU-Fraktion.

Klaus Kaiser (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte zunächst das Bild von der Kommode aufnehmen, welches Frau Beer genannt hat. Ich fand das eigentlich sehr schön. Eine Kommode hat die Funktion, durch möglichst viele Schubladen möglichst viele individuelle Bildungsabschlüsse zu ermöglichen. Ich denke, wir sind uns darüber einig, dass dies das Ziel von Bildungspolitik ist.

Frau Beer spricht davon, dass in einer Schublade ein Wurm sei. Ich muss sagen, dadurch wird das Bild der Bildungslandschaft in Nordrhein-Westfalen verzerrt. Unser Problem liegt darin, dass die ganze Kommode zusammengefallen ist.

(Beifall von CDU und FDP)

Das ist die Ausgangssituation.

Um es wirklich deutlich zu machen: Wir brauchen eine Neuorientierung in der Bildungspolitik für Nordrhein-Westfalen. Nach 39 Jahren Rot-Grün hat Pisa im Jahr 2000 ein erbärmliches Zeugnis für Nordrhein-Westfalen ausgestellt. 2003 war das erneut der Fall. Wir haben Stillstand. Wir bleiben auf einem Abstiegsplatz.

Frau Schäfer, es reicht nicht, wenn Sie in einer Pressemeldung kundtun, Sie seien nicht zufrieden, aber in der Schulpolitik brauche man Geduld und Kontinuität. Geduld und Kontinuität benötigen sicherlich die Spitzenreiter, die Länder, die vorne stehen. Wenn Sie es auch nicht gerne hören, so gilt das sicherlich eher für Bayern und Baden-Württemberg, aber nicht für Nordrhein-Westfalen.

Für unser Land gilt, dass Rot-Grün unser Land zum Sanierungsfall gemacht hat. Wir sind ein Sanierungsfall in der Finanzpolitik mit 110 Milliarden € Schulden.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Wir bringen täglich 13 Millionen € zur Bank, anstatt sie zusätzlich in Bildung zu investieren. Wir sind ein Sanierungsfall in der Bildungspolitik. Die Kinder und Jugendlichen in unserem Land haben schlechtere Chancen als ihre Altersgenossen in anderen Bundesländern.

Wir sind auch ein Sanierungsfall in der Sozialpolitik. Das Unsozialste an Ihrer Abschlussbilanz ist: Sie haben das Schulsystem so entwickelt, dass in keinem anderen Land der Bundesrepublik Deutschland der Bildungserfolg so stark vom Geldbeutel der Eltern abhängig ist wie in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der CDU)

Kurzum: Die Bildungspolitik der SPD hat Nordrhein-Westfalen unsozialer gemacht. Das ist Ihre Bilanz. Wenn man sieht, dass in den vergangenen Jahren als Ministerin Ihr Lieblingssatz, Frau Schäfer, war: „Wir sind auf einem guten Weg“, dann muss man schon ein gehöriges Maß an Selbstsuggestion voraussetzen, wenn man das als Realität wahrnimmt.

(Beifall von CDU und FDP)

Das beste Beispiel war ja eben Frau Hendricks. Es ist tollkühn, was sie gesagt hat. Sie hat gesagt, die Erfolge in den Naturwissenschaften, also die geringfügigen Verbesserungen in den Naturwissenschaften, seien darauf zurückzuführen, dass das integrierte Fach Naturwissenschaften eingeführt worden sei. – Keiner der Jugendlichen, der für Pisa 2003 getestet worden ist, hat aber mit der Integration der Naturwissenschaften irgendetwas zu tun gehabt.

(Beifall von CDU und FDP)

Das ist ein Zeichen für den Realitätsverlust, der bei der SPD nach 39 Jahren festzustellen ist.

Für uns – das ist durch die Regierungserklärung unseres Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers deutlich geworden – hat Bildungspolitik in der Landespolitik erste Priorität. Dafür spricht die Regierungserklärung. Dafür spricht der Koalitionsvertrag mit der FDP. Dafür spricht auch das eindeutige und engagierte Handeln von Frau Ministerin Sommer. Für uns ist Bildungspolitik Wirtschafts- und Sozialpolitik, für uns ist sie Standortpolitik. Das heißt, wir können es uns auf Dauer nicht leisten, dass bis zu 10 % eines Altersjahrgangs keinen Schulabschluss schaffen, keine Perspektive haben und dann ein Leben lang auf Einkommen aus der Sozialhilfe angewiesen sind.

Frau Schäfer hat ja auch den VBE zitiert und gesagt, er habe richtigerweise die Auswirkungen der demographischen Entwicklung angesprochen. Das stimmt; das hat der VBE richtig gemacht. Ich erinnere aber daran: Es war unser Ministerpräsident Jürgen Rüttgers, der auf die Gefahren für die kleinen Schulen vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung hingewiesen hat, der dieses Thema benannt und auch Lösungen gesetzlicher Art vorgeschlagen hat. Von Ihnen sind nur heftige Attacken und grobe Polemik gekommen. Aber das Thema werden wir aufgreifen

müssen. Wir müssen ein Bildungssystem finden, das demographiefest ist.

Wir brauchen ein Bildungssystem, das wieder leistungsfähiger wird, das bessere Chancen für leistungsstarke und leistungsschwache Schülerinnen und Schüler bietet und gerade auch benachteiligten Schülerinnen und Schülern wieder bessere Chancen auf einen höheren Bildungsabschluss bietet. Wir müssen ein Bildungssystem entwickeln, das auch die nächsten 30 Jahre noch sicher ist und wohnortnah ist.

Wenn wir sehen, was von Frau Sommer in Richtung Ganztag in der Hauptschule angepackt worden ist, wenn wir sehen, dass die Qualitätsverbesserung im Bereich der Ganztagsgrundschule kommt, und wenn wir sehen, dass innerhalb kürzester Zeit 1.000 neue Lehrerinnen und Lehrer eingestellt worden sind und weitere 1.000 Lehrer in den Vertretungspool gekommen sind, dann erkennen wir, dass hier die richtigen Schritte gemacht worden, um Qualität weiterzuentwickeln.

Frau Beer sagt in einem Presseartikel, sie möchte gerne Kooperation und sie möchte den parteipolitischen Zwist in der Bildungspolitik überwinden. Ihr Beitrag heute war aber nicht das beste Beispiel dafür. Denn das war die Rückkehr in die Ideologie der 60er- und 70er-Jahre.

(Beifall von CDU und FDP)

Das heißt, wir reden dann nicht über besseren Unterricht und wie wir ihn organisieren können, sondern wir reden dann darüber, wie wir die Strukturen verändern. Wenn wir diese Diskussion wieder anfangen, dann – das sage ich Ihnen sicher voraus – werden wir in 30 Jahren wieder die Rechnung bekommen, dass sich nichts ändert und dass sich die sozialen Chancen gerade für die Benachteiligten nicht verbessert haben.

Wir werden diesen Weg nicht gehen. Wir werden alles daran setzen, besser zu integrieren, bessere Chancen für die Benachteiligten und mehr qualifizierte Abschlüsse zu schaffen. Wir müssen uns Mühe geben, das Schulsystem so aufzustellen, dass wir mehr Unterricht – im Kampf gegen den Unterrichtsausfall – anbieten und gewährleisten, dass der Unterricht besser wird. Das erreichen wir nicht mit den Methoden der 60er-Jahre. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Kaiser. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Löhrmann.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kaiser, an zwei Stellen hat man deutlich gemerkt, dass Sie Frau Beer nicht richtig zugehört haben,

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

nämlich bei der Frage der Parteipolitik, aber insbesondere bei dem Beispiel, das Sie aufgegriffen haben.

Frau Beer hat nämlich nicht davon gesprochen, dass der Wurm nur in einer Schublade sei, sondern sie hat gesagt, dass der Wurm in der gesamten Kommode sei. Wenn ein Wurm in der gesamten Kommode ist, dann reicht es eben nicht, nur die Schubladen auszutauschen, sondern dann muss man den Blick auf das Ganze richten, um herauszufinden: Wo sitzt der Wurm? Was ist die Ursache dafür? Wie müssen wir die Kommode insgesamt neu bauen? – Vielleicht sollten Sie demnächst genauer überlegen, ob Sie ein solches Bild aufgreifen.

Auch ich möchte das Thema naturwissenschaftlicher Unterricht ansprechen, aber aus einem anderen Grund als die Kollegin Hendricks. Die Verbesserungen, die wir im Bereich der Naturwissenschaften erzielt haben, werden zurückgeführt auf Bund-Länder-Programme wie SINUS,

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

die sehr erfolgreich sind. Ähnliche Programme sind für die Leseförderung zwischen KMK und Bundesbildungsministerium angedacht gewesen.

Die Entscheidungen, die jetzt in Berlin zur Reform des Föderalismus getroffen worden sind, weisen aber in eine Richtung, die das in Zukunft nicht mehr möglich macht.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Deswegen ist das aus meiner Sicht falsch. Ich bin auch froh, dass sich zumindest in der SPD auf Berliner Ebene da Widerstand regt. – Auch Dinge wie das Ganztagsschulprogramm sind in Zukunft nicht mehr möglich, weil sich in dem Fall die CDU durchgesetzt hat. Das ist ein großer, großer Fehler für die Bildungspolitik in ganz Deutschland.

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE])

Es geht nämlich nicht nur um Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren, jetzt will auch ich noch einmal versuchen, die Blockaden aufzubrechen. Gucken wir doch noch einmal, wo die größten

Probleme bestehen. Die größten Probleme haben wir hier in Nordrhein-Westfalen. Wir haben sie aber auch in Hamburg. Dort regiert seit langem die CDU, mal mit FDP und Schill, in letzter Zeit allein. Wir haben sie in Bremen. Dort regiert seit langem eine große Koalition. Wir haben sie in Berlin. Dort regierte die SPD lange mit der CDU und inzwischen mit der PDS.

Wir haben sie auch in Nordrhein-Westfalen; das habe ich zugestanden. Könnten Sie vielleicht darüber nachdenken, dass das nicht unbedingt mit der Parteipolitik, sondern stärker mit der Frage der sozialen Indikatoren in diesen Ländern zu tun haben könnte?

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das ist doch der Hauptpunkt, über den wir sprechen müssen. Die erreichten Verbesserungen liegen bei den Gymnasien, während bei den Hauptschulen in allen Ländern, wo es sie überhaupt noch gibt, Verschlechterungen zu verzeichnen sind. Das ist die Wahrheit der Pisa-Studie.

Vor diesem Hintergrund fand ich es hochinteressant, was am Freitag das „Hamburger Abendblatt“ schrieb. Ich kann allen nur empfehlen, es ausführlich zu lesen:

Deswegen kommt die CDU in Hamburg, nachdem sie jahrelang gepredigt hat, was Sie jetzt auch predigen, nämlich wir müssen die Hauptschule stärken, mehr Geld in die Hauptschule, Hauptschule stärken, Hauptschule stärken, Hauptschule stärken, zu dem Ergebnis: Es hat in Hamburg nicht gefruchtet, es hat nicht geholfen, die Schulform zu stabilisieren.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Michael Vesper)

Darum hat die CDU unter anderem dieses Dogma aufgegeben und sagt: Wir müssen uns an Sachsen orientieren. Ein ganz großer Sprung ist nicht möglich, aber wir wollen uns hin zur Zweigliedrigkeit orientieren. Das wäre eine sehr große Verbesserung.

Erinnern Sie sich noch: In Sachsen gibt es nur zwei Schulformen. In vielen Ostländern gibt es nur zwei Schulformen. Im Saarland gibt es keine Realschule mehr.

(Zuruf von Bernhard Recker [CDU])

In Bayern hat es auch lange nur zwei Schulformen gegeben – auch das möglicherweise ein Grund für die besseren Ergebnisse in Bayern.

Schauen Sie also bitte genau hin. Nehmen Sie Ihre Fähnchen runter, mit denen Sie auf die Meinung des VBE reagiert haben mit der Parole: Nieder mit der Einheitsschule, die Einheitsschule darf nicht kommen!

So, wie Sie sich hier verhalten, kommen Sie mir manchmal vor, als halte man Ihnen ein Fernglas hin, um es Ihnen zu ermöglichen, unser Sternensystem zu erkennen, aber Sie gucken gar nicht durch das Fernrohr, sondern behaupten weiterhin: Unsere Erde ist eine Scheibe.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie wollen sich einfach nicht auf das genaue Hingucken einlassen, sondern bleiben in Ihren Schützengräben. Deswegen werden Sie dem Anspruch – damit komme ich zum Schluss – Ihrer Begründung für die Aktuelle Stunde nicht gerecht.

Herr Biesenbach, der jetzt gar nicht da ist, schreibt so nett: Die Resultate belegen einen unaufschiebbaren politischen Diskussions- und Handlungsbedarf,

(Zuruf von den GRÜNEN: Richtig!)

wenn unser Bundesland nicht weiter an Zukunftsfähigkeit verlieren und nicht immer mehr Jugendliche in die Perspektivlosigkeit entlassen soll.

(Beifall von der CDU)

Ich sehe aber gar nicht, dass Sie gründlich diskutieren, sondern kann nur feststellen, dass Sie auf den alten Gleisen weiterfahren wollen.

(Bernhard Recker [CDU]: Wer hat denn den neuen Kurs gemacht?)

Das finde ich sehr schade. Wir laden Sie weiterhin ein, mit uns zu diskutieren. Wir sind sicher: Die Schule der Vielfalt kommt. Mit uns käme sie etwas schneller, bei Ihnen dauert es, glaube ich, noch ein bisschen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Wir setzen die Debatte fort mit einem Beitrag von Frau Pieper-von Heiden, FDP-Fraktion.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Herr Präsident! Meine Kolleginnen und Kollegen! Die besten Gymnasiasten der Republik sind die Realschüler in Bayern. Nach zweimal Pisa gewinnt man den Eindruck, dass Nordrhein-Westfalen unermüdlich mit Bremen und Hamburg um den letzten Platz kämpft.

Außer im Bereich Problemlösung, in dem unsere Schüler gerade mal im OECD-Durchschnitt liegen, zeigen sich in unserem Land in allen Bereichen

unterdurchschnittliche Leistungen. Wir haben keinen Sprung nach vorn gemacht:

– seit 2000 keine Verbesserungen bei der Risikogruppe von Schülern, die sich auf oder unter der niedrigsten Kompetenzstufe bewegen; nach wie vor sind das mindestens 25 %;

– keine erkennbare Entkoppelung zwischen niedrigem Leistungsniveau und Herkunft aus sozial schwachen Milieus. War gerade dies nicht immer der Anspruch der Sozialdemokratie? – Er ist gescheitert.

– Weit mehr als die Hälfte unserer Schüler weisen verzögerte Schullaufbahnen auf. 35 % der getesteten 15-Jährigen sind nicht auf den Klassenstufen, auf denen sie sein sollten. Förderunterricht? – Fehlanzeige.

– Pisa-E zeigt eine deutliche Diskrepanz zwischen mathematischer Leistung und Problemlösekompetenz. Diese nämlich ist messbar höher, als die erbrachten Matheleistungen selbst. Fazit: Kognitive Potenziale haben Sie nicht ausschöpfen können.

– Fast 30 % der Schüler in Nordrhein-Westfalen mit irgendeinem Migrationshintergrund sind hier geboren, aber die neu Zugewanderten, diejenigen also, die nicht hier geboren sind, lernen schneller Deutsch und zeigen deutlich bessere Leistungen. Das ist der Spiegel einer jahrzehntelangen verfehlten Integrationspolitik, die auf Ihr Konto geht.

(Beifall von der FDP)

Erst seit Kurzem wurde von Ihnen die deutsche Sprachförderung ernsthaft vorangetrieben. Früher nahmen Sie das nicht so genau. Ich erinnere an die erste Schulausschusssitzung der 13. Legislaturperiode – gerade einmal fünf Jahre her –, als die damalige Schulministerin, Gabriele Behler, FDP und CDU für diese Forderung in die rechte Ecke gestellt hat.

Und es geht tragisch weiter. Über Jahrzehnte haben Sie für sich in Anspruch genommen, für Chancengerechtigkeit in diesem Land zu sorgen. Fehlanzeige! Sie verstanden hierunter ein Absenken der Leistungsansprüche, nicht fördern und fordern.

Sie haben in den letzten Jahren – nicht zuletzt mit Hilfe teurer Hochglanzbroschüren – stets vorgetäuscht, einer individuellen Förderung der Schüler in diesem Lande Vorrang zu einzuräumen. Seit Ihrem Ausflug an die skandinavischen Schulen reden Sie von Individualisierung, haben aber nie wirklich begriffen, was das tatsächlich bedeutet.

Die FDP hat als erste Fraktion in diesem Hause, übrigens dokumentiert in Plenarprotokollen, von Individualisierung der Lernprozesse gesprochen und entsprechende Anträge gestellt. Aber Sie haben uns mit Häme überzogen und wie immer arrogant Ihre Mehrheitsmuskeln spielen lassen.

(Beifall von FDP und CDU)

Wenn man nun die heutige Debatte verfolgt, könnte man meinen, es sei nicht ganz klar, dass Sie mit Ihrer Politik für dieses desaströse Bildungsdokument verantwortlich zeichnen.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Zur Erinnerung: Wir sprechen hier von Leistungsmessungen im Jahre 2003. Wenn ich dann lese, dass Frau Beer und auf leisen Sohlen auch Frau Schäfer wieder die Einheitsschule für alle als Allheilmittel gegen schlechte Pisa-Ergebnisse reklamieren,

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das hat keiner gehört!)

dann kann ich nur sagen: Wer über Jahre und Jahrzehnte eine nachweislich verfehlte Bildungspolitik veranstaltet hat, besitzt weder das Recht noch die Kompetenz, vermeintlich kluge Ratschläge zu erteilen, um das System zu heilen.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Kommen Sie bitte zum Schluss, Frau Abgeordnete.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Ich komme zum Schluss, Herr Präsident. – Dies haben die Wähler Ihnen zu Recht aus der Hand genommen; und sie wussten, warum: weil Bildungspolitik bei uns in den besseren Händen liegt. – Danke.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Nun hat Frau Abgeordnete Doppmeier von der CDU-Fraktion das Wort.

Ursula Doppmeier (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ein trauriges Ergebnis für uns: Während sich in den meisten Bundesländern die Leistungen der Schüler im Vergleich zu Pisa 2000 deutlich verbessert haben, erzielten die Altersgenossen hier in NRW leider nur geringe Lernfortschritte. Gerade in den drei Kompetenzfeldern Mathematik, Lesen und Naturwissenschaften liegen ihre Leistungen unter dem Bundesdurchschnitt. Sie haben gegenüber Bayern einen

Lernrückstand von einem Jahr, in Naturwissenschaften sogar von anderthalb Jahren.

Hier fragen wir uns: Welche Maßnahmen haben die anderen Bundesländer ergriffen und welche hat NRW verpasst? – Ich denke, das müssen Sie sich fragen lassen, Frau Schäfer, denn das NRW-Schulsystem hat erneut einen Denkzettel kassiert. Unsere Schüler zeigen überall nur mittelmäßige bis schwache Leistungen. Außerdem machen Kinder bildungsnaher Elternhäuser viermal so oft Abitur wie junge Leute aus bildungsfernen Haushalten.

Was ist zu tun? – Die Debatte um die Dreigliedrigkeit, die Sie führen, ist doch eine Farce. Was wir brauchen, ist: Schule muss mehr Selbstständigkeit und Eigenverantwortung für den Bildungserfolg ihrer Schüler bekommen. Jede Schule muss lernen, Kinder und Jugendliche in ihrer Region so optimal zu fördern, dass sie Anschluss an höhere Bildungswege erhalten.

Obwohl Sie in NRW in den vergangenen Jahren versucht haben, mit einem dichten Netz an Gesamtschulen den engen Zusammenhang zwischen Schulerfolg und sozialer Herkunft aufzubrechen, schnitt wiederum das bevölkerungsreichste Bundesland, nämlich NRW, schlecht ab – und schlechter als beim letzten Mal. Wir haben dies sehr genau realisiert, Frau Löhrmann, und wollen einen anderen Weg beschreiten. Lassen Sie mich hier auf zwei Punkte eingehen.

Benachteiligung durch soziale Herkunft: Die Förderung der Kinder vor der Einschulung war in Nordrhein-Westfalen leider jahrelang kein Thema. Aber spätestens nun, beim erneuten schlechten Abschneiden bei Pisa, wird deutlich: Pisa-Ergebnisse hängen ganz klar mit der mangelhaften Sprachförderung in den Kindergärten zusammen; denn Kinder ausländischer und bildungsferner Familien schnitten bei uns viel schlechter ab als in anderen Ländern. Auch internationale Studien haben Ihnen doch schon vor Augen geführt: Gute Vorschulerziehung ist der richtige Weg zur besseren Schulleistung. Dieses wurde von Ihnen jedoch jahrelang missachtet.

Wir sehen darum unsere vordringlichste Aufgabe darin, die gezielte Sprachförderung in den Kitas zu etablieren und somit die bisherige Benachteiligung der Kinder aus Migrantenfamilien aufzuheben. Der sogenannte Migrantenanteil liegt in Nordrhein-Westfalen bei knapp 30 %. Überdurchschnittlich hoch ist auch die Zahl der Migrantenfamilien, in denen wenig Deutsch gesprochen wird. Somit ist die vorschulische Sprachförderung das Wichtigste, um diese Kinder zu stützen und zu schulischem Erfolg zu führen. Hiermit werden wir bereits bei Kindern ab dem vierten Lebensjahr in den Kindertagesstätten beginnen.

Lassen Sie mich noch einen zweiten Punkt ansprechen: Hauptschulen als Verlierer in unserem Schulsystem. So titelten die Zeitungen. Hauptschüler werden in NRW zu Sorgenkindern, können wir dort lesen. Zwei Drittel der Hauptschüler haben der neuen Pisa-Studie zufolge absehbar erhebliche Probleme im weiteren Bildungsverlauf. Die Hauptschule war eine von Rot-Grün jahrelang vergessene, vernachlässigte Schulform. Glauben Sie mir: Wir werden dies ändern.

Die Schulministerin hat eine Qualitätsoffensive für die Hauptschulen gestartet. Hauptschulen werden von uns in verbindliche Ganztagshauptschulen mit 30 % Lehrerzuschlag umgewandelt. Dies gibt dann endlich die Chance, den Kindern dort die individuelle Förderung und Unterstützung zukommen zu lassen, deren sie bedürfen.

Sie sehen, meine Damen und Herren: Endlich bewegt sich wieder etwas in Nordrhein-Westfalen. Ich verspreche Ihnen: Wir, die Koalition der Erneuerung, werden alles daransetzen, dass Nordrhein-Westfalen bei der nächsten Pisa-Studie im oberen Drittel mitspielt. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Für die Landesregierung hat Frau Ministerin Sommer noch einmal um das Wort gebeten. Bitte schön.

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben den Weg der Erneuerung begonnen und wir werden ihn konsequent fortsetzen.

Pisa weist nachdrücklich auf die Notwendigkeit von Unterrichtsentwicklung im Sinne individueller Förderung besonders der schwächeren Schülerinnen und Schüler in allen Schulformen hin. Wenn alle am Schulleben Beteiligten dieses Ziel vor Augen haben, wird sich die Leistung Nordrhein-Westfalens bei kommenden Pisa-Studien – da gebe ich Ihnen Recht, liebe Frau Doppmeier – deutlich verbessern. Ich bin fest davon überzeugt.

Dazu gehört aber auch, dass Bildung in unserem Land wieder wertgeschätzt wird. Ich nenne an dieser Stelle als Beispiel die vielen Schülerinnen und Schüler, die einfach zu spät zum Unterricht kommen. Das hat etwas mit Wertschätzung zu tun und das hat etwas mit Schulklima zu tun. Und daran müssen wir auch etwas ändern.

(Beifall von CDU und FDP)

In Nordrhein-Westfalen ist es nicht gelungen, Kompetenz und soziale Herkunft zu entkoppeln. Prof. Prenzel sagte gestern in diesem Zusammenhang:

> Wir müssen vermeiden, dass uns Jahr um Jahr ein Viertel der Jugendlichen verloren zu gehen droht.

Mit Ihrer Erlaubnis, Herr Präsident, darf ich noch zwei weitere Aussagen zitieren – das ist bei meinen Vorrednern zum Teil auch so gewesen –:

> Das Schlagwort unserer Bildungspolitik ist Chancengleichheit. Ziel ist es, gesellschaftliche Ungleichheit durch Bildung zu überwinden helfen.

Das Zweite:

> Auf dem Weg zur Chancengleichheit sind wir entscheidende Schritte vorangekommen.

Sehr verehrte Damen und Herren von der Opposition, ich hätte mir an dieser Stelle etwas Applaus gewünscht, denn das sind Zitate, die Sie geprägt haben, und zwar schon 1989 und 1993.

(Beifall von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

Ich fordere Sie auf: Bewerten Sie bitte selbst, wie erfolgreich Sie waren! Bewerten Sie, was Sie in den letzten Jahren getan haben!

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Das Wort hat jetzt Frau Abgeordnete Schäfer, SPD-Fraktion.

Ute Schäfer (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als Sie diese Aktuelle Stunde beantragt haben, war klar, dass Sie sie auch nutzen wollten, um mit der rot-grünen Vorgängerregierung noch einmal so richtig abzurechnen. Das ist aus Ihrer Sicht auch sehr verständlich. Aber die ein oder andere Rede, zum Beispiel die von Herrn Recker, gehörte eigentlich in die Vorwahlzeit, denn es war nicht der Blick nach vorne, es war der Blick zurück.

(Widerspruch von Bernhard Recker [CDU])

Ich bin sehr enttäuscht darüber, wie wenig sensibel Sie mit den neuen Erkenntnissen umgehen. Ich wiederhole, was ich eben gesagt habe: Die neueste Pisa-Untersuchung zwingt alle Bildungspolitiker, sich endlich aus den alten Schablonen herauszulösen und neue Denkrichtungen zuzulassen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Widerspruch von der CDU)

Ich erkläre hier: Wir werden das tun! Ich habe auch schon vorher immer gesagt

(Zurufe von der CDU)

– seien Sie doch einfach einmal so höflich, mich ausreden zu lassen –: Wir müssen bestimmte Instrumentarien weiterentwickeln, die die rot-grüne Landesregierung angeschoben hat, zum Beispiel die Transparenz unseres Bildungssystems durch Lernstandserhebungen.

Übrigens, Frau Ministerin, habe ich gehört, dass Sie auf dem GEW-Kongress gesagt haben, Sie wollten diese Lernstandserhebungen zukünftig nur noch jedes zweite Jahr durchführen lassen. Das finde ich sehr schlimm, denn diese Lernstandserhebungen leisten einen Beitrag dazu, festzustellen, wie man jedes Kind individuell fördern kann. Sie sprechen immer von der individuellen Förderung, teilen uns aber nie mit, wie Sie sie denn umsetzen wollen.

(Beifall von der SPD)

Ich kann nur mahnen: Lassen Sie das, und führen Sie diese Erhebungen weiter jährlich durch.

Wir haben die Schulinspektion ins Leben gerufen: die Überprüfung unserer Schulen, die Sie dankenswerterweise und konsequenterweise fortsetzen.

Wir haben die flexible Schuleingangsphase eingeführt, um auf unterschiedliche Lernbedingungen der Schülerinnen und Schüler einzugehen. Auch das setzen Sie dankenswerterweise fort.

Wir haben die offenen Ganztagsschulen eingeführt – Sie setzen das dankenswerterweise fort.

Was ich allerdings auch ansprechen möchte, ist Ihr Programm für die Hauptschulen. Dort betreiben Sie eine Qualitätsoffensive, die man nur begrüßen kann. Allerdings: Der alten Landesregierung vorzuwerfen, die Hauptschule sei eine vergessene Schulform gewesen, ist de facto falsch;

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

ganz falsch, denn wir haben den Sprachunterricht in den Hauptschulen mit 500 zusätzlichen Lehrern verstärkt, wir haben als Land – und das ist eine freiwillige Landesleistung – den Einsatz von Sozialpädagogen in den Hauptschulen unterstützt. Das hätten wir nicht machen müssen.

(Beifall von der SPD)

Wir haben es getan, denn Erziehung und Bildung besitzen an den Hauptschulen einen besonderen Stellenwert. Wir haben sogar dafür gesorgt, dass die Schüler-Lehrer-Relation an den Hauptschulen die beste ist. Unsere Hauptschulen sind personell gut ausgestattet gewesen. Ich möchte Ihnen damit noch einmal verdeutlichen: Sie können noch mehr Geld in dieses System hineinstecken – machen Sie das ruhig –, aber Sie werden bemerken – genauso wie wir –, dass man neue Denkrichtungen einschlagen muss. In anderen Ländern ist es schon so.

Wie sieht nun die Zukunft der Hauptschule tatsächlich aus? – Da wollen Sie nun das, was wir im Schulgesetz verankert haben – die Verbundschulen zuzulassen –, wieder zurücknehmen. Ich kann davor nur warnen. Auch der VBE hat noch einmal betont, dass man den Kommunen die Steuerungsmöglichkeiten erhalten muss. All diese Dinge sind von uns implementiert worden.

(Beifall von der SPD)

Sie setzen sie teilweise fort. Aber wenn Sie jetzt von der Neuausrichtung der Bildungspolitik unter der schwarz-gelben Landesregierung sprechen, Frau Ministerin: Sie haben in der Pressekonferenz einen Zehnpunkteplan angekündigt, Sie haben hier wieder ein Programm angekündigt, und auch im Schulausschuss haben Sie angekündigt, demnächst Programme aufzulegen. Aber Sie kündigen immer nur an, und man hört nie, was Sie jetzt tatsächlich machen.

(Beifall von der SPD)

Sie können sich hier hinstellen und sagen, die individuellen Förderungen müssen verbessert werden, die kognitiven Leistungen müssen gestärkt werden, die vorschulische Sprachförderung muss intensiviert werden, nur: Dann handeln Sie und unterlegen Sie Ihre Ankündigungen und Forderungen mit ganz konkreten Initiativen und Konzepten.

(Zuruf von Bernhard Recker [CDU])

Nach sechs Monaten ist die Denkpause für Sie vorbei. Heute war Ihre letzte Chance, noch einmal zurückzublicken. Sie müssen jetzt nach vorne blicken und die Dinge weiterentwickeln.

(Zuruf von Bernhard Recker [CDU])

Wir unterstützen Sie gerne, wenn Sie uns denn auch lassen. Frau Pieper-von Heiden – Sie haben uns die Arroganz der Macht vorgeworfen –, wenn Sie im Schulausschuss die von uns beantragten Punkte mit Mehrheit von der Tagesordnung nehmen, dann frage ich mich wirklich, wo die Arroganz der Macht sitzt. – Herzlichen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Helmut Stahl [CDU]: Warum?)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Als nächste Rednerin hat Frau Abgeordnete Kastner von der CDU-Fraktion das Wort.

Marie-Theres Kastner (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich hätte mir gewünscht, Frau Schäfer hätte diese Rede nicht gehalten.

(Beifall von der CDU)

Ich glaube, es tut nicht gut, wenn jemand ans Pult tritt und versucht, noch einmal zu verteidigen, wofür er in der Pisa-Studie abgestraft worden ist.

(Beifall von der CDU)

Sie haben uns hier einige Dinge vorgeworfen, auf die ich kurz eingehen möchte. Sie haben gesagt, die Denkpause sei vorbei und nach einem halben Jahr müssten wir endlich handeln. Ich weiß nicht, ob 1.000 eingestellte Lehrer und der Wert von 1.000 Lehrern in Geld-statt-Stellen bis nach den Sommerferien nicht Handlungen statt eine Denkpause waren,

(Ursula Meurer [SPD]: Es hat doch jeder erkannt, dass das nicht so ist! – Weitere Zurufe von der SPD)

ob das, was Frau Sommer jetzt zur Stärkung der Hauptschulen durch Ausbau der Hauptschulen zu Ganztagshauptschulen in die Schulen gegeben hat, nicht auch eine Handlung statt eine Denkpause war? Ich glaube, das ist ein ganz deutlicher Handlungsauftrag an die Schulen und eine Verbesserung der Hauptschulen, die in die richtige Richtung geht.

Damit bin ich bei dem, was ich mir vorgenommen hatte, heute hier vorzutragen. Ich habe in den Analen geblättert. Vor fünf Jahren gab es hier am 14. Dezember eine Rede zur ersten Pisa-Studie. Das Haus hat getobt. Ich habe damals in ganz besonderer Weise auf etwas hingewiesen, was damals gar nicht so im Mittelpunkt stand, sich dann jedoch langsam aber sicher herauskristallisiert hat: das Wort Chancengleichheit. Sie haben es jahrzehntelang für die Schule im Mund geführt, und es wurde durch die Pisa-Studie deutlich in die Ecke gestellt. Heute haben Sie interessanterweise unser Wort der Chancengerechtigkeit häufiger aufgenommen.

(Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

In der Schule geht es letztendlich darum, den Kindern eine Chance zu geben, die keine besitzen, weil sie in einem bildungsfernen Elternhaus leben.

Damals habe ich in meiner Rede formuliert:

> Bildung ist die neue soziale Frage des 21. Jahrhunderts.

Unter Punkt 3 habe ich gesagt:

> Kinder erreichen umso leichter einen höheren Grad an Bildung, wenn auch das häusliche Umfeld die Bildungsbemühungen abfedert.

Das hat sich in den fünf Jahren, meine Damen und Herren, nicht geändert. Auch heute reden wir über Schule. Ich möchte noch einmal denselben Akzent wie vor fünf Jahren setzen: Wir können an der Schule arbeiten, wie wir wollen. Wenn wir aber nicht die Grundlage für die Schule verändern, das heißt, wenn wir uns nicht bemühen zu schauen, wie wir die Elternhäuser erreichen und wie wir es im vorschulischen Bereich schaffen, eine Grundlage dafür zu legen, Kinder gemeinsam starten zu lassen, dann nützt das Arbeiten nichts.

Diese Schaffung der Grundlagen haben wir über die intensive Sprachförderung und die Familienzentren – zwei Projekte, die wir umsetzen werden – bereits angelegt. Dazu kommt die Unterstützung der Hauptschulen für die benachteiligten Kinder.

Ich glaube, das ist dann der Weg, der es uns erlaubt zu behaupten: Wenn wir daran arbeiten, dann haben wir vielleicht die Chance, dass die Pisa-Ergebnisse für uns beim nächsten Mal besser ausfallen.

Vergessen wir nicht das, was Grundlage für Schule ist, nämlich den gesamten vorschulischen Bereich. Auch darauf müssen wir Wert legen. Dann wird es auch in der Schule besser werden. – Danke schön.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Vielen Dank. – Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann schließe ich die Aktuelle Stunde.

Wir kommen zu:

2 Erstes Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/569

erste Lesung

Hinter diesem etwas spröden Titel – ich sage das für die Zuschauerinnen und Zuschauer – verbirgt sich die Debatte, die wir gemeinhin mit dem Begriff „Kopftuchverbot“ verbinden.

Ich gebe als erstem Redner Herrn Abgeordneten Solf, CDU-Fraktion, zur Einbringung des Gesetzentwurfes das Wort.

Michael Solf (CDU): Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Seit Herbst 2003 haben wir hier mehrfach über die für Nordrhein-Westfalen aus dem damals wenige Wochen alten sogenannten Kopftuchurteil des Bundesverfassungsgerichts zu ziehenden Konsequenzen gesprochen. Die Aussprachen waren wohltuend differenziert und der Komplexität der Materie angemessen.

Und wichtiger noch: Über die Fraktionsgrenzen hinweg bestand weitgehend Einigkeit, dass wir an unseren Schulen Symbole, die als politisches Zeichen für eine mindere Stellung der Frau und gegen unsere Verfassungswerte gerichtet verstanden werden können, nicht wollen.

Uneinig waren wir über den Weg. Die damalige Landesregierung hatte sich als Dienstherr aus der Verantwortung gestohlen. Das war nicht fair. Seitens der CDU haben wir schon damals gefordert, den Schulen quälende Einzelfallentscheidungen zu ersparen. Wenn es denn über die Angelegenheit Streit und sogar Unfrieden geben sollte, dann habe diese – so haben wir immer argumentiert – der Dienstherr, die Landesregierung, auszuhalten.

Der vorgelegte Gesetzentwurf ist rechtlich abgesichert. Der geschätzte Kollege Werner Jostmeier wird Ihnen das gleich noch einmal darlegen.

Unser Ansatz ist geprägt von der Frage nach dem gemeinsamen Nenner in unserer Gesellschaft, von der Frage nach dem Zusammenhalt unseres Gemeinwesens.

In aller gebotenen Kürze will ich auf drei wesentliche Wegmarken eingehen, die wir dabei nicht aus dem Auge verlieren dürfen. Sie betreffen die gesamte Gesellschaft und damit auch den Islam.

Die erste Wegmarke heißt Freiheit. Heute verstehen viele Menschen Freiheit nur noch als die Freiheit, sich schrankenlos selbst zu verwirklichen, ihren persönlichen oder ihren Gruppeninte-

ressen nachzugehen. Unfreiheit sei, so meinen sie, wenn sich ihnen jemand entgegenstellt.

Der Freiheitsbegriff unserer Gesellschaft war ursprünglich ein ganz anderer: nicht Freiheit, etwas zu tun, sondern Freiheit von Zwang, von der „Benutzung“ durch andere. Dieses Grundprinzip ist fast vergessen. Ich würde mir wünschen, wir wären uns der Gefahren eines deformierten Freiheitsbegriffes bewusster.

Die zweite Wegmarke heißt Integration. Natürlich hat sich unsere Gesellschaft Neuem zu öffnen, auf Menschen zuzugehen, deren Grundeinstellungen von der ihren abweichen mögen. Aber die, die neu hinzukommen, müssen sich auch öffnen. Genauso wie sich die Gesellschaft durch ihr Hinzutreten wie selbstverständlich weiterentwickelt, müssen auch sie sich in Richtung auf diese Gesellschaft weiterentwickeln. Unser gemeinsamer Weg in die Zukunft muss zu einer gemeinsamen Gesellschaft führen; es darf nie und nimmer zu einer Auflösung in Parallelgesellschaften kommen.

(Beifall von CDU und FDP)

Die dritte Wegmarke betrifft jene merkwürdige Angst vor einer Wertediskussion, eine Angst, die nicht nur in juristischen Kreisen, sondern auch in der politischen Öffentlichkeit und sogar in den Kirchen um sich greift. Warum wollen wir denn – gerade auch wenn es um Integrationsfragen geht – nicht unsere Werte offen legen, für sie eintreten? Der Versuch einer Äquidistanz zu sämtlichen ethischen und religiösen Positionen ist nicht ehrlich.

Unsere europäische Kultur ist durch ein spezifisches Menschenbild geprägt, das wir ohne Scham „christlich“ nennen dürfen. Seine drei gesellschaftspolitisch wichtigsten Kerne sind erstens der feste Glaube, dass der Mensch immer nur ein Ziel an sich, niemals Mittel sein darf, zweitens der Glaube, dass jeder Mensch den gleichen Wert besitzt, und drittens der kategorische Imperativ, wie ihn am präzisesten Kant formuliert hat.

Eine Gesellschaft, die nach diesen drei Zielen nicht wenigstens strebt, ist keine gute Gesellschaft. Zeichen, die in eine andere Richtung weisen, können wir nicht wollen.

(Beifall von der CDU und Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Das gilt gerade auch für den Ort, an dem wir unsere jungen Menschen ausbilden: für die Schule. So fordert es die Landesverfassung in Art. 12 Abs. 6.

Aber ich sage auch: Es darf keine Rhetorik geben, die mehr auf Beifall in den eigenen Reihen als auf eine Lösung der Probleme zielt.

Und die Probleme sind wahrhaft gewaltig: Die wachsenden sozialen Schieflagen werden ethnisch und religiös aufgeladen. Da helfen keine starken Worte, sondern nur Taten, viele einzelne Taten wie die Sprachförderung, von Minister Laschet initiiert, oder die Werkstattklassen, von Minister Laumann installiert, die ja auch ein Programm für junge, arbeitslose Muslime sind.

Und denjenigen Muslimen, die uns in der Kopftuchfrage nicht folgen wollen, sage ich: So wie das Kopftuch als politisches Zeichen gegen die vom Grundgesetz garantierte Pluralität im Unterricht der öffentlichen Schulen nicht geduldet werden kann, genau so garantiert gerade diese Pluralität ihnen auf gesamtgesellschaftlicher Ebene die Akzeptanz ihres Bekenntnisses und nicht zuletzt auch die Vielfalt der Bekenntnisse innerhalb des Islam.

(Beifall von Werner Jostmeier [CDU])

Das ist viel mehr, als die meisten islamischen Staaten garantieren.

Liebe muslimische Mitbürgerinnen und Mitbürger! Wir haben im Sommer 2001 die Integrationsoffensive NRW auf den Weg gebracht. Wir unternehmen verschiedenste Bemühungen zur besseren schulischen und beruflichen Integration, und wir streben die Einrichtung einer repräsentativen Institution der Muslime auf Landesebene an.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Das ist gut!)

Mit ihr könnten wir endlich auch zu einem islamischen Religionsunterricht als ordentlichem Lehrfach kommen.

(Beifall von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Wir sind also auf einem guten Weg des Miteinanders. Wir sollten diesen Weg weiter gemeinsam gehen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Meine Damen und Herren, der Gesetzentwurf wurde auch von der FDP-Fraktion eingebracht. Der Vorsitzende dieser Fraktion, Herr Dr. Papke, hat deswegen nun das Wort.

Dr. Gerhard Papke (FDP): Herr Präsident! Meine Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte meine Ausführungen mit einem Zitat des bekannten Islam-

kenners Prof. Bassam Tibi beginnen. Ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten:

> „Es gibt keine einzige Stelle im Koran, die Frauen zu einem Kopftuch verpflichtet. Die Frauen sollen keusch und sittsam auftreten, aber von einem Kopftuch ist keine Rede. Das ist einzig und allein eine Vorschrift der postkoranisch konstruierten Scharia. Mit anderen Worten: Wenn Sie als deutscher Staat, als deutsches Bundesland das Kopftuch zulassen, lassen Sie – im Namen der Toleranz – die Scharia zu. Das kann der Staat nicht wollen, weil Scharia und Demokratie unvereinbar sind."

Tatsache ist, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass das Kopftuch als politisches Symbol spätestens seit der Machtübernahme von Khomeini im Iran zu einem weltweiten Symbol des islamischen Fundamentalismus geworden ist.

Auch das Bundesverfassungsgericht hat im Jahre 2003 ausdrücklich festgestellt, dass das muslimische Kopftuch als politisches Symbol des islamischen Fundamentalismus angesehen werden kann, das die Abgrenzung zu Werten der westlichen Gesellschaft wie individuelle Selbstbestimmung und Emanzipation der Frau ausdrückt.

Maßgeblich ist dafür nach höchstrichterlicher Rechtsprechung der Empfängerhorizont, konkret die Wahrnehmung des Kopftuchs bei den betroffenen Kindern und den Eltern an einer öffentlichen Schule. Es geht beim Kopftuchverbot also definitiv nicht um eine Bewertung von Religionen oder gar von Glaubenswahrheiten. Das geht den freiheitlichen Staat nichts an, auch in Nordrhein-Westfalen nicht. Jeder in Nordrhein-Westfalen soll nach seiner Fasson selig werden, ob als Christ, als Jude oder als Moslem. Aber der freiheitliche Staat muss sich einmischen, wenn fundamentalistische Haltungen an unseren Schulen Einzug halten, die sich gegen den Wertekonsens der offenen Gesellschaft und gegen die Gleichberechtigung von Mann und Frau richten.

(Beifall von FDP und CDU)

Selbstverständlich kommt Lehrerinnen und Lehrern an öffentlichen Schulen eine besondere Vorbildfunktion bei der Erziehung der Kinder zu. Das Kopftuchverbot, das wir eingebracht haben und das wir verabschieden werden, ist alles andere als ein Instrument zur Diskriminierung des Islam. Das Kopftuchverbot ist ein Zeichen der Selbstbehauptung unserer Verfassung gegen einen Fundamentalismus, der unsere freiheitliche Werteordnung an entscheidender Stelle in Frage stellt.

(Beifall von der CDU)

Schon deshalb ist das Argument nicht stichhaltig, es handele sich doch nur um vergleichsweise wenige Fälle. Der Staat muss auch deshalb handeln, weil wir nicht warten können, Frau Löhrmann, wie es in Baden-Württemberg erkennbar war, bis es an einzelnen Schulen zu massiven Konflikten kommt. Dann sind die Schulen vor Ort allein gelassen. Wir müssen Rechtsicherheit schaffen und klar zeigen, wo wir als Gesetzgeber in Nordrhein-Westfalen in dieser Frage stehen. Das Problem gewissermaßen über eine Gesinnungsprüfung vor Ort zu lösen ist nicht praktikabel und würde die Verantwortung wieder den Schulen übertragen, die damit heillos überfordert wären.

Das Argument, das uns immer wieder entgegengehalten wird, dieses Gesetz führe zur Ungleichbehandlung von Religionen, ist nicht stichhaltig. Unsere Verfassungsordnung – Kollege Solf hat darauf hingewiesen – beruht auf der christlich-abendländischen Bildungs- und Kulturtradition, die im Grundgesetz, aber ausdrücklich auch in unserer Landesverfassung festgehalten ist.

Ich verweise etwa auf Art. 12 der Landesverfassung, in dem ausdrücklich die Gemeinschaftsschule als christliche Gemeinschaftsschule statuiert ist, die allerdings offen ist – selbstverständlich – für alle Weltanschauungen, für alle Bekenntnisse. Beides schließt einander also nicht aus: der christliche Charakter unserer Bildungs- und Kulturtradition auf der einen Seite und auf der anderen Seite die Offenheit gegenüber allen Religionen und allen Weltanschauungen in unserem Land.

Das heißt aber auch: Die Darstellung dieser grundlegenden Bildungs- und Kulturwerte kann an öffentlichen Schulen weiterhin zulässig bleiben; denn sie steht eben für eine von konkreten Glaubensinhalten losgelöste Werteordnung, Werte wie die unantastbare Menschenwürde und die Gleichberechtigung von Mann und Frau.

Das hat, Frau Kollegin Löhrmann, das Bundesverwaltungsgericht in Überprüfung der Verfassungskonformität des baden-württembergischen Kopftuchgesetzes, das wir bis in die Details übernehmen, ausdrücklich bestätigt.

Das Kopftuchgesetz ist im Übrigen im Landtag von Baden-Württemberg nicht nur mit den Stimmen FDP und CDU, sondern auch mit Unterstützung der Sozialdemokraten angenommen worden. Deswegen möchte ich die Kolleginnen und Kollegen der sozialdemokratischen Fraktion ausdrücklich ermutigen, sich unserem Gesetzentwurf anzuschließen, wie das in Baden-Württemberg geschehen ist, damit wir wirklich einen möglichst

breiten Konsens in der Willensbildung herstellen können.

Es fehlt in Ihrer Fraktion auch nicht an Stimmen – das gilt auch für die Bundestagsfraktion –, die genauso positiv zu dem Kopftuchverbot Stellung beziehen, wie wir das heute tun. Ich erwähne nur Ihre türkischstämmige Kollegin Akgün, die Bundestagsabgeordnete aus Köln, die in glasklaren Worten gesagt hat, dass das Kopftuch als politisches Symbol an unseren Schulen nichts verloren hat und dass das in ihrer Wahrnehmung ein Ausdruck der Ungleichbehandlung von Mann und Frau ist.

(Beifall von der SPD)

Die türkisch stämmige Rechtsanwältin Seyran Ates, die am 8. März 2004 den Frauenpreis der Berliner Senatsverwaltung erhalten hat, hat – das fand ich sehr bemerkenswert – eine falsch verstandene Toleranz in dieser Frage beklagt und ausgeführt:

> Deutschland hat eine belastende Geschichte. Aber das gibt niemandem das Recht, das Kopftuch als Alibi zu benutzen. Es gehört nicht in die Schule. Es hat nichts mit Toleranz zu tun. Es ist Ausdruck extremer Ungleichbehandlung von Männern und Frauen. Deutsche denken, sie respektieren damit eine andere Kultur, aber dieser Respekt hat falsche Wurzeln. Er begünstigt die Fortschreibung von zweierlei Recht für Männer und Frauen. Der übertriebene Anspruch an die eigene Toleranz macht sie blind und fördert so schlimmste Formen von Intoleranz.

Das ist sehr bedenkenswert.

Seyran Ates spricht nicht nur vom Kopftuch, sondern auch von Menschenrechtsverletzungen, von Zwangsverheiratungen, von sogenannten Ehrenmorden. Das ist schon ein schlimmer Begriff, der für Verbrechen steht, die in der Mitte der Gesellschaft auch bei uns in Nordrhein-Westfalen geschehen, über die im politischen Raum viel zu lange geschwiegen worden ist. Das sind Verbrechen, die Ausdruck von Parallelgesellschaften sind, wie wir sie, meine Damen und Herren, in Nordrhein-Westfalen ebenso wenig wie in Deutschland insgesamt akzeptieren können.

Diese erschreckenden Fehlentwicklungen sind im Übrigen Beleg dafür, dass die alte Multikulti-Politik erkennbar gescheitert ist. Sie muss durch eine aktive Integrationspolitik abgelöst werden. Darüber werden wir gleich, aber sicherlich auch in den nächsten Wochen und Monaten hier intensivst debattieren. Die falsch verstandene und erfolglose Multikulti-Politik der Beliebigkeit muss durch eine aktive Integrationspolitik abgelöst werden.

(Beifall von der FDP)

Dabei geht es nicht darum, kulturelle wie religiöse Vielfalt einzuschränken. Ganz im Gegenteil: Es geht um die uneingeschränkte Anerkennung einer freiheitlichen Werteordnung, deren Wesensgehalt, meine Damen und Herren, gerade Selbstbestimmung, gleiche Rechte für alle, für Männer wie für Frauen, und auch die Offenheit und Toleranz gegenüber unterschiedlichen Weltanschauungen ist. Das ist das Wesensmerkmal der Werteordnung, die wir in Zukunft auch in Richtung derjenigen, die sich hier in fundamentalistischen Parallelgesellschaften eingerichtet haben, aktiver verteidigen müssen.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Kommen Sie bitte zum Schluss, Herr Abgeordneter.

Dr. Gerhard Papke (FDP): Ich komme zum Schluss, Herr Präsident.

Wir brauchen, meine Damen und Herren, einen offenen und ehrlichen Dialog mit allen Muslimen. Wir sehen unsere muslimischen Mitbürgerinnen und Mitbürger als Bereicherung an für unsere Gesellschaft gerade in Nordrhein-Westfalen. Aber wir müssen ihnen auch sagen, dass wir Parallelgesellschaften nicht dulden und dass wir ein klares Bekenntnis zu unserer Werteordnung verlangen, ein Bekenntnis zu einer Werteordnung, die die Basis für das freiheitliche Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen und Religionen ist. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Jetzt spricht für die SPD-Fraktion der Abgeordnete Wolfram Kuschke.

Wolfram Kuschke (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich einige Vorbemerkungen machen.

Die erste: Ja, wir nehmen den Hinweis, die Warnung des Integrationsbeauftragten der Landesregierung, Herrn Kufen, sehr ernst, im Rahmen der Debatte, die wir heute und in den kommenden Wochen und Monaten zu führen haben, kein Porzellan zu zerschlagen. Aber, meine Damen und Herren, ich sage Ihnen ganz offen: Ich habe erhebliche Zweifel, ob nicht schon mit der Vorlage

dieses Gesetzentwurfes das erste Porzellan zerschlagen worden ist.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Der zweite Hinweis, damit keine Missverständnisse entstehen können: Natürlich besteht die SPD-Fraktion darauf, dass Mäßigungs-, Zurückhaltungs- und Neutralitätspflichten von Lehrerinnen und Lehrern, also das, was sich aus Art. 33 Abs. 5 GG ergibt, auch eingehalten werden. Näheres dazu wird gleich meine Kollegin Schäfer ausführen.

Der dritte Punkt – um auch das zu verdeutlichen, das klang gerade auch bei Herrn Kollegen Papke an –: Es ist in der Tat so, dass in unserer Landtagsfraktion, in anderen SPD-Fraktionen in den Landtagen und in der Bundestagsfraktion über die Frage des Kopftuchs diskutiert wird. Die Fragen: „Wofür steht dieses Kopftuch? Ist es ein politisches Symbol? Ist es ein religiöses Symbol? Ist es ausschließlich ein politisches Symbol?“, Herr Kollege Papke, sind eben nicht so eindeutig zu beantworten, wie Sie es gerade getan haben. Die Gutachterinnen und Gutachter, die wir 2004 angehört haben, haben das auch nicht beantworten können, sondern gesagt: Im Zweifelsfalle handelt es sich um ein religiöses Symbol. – Natürlich wird bei uns über die Frage diskutiert: Was soll dieses Symbol hinsichtlich der Stellung der Frau in der islamischen Gesellschaft oder in Teilen der islamischen Gesellschaft nach außen deutlich machen?

Aber ich frage Sie auch: Gibt es nicht dringlichere Probleme?

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Sind nicht die Themen Zwangsheirat, das Sie angesprochen haben, und Ehrenmorde – ich wage gar nicht, diesen Begriff zu nennen, weil er sehr unglücklich ist – viel wichtiger? Herr Kollege Papke, die Täter, die wir konsequenter verfolgen müssten, deren Taten wir verhindern müssten, tragen keine Kopftücher. Daran können wir es nicht festmachen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Nach diesen Vorbemerkungen sagt meine Fraktion trotz aller Notwendigkeit der Diskussion, wie ich es dargestellt habe – und wir werden diese Diskussion führen –, ganz eindeutig: Den vorliegenden Gesetzentwurf lehnen wir ab.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, was wollen wir mit einem Gesetz im Normalfall erreichen? – Wir wollen Dinge klären. Wir sehen einen Regelungsbedarf. Das heißt, das Problem muss auch eine gewisse Größenordnung haben, um zu sagen: Da müssen wir als Parlament oder Landesregierung initiativ werden und ein Gesetz vorlegen. Wir müssen sagen können: Wir haben einen dringenden Handlungsbedarf; deshalb müssen wir etwas tun. Allein an diesen Kriterien, meine Damen und Herren, lässt sich feststellen, dass die notwendige Dimension nicht gegeben ist.

Kollegin Schäfer wird gleich darauf eingehen, aber zwei Zahlen will ich noch nennen – sie sind schon häufig genannt worden –: 22 von 116.000 Lehrerinnen sind betroffen. Ich denke, dass ausreichend dienstrechtliche Regelungen bestehen, um sich damit auseinander zu setzen.

Nächster Punkt, meine Damen und Herren: Sie begeben sich ohne Not, Sie führen uns ohne Not auf ein verfassungsrechtlich außerordentlich bedenkliches Glatteis.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Es ist richtig, dass Sie sich an das baden-württembergische Gesetz vom 1. April 2004 anlehnen. Sie haben auch zu Recht auf die Überprüfung durch das Bundesverwaltungsgericht vom Juni 2004 hingewiesen. Aber wir alle wissen doch auch – die Experten haben uns darauf hingewiesen –, dass das Grundrecht auf Religionsfreiheit in streitigen Fragen vom Bundesverfassungsgericht in der Vergangenheit höher bewertet worden ist als vom Bundesverwaltungsgericht. Die Hinweise des Bundesverfassungsgerichts in dem damals laufenden Klageverfahren, das mittlerweile nicht mehr aufrechterhalten worden ist, gingen eindeutig in diese Richtung.

Schließlich begeben Sie sich in eine, wie ich finde, außerordentlich riskante Auseinandersetzung über Werte. Es ist doch nicht so, dass irgendjemand aus der SPD-Fraktion oder der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen diese Wertediskussion nicht führen will. Aber machen Sie den richtigen Einstieg dazu, meine Damen und Herren,

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

indem Sie die Hinweise des Bundesverfassungsgerichts wegwischen? Das Bundesverfassungsgericht hat gesagt – ich darf zitieren –:

> „Schließlich bedarf die Einführung einer Dienstpflicht, die es Lehrern verbietet, in ihrem äußeren Erscheinungsbild ihre Religionszugehörigkeit erkennbar zu machen, auch deshalb einer ausdrücklichen gesetzlichen Regelung, weil eine solche Dienstpflicht in verfassungsgemäßer … Weise nur begründet und durchgesetzt

werden kann, wenn Angehörige unterschiedlicher Religionsgemeinschaften dabei gleich behandelt werden.“

Damit, meine Damen und Herren, sind wir bei dem sogenannten Privilegium Christianum. Ich muss eindeutig sagen: Wenn eine Mehrheit dieses Hohen Hauses den Gesetzentwurf verabschiedet, laufen Sie Gefahr, dass durch das Gesetz auch die beiden christlichen Kirchen betroffen sind. Dass Sie das nicht wollen, unterstelle ich Ihnen. Wenn ich Herrn Witzel neben Herrn Papke sitzen sehe, frage ich mich allerdings, ob das nicht zumindest bei Ihnen, Herr Witzel, auch Zielsetzung ist.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Sie haben sich ja noch im September in einer Presseerklärung ziemlich eindeutig dazu eingelassen. Sie haben die Pläne von Ministerin Sommer, die sich damals dazu geäußert hatte, begrüßt, aber hinzugefügt, ein Verbot religiös aufdringlicher Symbole im Unterricht dürfe sich nicht auf das Kopftuch beschränken. Die religiöse Neutralität an öffentlichen Schulen müsse insgesamt gewahrt werden. Ich fordere Sie auf, Herr Witzel, Herr Papke und die FDP-Fraktion: Reden Sie Tacheles.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Das haben wir aber schon!)

Bekennen Sie eindeutig, dass Sie diese Chance nutzen, um auch ein Stück weiter auf dem Weg hin zu einem laizistischen Staat zu kommen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich frage Sie: Ist diese Diskussion über den Gesetzentwurf eigentlich der Gesamtdiskussion zum Thema Integration, die wir führen müssen, angemessen? Wir werden gleich noch Gelegenheit haben, darüber ausführlicher zu reden.

(Minister Armin Laschet: Ja!)

Wir sind der Auffassung, Herr Laschet, dass wir die Diskussion führen müssen. Ich nehme mit Interesse und manchmal auch mit Anerkennung zur Kenntnis, was Sie dazu ausführen. Ob sich das im Landeshaushalt letztlich widerspiegeln wird, müssen wir sehen.

Wir sind auch für eine ehrliche Bestandsaufnahme, die klar macht, wo in der Vergangenheit zu wenig gefordert und gefördert worden ist und inwieweit es einer gemeinsamen Grundlage bedarf. Wir hatten geglaubt, dass wir in der vergangenen Legislaturperiode durch die Integrationsoffensive eine solche Grundlage hätten. Nachher in der Debatte kann die FDP klären, ob sie noch zu dieser Integrationsoffensive, zu dieser Integrationsgrundlage steht.

Aber, Herr Minister Laschet, Integrationspolitik muss verlässliche Linien und darf keinen Zickzackkurs haben. Sie konstatieren, dass Nordrhein-Westfalen bei den Bemühungen um Integration relativ weit ist. Damit sprechen Sie auch ein Lob für die alte Landesregierung aus. Vielen Dank dafür! Gleichzeitig sagen Sie, dass Sie im Bereich des Islam organisierte Ansprechpartner haben wollen. Das halte ich für richtig, ist aber nicht einfach, wie Sie wissen. Gleichzeitig riskieren Sie mit dem vorgelegten Gesetzentwurf die Reaktion des Zentralrates der Muslime in Deutschland, die heute nachzulesen ist. Er sagt: Dieser Gesetzentwurf hilft uns überhaupt nicht weiter. – Wenn Sie Ansprechpartner finden wollen, müssen Sie auch auf ihre Sensibilität achten.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Sie haben ja Recht, dass eine zunehmende Religiosität bei Muslimen festzustellen ist. Aber wir müssen uns dann doch auch fragen, meine Damen und Herren, womit das zusammenhängt und was der Hintergrund ist. Müssen wir nicht aufpassen, welche Maßnahmen wir ergreifen, um nicht Wasser auf die Mühlen eines politischen Islam zu gießen

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

und diejenigen, die aus anzuerkennender echter religiöser Überzeugung handeln, nicht auf ein falsches Gleis zu bringen?

Zum Thema Wertediskussion sage ich: Wir wollen sie gerne führen. Wir haben die Ausführungen des Ministerpräsidenten zu den Wertevorstellungen im Bereich des christlich-jüdisch-abendländischen Kulturgutes, der Tradition und der Überlieferung in sehr guter Erinnerung. Ich verstehe allerdings nicht, Herr Ministerpräsident, dass man in dieser Frage einen Konflikt mit beiden Kirchen in Nordrhein-Westfalen vom Zaune bricht.

(Minister Armin Laschet: Nicht mit beiden!)

– Doch, mit beiden, Herr Kollege. Ich habe gestern auch das Gefühl gehabt, als müsste man noch eine Interpretationshilfe für das haben, was die evangelische Kirche anbelangt. In der Presseerklärung wird aber festgestellt, dass es sich beim Kopftuch um ein Symbol handelt, das für unterschiedliche Deutungen offen ist. In Punkt 4 wird im Grunde genommen ein Votum für eine Einzelfallprüfung abgegeben.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Richtig! Die findet statt!)

Schauen Sie sich die Presseerklärung der drei Präsides an. Die Stellungnahme der katholischen Kirche ist in dieser Frage sehr eindeutig.

Meine Damen und Herren, dieser Gesetzentwurf bringt uns bei der Lösung der konkreten Probleme, für die es genug Lösungsansätze gibt, nicht weiter, und er behindert die Diskussion um die notwendige Integrationspolitik in Nordrhein-Westfalen und in der Bundesrepublik Deutschland, die wir eigentlich führen müssten.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Vielen Dank. – Als nächste Rednerin hat Frau Abgeordnete Löhrmann, die Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, das Wort.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben in Deutschland kein laizistisches Staatsverständnis. Insofern sollten wir uns im Hinblick auf die friedliche Bekundung des Glaubens den Satz von Martin Buber zu Herzen nehmen: „Alle Menschen haben Zugang zu Gott, aber jeder einen anderen."

Es geht heute in diesem Parlament zum dritten Mal um ein Kopftuchverbot für Lehrerinnen an Schulen in Nordrhein-Westfalen. Die konkreten Zahlen sind genannt. Wir haben in der letzten Wahlperiode bereits zwei Anhörungen über einen CDU-Gesetzentwurf durchgeführt. Dabei kamen die Experten sehr einmütig zu dem Ergebnis, dass dieser Entwurf wie auch der aus Baden-Württemberg verfassungswidrig ist. Der nun vorgelegte unterscheidet sich von dem früheren nur in Nuancen, hält aber an der grundsätzlichen Regelung fest, dass die Religionen nicht gleich behandelt werden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren von CDU und FDP, Sie ignorieren nach wie vor die höchstrichterliche Rechtsprechung. Mit Verweis auf das Bundesverfassungsgericht hat das Bundesverwaltungsgericht klargestellt, dass – ich zitiere – „das Gebot strikter Gleichbehandlung der verschiedenen Glaubensrichtungen sowohl in der Begründung als auch in der Praxis der Durchsetzung solcher Dienstpflichten" zu wahren ist. An diese Vorgabe hält sich der Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen ausdrücklich nicht. Sie wissen das ganz genau und nehmen damit eine von NRW ausgehende Verfassungsklage in Kauf. Sie legen es auf einen Rechtsstreit an.

Sie ignorieren auch alle Erkenntnisse, die aus den Anhörungen im Hauptausschuss hervorgegangen sind. Sie wissen, dass dem Kopftuch kein eindeutiger objektiver Erklärungsgehalt innewohnt. Es ist nicht unbedingt ein religiöses Zeichen. Es drückt aber auch nicht per se die Unterdrückung der Frau aus. Der jeweilige Bedeutungsgehalt des Kopftuches wird allein durch subjektive Bewertungen konstruiert. Der Trägerin werden darüber hinaus persönliche Motivationen unterstellt, wenn man generalisiert, sie verfolge mit dem Tragen des Kopftuches politische, religiöse oder gar verfassungsfeindliche Ziele.

Meine Damen und Herren, ich sage eins ganz klar: Kopftuch, Schleier und Burka sind für islamische Fundamentalisten Instrumente zur Unterdrückung der Frau und damit politische Symbole. Das Tuch auf dem Topf einer Frau kann also ein politisches Symbol sein. Wir sind uns einig: Eine solche Kopftuchträgerin ist für den Beruf als Lehrerin nicht geeignet. Der Staat ist jedoch handlungsfähig und muss es auch sein, weil hier das Disziplinarrecht greift.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ich frage mich: Welches Ziel verfolgt die Regierungskoalition mit dem Kopftuchverbot wirklich? – Glaubt man Herrn Papke, dann will er damit Zwangsverheiratungen und sogenannte Ehrenmorde verhindern. Das kann doch wohl nicht Ihr Ernst sein. Sie polarisieren und vertiefen Gräben, indem Sie schwere und schwerste Verbrechen in Zusammenhang mit dem Kopftuchtragen bringen und dabei eine Gemengelage erzeugen, von der man sagen kann, dass im Vergleich dazu jede Stammtischdiskussion auf hohem Niveau stattfindet.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ich zitiere Herrn Papke, wohlgemerkt angesichts von 20 Kopftuchträgerinnen in unseren Schulen – „Westdeutsche Zeitung" vom 12. Oktober 2005 –:

> „Wir wollen damit gezielt ein Zeichen der Wehrhaftigkeit des Staates gegenüber extremistischen Tendenzen aufzeigen."

In der „Welt Kompakt" vom 6. September 2005 spricht Herr Papke von einer – Zitat – „Weltanschauung, die mit Freiheitlichkeit und Toleranz nicht in Übereinstimmung zu bringen ist".

(Zuruf von Dr. Gerhard Papke [FDP])

– Vielleicht hören Sie zu und lassen sich einmal darauf ein. – Meine Damen und Herren, am vergangenen Samstag wurde die Stadt Solingen im Rahmen einer Integrationsbörse für den Erhalt des Integrationspreises der Bertelsmann-Stiftung und des Bundesinnenministeriums gewürdigt. Herr Laschet war einer der Redner, und auch Frau Genc, die Mutter, die beim Brandanschlag 1993 drei Mädchen und weitere Angehörige verloren hat, war dabei. Frau Genc trägt in der Öffentlichkeit immer ein Kopftuch. Sie tut dies aus tiefer religiöser Überzeugung.

Was glauben Sie, Herr Papke, was diese Frau von Ihren Äußerungen hält?

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das ist eine Frau, die uns in der Stunde ihrer größten Verzweiflung „Lasst uns Freunde sein!“ zugerufen hat und in Solingen deutsche Staatsbürgerin geworden ist. Was glauben Sie, was sie und andere davon halten, wenn Sie, Herr Papke, permanent einen zwangsläufigen Zusammenhang zwischen Kopftuchträgerinnen, Ehrenmorden, Zwangssehen, Extremismus und Fundamentalismus zu suggerieren versuchen?

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das ist Rechtspopulismus, Herr Papke. Verbale Attacken gegenüber Mädchen mit Kopftuch gibt es bereits. Merken Sie eigentlich nicht, dass Sie zündeln?

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das ist das Gegenteil einer modernen, aufgeschlossenen und verantwortungsvollen Integrationspolitik. Was Sie betreiben, ist Isolationspolitik. Sie spalten und heizen die Debatte zulasten weniger Lehrerinnen an. Sagen Sie mir bitte, wie sich dies auf den Schulfrieden auswirkt. Sie müssen sich um die jungen Männer der dritten Generation kümmern. Dies ist ungleich schwerer, als Symbolpolitik mit dem Kopftuch zu betreiben. Sie isolieren hier pauschal die unterrichtenden Frauen mit Kopftuch, unabhängig von Ihrer Eignung, Leistung und Befähigung. Diese Lehrerinnen haben ihren diesbezüglichen Nachweis schon im Referendariat gezeigt und beweisen es tagtäglich im Unterricht.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung und wir stehen in der Verpflichtung, eine verantwortungsvolle Integrationspolitik zu betreiben. Eine hervorragende Grundlage hierfür ist die von allen vier Fraktionen getragene Integrationsoffensive. Zerschlagen Sie hier kein Porzellan, wie der Integrationsbeauftragte Kufen in seiner gestrigen Pressemeldung mahnte, und spielen Sie nicht denjenigen in die Hände, die von einer Isolierung der Muslime profitieren könnten. Wir brauchen einen ernsthaften und verbindlichen Dialog mit der Vertretung der Muslime und keine Isolierung und Radikalisierung Einzelner. Nur so kann die Integrationspolitik für unser Land erfolgreich sein.

Meine Damen und Herren, mich wundert die Haltung und Fahrlässigkeit der CDU. Peter Schilder hat die Lage in der „FAZ“ am 28. Oktober auf den Punkt gebracht. Ich zitiere:

> „Beim Kopftuchverbot sollen jüdische Kippa und christliche Nonnentracht ausdrücklich erlaubt sein. Nicht nur die Kirchen zweifeln daran, dass dies einer höchstrichterlichen Prüfung standhalten dürfte. Dann können sämtliche religiöse Symbole aus der Schule verbannt sein, was außer der FDP niemandem recht wäre.“

„Insbesondere nicht der CDU in diesem Land“, möchte man ergänzen. Warum hören Sie nicht auf die Warnungen der katholischen Kirche? Uns zumindest hat Prälat Vogt bei seinem gestrigen Besuch in unserer Haltung bestärkt. Ihr „Augen zu und durch“ kann ein böses Erwachen zur Folge haben!

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren, CDU und FDP wollen sich, wie es zurzeit aussieht, aber vor einer erneuten Anhörung und vertieften Debatte im Landtag drücken und das Gesetz im Schnellverfahren beschließen. Meine Fraktion hält eine Anhörung für unverzichtbar, damit wir dieses wichtige Thema ordentlich beraten und Experten und Betroffene hören können. Das hat sich schon einmal als sehr hilfreich erwiesen. Wie sagte Papst Benedikt XVI. in diesem Zusammenhang:

> Der interreligiöse und interkulturelle Dialog zwischen Christen und Muslimen darf nicht auf eine Saisonentscheidung reduziert werden.

Herzlichen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Für die Landesregierung hat jetzt Frau Ministerin Sommer das Wort.

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Aus der Sicht der Landesregierung kann ich den hier vorgelegten Gesetzentwurf nur begrüßen. Ich halte ihn für einen guten Beitrag, den Schulfrieden dauerhaft zu sichern.

(Beifall von der CDU)

Aus meiner Sicht ist die von den Fraktionen der CDU und der FDP vorgeschlagene Änderung des Schulgesetzes nicht dazu geeignet, als Beitrag gegen eine Religion gewertet zu werden, wie dies im Vorfeld immer wieder zu hören war. Es geht doch im Kern um etwas ganz Wesentliches: Wir wollen und müssen die Voraussetzungen für die Tätigkeit als Lehrerin an unseren Schulen klar definieren. Wir sagen ganz deutlich: Lehrerinnen und Lehrer sind zur weltanschaulichen, religiösen, aber auch zur politischen Neutralität verpflichtet. Das ist wie eine Geschäftsbedingung und die Maßgabe, unter der ihr Handeln als Lehrerin in unserem Land steht.

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf wird diese Bedingung für die Tätigkeit als Lehrerin oder als Erzieherin an unseren Schulen noch einmal konkretisiert.

Gleichwohl – das soll an dieser Stelle nicht geleugnet werden – hat die sogenannte Kopftuchdebatte Auswirkungen auf die Entstehungsgeschichte dieses Gesetzentwurfs gehabt. Für einen solchen Gesetzentwurf bedarf es eines mit großer Sensibilität geführten Abwägungsprozesses, der zwischen der Religionsfreiheit einer Lehrerin einerseits und der staatlichen Pflicht zu weltanschaulich-religiöser Neutralität andererseits vermittelt.

Es geht aber auch um das Erziehungsrecht der Eltern, die Glaubensfreiheit der Schülerinnen und Schüler und die in unserer Landesverfassung verankerten Bildungs- und Erziehungsziele.

(Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)

Das letztlich ausschlaggebende Argument dafür, muslimischen Lehrerinnen an öffentlichen Schulen auch in Nordrhein-Westfalen zu untersagen, im Unterricht ein Kopftuch zu tragen, war und ist die Mehrdeutigkeit des Kopftuches.

Wir wissen, dass das Kopftuch nicht nur ein religiöses Zeichen ist. Es ist vielmehr auch eine politische Aussage. Es wird nicht selten als deutliches Zeichen der Abgrenzung eingesetzt. Das ist aus der inner-islamischen Debatte hinlänglich bekannt.

Insofern, meine Damen und Herren, ist das Kopftuch als politisches Symbol zu verstehen. Dieses Symbol steht für Geschlechtertrennung, für die Ungleichbehandlung der Frau und für ihre Unterdrückung.

(Beifall von Manfred Kuhmichel [CDU])

Es steht dafür, dass Frauen gleiche Rechte in Familie und Gesellschaft vorenthalten werden.

(Beifall von der CDU)

Das Tragen eines Kopftuchs transportiert diese Botschaft – aus welchen Beweggründen auch immer es getragen wird. Genau an dieser Stelle setzt der Gesetzentwurf an. Wir können und werden nicht zulassen, dass in unseren Schulen politische Bekundungen möglich sind, die eine Interpretation nahe legen, die neben den Werten unserer Verfassung liegt.

Jeder Landesgesetzgeber muss sich seiner Verantwortung für die öffentlichen Schulen bewusst sein. Er wird sich in solchen elementaren Fragen stets auf einem schmalen Grat bewegen. Er kann nicht alle Spannungen auflösen. Der Gesetzgeber macht sich jedoch dann angreifbar, wenn politische und religiöse Botschaften in unsere Schulen getragen werden, die mit unserer Rechtsordnung und Verfassung unvereinbar sind.

Es kommt deswegen nicht auf die Bedeutung des Kopftuches für die Trägerin an, sondern auf die Wirkung auf die Schülerinnen und Schüler,

(Beifall von der CDU)

die für die gesamte Dauer des Schulbesuchs mit der im Mittelpunkt des Unterrichts stehenden Lehrerin ohne Ausweichmöglichkeiten konfrontiert sind.

Der Verfassungsauftrag der Schule ist, Schülern nicht nur Wissen und Können zu vermitteln, sondern sie auch im Geiste der Demokratie zu erziehen. Das Tragen eines Kopftuches wird gerade in jüngster Zeit verstärkt als politisches Symbol des islamischen Fundamentalismus angesehen.

(Ralf Jäger [SPD]: Haben Sie dafür ein einziges Beispiel?)

Das steht im Gegensatz zu der klaren Werteentscheidung der Verfassung gegen Extremismus und Fundamentalismus.

Das Tragen eines Kopftuches bei Lehrerinnen kann Schulkinder beeinflussen und besonders muslimische Mädchen unter Druck setzen.

(Beifall von der CDU – Zuruf von der SPD: Aha!)

In der Mehrzahl lehnen muslimische Schülerinnen das Kopftuch ab. Leider werden einige von Ihnen von zu Hause unter Druck gesetzt.

Darum ist es wichtig, in der Schule einen Raum der Freiheit zu schaffen – einen Raum, in dem muslimische Schülerinnen unbeeinflusst sind und ihre eigenen Entscheidungen treffen können. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von CDU und FDP – Zurufe von der SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Für die SPD-Fraktion hat jetzt Frau Abgeordnete Schäfer das Wort.

Ute Schäfer (SPD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte noch einmal in die Historie der Entscheidungsentwicklung blicken: Am 3. März diesen Jahres hat die FDP den damaligen Gesetzentwurf der CDU-Fraktion zum Kopftuchverbot an den Schulen im Migrationsausschuss abgelehnt, weil sie der Überzeugung war, dass ein solches Gesetz gegen die Verfassung verstößt.

(Zuruf von Dr. Gerhard Papke [FDP])

Nach den Landtagswahlen kommt es im Koalitionsvertrag zu der Vereinbarung, dass ein Kopftuchverbot an den Schulen erlassen werden soll.

(Christian Lindner und Dr. Gerhard Papke [FDP]: Das war ein anderes Gesetz!)

Dazu äußern sich Schulministerin und der Minister für Integration nach den Sommerferien sehr zurückhaltend bis deutlich: Frau Sommer sieht vordringlichere Probleme an unseren Schulen. Das hört sich heute allerdings ganz anders an. Heute habe ich gedacht, es handele sich um einen zentralen Konflikt an unseren Schulen. Nach den Sommerferien fanden Sie das noch nicht so vordringlich. – Minister Laschet sagte am 11. August 2005 in der Sendung „Cosmo“ im „Funkhaus Europa“ ganz offen: Ich plädiere persönlich für Einzelfallregelungen.

Beide Minister werden schnell daran erinnert, dass in Nordrhein-Westfalen der Koalitionsvertrag das eigentliche Gesetz darstellt. Sie tragen fortan – auch nach außen – die Pläne von CDU, FDP und Landesregierung leise mit – heute etwas lauter.

Ich bin allerdings auch darüber gestolpert, was Herr Kuschke schon vorgetragen hat: Herr Witzel begrüßt jetzt ausdrücklich die Pläne dieser Landesregierung. Aber er sagt – ich möchte das noch einmal wiederholen, weil es eine solche Bedeutung hat –: Ein Verbot religiös aufdringlicher Symbole im Unterricht dürfe sich aber nicht nur auf das Kopftuch beschränken. – Das lässt in besonderer Weise aufmerken. Vielleicht wird Herr Witzel das noch erläutern.

(Zurufe von Ralf Witzel und Dr. Gerhard Papke [FDP] – Gegenruf von Johannes Remmel [GRÜNE] – Weitere Zurufe)

Ich weise an dieser Stelle auf Folgendes hin: Ich kann nicht nachvollziehen, wo Sie, Frau Ministerin Sommer, den Schulfrieden gestört sehen. 22 Lehrerinnen, selbstbewusste junge Frauen in unserem Schulsystem, von 116.000 Lehrenden tragen ein Kopftuch. Wir müssen doch für Nordrhein-Westfalen feststellen, dass in diesem Land keine Konflikte mit Frauen, die ein Kopftuch tragen, bekannt sind.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Noch!)

Vielleicht spricht das auch für die Integrationskraft unseres Landes.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wenn aber das Gebot der weltanschaulichen Neutralität nicht eingehalten wird, das Sie ständig anmahnen, dann kann das Tragen eines Kopftuchs im Unterricht selbstverständlich verboten werden. Dann gibt es dienst-, disziplinar- und arbeitsrechtliche Konsequenzen. Das alles ist jetzt schon möglich. Wozu also dieses Gesetz?

(Beifall von der SPD)

Jetzt schaue ich mir noch einmal die Koalition an. Nach den Vorträgen, die wir eben gehört haben, und nach der Historie, die ich Ihnen aufgezeigt habe, muss die CDU mehr als alarmiert sein, wenn dieses Gesetz tatsächlich in Kraft treten wird. Denn die FDP intendiert mit ihrem Beitritt zu diesem Gesetzentwurf nichts anderes als die laizistische Schule in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Sie müssen doch die Mahnung der katholischen Kirche ernst nehmen. Prälat Vogt hat es noch einmal ausdrücklich gesagt: Mit diesem Gesetzentwurf werden wir Fragen der Integrationspolitik nicht lösen.

Die müssen wir auf ganz anderem Weg lösen. Da haben Sie uns auch an Ihrer Seite! Machen Sie sich nicht zum Erfüllungsgehilfen der FDP! Sorgen Sie dafür, dass wir demnächst auch in unseren Schulen weiterhin religiöse Symbole haben können, die dann die christliche und jüdische Religion auch betreffen.

Sie laufen Gefahr, die Schulen in Nordrhein-Westfalen auf den Weg zu bringen, dass keinerlei religiöse Symbole mehr in unseren Schulen vorkommen dürfen. Ist das das, was Sie wirklich wollen? Wenn Sie das nicht wollen, meine Damen und Herren von der CDU, dann prüfen Sie noch einmal den Gesetzentwurf. Besprechen Sie das dann koalitionsintern noch einmal

Ich kann nur mahnen: Ziehen Sie diesen Gesetzentwurf zurück! Es ist reine Symbolpolitik; es hat nichts mit Integrationspolitik zu tun. Ich mache mir sehr viel Sorgen um die Zukunft des Religionsunterrichtes in unseren Schulen im Allgemeinen. – Danke.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Schäfer. – Für die CDU-Fraktion spricht jetzt Herr Jostmeier. Bitte sehr.

Werner Jostmeier (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Es ist schwierig, in der mir verbleibenden Zeit zu dem, was von Frau Schäfer seitens der SPD-Fraktion und der Fraktion der Grünen gesagt worden ist, detailliert Stellung zu nehmen. Ich will versuchen – indem ich vieles von dem, was ich vorbereitet habe, weglasse –, hierzu die Haltung der CDU zu verdeutlichen.

Es ist richtig, dass wir am 17. März dieses Jahres einen ähnlichen, fast den gleichen Gesetzentwurf hier im Hause diskutiert haben, der mit der damaligen Mehrheit von Rot und Grün abgelehnt worden ist,

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Die FDP war auch dagegen!)

obwohl damals viele Kolleginnen und Kollegen der SPD gern unserem Entwurf zugestimmt hätten.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Ralf Jäger [SPD])

Meine Damen und Herren, wir legen aufgrund des Wählerwillens vom 22. Mai diesen jetzt mit der FDP gemeinsam korrigierten Gesetzentwurf dem Landtag zur Abstimmung vor und sorgen damit dafür, dass erstens in dieser Frage Rechtssicherheit und Rechtsklarheit in die Schullandschaft hineinkommen, dass zweitens die jahrelange Hängepartie bei den Betroffenen, bei den Lehrerkollegien, bei den Schülern, bei den Eltern beendet wird und dass drittens damit ein wesentlicher, ich sage sogar, der wesentliche Beitrag zum Schulfrieden in dieser Sache geleistet wird.

(Beifall von der CDU)

Frau Löhrmann, Sie haben das Wort „Zündeln“ gebraucht. Ich weiß nicht, ob Sie einen Redebeitrag eines Kollegen, der aus meiner Sicht sehr klar mit seiner Haltung zu dieser Thematik gesprochen hat, so abqualifizieren wollen. Wir nehmen auch Ihre Argumente ernst. Wir sind der Meinung, dass das kein Zündeln ist, sondern ganz im Gegenteil. Ich möchte versuchen, das zu begründen.

Die grüne Fraktion hat heute wie im Herbst 2004 und im März 2005 durch ihre Sprecherin Frau Löhrmann deutlich gemacht: Sie möchten am liebsten gar nichts machen. Sie möchten, dass es so bleibt, wie es ist, mit dem Hinweis darauf, es seien ja bisher nur 22 Fälle in Nordrhein-Westfalen.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Meine Damen und Herren, Frau Löhrmann, schauen Sie einmal in die Lehrerinnen-Seminare hinein. Schauen Sie in die Nachwuchsseminare, wie sich die Lehrerinnen dort zusammensetzen, hinein. Es mag sein, dass es heute 22 sind. Wir brauchen aber auch Rechtsicherheit und Rechtsklarheit und klare Maßstäbe auch für die Zukunft.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren von Rot und Grün, fragen Sie sich bitte erneut: Lassen Sie mit dieser Haltung des Verweigerns, des Nichtstuns die Schulen, die Schülerinnen und Schüler, die Lehrerkollegien, die Eltern und auch die betroffenen muslimischen Lehrerinnen nicht im Stich? Das ist die große Frage.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Abgeordneter, lassen Sie eine Zwischenfrage von Frau Altenkamp zu?

Werner Jostmeier (CDU): Ja, das tue ich gerne.

Britta Altenkamp (SPD): Sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass die Frage, wann das Kopftuch getragen werden kann, bei Lehrerinnen und Lehrern kraft Ihres Gesetzes spätestens dann wieder auf die Schulen zukommt, wenn Ihr Wunsch, einen islamischen Religionsunterricht zu bekommen, tatsächlich Platz greifen würde? Denn diesen Lehrerinnen können Sie doch wohl nicht verweigern, ein Kopftuch zu tragen!

(Zurufe und Unruhe)

Werner Jostmeier (CDU): Sie haben sich offensichtlich bei dieser Frage nicht sachkundig gemacht.

(Beifall von der CDU)

Es geht um staatliche Schulen. Da haben wir sehr wohl seitens des Landes Nordrhein-Westfalen das Recht, wie uns das Bundesverfassungsgericht

das in seiner Entscheidung gesagt hat. Wir haben eine gesetzliche Regelung zu treffen, wenn wir diese Materie regeln wollen. Da wird diese Frage mit geregelt.

Meine Damen und Herren, nach der Haltung der Grünen komme ich zur Haltung der SPD, die Herr Kuschke wieder vorgetragen hat und die sich, leider Gottes, in keiner Weise von dem unterscheidet, was Herr Moron seinerzeit gesagt hat.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Abgeordneter Jostmeier, ich habe noch zwei weitere Zwischenfragen. Lassen Sie die zu oder nicht?

Werner Jostmeier (CDU): Wäre, es meine Damen und Herren, nicht besser, wenn wir diese Thematik, die sehr verantwortungsvoll zu diskutieren ist, …

Vizepräsident Edgar Moron: Also nein, ist okay.

Werner Jostmeier (CDU): … im Hauptausschuss diskutieren. Wir werden das dort noch weiter gehend und tiefer gehend behandeln. Ich lade Sie alle gerne dazu ein, auch die Fragesteller. Kommen Sie da hinzu.

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, die Haltung der Sozialdemokraten, die von Herrn Kuschke vorgetragen worden ist, geht im Wesentlichen auf den Vorschlag hinaus: Macht es und prüft es von Fall zu Fall! Frau Schäfer hat das auch gesagt

Meine Damen und Herren, wissen Sie, was mit einer Prüfung von Fall zu Fall jedes Mal für die Schulen verbunden ist? Es muss erst jemand von den Schülern, von den Eltern, von den Lehrern sagen: Ich fühle mich davon tangiert. Ich möchte nicht, dass ich in dieser Weise mit dem Kopftuch konfrontiert werde.

Wissen Sie, was das für einen Mut für denjenigen bedeutet, der sich zu Wort melden muss? Er unterliegt einem Begründungszwang, er macht möglicherweise ein Spießrutenlaufen und hat den schwarzen Peter. Nach den Erfahrungen der bisherigen Regierung unter Rot-Grün wird dann jahrelang – wir haben doch die Beispiele – keine Entscheidung getroffen, weil man sich davor drückt.

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, jeder weiß – damit komme ich zu Frau Löhrmann und zu Herrn Kuschke –: Das Kopftuch ist nicht nur ein Stück zur Bekleidung, es ist nicht nur ein religiöses Symbol, sondern es kann – Frau Löhrmann, da liegen Sie mit dem, was Sie gesagt haben, falsch, das Bundesverfassungsgericht hat auf den Empfängerhorizont und nicht auf das subjektive Wollen desjenigen, der es aufsetzt, abgestellt – vom objektiven Empfängerhorizont als politisches Kampfsymbol verstanden werden.

Lesen Sie bitte die Beiträge des Präsidenten des Landesverfassungsgerichtes, Herrn Bertrams, der dieser Partei nach wie vor zugehörig ist, durch. Da werden Sie den Satz finden: Das Kopftuch ist ein politisches Kampfsymbol.

Meine Damen und Herren, es geht um den Schulfrieden. Herr Kuschke und Frau Schäfer haben gefragt: Ist das denn notwendig? – Jawohl, es ist notwendig. Der Schulfrieden wird ja nicht schon allein dadurch gestört, dass Mädchen sich von Klassenfahrten befreien lassen, dass sie nicht am Sport- oder Schwimmunterricht teilnehmen,

(Zuruf von Ralf Jäger [SPD])

dass es Fälle gibt, wo Lehrerinnen den Handschlag verweigern, weil sie das bei Sprechtagen nicht tun dürfen oder tun wollen.

Jede Maßnahme und jedes Nichtstun, das die Sonderstellung dieser Lehrerinnen und dieser Schülerinnen verstärkt, trägt zur Zerstörung des Schulfriedens bei.

(Beifall von der CDU)

Das hat Dr. Papke dankenswerterweise mit dem Zitat von Frau Seyran Ates klargemacht. Das ist doch ein deutliches Zeichen.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Jostmeier, kommen Sie bitte zum Schluss Ihrer Ausführungen.

Werner Jostmeier (CDU): Ja, es tut mir sehr Leid.

Meine Damen und Herren, ich will nur noch Folgendes sagen: Lesen Sie bitte einmal die Beiträge der Sachverständigenanhörung nach. Lesen Sie die Beiträge der Praktiker nach. Lesen Sie nach, was Frau Drewke, die frühere Regierungspräsidentin von Arnsberg, die Ihrer Fraktion angehörte, zu dieser Thematik gesagt hat.

(Zurufe von der SPD)

Es ist doch niemanden verständlich zu machen, dass das Kopftuch in Nordrhein-Westfalen gestattet sein soll, obwohl es in der Türkei verboten ist und dies vom Europäischen Gerichtshof als rechtmäßig bestätigt worden ist.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Jostmeier, ich möchte Ihnen nicht das Wort entziehen. Tun Sie mir den Gefallen.

Werner Jostmeier (CDU): Tut mir Leid, Herr Präsident.

(Zuruf von der SPD)

Ich verweise noch einmal auf das Privilegium Christianum. Wir halten das nicht nur für verfassungsmäßig und rechtmäßig. Ich weiß, es hat nur eine deklaratorische Bedeutung. Diese deklaratorische Bedeutung wollen wir aber. Es ist so gewollt, und zwar nicht nur, weil es so im Grundgesetz steht, nicht nur wegen Artikel 12 der Landesverfassung, sondern weil wir gerade vor dem Hintergrund der multikulturellen Entwicklung in unserem Land deutliche Maßstäbe setzen wollen.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Jostmeier!

Werner Jostmeier (CDU): Wir sind davon überzeugt, Herr Präsident, unser Gesetz ist nicht nur rechtmäßig und verfassungsmäßig,

(Beifall von der CDU)

es hilft den Betroffenen.

Ich bedanke mich sehr, Herr Präsident. Wir haben in dieser Frage sehr konstruktiv diskutiert.

Vizepräsident Edgar Moron: Sie haben eindeutig überzogen. Jetzt ist es gut, Herr Jostmeier!

Werner Jostmeier (CDU): Danke schön. Ich freue mich auf die Diskussion im Hauptausschuss. Wir werden das Gesetz durchsetzen.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Ich empfehle weitere Debatten im Hauptausschuss. Okay, Herr Jostmeier.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat sich Frau Düker gemeldet. Bitte schön. Frau Düker, wenn Sie ein wenig überziehen, will ich auch tolerant sein.

(Heiterkeit)

Monika Düker (GRÜNE): Insofern kann ich Herrn Jostmeier ganz dankbar sein.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Leider geht es bei diesem Gesetzentwurf, über den wir heute reden, nicht nur um 22 Einzelfälle und um eine aus unserer Sicht überflüssige gesetzliche Regelung. Es geht um mehr. Die Rechtsprechung hat uns das noch einmal deutlich ins Stammbuch geschrieben, Herr Jostmeier. Es geht um ein verfassungsrechtliches Spannungsverhältnis zwischen den Freiheitsrechten der Lehrer auf der einen Seite und den Freiheitsrechten von Eltern und Schülern auf der anderen Seite.

Herr Papke, es geht in der Rechtsprechung dabei eben nicht nur um das Kopftuch. Das Bundesverwaltungsgericht hat in seinem Urteil sehr klar gesagt, ja, der Staat darf die Grundrechtsposition der Lehrer in Bezug auf die Religionsfreiheit zugunsten der Sicherung der Neutralität einschränken. Ich zitiere aus dem Urteil:

> „Eine Regelung, die Lehrern untersagt, in der Schule äußerlich dauernd sichtbar ihre Zugehörigkeit zu einer bestimmten Religionsgemeinschaft oder Glaubensrichtung“

– nicht nur Islam –

> „erkennen zu lassen, ist Teil der Bestimmung des Verhältnisses von Staat und Religion im Bereich der Schule.“

Das heißt doch, dass es erstens nicht nur um den Islam geht und zweitens die Einschränkung der Glaubensfreiheit, die Sie hier vornehmen, eine Neuinterpretation der weltanschaulich-religiösen Neutralität des Landes in der Schule ist. Damit bringen Sie in die Debatte ein: Wir wollen eine religionsfreie Schule. Wir wollen die Religion aus dem öffentlichen Raum ins Private. Wir wollen eine Entwicklung hin zu einem laizistischen Staatsverständnis.

Das halte ich an der Debatte für fatal. Als migrationspolitische Sprecherin meiner Fraktion halte ich dies aus integrationspolitischer Sicht für eine fatale Fehlentscheidung und für einen Rückschritt auf dem Weg zu einer Integration des Islams in unsere Gesellschaft.

(Beifall von den GRÜNEN)

Dahin müssen wir den Islam bringen. Wir wollen ihn doch aus den Hinterhofmoscheen herausholen. Herr Solf, das ist doch auch Ihr erklärtes Ziel in der Integrationspolitik. Wir müssen also das Gegenteil tun. Wir müssen die Religion nicht privatisieren, sondern wir müssen den Islam integrieren, um eine Politisierung zu verhindern. Das ist das Gegenteil von dem, was Sie mit diesem Gesetzentwurf tun.

Herr Laschet, ich biete Ihnen noch einmal sehr klar unsere Unterstützung auf Ihrem Weg an, durch einen Dialog mit den Musliminnen und Muslimen in unserer Gesellschaft eine Struktur des Islam in Nordrhein-Westfalen zu entwickeln, die

uns genau das ermöglicht, nämlich den Islam in den öffentlichen Raum, in die Schulen zu holen und einen islamischen Religionsunterricht zu entwickeln.

Vizepräsident Edgar Moron: Frau Düker.

Monika Düker (GRÜNE): Das ist Ihr Ziel. Dafür haben Sie unsere Unterstützung. Das, was die Kollegen auf dieser Seite machen, ist das Gegenteil von dem, was sie damit bezwecken.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Düker. – Jetzt spricht für die Landesregierung Herr Minister Laschet. Bitte schön.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Sagen Sie mal das, was Sie wirklich meinen!)

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Löhrmann hat mich aufgefordert, das zu sagen, was ich wirklich meine. Da ich das immer tue, will ich das jetzt auch hier tun. Ich möchte gleich mit Ihnen anfangen, Frau Löhrmann.

Zu großen Teilen Ihrer Rede könnte ich Zustimmung signalisieren. Ich finde aber völlig unerträglich, einen Zusammenhang herzustellen zwischen Solingen, Zündeln und der FDP-Fraktion.

(Beifall von CDU und FDP)

Das war ein Duktus, den wir uns in einer solchen Debatte, in der wir Konsens benötigen, nicht antun sollten.

(Beifall von der CDU)

Sie tun Frau Genc Unrecht, wenn Sie sie für Ihre Zwecke hier gegen die FDP-Fraktion instrumentalisieren.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich knüpfe an das an, mit dem Herr Kollege Jostmeier aufgehört hat. Herr Kollege Jostmeier hat mit der Beschreibung einer multikulturellen Entwicklung aufgehört. Man kann viele Worte dafür finden.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

– Frau Löhrmann, die Realität ist, dass wir ein Land vieler Kulturen geworden sind. Wenn 25 % der Menschen in Nordrhein-Westfalen eine Zuwanderungsgeschichte haben, dann ist Multikulturalität – oder wie immer man es nennt – Realität.

Aber, liebe Frau Altenkamp, wenn das so ist, muss eine Basis festgeschrieben werden, auf der die Kulturen zusammen leben. In dem Zusammenhang kann man schon das Thema Ehrenmorde erwähnen. Da kann man erwähnen, dass deutsche Gerichte immer noch „kulturbedingte Straftaten“ als Entschuldigungsgrund akzeptieren. Dabei kann man auch Zwangsverheiratungen von Mädchen ansprechen, ohne hier Themen miteinander zu vermischen,

(Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

die nichts miteinander zu tun haben.

Jetzt komme ich zum Thema Kopftuch. Das ist doch das Spannende an der Debatte, die wir im Moment erleben. Das ist doch nicht die Debatte, dass hier die Mehrheitsgesellschaft ist, hier die Deutschen sind, die sagen, Kopftuch ist etwas, was wir nicht akzeptieren, und auf der anderen Seite die Muslime sagen, wir wollen aber alle Kopftuch tragen.

Diese Anerkenntnis mehrerer Kulturen hat doch auch dazu geführt, dass in der türkischen Gemeinschaft eine ganz intensive Debatte über das Kopftuch stattfindet.

Ich lese im Moment „Die fremde Braut“ von Necla Kelek. Lesen Sie doch einmal, was muslimische Frauen sagen.

(Beifall von der CDU)

Die sagen: Wir sind froh, dass wir in der Türkei leben und nicht in irgendeinem anderen islamischen Land. Wir sind froh, dass wir uns seit Atatürk eine Trennung von Staat und Kirche erarbeitet haben. Wir sind froh, dass wir in der Türkei in den Hochschulen …

(Zurufe von den GRÜNEN)

– Sekunde mal. Ich referiere doch jetzt, was die türkischen Frauen im Moment beschreiben und was viele türkische Organisationen in Deutschland beschreiben. Sie sagen, wir können die deutschen Frauen nicht verstehen. Wir verstehen nicht, dass sie dreißig Jahre lang für Gleichberechtigung gekämpft haben und plötzlich mit großer Toleranz über das Kopftuch hinweggehen. Das ist doch eine Unglaubwürdigkeit, die auch in diesem Parlament hier deutlich wird.

Deshalb meine ich, ein Gesetz, das dieses Prinzip klarstellt, ist eine Grundlage, die eben nicht Druck auf Mädchen macht, die es nicht tragen. Man kann sich das doch vorstellen. Da sitzen in einer Schulklasse zehn Mädchen, sechs tragen Kopftuch, vier nicht. Die Lehrerin trägt das Kopftuch.

Das ist doch nicht mehr die Neutralität, die man von ihr in einem solchen Konflikt erwartet.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Kuschke?

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Ja.

Vizepräsident Edgar Moron: Bitte schön.

Wolfram Kuschke (SPD): Herr Minister, Sie unterstreichen ja auch noch einmal, dass Sie einfache und klare Regelungen erreichen wollen und das Vorhaben der Koalitionsfraktionen unterstützen.

Dann frage ich Sie in Anlehnung an das, was Frau Altenkamp schon gefragt hat. In Art. 1 auf Seite 4 des Gesetzentwurfs heißt es:

> „Das Neutralitätsgebot des Satzes 1 gilt nicht im Religionsunterricht und in den Bekenntnis- und Weltanschauungsschulen."

Über Bekenntnis- und Weltanschauungsschulen brauchen wir nicht zu sprechen. Aber für den Religionsunterricht bedeutet diese Aussage, dass es zukünftig sein kann, dass Lehrerinnen an Schulen in bestimmten Fächern unterrichten und nach Ihrer Vorstellung kein Kopftuch tragen dürfen, aber im Religionsunterricht dürfen dieselben Lehrerinnen dann doch wieder Kopftuch tragen. Wie das Klarheit herbeiführen soll, vermag ich nicht zu beurteilen.

Vizepräsident Edgar Moron: Bitte schön.

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Lieber Herr Kuschke, Sie haben ja auch schon einmal in einer Anfrage an die Landesregierung über die Frage laizistischer und säkularer Staat nachgefragt und geglaubt, ich sei für den Laizismus, was nun wirklich eine absurde Vorstellung ist.

Dass der Religionsunterricht bei uns einen ganz anderen Charakter hat als in jedem anderen europäischen Land und dass wir mit den Regeln, wie wir mit den Kirchen zusammenarbeiten, aus der Weimarer Reichsverfassung ins Grundgesetz übertragen, Sonderkonstruktionen haben, lässt eben hier keine pauschalen Regelungen zu.

Insofern wird, wenn wir mit den muslimischen Organisationen einmal dazu kommen, einen Religionsunterricht einzuführen, der diesem vergleichbar ist, der vergleichbar auch für eine Gemeinschaft Hoheit gibt im Religionsunterricht unter deutscher Schulaufsicht, dann über diese Frage natürlich noch einmal zu sprechen sein. Das ist eine Frage, die in diesem Gesetzentwurf im jetzigen Stadium eben den Unterschied machen muss, weil es auch um den katholischen und den evangelischen Religionsunterricht gehen muss.

Heute geht es aber um die Frage des normalen Schulunterrichts in einer Schule. Da ist die Neutralitätsverpflichtung ein hohes Gut. Es stimmt, Frau Schäfer, ich habe auch einmal gedacht, man kriegt es mit Einzelfallregelungen hin, weil ich das Thema auch nicht so hoch hängen will. Denn das ist nicht der Kernpunkt der Integrationspolitik.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Aber wir brauchen trotzdem jetzt diese Klarheit. Integrationspolitik gelingt besser, wenn man klare Prinzipien festschreibt und dann zum Dialog der Kulturen beiträgt. Das ist die Absicht der Landesregierung.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Minister, gestatten Sie noch eine weitere Zwischenfrage von Frau Löhrmann?

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Ja.

Vizepräsident Edgar Moron: Bitte schön, Frau Löhrmann.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Herr Laschet, Sie haben eben in Ihrem Beitrag auf türkische Frauen verwiesen, die eine bestimmte Position vertreten haben. Würden Sie denn bitte konzedieren, dass es genauso natürlich türkische Frauen gibt, die diese andere Position einnehmen, und dass etwa Frau Limbach und Frau Süssmuth ausdrücklich unsere Position teilen, dass es ein integrationsfeindliches Signal ist, wenn man Frauen das Kopftuch verbietet?

Vizepräsident Edgar Moron: Bitte, Herr Minister.

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Zunächst einmal sind Frau Limbach und Frau Süssmuth keine türkischen Frauen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das habe ich auch nicht gesagt! Entschuldigen Sie einmal!)

Sie führen die gleiche Debatte wie wir sie auch führen. Insofern hilft es nichts, Frau Limbach und Frau Süssmuth zu zitieren. Wir könnten jetzt viele deutsche Frauen in deutschen Parteien benennen, die eine bestimmte Position vertreten.

Zu den türkischen Frauen kann ich Ihnen sagen: Ja, natürlich gibt es da unterschiedliche Meinungen. Es gibt sogar sehr, sehr viele unterschiedliche Meinungen. Aber wir sind auf der Seite der Frauen, die für die Rechte der Frauen eintreten und die ein bestimmtes Frauenverständnis …

(Zuruf von Monika Düker [GRÜNE])

– Liebe Frau Düker, wir haben ja leider jetzt keine Zeit mehr. Aber lesen Sie doch bitte einmal nach, woher die Idee des Kopftuches kommt und was der eigentliche Grund für Verhüllung im Islam ist. Wenn sich Frauen davon emanzipiert haben …

(Monika Düker [GRÜNE]: Die Emanzipation müssen Sie schon den Frauen überlassen!)

– Liebe Frau Düker, wir wollen in der Tat den Frauen diese Emanzipation selbst überlassen. Aber diese Frauen schreiben uns und sagen: Wir verstehen eure Gesellschaft nicht mehr. Wir verstehen nicht, dass ihr etwas, was wir uns in der Türkei erkämpft haben,

(Beifall von der CDU)

so leichtfertig preisgebt. Das ist der Unterschied.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Minister. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben keine Redezeiten mehr, und die Rednerliste ist erschöpft.

Wir kommen zur Beschlussfassung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Gesetzentwurfs Drucksache 13/569** an den **Hauptausschuss** – federführend –, den **Ausschuss für Schule und Weiterbildung,** den **Ausschuss für Frauenpolitik,** den **Ausschuss für Generationen, Familie und Integration** sowie natürlich auch an den **Rechtsausschuss.** Wer mit dieser Überweisungsempfehlung einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Ist jemand dagegen? – Enthält sich jemand? – Dann haben wir diese Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir kommen zum Tagesordnungspunkt

3 Aktuelle Stunde

Thema: **„Soziale Stadt“ ist unverzichtbar: gegen Ghettobildung, für aktive Integration!**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
gemäß § 90 Abs. 2 GeschO

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat gemäß unserer Geschäftsordnung eine Aussprache über das genannte Thema beantragt.

Ich eröffne die Aktuelle Stunde und erteile für die antragstellende Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herrn Abgeordneten Horst Becker das Wort. Bitte schön.

Horst Becker (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die inzwischen fast zwei Wochen andauernden Ereignisse in Frankreich sind erschreckend. Erschreckend ist die dortige Gewaltbereitschaft, erschreckend ist die Aggressivität, und erschreckend ist auch die dahinter bei den Jugendlichen steckende Hoffnungslosigkeit.

Erschrecken müssen aber auch wir bei Überschriften wie „Die Krawalle werden kommen!“, einer Überschrift, die wir am Sonntag in einer Sonntagszeitung finden konnten, als es ein Interview mit dem Integrationsexperten Volker Eichener gab. Ich darf mit der Genehmigung des Präsidenten daraus zitieren. Mit Hinweis auf Paris wurde gefragt:

„Sind solche Unruhen auch in nordrhein-westfälischen Städten denkbar?“

Herr Eichener antwortete:

„Ganz sicher. Vielleicht drohen sie nicht kurzfristig. Aber weit entfernt davon sind wir auch nicht mehr. Die Krawalle werden eines Tages nach NRW kommen. Schließlich sind alle Voraussetzungen für ethnische Unruhen, für Krawalle von Jugendgangs auch bei uns gegeben.“

Meine Damen und Herren, diese Aussage bedeutet, dass wir in mehrfacher Hinsicht gemeinsam – ich betone: gemeinsam – gefordert sind.

Zunächst einmal – ich denke, das ist Konsens hier im Hause – sind wir gemeinsam gefordert, dass wir nicht die Nachahmer anregen. Die ersten Fälle gibt es schon.

Zweitens sind wir gemeinsam gefordert, dass wir nicht den Eindruck erwecken, dass NRW Frankreich wäre, denn die Vorstädte in Paris sind in einer anderen Situation als die Vorstädte im Ruhrgebiet oder in NRW insgesamt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Drittens – ich hoffe, auch da herrscht Konsens – sind wir gemeinsam gefordert, dass wir in Zukunft nicht in eine solche Situation geraten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wenn das unser Ziel ist, dann ist es allerdings notwendig, dass wir die Handlungsfelder in der Politik, die uns zur Verfügung stehen, klug nutzen. Hier – ich schließe das bewusst an die Debatte an, die wir eben geführt haben – muss der Grundgedanke, der sich quer durch alle Arbeitsfelder zieht, sein: Integrieren und nicht separieren!

Das muss für die Schulpolitik gelten. Hier darf nicht aussortiert, sondern muss individuell gefördert werden. Das muss bei der Wirtschafts- und Sozialpolitik gelten, wo wir nicht die Tendenzen verstärken dürfen, die eine immer größere Trennung zwischen Arm und Reich forcieren. Und – darum geht es uns heute bei dieser Debatte – es muss auch für die Stadtentwicklungspolitik gelten. Hier muss die städtebauliche Grundlage gesichert werden, dass ein friedliches Zusammenleben, dass Integration gefördert wird und nicht die Tendenzen zur Separation nach sozialer und ethnischer Herkunft durchschlagen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ursachen und Gründe in der Gewaltdebatte sind lange bekannt und erforscht. Sie liegen in den Suburbanisierungsprozessen der letzten Jahrzehnte und in der regionalen Umverteilung der Bevölkerung nach Lebenslagen, also arm und reich, und nach Lebensformen, also Menschen mit Kindern und Menschen ohne Kinder. Stadtteile mit höchsten Anteilen von Kindern sind zugleich jene mit besonders hohen Armutsquoten, hoher Arbeitslosigkeit, einem hohen Anteil an Alleinerziehenden und besonders vielen Aussiedlerinnen und Aussiedlern.

Auf die räumliche Konzentration sozialer Probleme und benachteiligter Haushalte hat das Land Nordrhein-Westfalen zu Beginn der 90er-Jahre mit dem Handlungsprogramm „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“ reagiert und war damit Vorbild für entsprechende Bundesprogramme, nämlich das Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“.

In den Quartieren wurde eigenständiges Stadtteilleben gefördert und ausgebaut, der Zusammenhalt gestärkt, Angebote für Begegnungsmöglichkeiten, Sprachförderung, Konfliktmanagement und Präventionsarbeit vorgehalten. Jugendliche wurden gefördert durch Qualifizierung und Ausbildung bei dem Einstieg in die Erwerbsarbeit. Auch kulturelle Strategien waren und sind darauf ausgerichtet, den Stadtteil zum Erlebnisort der Menschen zu machen.

Dieser kleine Auszug aus den unterschiedlichen Handlungsfeldern verdeutlicht eines: den integrativen und ressortübergreifenden Ansatz.

Meine Damen und Herren, die rot-grüne Landesregierung und der ehemalige Minister Vesper waren auf dem richtigen Weg. Ich begrüße ausdrücklich, dass auch Minister Wittke erklärt hat, er wolle die Programme der sozialen Stadt fortführen, und auch Herr Laschet in einem Interview ausdrücklich gefordert hat, dass die Mittel für Integration ausgebaut werden müssen.

Aber: Zur Bewältigung dieser Situation und zu einer Gesamtsituation, die das ernst meint, gehört, dass wir den sozialen Wohnungsbau nicht kürzen oder einstampfen, sondern fortsetzen, gehört auch, dass wir verantwortlich mit dem öffentlichen Wohnraum, der noch im Besitz des Landes und der LEG ist, umgehen,

(Beifall von den GRÜNEN)

und gehört, dass wir nicht leichtfertig eine Kündigungssperrfristverordnung außer Kraft setzen, die eines der Steuerungsinstrumente war, sodass wir Stadtpolitik in Nordrhein-Westfalen anders darstellen konnten, als es sonst der Fall gewesen wäre.

Meine Damen und Herren, die Enquetekommission hat in ihrem Bericht, der einstimmig verabschiedet wurde, in dem Kapitel „Lebensqualität und soziale Stabilität“ darauf hingewiesen, dass man mit der modernen Stadtgesellschaft, wenn man den Handlungskatalog umsetzt, der dort vorhanden ist, weiterkommen kann, dass wir Integration und nicht Separation fördern müssen und dass wir insgesamt als Landtag und als Land Nordrhein-Westfalen nicht in eine Situation rutschen dürfen, in der wir hinterher mit Notstandsgesetzen, mit Polizeiaufmarsch, mit der Diskussion „Müssen wir möglicherweise Militär einsetzen?“ oder Ähnlichem reagieren.

(Frank Sichau [SPD]: Dürfen wir nicht!)

– Ich weiß, dass wir das nicht dürfen, ich weiß aber auch, dass selbst Herr Schily darüber schon diskutiert hat, Herr Kollege.

Zusammengefasst: Wir müssen die Prävention nach vorne rücken, statt hinterher zu reparieren. Darum bitte ich Sie. Wir bieten Ihnen an, dass wir mit Ihnen zusammenarbeiten und im Landtag ins-

gesamt eine breite Offensive dafür starten. – Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Becker. – Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Schulte das Wort.

Bernd Schulte (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben ein Europa der offenen Grenzen. Darauf sind wir stolz. Wenn heute die „Rheinische Post“ titelt „Frankreich brennt“, dann kann uns das nicht gleichgültig sein, denn wir wissen alle: Wenn das Haus des Nachbarn brennt, ist auch das eigene Haus gefährdet.

Natürlich sind die gegenwärtigen Verhältnisse in den Vororten der französischen Städte nicht vergleichbar mit der Situation in benachteiligten Quartieren in Deutschland, in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von Britta Altenkamp [SPD])

Während Frankreich durch seine koloniale Vergangenheit ein klassisches Zuwanderungsland ist, ist Deutschland, ist Nordrhein-Westfalen seit Jahrzehnten vor allem Anziehungspunkt für Arbeitsmigranten. Die Integrationsbemühungen wurden anfangs stark vernachlässigt, haben aber mittlerweile stetig zugenommen.

Wir müssen die Entwicklung in Frankreich sehr sorgfältig beobachten. Es sind Zweifel angebracht, dass die Schwierigkeiten an den dortigen Brennpunkten ausschließlich über Polizeistrategien bewältigt werden können.

In Nordrhein-Westfalen setzen wir in erster Linie auf Prävention durch gebündelte und integrative Maßnahmen in der Städtebau-, Wohnungs-, Bildungs- und Integrationspolitik, die nicht nur in Großstädten, sondern auch in Klein- und Mittelstädten greifen. Es ist nicht angebracht, nur von den Metropolen zu sprechen. Auch manche Kleinstädte in Nordrhein-Westfalen wie Werdohl haben einen hohen Bewohneranteil mit Migrationshintergrund und sind von der Montanindustrie im Stich gelassen worden, als die ihre Standorte aufgegeben hat.

Mit dem Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ haben wir in Nordrhein-Westfalen ein unverzichtbar gewordenes Instrument, um den vorhandenen Missständen sowohl in städtebaulicher als auch in sozialer Hinsicht aktiv entgegenwirken zu können. Zentraler Handlungsansatz der „Sozialen Stadt“ sind die integrativen Handlungskonzepte und die ressortübergreifende Förderung der Stadtteile. Wir sind davon überzeugt, dass nur gebündelte und aufeinander abgestimmte Strategien, die vor Ort konzipiert und umgesetzt werden, die Probleme in den benachteiligten Quartieren auf Dauer lösen können.

Wir müssen das Programm kontinuierlich verbessern und fortentwickeln. Und wir müssen uns mit Blick auf Frankreich immer wieder dazu zwingen, den quartiersbezogenen Auswirkungen von Arbeitslosigkeit, von Armut, des Wegzugs einkommensstarker Bewohner und insbesondere der sozialen und ethnischen Diskriminierung und Entmischung massiv zu begegnen.

Bei allen Sparzwängen auf Bundes- und Landesebene muss das Programm „Soziale Stadt“ im Kern erhalten bleiben. Ich bin froh, dass nach dem gegenwärtigen Stand der Koalitionsverhandlungen in Berlin davon auszugehen ist, dass das Programm fortgeführt und die Bündelung der ressortübergreifenden Maßnahmen verbessert wird. 2005 hat Nordrhein-Westfalen nach der geltenden Verwaltungsvereinbarung aus diesem Programm 15,7 Millionen € erhalten. Man wird nach Abschluss der Verhandlungen in Berlin sehen, was aus diesem Betrag im nächsten Jahr wird.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, auch die Anhörung im Deutschen Bundestag zum Programm „Soziale Stadt“ im April dieses Jahres bestärkt den ressortübergreifenden Ansatz. Insbesondere das wachsende bürgerschaftliche Engagement und die gewachsene Aufmerksamkeit der Bürger für den Stadtteil machen sich bemerkbar. Erkennbar sind Defizite in der Kriminalprävention und vor allem in der örtlichen Arbeitsmarktsituation.

Auch bei der Stabilisierung der Bewohnerstrukturen, der sozialen Integration besteht noch klarer Nachholbedarf. Die Problematik wird durch die demographische Entwicklung deutlich verstärkt. Bewohner mit Migrationshintergrund werden die Bevölkerungsstruktur in den großen Städten zunehmend dominieren. Vielfach gehören sie zu denjenigen Schichten, die den Status des Transferleistungsempfängers von Generation zu Generation weitervererben.

Viele Kommunen hatten bei der Verabschiedung des Zuwanderungsgesetzes die Erwartung an den Bundesgesetzgeber, den Zuzug bestimmter Zielgruppen verhindern zu können. Diesen Erwartungen wurde nicht entsprochen. Es stellt sich aber doch sehr deutlich die Frage, welche Instrumente innerhalb einer Stadt die Konzentration bestimmter Bevölkerungsgruppen bis hin zur Gettobildung verhindern können. Das wird Gegenstand konkre-

ter Überlegungen in den Gremien dieses Hauses werden müssen.

In der Enquetekommission „Zukunft der Städte in Nordrhein-Westfalen“ in der letzten Legislaturperiode haben wir die Eckpunkte für das integrierte Konzept der Stadtentwicklungsförderung, der Pauschalierung von Fördermitteln und des Fördercontrollings ressortübergreifend, fraktionsübergreifend und in breitem Einvernehmen formuliert. Wir sind uns aber alle bewusst, dass diese Instrumente schon deswegen nicht von heute auf morgen umgesetzt werden können, weil damit ein grundlegender Paradigmenwechsel sowohl in der Förderpolitik als auch in den Köpfen der Handelnden verbunden ist.

Ich habe die Erfahrung und Befürchtung, dass dieser Paradigmenwechsel in vielen Häusern der Landesregierung noch nicht vollzogen ist. Es ist deshalb die Aufgabe, die Strategie schrittweise umzusetzen. Deswegen ist auch im Koalitionsvertrag von CDU und FDP die Regionalisierung beziehungsweise die Kommunalisierung der Stadterneuerungsförderung als ganzheitlicher Förderansatz vereinbart. Als ersten Schritt sehen wir ein Modellprojekt vor, um das Konzept der Pauschalierung und des Controllings in einer Region praxisnah zu erproben. Ich hoffe, dass wir das gemeinsam schultern können.

Die Koalition ist bereits jetzt dabei, nicht mehr zeitgerechte Restriktionen im Mietrecht abzuschaffen. Ich nenne Stichworte wie Kündigungssperrfristverordnung und Fehlbelegungsrecht. Gerade in den benachteiligten Stadtteilen, die gleichzeitig massiv Einwohner verlieren, sehen wir die Chance, auch durch Stärkung des Eigentums sozial stabilisierende Haushalte in den Beständen zu halten oder sie sogar neu in die Quartiere zu holen.

Wir legen einen Schwerpunkt auf die Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf, um städtebauliche Missstände in hoch verdichteten Gebieten zu beheben, Stichwort „Stadtumbau West“. Dazu gehören auch die Förderung des Rückbaus von Wohnraum und die Rücksicht auf Kommunen, die nach § 81 der Gemeindeordnung unter vorläufiger Haushaltsführung stehen.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, wir haben in Nordrhein-Westfalen den Weg der Prävention noch längst nicht zu Ende geführt. Ich bin mir aber sicher, dass eine konsequente Fortführung dieses Weges der Prävention auch unter dem Vorzeichen verringerter Finanzen dazu führt, dass wir die Probleme in unseren Stadtteilen friedlich regeln, dass wir eine Deeskalierungsstrategie fahren und dass wir das, was wir derzeit erleben, nicht zum Standard in unseren Städten, in unserem Lande werden lassen. Ich bin da sehr guten Mutes. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Schulte. – Für die SPD-Fraktion hat Frau Abgeordnete Altenkamp das Wort.

Britta Altenkamp (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst einmal sollte man feststellen, dass wir in Deutschland und auch in Nordrhein-Westfalen nicht solche Verhältnisse wie in Frankreich haben. Das ist auch gut so. Wenn man das konstatiert, dann sollte man sich vielleicht auch noch einmal mit der Situation in Frankreich beschäftigen. Ich werde das jetzt ein bisschen tun.

Wie stellt sich die Situation dar? – Wir haben Vorstädte, die in fürchterlichem baulichem Zustand sind. Manche Renovierungssituationen sind 15 bis 20 Jahren her. Es gibt Schilderungen von Mietern, die schon seit mehreren Jahren keinerlei Kontakt mehr zu den Eigentümern haben und somit auch mit ihren gesamten Reparaturarbeiten und Notständen keinen Ansprechpartner finden. Wir haben marode, heruntergekommene Gebäude der 60er-Jahre mit sehr schlechter Bausubstanz.

Es gibt ethnisch geprägte Stadtquartiere mit bis zu 80, 90 % unterschiedlichster Ethnien. Im Großen und Ganzen aber zwei: Maghreb und Schwarzafrika. Es gibt öffentliche Einrichtungen, die seit mehr als fünf Jahren geschlossen sind. Es gibt keine Jugendeinrichtungen mehr, und es findet so gut wie kein ehrenamtlich moderiertes Gespräch mehr zwischen den Bürgerinnen und Bürgern statt.

Die Polizisten empfinden den Einsatz oder die Arbeit in diesen Stadtquartieren als Strafkommando. Vielfach gehen sie in bestimmte Bereiche und Quartiere überhaupt nicht mehr hinein. Jeder zweite Jugendliche unter 20 ist ohne einen Job und auch ohne eine Aussicht oder Chance auf einen Job. Das wird nicht zuletzt an seiner Adresse in diesen Vorstädten fest gemacht.

Wir haben hier in Nordrhein-Westfalen das Programm „Soziale Stadt“. 1993 haben wir den Vorläufer dieses Programms eingeführt, und seit vielen Jahren wird es auf der ganzen Breite in Nordrhein-Westfalen verwirklicht. Das war eine Sache der alten Landesregierung und der vorvorigen Landesregierung. Ich finde die Auffassung der jet-

zigen Landesregierung richtig, dass es sich lohnt, diesen Ansatz weiterzuführen.

Wir haben Quartiere und Stadtteile, die durch unterschiedliche Maßnahmen stabilisiert werden: Stadtteilbüros, moderierte Stadtteilkonferenzen und Bürgerbeteiligung. Das sind manchmal schwierige Prozesse, aber sie führen dazu, dass in den Stadtteilen wirklich Frieden herrscht. Ein Schwerpunkt des Programms ist es, die Wohnsubstanz zu erhalten. Ich halte diesen Aspekt für ausgesprochen wichtig. Wir haben bei dem Erhalt der Wohnsubstanz immer darauf geachtet, dass die Bürgerinnen und Bürger, die Akteure und die Eigentümer in diese Prozesse einbezogen wurden. Der Unterschied zu Frankreich ist also: Wir geben keinen Stadtteil in Nordrhein-Westfalen auf, und wir gehen auf die Bürgerinnen und Bürger in diesen Stadtteilen zu.

Aus der Verantwortung für das eigene Wohnumfeld und durch das Gefühl, tatsächlich mitgestalten zu können – das wissen wir seit vielen Jahren aus den Erfahrungen mit „Soziale Stadt“ –, entsteht das Gefühl, ein Teil der Gesellschaft zu sein. Das ist für Migrantinnen und Migranten wichtig. Aber nicht nur für diese, denn in unseren Stadtquartieren wohnen Migrantinnen und Migranten nicht so konzentriert wie in Frankreich, sondern auch die deutsche Wohnbevölkerung beteiligt sich ein Stück an den Prozessen und Veränderungsprozessen in den Stadtteilen. Deshalb müssen wir gerade diese Aspekte des Programms „Soziale Stadt“ weiterentwickeln und weiterführen.

Ich bin der Auffassung, dass man diese Dinge sogar noch verstärken muss. Ich bin aber auch der Auffassung, dass es bislang sicherlich nicht gelungen ist – der ehemalige Minister Vesper weiß es, weil wir es im Migrationsausschuss auch mehrfach diskutiert haben –, die den Kommunen mit dem Programm „Soziale Stadt“ richtigerweise gestellte Aufgabe, ressortübergreifend zu arbeiten, in ganzer Breite in der Landesregierung gleichermaßen zu verwirklichen. Mir ist persönlich zu oft in Steine und nicht in die Menschen in diesen Stadtteilen investiert worden. Das muss sich ändern. An dieser Weiterentwicklung sollten wir alle gemeinsam arbeiten.

Uns geht es bei diesem Ansatz darum, dass der Staat ein Partner und nicht nur Ordnungsmacht ist. Man sollte jetzt auch einmal darüber reden – wenn man sich die Situation in Frankreich anguckt –, was man darüber hinaus noch unternehmen kann. Es geht ja nicht nur um Gebäude, sondern zum Beispiel auch um die Verstärkung der Jugendarbeit. Da haben Sie hier in Nordrhein-Westfalen die Chance, mit einem voll ausgestatteten Landesjugendplan von 96 Millionen insbesondere die Ansätze der offenen Kinder- und Jugendarbeit oder der Jugendverbandsarbeit ein Stück zu stärken.

(Zuruf von Christian Linder [FDP])

Wir müssen die Stadtteilbüros ausbauen. Wir müssen – da unterstütze ich Herrn Minister Laschet ausdrücklich – auch die Integrationsarbeit weiterführen und weiter ausbauen. Das ist überhaupt keine Frage. Angesichts solcher Geschehnisse wie in Frankreich ist es sicherlich angebracht zu überlegen, ob es wirklich vernünftig ist zu sagen: Auch die Integrationspolitik muss ein Stück Beitrag zur Konsolidierung leisten. Ist es nicht vielmehr so, dass man den Beitrag zur Stabilität verstärken muss? Das ist eine Diskussion, der ich mich in der Vergangenheit gestellt habe und die Sie hier auch führen sollten.

Ich möchte Ihnen auch sagen, Herr Minister Laschet: So wichtig die Sprachförderung auch ist, sie ist nicht der zentrale Schlüssel, sondern ein wichtiger Baustein. Schauen Sie nach Frankreich: Die Jugendlichen in den Stadtteilen dort haben am allerwenigsten ein Sprachproblem.

Zu Ihrem Kollegen Bosbach: Man kann nicht direkt von den Muslimen in Frankreich auf die Muslime in Deutschland schließen. Die Muslime sind eine durchaus unterschiedliche, heterogene Gruppe, und deshalb sollte man auch nicht Dinge heraufbeschwören, die in der Form unter den Muslimen in Deutschland nicht vorhanden sind.

Wir haben das Problem der Perspektivlosigkeit bei den Jugendlichen auch in Deutschland. Das ist ganz sicher das Gefühl, das den Sprengstoff der Unruhen in Frankreich ausmacht. Aber wir haben keine Verhältnisse wie in Frankreich.

Ich möchte ein paar Stichworte nennen, die möglicherweise Ansatzpunkte geben, dies hier zu verhindern:

Wir haben den Föderalismus. Das ist ein wichtiges Gut, denn damit schaffen wir es, Dinge ganz anders zu regeln als im zentralistischen Frankreich.

Wir haben das duale Ausbildungssystem, das die Franzosen nicht haben. Ich sage Ihnen, sie werden versuchen, genau das jetzt zu erfinden. 20.000 staatlich geförderte, befristete Jobs für diese Jugendlichen, die jetzt aufgelegt werden, sind am Ende nur die Spitze des Eisbergs.

Wir haben die kommunale Selbstverwaltung, die ich für einen wichtigen Baustein halte, auch weiterhin Unruhen in unseren Stadtteilen zu verhindern. Wir haben nicht zuletzt die Ordnungspart-

nerschaften, für die die Menschen in den Stadtteilen gemeinsam eintreten.

Aber ich sage Ihnen auch, Herr Schulte: Ich bin zutiefst der Auffassung, dass es auch in Zukunft nötig sein wird, Ungleiches ungleich zu behandeln, und das sind Stadtteile mit besonders schwierigen Situationen und sozialen Zusammensetzungen. Damit meine ich nicht nur die mit besonders vielen Migranten. Diese Stadtteile werden immer eine besondere Aufmerksamkeit und eine besondere Förderung brauchen.

(Beifall von der SPD)

Da braucht es eine flexible Förderung, die nicht nur in Steine investiert.

Meine Redezeit ist leider zu Ende. Es gäbe zu diesem Thema noch viel zu sagen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Altenkamp. – Für die FDP-Fraktion spricht jetzt Herr Abgeordneter Lindner.

Christian Lindner (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist ein wichtiges Thema, mit dem wir uns befassen, aber ich bedauere die Art und Weise, wie seitens der grünen Fraktion dieses Thema hier beantragt worden ist,

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Warum?)

und auch, wie Sie, Herr Becker, hier vorgetragen haben. Sie zögern nicht, Ängste zu schüren,

(Sylvia Löhrmann und Barbara Steffens [GRÜNE]: Was? – Horst Becker [GRÜNE]: Lesen Sie noch einmal nach!)

aber Sie stellen sich nicht den eigentlichen Problemen im Land und den Versäumnissen, die auch Ihre Fraktion mit zu verantworten hat.

(Horst Becker [GRÜNE]: Unglaublich!)

Ich habe Ihnen sehr genau zu gehört. Ich habe nichts dergleichen gehört. Auch die Vorrednerin Britta Altenkamp hat gerade darauf aufmerksam gemacht, dass die fachlichen Zusammenhänge, die Sie hier insbesondere im Bereich der muslimischen Bevölkerung dargestellt haben, so nicht zu halten sind.

Die Situation in Frankreich ist mit der in Nordrhein-Westfalen nicht vergleichbar. Dort hat man die Zuwanderer – so liest man das dieser Tage – vor die Tore der Städte gesperrt. Es handelt es sich um Hochhaussiedlungen ohne Infrastruktur, in denen es nichts gibt außer Wohnen. Es gibt keine Angebote für Jugendliche, keine Arbeit, keine Beratung.

Das ist bei uns in Nordrhein-Westfalen Gott sei Dank nicht der Fall. Zwar gibt es auch hier Stadtteile, die überwiegend von Zuwanderern bewohnt werden, aber diese Stadtteile befinden sich innerhalb der Kommunen. Deshalb wird die räumliche Ausgrenzung in Nordrhein-Westfalen die soziale Ausgrenzung nicht zusätzlich verschärfen können. Hinzu kommt eine soziale Infrastruktur, wenngleich auch eine, die verbesserungsbedürftig ist.

Wir müssen die Ursachen betrachten, die zu den Gewalttaten von Jugendlichen in Frankreich geführt haben. Dazu habe ich von den Grünen eben leider nichts gehört. Die Integrationspolitik in unserem Nachbarland ist gescheitert, weil sie nämlich im engeren Sinne gar keine war. In Frankreich ging man bekanntlich davon aus, es gehe alles von selbst, wie es auch Claudia Roth zuletzt in ihrer Rede auf der Bundesdelegiertenkonferenz der Grünen wieder ausgeführt hat: keine verbindlichen Regelungen bezüglich der Integration, alles multi-kulti, alles erlaubt im Namen einer anderen Kultur.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Sie dürfen nicht so selektiv hören!)

So hat sich die grüne Partei und Rot-Grün insgesamt Integrationspolitik lange Zeit vorgestellt.

Deshalb muss Frankreich eine Warnung an uns sein, eine verbindlichere Integrationspolitik zu verfolgen, die sich um die Menschen, die zu uns kommen, kümmert und die die Verwirklichung ihrer Rechte im Auge hat, aber die auch die Pflichten für Zuwanderer formuliert. Grünes Laisserfaire hat sich nicht bewährt.

(Beifall von FDP und CDU)

Das ist die eigentliche Konsequenz, die wir aus der von Ihnen beantragten Aktuellen Stunde ziehen müssen. Deshalb handelt die neue Regierungskoalition, obwohl sie noch kein halbes Jahr in Verantwortung steht.

Es hat erste Schritte gegeben. Ich will vorab darauf hinweisen, dass es die schwarz-gelbe Regierung aus Union und FDP in Nordrhein-Westfalen war, die bundesweit das erste und einzige Integrationsministerium eingerichtet hat, um zu unterstreichen, dass dies eine Aufgabe ist, die auch zu Recht Kabinettsrang beansprucht. In diesen Tagen wird auch über die Einrichtung einer interministeriellen Arbeitsgruppe beraten, die die unterschiedlichen Bemühungen in den Ressorts koordinieren helfen soll, damit Integrationspolitik in

den unterschiedlichen Fachbereichen aus einer Hand geleistet werden kann.

Ich will auch auf einige weitere Maßnahmen kurz zu sprechen kommen.

Erstens: Grundsätze des Programms „Soziale Stadt“ sind zweifelsohne zu begrüßen, insbesondere der Ansatz der Zusammenarbeit, der auch von Britta Altenkamp hier erwähnt worden ist. Ein noch besseres Wohnumfeld in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf ist aber nicht allein mit dem Programm „Soziale Stadt“ zu verwirklichen. Was steckt dahinter? – Da geht es zum Beispiel um eine bildungs- und freizeitorientierte Infrastruktur in tristen Stadtvierteln, um Angebote für junge Menschen, um Treffpunkte, wie es auch die Grünen in der Beantragung der Aktuellen Stunde hervorgehoben haben.

Hier ist jedoch zu fragen, welche Regierungsmehrheit in Nordrhein-Westfalen es denn war, die über Jahre hinweg die offene Jugendarbeit als Förderbereich des Landesjugendplans diskriminiert hat.

(Beifall von FDP und CDU)

Sie haben doch noch beim laufenden Doppelhaushalt in einem Haushaltsjahr ...

(Horst Becker [GRÜNE]: Unerhört!)

– Herr Becker, damals gehörten Sie diesem Parlament noch nicht an. Deshalb sind Sie da ahnungslos und sollten sich mal aktenkundig machen.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Sie sind ahnungslos, obwohl Sie dabei waren!)

– Frau Steffens, Sie genauso.

(Horst Becker [GRÜNE]: Sie sollten mal zuhören!)

– Ich bitte um Nachsicht: Sie brauchen sich doch nur Ihre eigenen Haushaltsanträge anzusehen. Darin ist vorgesehen, die Gelder für die offene Jugendarbeit bis zum Jahr 2007 auf 10 Millionen € zu reduzieren. Das hätte, wenn Sie wieder eine Mehrheit bekommen hatten, dazu geführt, dass von den 2.400 offenen Jugendeinrichtungen in Nordrhein-Westfalen nur noch ein Handvoll übrig geblieben wäre. Das war die Politik Ihrer Regierung. Die ist abgewählt worden, und in diesem Punkt mindestens zu Recht.

Zweitens: Wir haben die stadtteilorientierte Weiterentwicklung von Kindertageseinrichtungen in die Wege geleitet. Damit schaffen wir nicht nur ein Bildungsangebot für Kinder und ihre Eltern, sondern bieten auch Vernetzung und Beratung aus einer Hand an. Und da die Probleme vor Ort unterschiedlich sind, wird es auch unterschiedliche Modelle geben müssen, kein Einheitsmodell.

Mit diesem Instrument wird dazu beigetragen, dass es stadtteilspezifische Lösungen gibt und sich mithin Kindertageseinrichtungen nach innen und außen öffnen können -nach innen für neue Bedürfnisse von Eltern, von Familien mit Zuwanderungsgeschichte, nach außen zu den Akteuren, die in den Stadtteilen tätig sind.

Sie haben noch im Jahre 1998 mit der letzten GTK-Novelle – das betraf den damaligen § 21 GTK – ausdrücklich ausgeschlossen, dass es solche Erprobungsmaßnahmen geben sollten. Das gehört auch zu einer ehrlichen Bestandsaufnahme.

(Beifall von der FDP)

Drittens: Frankreich zeigt, was aus der Perspektivlosigkeit junger Menschen werden kann. In Frankreich ist das Problem junger Menschen ohne Schulabschluss verschärft, da es keine Berufsschulausbildung gibt.

Frau Steffens, an der Stelle will ich Sie ganz konkret ansprechen. Wir haben als Regierungskoalition das Werkstattjahr eingeführt, mit dem benachteiligten Jugendlichen ein Weg in die Ausbildung geebnet wird. Sie haben das nicht anders kommentieren können, als vor der Maßnahme schone eine wissenschaftliche Evaluation zu verlangen. Sie gestatten gar nicht, Erfahrungen mit diesem neuen Instrument zu sammeln. – Sie sollten angesichts der Nachfrage in Nordrhein-Westfalen nach Plätzen für das Werkstattjahr Ihre eigene Position überprüfen.

Ich komme zum Schluss. Die im Jahr 2001 von allen Fraktionen des Landtags beschlossene Integrationsoffensive hatte viele gute Vorschläge. Leider hat sich die Vorgängerregierung dieser Vorschläge eher defensiv angenommen.

Unsere Antwort auf Frankreich heißt deshalb: jungen Menschen Perspektiven geben, gerechtere Chancen auf Bildung für alle einräumen – zum Beispiel durch mehr Lehrer, durch die Qualitätsoffensive Hauptschule, durch frühestmögliches Erlernen der deutschen Sprache –, neue und bessere Rahmenbedingungen für die Entstehung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen schaffen, Angebote für Kinder und Eltern auch in Problemstadtteilen, dort, wo sich soziale Probleme ballen, machen. Das ist eine Integrationspolitik, die auf faire Chancen setzt, keine, die nur bei wohlfeilen Worten stehen bleibt. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Lindner. – Für die Landesregierung ergreift Minister Laschet das Wort.

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Ereignisse in Frankreich sind beschrieben worden. Als europäisches Nachbarland müssen wir das, was dort passiert, in der Tat sehr aufmerksam beobachten.

Aber ich teile die Einschätzung all derer, die hier gesprochen haben: Frankreich ist mit uns nicht vergleichbar. Es ist nicht 1:1 übertragbar. Es ist nicht so, wie manche, auch Kollegen, durch Fragen in der Presse insinuiert haben: Kann man das nicht per Internet oder per Handy auch in Deutschland in Gang setzen? – Nein, es ist nicht vergleichbar, und es besteht überhaupt keine Gefahr, dass dieser Funke überspringt, auch wenn einzelne Pressemeldungen in den letzten Tagen versucht haben, es so darzustellen.

In Frankreich ist Integration in großen Teilen gescheitert: entweder, weil man gar keine Integrationspolitik betrieben, sondern geglaubt hat, das gehe alles von selbst, oder weil die Konzepte falsch waren, mit denen man die Stadt gestaltet hat, insbesondere die Pariser Vororte.

Auch bei uns ist schon öfter vom Scheitern der Integrationspolitik gesprochen worden. Das flammt in Debatten immer wieder auf. Meiner Meinung nach sollten wir angesichts der jüngsten Ereignisse aber nicht mehr so leichtfertig mit den Worten „Scheitern der Integration“ umgehen. Man muss zwar benennen, was bei uns schief läuft. Aber trotz aller Rückschritte kann man in Deutschland nicht von einem Scheitern der Integrationspolitik sprechen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich denke, das können wir sagen, ohne die Probleme unter den Tisch zu kehren.

Insofern ist das, was die Grünen heute beantragen, im Ansatz richtig; es ist ein wichtiges Thema, für dessen Bewältigung in der Kontinuität der letzten Jahre wichtige Voraussetzungen geschaffen worden sind.

Dennoch glaube ich, dass wir Integration ernster nehmen müssen. Auch diese Lehre kann man aus Frankreich ziehen. Wenn in diesen Tagen in Berlin darüber verhandelt wird, wie Arbeitslosigkeit gesenkt, wie das Wirtschaftswachstum wieder in Gang gebracht werden kann, sind das alles wichtige Themen, die die Menschen interessieren.

Aber eines ist auch wahr: Wenn die Integration misslingt, ist dies alles vergebliche Mühe. Denn dann kann ein kleiner Funke auch bei uns zu Ereignissen führen, die wir alle nicht wollen.

Um dem entgegenzuwirken, ist eigens dieses Ministerium eingerichtet worden. Sein Zuschnitt bringt einen doppelten Vorteil mit sich:

Der eine Vorteil ist: Im Hause selber sind alle Fachabteilungen vorhanden, die wir brauchen, um die Sozialarbeit zu leisten, die wir wollen. Die Kinder- und Jugendabteilung gehört mit zu diesem Hause. Dadurch entstehen heute neue Wechselwirkungen, die früher in dieser Weise nicht möglich waren. Das Gleiche gilt für die aus der Angliederung der Frauenabteilung erwachsenden Wechselwirkungen. Ich glaube, Generationen, Integration, Familie und Frauen zusammenzufassen, war richtig.

Zum Zweiten will die Landesregierung – Kollege Lindner hat das erwähnt – mit speziellen Gremien dafür sorgen, dass sowohl die wirtschaftspolitischen, die den Bauminister, die den Innenminister als auch die die Schulministerin betreffenden Fragen gemeinschaftlich gelöst werden. Integrationspolitik ist eine Querschnittsaufgabe, und deshalb wird Kollege Wittke zu dem Aspekt Stadtentwicklungspolitik gleich noch einiges sagen. Wir wollen in Zukunft gemeinsam Konzepte überlegen, wie wir das, was bereits auf dem Wege ist, noch effektiver gestalten, damit nicht Parallelgesellschaften, nicht Ghettos entstehen, sondern Städte, in denen auch eine gewisse Vielfalt zur Realität gehört.

Die konsequente Behebung von Sprach- und Bildungsdefiziten, die Verbesserung der gesellschaftlichen Teilhabe von Zugewanderten sowie die Förderung des Dialogs mit den Muslimen und deren Organisationen sind zentrale Ziele der nordrhein-westfälischen Integrationspolitik.

Frau Kollegin Altenkamp hat die Sprache angesprochen. Man könnte sagen: Die sprechen alle Französisch. Die Sprache ist also nicht unbedingt der Schlüssel zur Integration. – Ich glaube, dieser Schluss ist falsch. In Deutschland ist die Sprache der Schlüssel zur Integration, weil sie Bildung, Teilnahme am Schulleben und danach Teilhabe am Arbeitsmarkt ermöglicht. In Frankreich ist die Integration trotz der gleichen Sprache gescheitert. Bei uns würde sie ohne gemeinsame Sprache scheitern. Deshalb ist Sprachförderung ein Schwerpunkt dieser Landesregierung.

Ich kann gleich korrigieren, was ich das letzte Mal gesagt habe. Frau Kollegin Asch hat inzwischen eine Anfrage gestellt, wo im Nachtragshaushalt die Mittel für die Sprachförderung erhöht worden sind. – Ich hatte mich in der Zeile vertan. Es sind die Migrationsfachdienste, deren Mittel wir in der Verpflichtungsermächtigung erhöht haben, um diesen Schwerpunkt zu setzen. Dennoch ist die Sprachförderung eine sehr wichtige Frage, der wir uns widmen müssen.

Wir können auf eine Vielzahl von bereits eingeleiteten Maßnahmen aufbauen. Die vorschulische Sprachförderung gehört dazu. Hier werden Weichen für Kinder aus Zuwandererfamilien beim Start in die Schullaufbahn gestellt, und Pisa ist in diesen Tagen das letzte Wachrütteln. Wenn das misslingt, wenn Migranten bei den Pisa-Ergebnissen weiter besonders schlecht abschneiden, ist das der erste Schritt für einen erschwerten Einstieg in das Berufsleben.

Es gibt 27 regionale Arbeitsstellen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen, die sogenannten RAAs, die ein Netzwerk von Agenturen für Integration geschaffen haben. Mit den Familienzentren wollen wir ebenfalls Eltern, Mütter und Vätern, von Migrantenfamilien bei Bildung und Erziehung Hilfestellung geben. Auch da sind wichtige Wechselbeziehungen zu erkennen.

Wir unterstützen weiterhin das soziale und kulturelle Netzwerk der Migrantenselbstorganisationen. Uns sagen viele Experten in diesen Tagen: Auslöser ist auch ein Stück mangelnde Anerkennung, die die französischen Migranten dort in den Vorstädten erfahren haben. Indem wir die Selbstorganisation der Migranten stärken, stärken wir das Selbstbewusstsein und auch das, was Migranten in unsere Gesellschaft einzubringen haben.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, all denjenigen, die sich in der Integrationspolitik vor Ort engagieren – das eigentlich Entscheidende ist nämlich, was vor Ort passiert –, zu danken. Das ganze ehrenamtliche Engagement der Kirchen, Gemeinden und Kulturinitiativen, der Gewerkschaften und Stadtteilprojekte, Flüchtlingsinitiativen und Migrantenselbstorganisationen ist bei uns sehr ausgeprägt. Auch das ist einer der Gründe dafür, weshalb bei uns in Nordrhein-Westfalen weniger Potenzial für Gewalt da ist als in anderen Ländern. Das hat die Würdigung vor diesem Hohen Hause verdient.

Wir müssen hinzufügen: Das ist das, was die Mehrheitsgesellschaft aufbringt, aber wir brauchen auch die Migranten. Insofern geht an sie gleichermaßen der Appell: Lasst uns mehr Projekte der Gemeinsamkeit machen. Lasst uns mehr zu einer gemeinsamen Identität dieses Landes beitragen, dann können wir das verhindern, was in Paris in diesen Tagen passiert ist. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der SPD der Kollege Sichau das Wort.

Frank Sichau (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich komme aus einer Stadt, in der in einigen Bereichen Maßnahmen des Projektes „Soziale Stadt“ durchgeführt werden. In Herne sind die Gebiete Bickern und Unser Fritz – Unser Fritz benannt nach dem Bergwerksgründer Fritz Grillo – solche Bereiche. Dort hat sich in der Tat eine Menge entwickelt. Deswegen will ich auf die These des ebenfalls Herner Bürgers Volker Eichler nicht weiter eingehen; sie sollte an einer anderen Stelle vertieft diskutiert werden.

Eins ist im Zusammenhang mit der „Sozialen Stadt“ jedoch klar, und das ist hier in sehr unterschiedlicher Akzentuierung angesprochen worden. Bei Herrn Lindner bin ich mir nicht ganz sicher: Meint er die „soziale Stadt“, oder will er sie sozusagen wieder in unterschiedliche Fachbereiche zerlegen? Denn in der Weiterentwicklungsdiskussion, die der Bundestag im Juni 2005 letztlich in einen Beschluss gefasst hat, wird – wie auch in vielen Besprechungen – immer wieder gesagt: Hochbaumaßnahmen wie Bestandsmodernisierung, Tiefbaumaßnahmen, Begrünungen sind notwendig, aber nicht hinreichend.

Integrierte Projekte für die Menschen müssen dazukommen und sind dies auch bereits: in Bickern und Unser Fritz in der Stadt Herne Sozialarbeit an der Hauptschule Königin-Luise. Über Sprachkurse ist gerade gesprochen worden – ich wollte eigentlich nur ein paar Beispiele nennen –, Kurse für Frauen mit Migrationshintergrund bis zum Sport, berufliche Qualifizierung und Beschäftigung – ganz wichtig – auch im Rahmen einer sozialen Stadt – das ist unser Thema heute Mittag –, Beratung und vor allen Dingen auch Organisation von Begegnung.

Insgesamt weist unser integriertes Handlungskonzept zehn Handlungsfelder auf. Es ist gut – nebenbei gesagt –, dass auch die RAA ihren Sitz in einem dieser Wohnbereiche hat. Was die Jugendarbeit betrifft, Herr Lindner: Wir haben dies auf eine gesetzliche Grundlage gestellt. Was Ju-

gendheime betraf, war die Intention, die Mittel gezielter einzusetzen.

(Christian Lindner [FDP]: Nein!)

Wenn Sie trotz geringerer Mittel diese noch weiter streuen können, umso besser. Nur, wenn man wenig Geld hat, muss man es gezielter einsetzen. Das ist auch von diesem Pult aus von den zuständigen Sprechern und Ministern so gesagt worden.

(Christian Lindner [FDP]: Das ist falsch!)

Aber das können wir weiter diskutieren.

Das Ganze hat – das ist offensichtlich auch ein wesentlicher Punkt der Beantragung dieser Aktuellen Stunde – auch einen finanzwirtschaftlichen Aspekt. Das Land muss seinen Anteil weiter finanzieren. Dem kommt für unsere Begriffe eine ausgesprochen hohe Priorität zu.

Wenn es um Finanzen und verschiedene Aspekte geht, kommt auch der Rechtspolitiker – Sie wissen, ich bin rechtspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion – ins Spiel. Wir reden viel von Kriminalprävention. Wir sagen – so beispielsweise Fritz Behrens –: Interventionsmaßnahmen und vor allem Strafen sind die Ultima Ratio. Die Justizministerin hat einen Arbeitskreis zur Prävention organisiert.

Die Jugendpolitik – das ist mein Eindruck – scheint jedoch eher im Begriff, im Ministerium für Generationen verloren gegangen zu sein, wie die Verbindung zur Schulpolitik wieder gekappt zu sein scheint.

Eins ist aber ausgesprochen klar: Hier wird mit Ordnungspartnerschaften und kriminalpräventiven Räten bereits deutlich und wirksam gehandelt. Wenn Herr Schulte sagt, dass es noch Schwachstellen gibt, müssen wir diese genau benennen, um auch hier dem Weiterentwicklungsauftrag des Bundestagsbeschlusses Rechnung zu tragen.

Diese Maßnahmen sind gut und wichtig, denn sie verhindern die von allen nicht gewünschten, unerwünschten Folgen. Die Finanzmittel sind deshalb dafür zielführend eingesetzt, auch wenn die Jugendkriminalität nicht gestiegen und die Jugendgewaltkriminalität leicht gesunken ist. Hier ist jeder Euro auch jenseits des Kerns gut angelegt und unverzichtbar. So würde ich das formulieren, Herr Schulte, und nicht nur: Es ist im Kern unverzichtbar.

Ich schließe mit einem Zitat aus dem am kommenden Freitag erscheinenden Buch „Tauben, Texte und Altäre“. Eine Lehrerin für Deutsch und Philosophie an der Gesamtschule Wanne-Eickel in Herne mit dem bemerkenswerten Namen Hatice Aksoy-Woinek schreibt dort unter der Zwischenüberschrift „Interkulturelle Potenziale mit Risiken und Nebenwirkungen der Jahre 1988 bis 1998“ – ich zitiere mit Genehmigung der Präsidentin –:

> Die Freundinnen meiner Mutter kamen an jenen Vormittagen auch ins Café. Ja, türkische Frauen mit Kopftuch in einem Café. Hier in Herne-Sodingen galten eben einige Regeln, Normen und Gesetze anders.

Dies ist ein einfühlsamer, konstruktiv optimistischer Satz in einem ausgesprochen lesenswerten Artikel. Es bleibt aber dabei: Die „Soziale Stadt“ ist weiterhin absolut förderungswürdig. Es ist der Hauptsinn dieser Aktuellen Stunde, nicht nur darzustellen, dass es um eine gute Sache geht, sondern auch um eine integrierte Sache, die der weiteren finanzwirtschaftlichen Absicherung bedarf. – Danke schön.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Sichau. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion der CDU die Kollegin Kastner das Wort.

Marie-Theres Kastner (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sie, meine Damen und Herren von den Grünen, nehmen in Ihrer Beantragung der Aktuellen Stunde Bezug auf die Ereignisse in Frankreich. Auch ich möchte noch einmal für unsere Fraktion feststellen, dass wir in Nordrhein-Westfalen weit davon entfernt sind, auch nur zu ähnlichen Zuständen zu kommen wie in Frankreich.

Das heißt aber nicht, dass wir nicht verpflichtet wären, immer wieder neue Anstrengungen in diesem Bereich zu unternehmen und in unseren Integrationsbemühungen nicht nachzulassen. Ich glaube, alle Parteien haben im Jahre 2001 mit der gemeinsamen Integrationsoffensive einen guten Start hingelegt, den wir fortführen müssen.

Dass die Regierungsfraktionen das auch weiterhin wollen – Herr Lindner hat es schon angesprochen –, haben wir dadurch deutlich gemacht, dass es ein Integrationsministerium und einen Integrationsminister gibt. Auch haben wir viele Beauftragte eingespart, nicht aber den Integrationsbeauftragten.

Wir sind uns sehr wohl bewusst darüber, dass in Nordrhein-Westfalen im Vergleich zu anderen Bundesländern überdimensional viele Menschen

mit Migrationshintergrund leben. Deshalb sind wir politisch ausgesprochen gefordert. Wir brauchen Unterstützungsprogramme wie beispielsweise die „Soziale Stadt“, die notwendig und richtig sind.

Wir brauchen aber nicht nur Programme seitens des Landes, der Städte und des Staates. Minister Laschet hat vorhin schon darauf hingewiesen, dass alle Integrationsbemühungen der öffentlichen Hand nichts wert sind, wenn die Bürger sie nicht annehmen und nicht an der Umsetzung dieser Projekte mitarbeiten. Lassen Sie mich an dieser Stelle noch einmal Dank an all diejenigen sagen, die das ehrenamtlich und unter sehr viel Zeitaufwand in unserem Land tun.

(Beifall von der CDU)

Darüber hinaus müssen wir in unseren Städten natürlich dafür Sorge tragen, dass diese Programme auch umgesetzt werden. Herr Sichau hat Beispiele aus seiner Heimatstadt angesprochen; ich möchte noch zwei aus Münster nennen. Man hat immer das Gefühl, dass Münster die lebenswerteste Stadt der Welt ist. Dafür sind wir ausgezeichnet worden. Aber natürlich haben auch wir unsere Sorgenviertel.

Eines davon hat sich auf den Weg gemacht und will den Beitritt zum Programm „Soziale Stadt“ beantragen. Ich habe den Eindruck, dass manchmal der Weg schon fast das Ziel ist. Schon die Bemühungen, die Bedingungen für den Beitritt zum Programm zu erreichen, haben dazu geführt, dass sich nicht nur alle Wohnungsunternehmen angeschlossen haben. Gerade auch die vielen Initiativen und Einrichtungen vor Ort haben sich an einem großen Runden Tisch zusammengesetzt. Das hat schon jetzt vieles in diesem Stadtteil verbessert, was aber nicht bedeutet, dass das Projekt „Soziale Stadt“ nicht noch weitere Verbesserungen bringen könnte.

Ein weiteres Projekt ist uns in den letzten Wochen sehr viel schwerer gefallen, weil es auch dort Ausfälle von jungen Menschen gegeben hat. Auch hier hat sich unsere Kommune mit allen an einen Tisch gesetzt. Dadurch haben wir eine – wie ich finde – akzeptable Lösung zwischen Stadt, freien Trägern einschließlich der Polizei gefunden: Es gibt präventive aber auch repressive Ansätze, um diesem ersten Aufbegehren von Gewalt Einhalt zu gebieten.

Ich glaube, dass diese Bemühungen in unserem Land so deutlich und sichtbar sind, dass wir wirklich sagen können: Wir sind auf dem richtigen Weg zur Integration. Das wollen wir auch auf Landesebene fortsetzen – Herr Lindner hat die Projekte schon angesprochen –: durch die Einführung des Werkstattjahres und von Familienzentren, die in ganz besonderer Weise geeignet sind, zu einem sehr frühen Zeitpunkt auch Familien mit Migrationshintergrund Hilfe und Unterstützung anzubieten.

Ich bin hoffnungsfroh, dass wir in Sachen Integration den richtigen Weg eingeschlagen haben. Wir sind noch nicht am Ziel, aber gemeinsam werden wir dabei sicherlich ein gutes Stück weiterkommen, und ich hoffe, dass es bei der Gemeinsamkeit in diesem Hause bleibt. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Kastner. – Als nächste Rednerin hat die Kollegin Steffens für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Barbara Steffens[*)] (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Einen Satz vorab: Bei der Beantragung der Aktuellen Stunde haben wir extra schon in unseren Antragstext geschrieben, dass wir die Situation in Frankreich und in Nordrhein-Westfalen nicht für vergleichbar halten. Das haben wir – durch meinen Vorredner – zum Ausdruck gebracht; ich werde darauf später noch eingehen.

Trotzdem müssen wir das Thema aufgreifen, weil gerade in der Öffentlichkeit im Moment natürlich die Frage gestellt wird, ob sich dieses Problem auch in Nordrhein-Westfalen stellen könnte. Deswegen finde ich es wichtig, dass man unaufgeregt und ohne Stimmung und Angst zu erzeugen diskutiert.

Aus diesem Grund muss ich zu Ihrem Redebeitrag sagen, Herr Lindner: Ich fand ihn einfach nur unverschämt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Denn Sie haben Herrn Becker nicht zugehört. Er hat nicht in einem einzigen Satz über Muslime geredet. Wir halten es nämlich nicht für ein rein integrationspolitisches Problem. Er hat auch nicht einmal in einem Halbsatz Angst geschürt, sondern klar und deutlich erklärt, dass es zwar keinen konkreten Grund, trotzdem aber die Notwendigkeit gibt, etwas zu tun.

Sie haben behauptet, er sei ahnungslos, weil er neu im Parlament sei. Sie sind schon länger im Parlament und trotzdem ahnungslos, weil Sie nicht zuhören. Ich bitte Sie, an die Vorredner nur dann anzuknüpfen, wenn Sie zugehört und auch verstanden haben, worum es geht.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Widerspruch von der CDU)

– Das war eine Frechheit in seinem Redebeitrag. Er ist auf die Rede von Herrn Becker nicht eingegangen und hat ihm Dinge vorgehalten, die in seinem Redebeitrag überhaupt nicht vorkamen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich möchte wieder zum Thema der Aktuellen Stunde übergehen. In Frankreich herrscht eine komplett andere Situation als in Nordrhein-Westfalen; beides ist nicht vergleichbar. Trotzdem haben auch wir hier das Problem einer neuen Unterschicht in unserer Gesellschaft, die zum einen aus Zuwandererfamilien und deren Kindern, aber auch aus solchen Familien besteht, die seit mehren Generationen von Arbeitslosigkeit betroffen sind.

Es gibt ein Problem der nicht stattfindenden Integration in diese Gesellschaft, das aber nicht nur Migrantinnen und Migranten betrifft und dem deswegen auch nicht alleine mit Sprachförderung zu begegnen ist, sondern es müssen viele Ansatzpunkte und Bereiche aufgegriffen werden.

Deswegen haben wir gesagt: Wir wollen heute über den Aspekt des sozialen Wohnungsbaus, der Wohnsituation diskutieren. Es ist mittlerweile klar, dass auch soziale Verhältnisse im Wohngebiet für die Bildung, den Werdegang und die Entwicklung von jungen Menschen entscheidend sind. Von daher halten wir den Bereich der „Sozialen Stadt“ als Fortführung eines gesamten Konzeptes nach wie vor für dringend notwendig.

Das ist aber nicht das Instrument, mit dem wir alle Probleme lösen könnten. „Soziale Stadt“ ist, wie wir eben in mehreren Redebeiträgen gehört haben, immer auch ein Stück Reparatur. Man versucht es mit Umgestaltungen der Großsiedlungen der 70er-Jahre, einer Aktivierung der Eigeninitiative und einer Bewohnerbeteiligung. Das ist wunderbar und wichtig. Es wird jedoch nicht ausreichen, sozusagen mit einem Quartiermanagement die Fehler der Vergangenheit zu korrigieren.

Wir müssen nach vorne gehen und schauen, wie wir es schaffen können, von vornherein Ghettobildung und Strukturbildung in den Wohnverhältnissen – beides ist zum Teil schon entstanden – zu verhindern. Dafür sind viele Bausteine notwendig. Der soziale Wohnungsbau ist hierfür ein Instrument, das unabdingbar ist und das wir in Zukunft brauchen. Nur wenn wir in die Breite gehen und ein solches Wohnraumangebot in die gesamte Gesellschaft einstreuen, haben wir die Möglichkeit, solchen Sachen frühzeitig und präventiv entgegenzuwirken.

Damit nicht der Eindruck entsteht, dass es in dieser Diskussion nur um Migration und Migranten, also nur um eine Zielgruppe, geht, möchte ich klar sagen, dass wir dieses Thema auch im Hinblick auf die Spannungen, die im Zusammenhang mit Hartz IV und den dadurch drohenden Umzügen auftauchen, aufgreifen müssen. Wir haben das Problem, dass Menschen aufgefordert werden, in einschlägige Wohnumfelder zu ziehen, wo nur mit Konzepten der „Sozialen Stadt“ von vornherein das Entstehen bestimmter Stimmungen abgefangen werden kann.

Letzter Punkt: Wir sollten auch einmal über Nordrhein-Westfalen hinausschauen. So gibt es im Osten Deutschlands heftige Brennpunktgebiete, wo die Gewaltbereitschaft nicht von Muslimen, nicht von Migranten ausgeht, sondern wo in No-go-Areas das Problem auf dem Gewaltpotenzial der Rechten beruht. Auch da müssen wir hineingehen. Wir brauchen eine Strukturpolitik, eine „Soziale-Stadt“-Politik, die das verhindert. In diesem Sinne muss die Politik in diesem Land weiterhin gestaltet werden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Steffens. – Als nächster Redner für die Fraktion der FDP hat der Kollege Engel das Wort.

Horst Engel[*)] (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bei aller Wertschätzung, Herr Kollege Becker, aber Sie verfolgen mit Ihrem Antrag im Kern das Ziel, den Mitteleinsatz in unverminderter Höhe für die Zukunft fortzuschreiben. Darüber hinaus probieren Sie mit einem untauglichen Versuch, einen Lobgesang auf das alte Vesper-Ministerium anzustimmen. Beides wird seine Wirkung verfehlen.

Das ressortübergreifende Handlungsprogramm der alten Landesregierung für Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf mit dem Ziel der Stabilisierung und Aufwertung schwieriger Stadtteile hat sicherlich einige erfolgreiche und einige weniger erfolgreiche Maßnahmen angestoßen. Hier möchte ich auf die Debatte von 2002 verweisen.

Wir sind aber mit dem Koalitionspartner zu der Ansicht gekommen, dass wir die Stadterneuerungsförderung neu aufstellen müssen. Maßstäbe müssen die unterschiedlichen Bedürfnisse und Problemlagen vor Ort sein. Wir wollen deshalb die

Voraussetzung für eine Kommunalisierung – dies wurde von meinen Vorrednern mit anderen Worten bereits angesprochen – der Stadterneuerungsförderung schaffen und dazu integrierte ganzheitliche Förderangebote im Wohnungsbau und im Städtebau entwickeln. Der Forderung nach einem unverminderten Mitteleinsatz können wir deshalb nicht pauschal zustimmen.

Um Ihnen zu zeigen, meine sehr verehrten Damen und Herren – das sage ich auch angesichts der vielen Gäste auf den Zuschauertribünen –, dass Sie uns einen finanziellen Scherbenhaufen hinterlassen haben, und zwar nicht nur auf der Landesebene, sondern auch auf der kommunalen Ebene, nenne ich noch einmal die Zahlen, auch wenn es weh tut:

110 Milliarden € Landesschulden, 188 Städte, Gemeinden und Kreise in der Haushaltssicherung, 77 Städte und Gemeinden in der vorläufigen Haushaltsführung sowie 10 Milliarden € Kassenkredite. Viele Städte gerade im Ruhrgebiet mit Problemstadtteilen sind Kommunen in der vorläufigen Haushaltsführung, und zwar ohne erkennbare Chance, jemals eine schwarze Null erreichen zu können.

Wir werden keine Stadtteile kippen lassen, aber es wird auch vor dem demographischen Hintergrund kein Spaziergang werden, einerseits die Problemstadtteile zu sanieren und andererseits die kommunale Selbstverwaltung zu stärken. Dabei sind uns folgende Punkte wichtig:

Erstens. Eine gefühlte und gelebte Anerkennungskultur ermöglichen.

Zweitens. Bildungschancen verbessern.

Drittens. Perspektiven und Teilhabe am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben tatsächlich verbessern.

Viertens. Integrationsfähigkeit und Integrationswilligkeit unterstützen.

Fünftens. Stärkung der Gremien im Bereich der kriminalpräventiven Räte sowie praktische Projekte, wie sie zum Beispiel die Polizei in Düsseldorf seit einem Jahr sehr erfolgreich durchführt.

Wir wissen – damit komme ich zum Schluss –, dass die Polizei nur die schlimmsten Entwicklungen angehen, aber keine Problemlösungen anbieten kann. Das ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Engel. – Nun hat für die Landesregierung Herr Minister Wittke das Wort.

Oliver Wittke, Minister für Bauen und Verkehr: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Auch hierzulande gibt es in der Tat in einigen Städten Gebiete mit einer Konzentration von sozialen und ökonomischen Problemen. Sie sind aber, wie alle Redner in dieser Debatte festgestellt haben, mit den sozialen Brennpunkten in Frankreich sicherlich nicht vergleichbar.

In diesen Stadtteilen greifen die Städte landesweit zum Instrumentarium des Programms „Sozialen Stadt NRW“. Es gibt zwar eine Konzentration von Problemstadtteilen im Ruhrgebiet und insbesondere in der Emscher-Region. Wir haben es aber auch mit einem landesweit auftauchenden Problem zu tun. Arbeitslosigkeit, Armut – insbesondere auch Kinderarmut – und hoher Migrantenanteil des Stadtquartiers führen zu Problemen in der Bildung, im Schulsystem und beim Image des Stadtteils. Es kommt schließlich zum Wegzug der sozial und wirtschaftlich stabilen Familien im Quartier.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Meine Damen und Herren, genau deshalb werden wir zum 1. Januar nächsten Jahres die Ausgleichsabgabe in diesen Stadtquartieren streichen. Denn wir wollen, dass insbesondere die Leistungsträger, die Starken in diesen schwachen Stadtteilen verbleiben.

(Beifall von der CDU)

Wir können uns in akademischen Sonntagsreden und hehren Debatten wechselseitig versichern, wo Handlungsnotwendigkeiten sind. Wenn es dann aber um die Umsetzung von tatsächlichen Maßnahmen geht, sollten wir so ehrlich sein, sie gemeinsam anzupacken. Wir sollten dabei ideologische Vorbehalte über Bord werfen. Deshalb möchte ich in dieser Debatte darum werben, dass Sie den Weg, den die Regierungskoalition eingeschlagen hat, mit uns gehen. Helfen Sie mit, die schwachen Stadtteile zu stärken, indem Sie nicht die wenigen Starken durch ein längst überkommenes Instrument, die Fehlbelegungsabgabe, aus diesen Stadtteilen heraustreiben.

(Beifall von der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, soziale und ethnische Integration beginnt in der Nachbarschaft, im Quartier. Das Programm „Soziale Stadt NRW“ will an Ort und Stelle die Eigenverantwortlichkeit der Bewohner, der Vereine und der Organisationen in den Stadtteilen stärken.

Ziel des ressortübergreifenden Programms, an dem 38 Stadtteile in 28 Städten in Nordrhein-Westfalen beteiligt sind, ist es, die Menschen zu befähigen, das Stadtteilleben selber aktiv zu gestalten. Wohnungspolitische und städtebauliche Maßnahmen helfen in diesem integrierten Ansatz ebenso wie wirtschafts-, arbeitsmarkt-, bildungs- und umweltpolitische Maßnahmen, diese Stadtquartiere zu stabilisieren und damit Parallelgesellschaften in unseren Städten zu verhindern.

Ich bin mir ziemlich sicher, dass wir auf Dauer mit einem friedlichen Nebeneinander in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen nicht auskommen werden. Wir benötigen ein friedliches Miteinander. Wir müssen deshalb alles daransetzen, Parallelstrukturen und Ghettobildungen in unseren Städten zu verhindern.

Dies wird uns nur gelingen, wenn auch die Eigenverantwortlichkeit der Bewohner, der Vereine und der Organisationen in den Stadtteilen gestärkt wird. Strategien der Hilfe zur Selbsthilfe und die Einbindung verschiedener Partner – von Wohnungsunternehmen, Kirchen und Religionsgemeinschaften über die Vereine bis hin zu örtlichen Unternehmen – sind für den Erfolg der Stadtteilansätze ebenso wichtig wie die soziale und ethnische Integration aller gesellschaftlichen Gruppen und die Einbindung der Schulen als zentrale Handlungsorte in städtischen Problemgebieten. Stadtteilbüros können darüber hinaus einen wichtigen Beitrag dazu leisten, die unterschiedlichen Handlungsansätze zu bündeln und neue Programme und Ideen auf den Weg zu bringen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit wird das vom Landtag im November 2002 einstimmig beschlossene Programm „Soziale Stadt NRW“ von der neuen Landesregierung konsequent fortgeführt, aber auch weiterentwickelt. Diese Weiterentwicklung wird vor allem in zwei Bereichen stattfinden:

Zum einen müssen wir noch stärker als bisher interdisziplinär arbeiten. Das heißt, wir müssen ressortübergreifend Maßnahmen auf den Weg bringen. Ich bin froh darüber, dass Minister Laschet mit dem Integrationsministerium diese Aufgabe der Koordination wahrnehmen wird. In der Tat werden wir diese große gesamtpolitische Herausforderung nur in den Griff bekommen, wenn Schul-, Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, Städtebau- und Integrationspolitik ineinander greifen.

Zum anderen werden wir stärker als in der Vergangenheit auf die Nachhaltigkeit der Maßnahmen achten. Denn wir brauchen keine Strohfeuer und auch keinen Aktionismus. Wir müssen genau darauf achten, dass das wenige Geld, das noch zur Verfügung steht, tatsächlich dort eingesetzt wird, wo es langfristig Erfolge zeitigt. Wir müssen Stadtteile wieder dazu bringen, sich am Ende selbst helfen zu können. Einen dauerhaften Tropf der öffentlichen Hand werden wir uns nicht leisten können. Dafür gibt es viel zu viele Herausforderungen und Stadtteile, in denen wir tätig werden müssen.

In diesem Sinne lade ich Sie alle ein, in dem Geist der Diskussion, der diese Aktuelle Stunde mitgetragen hat und den ich als sehr wohltuend empfunden habe, weil er deutlich gemacht hat, dass wir ein gemeinsames Ziel verfolgen, diesen Weg zusammen fortzuentwickeln und zu gehen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Wittke. – Als nächster Redner steht für die Fraktion der CDU Kollege Wüst auf der Rednerliste.

Hendrik Wüst (CDU): Verehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich bin froh, dass ich den Kollegen Vesper so gut gelaunt erlebt habe. Denn ich hatte – ähnlich wie mein Vorredner Herr Engel – den Eindruck, es ginge im Antrag der Grünen nur darum, ihm ein bisschen weiße Salbe auf die vielleicht beginnende Herbstdepression zu schmieren. – Das war offensichtlich nicht der Fall. Insofern bin ich erfreut, dass er so guter Laune war. Es wäre auch ein bisschen kleine Münze gewesen, angesichts von drei Toten in 14 Tagen und einem Ausnahmezustand in einer der ältesten Demokratien Europas diesen Antrag zu schreiben. Er greift nämlich an mehreren Stellen zu kurz.

Ich habe allerdings bezüglich der ruhmreichen Städtebaupolitik eine interessante Stelle gefunden. Ich erlaube mir zu zitieren:

> "Auch in deutschen Städten gehören Armutsinseln und ethnisch geprägte Nachbarschaften längst zur Realität. Dabei hat die sozialräumliche Differenzierung in den letzten Jahren noch zugenommen zwischen Städten, Regionen und Stadtteilen – messbar am sogenannten A-Faktor: Armut, Arbeitslosigkeit, Alter und Ausländeranteil."

Das ist nicht etwa eine kritische Bestandsaufnahme von CDU oder FDP, sondern steht im Zukunftsforum der SPD vom vergangenen Wochenende, aufgeschrieben von Frau Altenkamp und Herrn Kapschack.

Meine Damen und Herren, es ist prima, wenn die SPD an dieser Stelle die Realitäten anerkennt. Aber es wirft auch ein Licht darauf, wie selbstverliebt die Grünen ihre eigene Politik bewerten, wenn der eigene Koalitionspartner schon kritisch beleuchtet, was gelaufen ist.

(Lachen von Horst Becker [GRÜNE])

Selbst wenn man, Herr Becker, Ihre Selbstgerechtigkeit durchgehen ließe,

(Horst Becker [GRÜNE]: Das müssen Sie noch einmal nachlesen!)

gibt es mehr Punkte als nur den Städtebau, die für das Geschehen in Frankreich – in Paris und anderswo – ursächlich sind. Wenn ich mir die vielen kleinen anderen Ursachen ansehe, frage ich mich, warum sich die Grünen nicht ein bisschen mehr Mühe gegeben haben. Ich habe die Vermutung, die Antwort darauf zu kennen:

(Zurufe von den GRÜNEN)

Sprachprobleme von Migranten gab es bei den Grünen lange nicht. Sprachprobleme haben Sie immer geleugnet. Wenn vonseiten der CDU früher auf Sprachprobleme hingewiesen wurde, haben Sie gesagt, das sei ausländerfeindliche Hetzerei.

Parallelgesellschaften bis hin zu rechtsfreien Räumen, Metin Kaplan – das war bei Ihnen alles billige Polemik und übertriebene Panikmache. Die Abschiebung von Kaplan haben Ihre Kolleginnen und Kollegen im Deutschen Bundestag als billigen Wahlkampf abgetan.

Ich erinnere an eine fast schon historisch geglaubte Aufweichung des Gewaltbegriffs bei den Grünen. Auf Ihrer Homepage findet sich heute noch „Gewalt als politisches Mittel“, nämlich in der Präambel des alten Grundsatzprogramms, das sie offensichtlich noch wie eine Monstranz vor sich hertragen.

Einher damit geht der aufgeweichte Eigentumsschutz, in den letzten Wochen noch in der „Bild“-Zeitung von führenden Grünen propagiert. Stichwort „Graffiti“: Das sei in Wahrheit kein Eigentumseingriff, sondern eine Verschönerung des städtischen Lebensraums und Umfeldes.

All das gehört zur Tradition der Grünen. Deshalb kaprizieren Sie sich hier offensichtlich nur und ausschließlich auf den Städtebau. Wir haben in Deutschland andere städtebauliche Voraussetzungen als in den Banlieus. Das ist wahr. Aber Krawalle und Gewalt gibt es auch bei uns. Und die haben viele Ursachen. Maikrawalle in Berlin sind schon seit Jahren Tradition. Ich nenne weiterhin die Chaostage in Hannover, die es seit den 80er-Jahren gibt, die Hooliganszene bei bestimmten Fußballspielen, gewaltbereite Auseinandersetzungen bei Castortransporten oder globalisierungskritischen Demonstrationen. Die Ursachen sind vielfältig und gehen über das Thema Städtebau weit hinaus.

Zum Thema Jugendarbeitslosigkeit habe ich bisher von Ihnen kein Wort gehört. Dazu ist Ihnen offensichtlich genauso wenig eingefallen wie in den vergangenen zehn Jahren. Die neue Mehrheit wird in diesem Hause in Zukunft eine vernünftige Städtebaupolitik machen; das hat Minister Wittke eben klar gemacht. Zur Vermeidung von den Vorfällen, die in Frankreich zu beobachten sind, fällt uns gewiss einiges mehr ein als den Grünen.

Ich nenne das Werkstattjahr – 23.000 junge Menschen bekommen damit eine Chance, die Rot-Grün ihnen nicht gegeben hat –, eine bessere Sprachförderung, eine bessere Schulpolitik mit mehr Unterricht und höherer Qualität und auch einen anständigen Landesjugendplan. Sich hierhin zu stellen, wie es Frau Altenkamp getan hat und zu sagen: „Ihr müsst jetzt 96 Millionen € liefern“, wobei Sie das in der Vergangenheit nie geschafft haben, ist schon eine ziemliche Unverschämtheit. Wir investieren in die Zukunft von jungen Menschen und nicht nur in Beton und Steine. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Wüst. – Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließe ich die Aktuelle Stunde.

Wir kommen zu:

4 Profilbildung fortführen – Hochschulstandorte sichern

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/581 – Neudruck

Ich eröffne die Beratung. – Als erster Redner hat für die antragstellende Fraktion der Kollege Schultheis das Wort.

Karl Schultheis (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Antrag der SPD-Landtagsfraktion fordert die Landesregierung und die sie tragende Mehrheit hier im

Landtag auf, beim Hochschulzugang in Nordrhein-Westfalen nicht weitere direkte und indirekte Hürden aufzubauen.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Keine Sorgen!)

– Ja, wir machen uns schon sehr viele Sorgen, Herr Kollege Kuhmichel. Wir haben auch allen Anlass dazu.

Auch die letzte Pisa-Studie, die heute morgen hier diskutiert worden ist, die Deutschland und Nordrhein-Westfalen bescheinigt, dass der schulische Erfolg aufs Engste mit der sozialen Herkunft der Schülerinnen und Schüler verknüpft ist, sollte für alle einmal mehr ein Signal sein, beim Hochschulzugang nicht weitere soziale Hürden aufzubauen.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Geradezu gebetsmühlenhaft muss immer wieder darauf hingewiesen werden, dass unsere Gesellschaft, Wirtschaft, Kultur und auch Politik, mehr junge Menschen mit Hochschulausbildung benötigt und nicht weniger.

Die geplante Einführung von Studiengebühren – in der Tat steht dieses Thema in diesem Kontext – ist ein riesiger Schritt in die falsche Richtung, dem nun weitere Schritte in eben diese Richtung folgen sollen.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Quatsch!)

Diese Politik der Landesregierung, Herr Minister Pinkwart, schadet nachhaltig dem Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD)

Es ist erforderlich, die Qualität von Forschung und Lehre an unseren Hochschulen durch Profilbildung zu stärken. Die SPD-geführte Landesregierung hat mit dem Hochschulkonzept 2010 diesen Prozess vorangetrieben. Die starke Beteiligung der NRW-Hochschulen an der Exzellenzinitiative belegt, wie richtig dieser Prozess war und ist.

Ja, diese Entwicklung heißt auch: Wettbewerb um Studierende, Drittmittel, um Lehrende und Forschende, wobei die Betonung aber auf „auch“ liegt. Denn Wettbewerb ist nicht das alleinige Ziel und schon gar nicht ein Ziel, das um seiner selbst willen betrieben werden darf.

Neben Wettbewerb und Konzentration auf die jeweiligen Stärken tritt die Kooperation, die zum Beispiel für die Entwicklung des Hochschulcampus Ruhr und nicht nur dort zur Zukunftsfähigkeit der Hochschulen von entscheidender Bedeutung ist.

Internationale Beispiele für arbeitsteilige, qualitätsorientierte kooperative Strukturen gibt es genug. Die Universität von Kalifornien zum Beispiel liefert hierfür den Beweis, im Übrigen eine staatliche Universität, die jetzt ihren zehnten Standort in Merced im Central Valley eröffnet – ein Beispiel dafür, dass es nicht um weniger gehen kann, sondern durchaus um mehr.

Profilbildung braucht Zeit und Verlässlichkeit beim Einhalten der Rahmenbedingungen. Die konservativ-neoliberale Koalition hier im Hause will den vereinbarten Zeitrahmen, der mit 2020 gesetzt ist, jetzt ohne Not verlassen und schadet damit dem Standort Nordrhein-Westfalen.

(Zuruf von Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart)

– 2010, Entschuldigung, Herr Minister. Ich werde mich bei Gelegenheit revanchieren und dann auch eine kleine Korrektur vornehmen.

Die Wettbewerbsbedingungen für die einzelnen Hochschulen sind ungleich, weil die Ausgangsbedingungen auch ungleich sind. Dem muss durch die Beibehaltung der Kappungsgrenzen bei der erfolgsorientierten Mittelvergabe Rechnung getragen werden. Das ist übrigens ein Instrument, das die SPD durch ihre Wissenschaftspolitik vorangetrieben hat.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Mit deren Abschaffung nimmt man sehenden Auges die Schädigung der Substanz einer Reihe von Hochschulstandorten in Kauf. Dies geschieht insbesondere in Regionen, die darauf angewiesen sind, dass alle Bildungsreserven ausgeschöpft werden. Wir jedenfalls stehen zur regionalisierten Strukturpolitik. Dazu gehört die regionale Verantwortung und Bindung auch der Hochschulen unseres Landes. Die Hochschulen brauchen ihre Regionen. Das gilt auch umgekehrt.

Prof. Ronge, der Vorsitzende der Landesrektorenkonferenz Nordrhein-Westfalen, hat in der Anhörung des Wissenschaftsausschusses in diesem Saal zum Antrag der SPD gegen die Abschaffung der ZVS gesagt, dass auch die Mobilität von Studierenden ihre Grenzen hat.

(Zuruf)

– Darum geht es: die Kapazitäten wirklich auszuschöpfen. Frau Thoben, lesen Sie einmal genau nach, was Herr Prof. Ronge hier vorgetragen hat. Das ist aus meiner Sicht sehr klug und bekommt auch der Landesregierung.

Deshalb muss das Prinzip der Regionalisierung und die von Ministerpräsident Clement ausgesprochene Standortgarantie aufrechterhalten werden, und deshalb fordern wir, den Prozess der Profil- und Clusterbildung weiter zu unterstützen, die leistungsorientierte Mittelvergabe nicht undifferenziert vorzunehmen, die Kappungsgrenzen bis zur Umsetzung des Hochschulkonzepts 2010 beizubehalten und die Standortgarantie zu erneuern. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit und für die netten Anregungen der Landesregierung.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Schultheis. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der CDU Herr Kollege Kuhmichel das Wort.

Manfred Kuhmichel (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Schultheis von der rot-grünen Opposition, das ist schon zum zweiten Mal innerhalb kürzester Zeit ein Antrag, mit dem die SPD mit Blick auf die Hochschulpolitik meint, sie müsste uns den rechten Weg aufzeigen.

(Zuruf von der SPD: Ja, das ist nötig!)

Aber das braucht sie natürlich nicht. Sorgt euch nicht, denn es wird alles gut. Das kann ich Ihnen in aller Deutlichkeit sagen.

(Beifall von der CDU – Zuruf von der SPD: Das ist hier kein Wunschkonzert!)

Lieber Kollege Schultheis, Sie haben in Sachen Hochschulpolitik weiß Gott nicht immer den rechten Weg beschritten. Sonst wären Sie ja noch in der Regierungsverantwortung. Das ist der Auftrag, den wir jetzt bekommen haben, und den werden wir ausfüllen.

Ich wiederhole das, was ich beim letzten Mal zum Thema Bologna schon gesagt habe – das war auch so ein Antrag ohne Sinn und Hintergrund –: Was gut war, das führen wir weiter. Warum eigentlich nicht? Aber das, was schlecht war, machen wir besser. Und das werden wir Ihnen immer wieder zeigen.

(Beifall von der FDP)

Ich komme nun in aller Kürze zu Ihren Beschlussvorschlägen. Ich will die Zeit nicht unnötig in Anspruch nehmen und werde deshalb etwas weniger Redezeit benötigen. Es lohnt sich nämlich nicht sonderlich.

Unter Punkt 1 führen Sie in den zwei Zeilen etwas aus, was Sie eben noch einmal zitiert haben. Stattdessen hätten Sie auch schreiben können: „Die Erde ist rund." Eine solche Bedeutung hat das, was Sie dort schreiben. Sie hätten aber etwas hinzuschreiben sollen, was Sie vergessen haben, was Ihrer Politik abgegangen ist: Sie hätten schreiben sollen, dass Sie das Ganze mit großer Verlässlichkeit im steten Dialog mit den Hochschulen machen wollen, dass Sie sich an Vereinbarungen und Verträgen orientieren und Prioritäten zugunsten der Hochschulen setzen. Das haben Sie unter Punkt 1 leider nicht formuliert. Das ist untergegangen.

Unter Punkt 2 kommen Sie zu der Erkenntnis, dass der Wettbewerb erst dann vollständig begonnen werden könne, wenn jeder Standort, wie vereinbart, genügend Zeit gehabt habe, sich und seine Strukturen darauf auszurichten. Das ist eine wunderbare Erkenntnis.

In den letzten Jahren haben Sie erst einmal die Gesamthochschulen umgetauft, weil Sie gemerkt haben, dass das sozialistische Experiment, das dahinter steckte, gescheitert war.

(Zuruf von der SPD)

Wenn Sie diese ehemaligen Gesamthochschulen in den Wettbewerb schicken, dann haben sie tatsächlich Probleme. Darauf achten wir aber auch. Sie können uns beim Wort nehmen, dass sie ordentlich in den Wettbewerb einmünden können. Wir werden dafür sorgen, dass das Potenzial der Hochschulen in Lehre und Forschung bestmöglich ausgeschöpft wird.

In Ihrem Punkt 3 kommen Sie mit den Kappungsgrenzen. Das ist auch ein tolles Ding. Sie haben mit den Hochschulen für die Jahre 2004 bis 2006 Kriterien verabredet. Die Wirkung dieser Kriterien haben Sie durch die Kappung der Gewinne und Verluste aber wieder geschwächt. Sie wissen das.

Unter Punkt 4 steht die alte Leier von der Standortgarantie. Dazu gibt es erstens keinen Anlass, und zweitens ist es ein unverantwortlicher Versuch,

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

Drohkulissen aufzubauen. Das lassen wir nicht zu.

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

Es gibt derzeit überhaupt keinen Anlass, über irgendeinen Standort kritisch nachzudenken. Wenn Ihr Kollege Bollermann, der hier sitzt – es ist gut, dass er gekommen ist –, in der letzten Ausschuss-Sitzung einen Standort benannt hat, dann

finde ich das unverantwortlich. Ich will das nicht wiederholen.

(Karl Schultheis [SPD]: Dann lassen Sie das!)

Sie wissen genauso wie wir, dass ein ehrlicher Wettbewerb mit einer uneingeschränkten Standortgarantie überhaupt nicht vereinbar ist. Das schließt sich aus. Sonst wären Sie auch nicht auf die Idee gekommen, Duisburg und Essen zu fusionieren. Das steckt auch dahinter.

(Zuruf von der SPD)

Das haben Sie per Zwang gemacht. Das war Mist. Aber Standortgarantie und uneingeschränkter Wettbewerb passen nicht zueinander.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Das heißt, Sie geben keine Standortgarantie!)

Meine Damen und Herren, das soll es für heute gewesen sein. Wir werden uns Ihrer Sache annehmen. Normalerweise ist das der klassische Fall, in dem ein Antrag hier direkt weggestimmt wird. Das machen wir aber nicht. Wir überweisen ihn an den Ausschuss und machen es dort. – Danke schön.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Kuhmichel. – Als nächster Redner hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Kollege Dr. Vesper das Wort.

Dr. Michael Vesper (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kuhmichel, Mensch, wie tief sind Sie gesunken, dass Sie es schon als eine Leistung hinstellen, dass Sie einen Antrag hier nicht wegstimmen, sondern ihn an einen Ausschuss überweisen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

So schnell ändert sich mit dem Sein offenbar das Bewusstsein. Darüber sollten Sie wirklich einmal nachdenken. Wenn Sie im Bereich der Hochschulpolitik wenigstens zu so konkreten Erkenntnissen kommen würden wie der, dass die Erde rund ist! Was Sie vortragen, ist keine Kugel, nicht einmal eine Scheibe. Es ist nichts, überhaupt nichts, was wir bisher hören, außer nebulösen Ankündigungen ohne etwas dahinter.

(Beifall von der SPD)

Wenn wir uns die Anhörung der letzten Woche im Wissenschaftsausschuss zu der Frage der Abschaffung der ZVS vergegenwärtigen, die Sie gerne möchten, dann mussten Sie doch feststellen, dass sich durch die Bank alle geladenen Expertinnen und Experten gegen eine schlichte Abschaffung der ZVS gewandt haben. Sie ist von niemandem gewollt und macht auch einfach keinen Sinn. Die Realität ist anders, als Sie es sich in Ihrem Elfenbeinturm der Hochschulpolitik vorstellen.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

– Zum Antrag auch, lieber Herr Lindner. Er gibt einem die Gelegenheit, noch einmal deutlich zu machen, Herr Pinkwart, was Sie an vernünftiger Hochschulpolitik der vorherigen Regierung weiterführen und weiterführen sollten. Das Hochschulkonzept 2010 der letzten Landesregierung bildete und bildet bis heute einen wesentlichen Orientierungspunkt in diesem Abstimmungsprozess. Das sollte man zumindest annehmen. Denn dieses Hochschulkonzept findet sich ja auch bis heute auf den Internetseiten Ihres Ministeriums. – Dass Sie nicken, Herr Pinkwart, zeigt mir, dass das kein Versehen, sondern ganz bewusst so gemacht worden ist.

Ich will gar keinen Hehl daraus machen, dass wir Grüne an diesem Hochschulkonzept auch die eine oder andere Detailkritik hatten. Zum Beispiel war uns vieles zu quantitativ ausgerichtet.

Aber der entscheidende Vorteil war – und ist – eine von allen Beteiligten in einem intensiven Prozess ausgehandelte Richtschnur und ein verlässlicher Rahmen, um auf dieser Grundlage dann die notwendigen Reformen anzupacken und umzusetzen.

Wenn dieser verlässliche Rahmen aber nun von der neuen Koalition an einzelnen Stellen einseitig verlassen werden sollte, ohne dass klar ist, wo es konkret hingehen soll, dann ist das sicherlich sehr problematisch, Herr Kuhmichel. Deswegen heißt Verantwortungsbewusstsein auf diesem Gebiet eben auch, nicht nur herumzuschwadronieren, sondern konkret zu sagen, wohin man will. Das vermissen wir aber bisher.

(Beifall von der SPD)

Wir haben das Hochschulkonzept 2010 immer als Einstieg in einen Prozess begriffen, an dem Landespolitik und Hochschulen ständig zusammenarbeiten müssen, in dessen Verlauf auch weitere Kriterien der Qualitätsbewertung ergänzt und die Prozesse innerhalb der Hochschulen immer wieder rückgespiegelt werden sollten.

Von daher freue ich mich auf die Beratung dieses Antrags im Ausschuss, weil wir dort hoffentlich dann noch ein bisschen mehr über den Stand dieses Prozesses erfahren werden und Gelegenheit

haben, auch als Landtag unseren Beitrag zur Weiterentwicklung dieses Konzepts zu leisten.

Ich kann jedenfalls nur davor warnen, aus bloßem Aktionismus diesen geraden Weg zu verlassen.

Zum Beispiel steht im FDP-Wahlprogramm: „keine Bestandsgarantie für bestehende Hochschulen“. Das war ein Zitat, Herr Lindner.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Das erklärt er gleich!)

Und die CDU erklärt in ihrem sogenannten Zukunftsprogramm:

„Wir werden uns in der Landeshochschulplanung an wissenschaftlichen und kulturellen Erfordernissen orientieren.“

Da möchte man hinzufügen: Klammer auf – und an nichts anderem. Das soll das ja wohl heißen.

Das zeigt doch, dass Sie offenbar nicht verstanden haben oder nicht verstehen wollen, welche Bedeutung die Frage von Hochschulstandorten auch außerhalb der Hochschulpolitik für andere Politikfelder hat. Deswegen darf man damit nicht spielen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall von der SPD – Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: So ist es!)

Wir haben dagegen verstanden, welch enorme Bedeutung eine Hochschule gerade für die Wirtschaft, für Innovationen, für Arbeitsplätze in einer Region hat. Das kann und darf man bei der Debatte nicht ausblenden. Es wäre fahrlässig, wenn man das tun würde.

Insofern, meine Damen und Herren, freue ich mich darauf, im Ausschuss einmal etwas Konkretes dazu zu hören, wie Sie sich die künftige Hochschullandschaft in Nordrhein-Westfalen vorstellen. Denn diese Antwort sind Sie uns bislang schuldig geblieben. – Vielen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Vesper. – Für die Fraktion der FDP erteile ich dem Kollegen Lindner das Wort.

Christian Lindner (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Jetzt darf ich als Angehöriger der – wie Herr Schultheis so schön gesagt hat – konservativ-neoliberalen Regierungskoalition zu dem sozialistischen Antrag sprechen, der hier vorgelegt worden ist.

(Beifall von FDP und CDU)

Er steht in einer kleinen Tradition von Oppositionsinitiativen. Wir hatten solche zum Qualitätspakt, zum BAföG, zur ZVS und zum Bologna-Prozess. Der Anlass ist nie ganz klar, aber das Motiv. Sie schießen mit der Schrotflinte ins Dunkle in der Hoffnung, irgendetwas zu treffen.

(Zurufe von Marc Jan Eumann [SPD] und Johannes Remmel [GRÜNE])

Sie haben in der Regel Initiativen ergriffen zu Zeitpunkten, zu denen die Landesregierung auf Ebene der Kultusministerkonferenz in Verhandlungen steht – Stichwort „ZVS“ – und zu denen die Landesregierung und die Regierungskoalition Gespräche führen über die zukünftige Haushaltsstruktur und auch mit den Hochschulen im Gespräch stehen. Sie erwarten dann, dass Wasserstandsmeldungen vor dem Abschluss dieser Gespräche hier in aller Öffentlichkeit ausdiskutiert werden.

Das haben Sie nie so gemacht. Ich meine, es ist ein gutes Zeichen auch der ehrlichen Gesprächsbereitschaft der Landesregierung mit den Hochschulen und auch mit den anderen Ländern in der Kultusministerkonferenz, wenn Vorabstellungnahmen auch auf Ihre Veranlassung hin hier nicht ohne Weiteres gegeben werden, sondern Ihnen hier dann konkrete Konzepte, die auch konzeptionell in der Tiefe anders geschärft sind als Ihre Papierchen, zur Beratung vorgelegt werden.

Insofern sollten Sie sich gedulden und nicht weiter Ängste schüren, was etwa den Bestand einzelner Hochschulen angeht, wie Sie das hier mit diesem Antrag tun.

Im Übrigen hätte es das Hochschulkonzept 2010 verdient, etwas differenzierter diskutiert zu werden. Es wäre ja zu fragen – Herr Vesper hat das sehr diplomatisch angedeutet –, ob ein Aushandlungsprozess unter Hervorhebung vor allen Dingen von Kapazitätszielen prinzipiell geeignet ist, die Entwicklung einer leistungsfähigen Hochschullandschaft zu befördern. Von Exzellenz ist nämlich im Hochschulkonzept 2010 erst gar nicht die Rede. Das Wort taucht gar nicht auf.

Aber sei’s drum: Das Hochschulkonzept 2010 und der Qualitätspakt sind von der Regierungskoalition ja auch als Grundlagen ihres Regierungshandelns beschrieben worden. Sie haben bislang auch keinen Anlass geboten bekommen, an diesen Zusagen zu zweifeln. Im Gegenteil: Auch handwerkliche Fehler oder politisches Kalkül der Vorgängerregierung sind korrigiert worden. Beim Studienkontengesetz etwa wurden den Hochschulen 24,5 Millionen € mehr zur Verfügung gestellt, die Sie ihnen sonst vorenthalten hätten aufgrund

eines Webfehlers dieser Verrechnungsklausel, der korrigiert worden ist.

Ich könnte das weiter fortsetzen mit dem Heizkostenzuschuss, den Sie nicht gewährt hätten, und anderem mehr.

Aber Ihnen geht es um etwas anderes, nämlich um die leistungsorientierte Mittelvergabe. Dazu heißt es wörtlich in Ihrem Antrag:

„Zudem will sie“

– also die neue Regierung –

„die Kappungsgrenzen bei der leistungsorientierten Mittelvergabe drastisch senken. Einen solchen Substanzverlust würden einige Hochschulen in Nordrhein-Westfalen aber nicht verkraften.“

Da sollten wir uns miteinander in Erinnerung rufen, was es mit dieser leistungsorientierten Mittelvergabe eigentlich auf sich hatte.

Die Vorgängerregierung hatte den Wettbewerb unter den Hochschulen eingeführt und gefördert – Drittmitteleinwerbung, Lehre, Kapazitätsauslastung –, hatte aber die Ergebnisse des Wettbewerbs in den Hochschulhaushalten gedeckelt. Konkret finden wir eine Situation vor, in der die Deckelung maximale Verschiebungen von 1 % innerhalb von drei Jahren gestattet.

Sie malen jetzt Horrorgemälde, dass eine auch nur leichte Ausweitung dieser Ergebnisorientierung zur Gefährdung des Bestands ganzer Hochschulen, ja gar zu flächendeckenden hochschulpolitischen weißen Flecken in Nordrhein-Westfalen führen könnte.

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

Sie müssen sich an Ihre Verantwortung erinnern lassen. Sie leisten mit dieser Art von Polemik in Nordrhein-Westfalen keinen vernünftigen Beitrag zur Entwicklung des Hochschulwesens.

(Beifall von der FDP)

Wir wollen Stärken stärken! Herr Vesper hat es dankenswerterweise angesprochen. Die vor allen Dingen quantitätsorientierte Profilbildung muss stärker qualitätsorientiert erfolgen. Das wollen wir mit Nachdruck ermöglichen.

(Vorsitz: Präsidentin Regina van Dinther)

Zweifelsohne müssen regionale Strukturinteressen und die Interessen des Hochschulwesens insgesamt gegeneinander abgewogen werden. Da ist eine Balancebildung erforderlich.

Wenn Sie aber vor allen Dingen Hochschulpolitik unter regionalen Gesichtspunkten betreiben wollen, dann teilen wir diese Einschätzung nicht. Wir wollen Hochschulpolitik machen, die sich an Ausbildungszielen und an der Exzellenz der Forschung orientiert, auch wenn das bedeutet, dass man nicht eine Bestandsgarantie für jeden Fachbereich und für jeden Standort prinzipiell aussprechen kann.

(Beifall von der FDP – Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Was meinen Sie jetzt: Fachbereich oder Standort? Sagen Sie das doch einmal präziser!)

Jetzt will ich colorandi causa noch eine Fußnote machen, weil Sie Herrn Ronge im Zusammenhang mit der ZVS zitieren, und darauf hinweisen, dass die Mobilität von Studierenden nicht so ausgeprägt sei. Ich zumindest habe die ZVS immer so verstanden, dass die ZVS nicht von vornherein jedem Ortswunsch der Studierenden nachkommen kann und will. Im Gegenteil ist die ZVS die Instanz, die Mobilität von Studierenden einfordert. Genau das müssen wir auch tun. Studierende sollen sich nach Qualität entscheiden und nicht nur danach, dass sie Zuhause wohnen können. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Präsidentin Regina van Dinther: Meine Damen und Herren, als Nächstes spricht für die Landesregierung Herr Minister Prof. Dr. Pinkwart.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist angesprochen worden, dass man gern zusätzliche Informationen haben möchte, wie es weitergeht. Ich hatte unlängst Gelegenheit, das auch im Ausschuss zu tun und die Zielpunkte zu beschreiben. Ich nehme gern die Gelegenheit hier und bei allen weiteren Beratungen wahr, das zu tun.

Es kommt darauf an, wenn man etwas verändern will, dass man für Planungssicherheit und für Perspektiven sorgt, die mitgegangen werden können. Gerade von den Hochschulen, die sich im Sinne von mehr Leistungsorientierung, Wettbewerbsfähigkeit anpassen wollen und – ich sage auch das hier – anpassen müssen. So schön es sich im Antrag der SPD-Fraktion liest, so schön ist es, wenn man es genau betrachtet, natürlich nicht. Wir haben die dichteste Hochschullandschaft Europas, aber wir haben noch nicht die beste Hochschul- und Forschungslandschaft Europas. Das zeigen

uns unterschiedlichste Rankings, die Sie natürlich kennen.

Deswegen muss es das gemeinsame Anliegen dieses Hauses und dieser Landesregierung sein – es ist ihr Anliegen –, dass wir aus der dichtesten Hochschullandschaft Stück für Stück – das wird seine Zeit brauchen – die beste Hochschullandschaft in Europa machen.

(Beifall von CDU und FDP)

Wenn sie schon so gut wäre, wie sie die Kollegen von der SPD-Fraktion in Ihrem Antrag beschreiben, dann müssten Sie gar keine Sorge haben, dass es zu irgendwelchen Schließungen von Standorten käme. Wenn das nämlich alles nur Erfolgsmeldungen wären, wie Sie es dort beschreiben, müssen die so unendlich stark sein, dass sie sich durch gar nichts erschüttern ließen. Oder es ist eben ganz anders. Dann treffen Ihre Aussagen aber nicht zu.

Ich möchte für die Landesregierung sagen: Ich sehe keinen Hochschulstandort in Nordrhein-Westfalen gefährdet, halte es aber gerade deshalb weder für notwendig noch für sinnvoll, eine Bestandsgarantie auszusprechen, sondern deutlich zu machen: Wir fordern die Hochschulen, aber wir fördern sie auch, damit sie das Ziel im Interesse unseres Landes erreichen können, besser zu werden.

(Beifall von CDU und FDP)

Hier ist von Herrn Vesper zu Recht der gerade Weg angesprochen worden. Sie haben es in den Kontext des Hochschulkonzeptes gestellt. Richtig ist: Wir orientieren uns an diesem für die Hochschulen verabredeten, auch seitens der Landesregierung verabredeten und vom Landtag begleiteten Konzepts. Wir werden es weiterentwickeln. Wir wollen es so weiterentwickeln, dass wir das Ziel, das wir vorgegeben haben, besser erreichen können.

Wenn man einen solchen Weg geht, dann sollte man sich auch an Verabredungen halten. Genau hier ist die Vorgängerregierung leider nicht konsequent gewesen. Es ist bemerkenswert, dass die SPD-Fraktion heute genau diese Inkonsequenz noch einmal zum Gegenstand einer Antragsforderung macht. Es war Ihre Wissenschaftsministerin, die mit den Hochschulen eine leistungsorientierte Mittelverteilung verabredet hat. Es war Ihre Wissenschaftsministerin, die die Parameter für die leistungsorientierte Mittelverteilung vereinbart hat. Und es war – leider – Ihre Ministerin, die gegen das eigene Konzept den Mut oder vielleicht die politische Unterstützung in ihren Reihen nicht gefunden hat, das, was sie zunächst vorgegeben und verabredet hatte, dann zur Umsetzung zu bringen, sondern sie hat eine Kappungsgrenze eingeführt, die im Übrigen nie Gegenstand des Hochschulkonzeptes war, und sie hat sie aus der Not heraus im Jahre 2004 eingeführt und im Wahljahr 2005 noch einmal mit +/- 1 % überrollt, allerdings mit der klaren Ansage, dokumentiert im Gespräch mit den Rektoren der Hochschulen schon im Herbst 2004, dass diese Kappungsgrenze spätestens 2006 auf jeden Fall dynamisiert werden müsste, damit ein solches Konzept dann wenigstens ab 2006 Sinn machen könnte.

Wenn Sie sich jetzt dagegen aussprechen, dass wir möglicherweise diesen Weg, der verabredet war und sinnvoll ist, zu einer Umsetzung führen könnten, dann machen Sie nur deutlich, dass Sie offensichtlich Ihre Ministerin, die fachlich – wie ich meine – richtig operiert hat, damals nicht konsequent unterstützt haben und auch heute eine solche Politik zur Verbesserung der Profilbildung nicht zu unterstützen in der Lage sind.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von der SPD: Verraten Sie uns, was Sie vorhaben!)

Wir wollen jedenfalls, dass wir uns mit den Hochschulen in dem Rahmen bewegen, der von der Vorgängerregierung besprochen worden ist. Für das Zeitfenster 2004 bis 2006 sind Parameter vereinbart. Wir werden auf der Grundlage mit den Hochschulen die Gespräche, auch zur leistungsorientierten Mittelverteilung, im nächsten Jahr zu einem guten Abschluss führen.

Dann reden wir über die Zielvereinbarung ab 2007, und wir sprechen über eine Neujustierung der leistungsorientierten Mittelverteilung. Das machen wir mit den Hochschulen gemeinsam in dem Interesse, meine Damen und Herren, dass diejenigen, die sich anstrengen, dann von der Politik tatsächlich die Anreize erhalten, die vorher versprochen worden sind.

Wenn wir nämlich jene enttäuschen, die sich bewegen, meine Damen und Herren, werden wir in diesem Land in Anbetracht der bereitstehenden Ressourcen nicht die Effektivitätsgewinne erzielen, die wir so dringend benötigen.

Lassen Sie mich abschließend eine Bemerkung zu Ihrer einleitenden Aussage zu Pisa machen, Herr Schultheis. Die hat mich besonders angesprochen vor dem Hintergrund eines Berichts, den wir gestern im Landeskabinett von dem Wissenschaftler, der die Studie durchgeführt hat, erhalten haben. Dort ist noch einmal klargemacht worden: Nordrhein-Westfalen liegt bei den Gruppen, die erhebliche Kompetenzdefizite aufweisen, hinter

Bundesländern wie Baden-Württemberg und Bayern – im Zugewinn auch gegenüber Sachsen-Anhalt – und in der Spitzengruppe, das heißt bei denen, die besonders gut sind, auf Platz 13 von 16 Bundesländern.

Das heißt, wir schaffen es weder in der Spitze noch in den Problemgruppen, gut zu fördern. Dieser Experte hat deutlich gemacht, dass es in den süddeutschen Ländern gelingt, auch Problemgruppen – durch soziale Rahmenbedingungen oder andere Faktoren benachteiligte Gruppen – viel besser in den Unterricht zu integrieren und zu Leistungserfolgen zu bringen, als das in diesem Land aufgrund Ihrer Politik möglich geworden ist.

(Beifall von CDU und FDP)

Die Bilanz, die heute noch einmal Gegenstand der Beratungen war, zeigt, dass Sie gerade unter sozialen Gesichtspunkten mit Ihrer Bildungspolitik versagt haben.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir werden in Nordrhein-Westfalen große Anstrengungen unternehmen müssen – ich hoffe, wir tun das jetzt endlich gemeinsam –, um an den Schulen zu besseren Ergebnissen zu kommen, und wir müssen mit einer leistungsorientierten, am Ergebnis ausgerichteten Politik für die Hochschulen dafür sorgen, dass die jungen Menschen in unserem Land von der Grundschule bis zur Hochschule die besten Chancen bekommen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Minister Pinkwart. – Frau Gebhard von der SPD-Fraktion hat jetzt das Wort.

Heike Gebhard[*)] (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kuhmichel, Ihr Beitrag hat deutlich gemacht, warum es notwendig ist, dass wir hier und heute diesen Antrag stellen. Sie haben nämlich das Kunststück geschafft, Ihren Beitrag mit den Worten zu beginnen, wir sollten uns beruhigen und darauf vertrauen, es werde schon alles gut, und mit den Worten zu beenden, die uns und die Hochschulen permanent verunsichern, nämlich: Aber eine Standortgarantie können wir nicht geben; wenn wir Wettbewerb wollen, geht das nicht.

(Beifall von der SPD)

Sie können nicht einerseits sagen: „Hochschulen, ihr braucht euch nicht aufzuregen, alles ganz ruhig, nennt bloß keine Namen, seid bloß nicht verunsichert“, und andererseits sagen: Aber eine Garantie geben wir euch nicht. – Das passt nicht zusammen.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Sie haben nicht zugehört!)

– Herr Pinkwart hat ein bisschen differenzierter gesprochen als Sie. Aber Sie tragen die Regierung, Sie stimmen ab. Es ist ganz wichtig zu wissen, wie sich die regierungstragenden Fraktionen verhalten. Das ist für die Hochschulen von großer Bedeutung.

Ich will weitermachen mit dem, was Herr Lindner gesagt hat. Auch Sie haben uns gemahnt, wir sollten Geduld haben.

(Christian Lindner [FDP]: Ja!)

Wenn Sie hier mit Ihrer Mehrheit erst einmal abgestimmt haben, dann hat die Opposition keine Chance mehr einzuwirken. Es ist also unsere Pflicht und unsere Aufgabe als Opposition, rechtzeitig tätig zu werden. Die Anhörung des Wissenschaftsausschusses in der letzten Woche zur Zukunft der ZVS – heute schon mehrfach zitiert – hat mehr als deutlich gemacht, dass die Experten – und zwar in einem sehr breiten Stil, wie Herr Vesper ausgeführt hat – Ihren Willen nicht unterstützen. Wir haben als Opposition dann natürlich die große Hoffnung, dass Sie die Meinung im Lande zur Kenntnis nehmen und Ihre Absichten noch einmal überdenken.

(Beifall von der SPD – Christian Lindner [FDP]: Sie kennen unsere Absichten offensichtlich gar nicht genau!)

– Sie bringen sie immer wieder zum Ausdruck. Ich will nicht wiederholen, was wer in diesem Jahr schon alles gesagt hat. Herrn Pinkwart habe ich das letzte Mal schon mehrfach zitiert, weil auch er gesagt hat, für ihn sei keine Hochschule tabu, es gebe keine Standortsicherheit. Jetzt wird langsam, aber sicher geschickter in der Ausdrucksweise.

(Lachen von der FDP)

Ich will diese Gelegenheit nutzen, um deutlich zu machen, was dahinter steckt. Herr Minister Pinkwart hat heute den rein wissenschaftlichen Aspekt betont, hat das als wissenschaftsimmanent betrachtet. Ich bin der Ansicht, wir müssen das ganzheitlicher sehen. Wir haben im Antrag nicht umsonst eine Zwischenüberschrift gewählt, die lautet: „Regionen brauchen Hochschulen – Hochschulen brauchen Regionen“.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Super Satz!)

Wir haben das genau deshalb getan, um deutlich zu machen: Es geht hier nicht nur um Hochschulen, es geht hier um viel mehr. Gerade am Beispiel der Neugründungen von Hochschulen in Nordrhein-Westfalen, vor allem im Ruhrgebiet, kann man dies meines Erachtens sehr gut verdeutlichen.

Zwei Aspekte waren damals wie heute ausschlaggebend. Den einen – der ist Ihnen vielleicht noch bekannt – kann man mit den Worten des früheren Bundestagsvizepräsidenten Carlo Schmid wiedergeben. Er hat gesagt:

> „Die Nation kann es sich nicht mehr leisten, Hunderttausende von Begabungen brachliegen zu lassen."

Das heißt, man musste die Bildungsinstitutionen zu den potenziellen Nutzern bringen. Ich selbst – dafür schäme ich mich durchaus nicht – bin ein lebendes Beispiel dafür. Ich hätte 1972 niemals gewagt, ein Studium aufzunehmen, wenn ich den Studienort nicht von zu Hause aus hätte anfahren können. Ich hätte mir das finanziell nie zugemutet. Ich konnte ja nicht ahnen, dass es mir im Laufe des Studiums gelingen würde, ein Stipendium zu bekommen. Die Einlassungen, die Herr Prof. Ronge letzte Woche im Wissenschaftsausschuss zur Mobilität von potenziellen Studenten gemacht hat, kann ich aus eigener Einschätzung also nur unterstreichen.

Wenn Sie sich ansehen, wer beispielsweise an den Ruhrgebietshochschulen studiert, dann werden Sie feststellen, dass ein Großteil insbesondere aus der Region selbst kommt. Das ist gut und richtig.

> (Zuruf von der CDU: Das ist ein Problem der Hochschulen!)

– Nein! Wieso ist das ein Problem der Hochschulen? Sind die Studenten aus dem Ruhrgebiet so viel schlechter?

> (Beifall von der SPD)

Das wollen Sie doch wohl nicht unterstellen. Ich muss mich über diese Einlassung schon sehr wundern.

Der zweite Aspekt ergibt sich aus der Erkenntnis, die meines Erachtens ebenfalls nichts an Aktualität verloren hat: dass ein Strukturwandel im Revier auch der Etablierung von Wissenschaftseinrichtungen bedarf.

Das heißt: Die Motivation zur Gründung der Hochschulen lag insbesondere in dem Wunsch, die Regionen in ihren Anstrengungen zu unterstützen, ihre wirtschaftliche Struktur umzubauen.

> (Manfred Kuhmichel [CDU]: Aber die Gesamthochschulen sind doch sträflich von Ihnen vernachlässigt worden! Das Ziel ist doch gar nicht erreicht worden!)

Ach, wie viel 1.000 Studenten haben wir dort? Ich bitte Sie, ich gebe Ihnen gleich ein Beispiel, was dort alles erreicht worden ist. Hören Sie mir noch ein bisschen zu, Herr Kuhmichel, Sie können etwas lernen. Mir scheint das auch notwendig zu sein. Ich habe mir diesen Punkt ausgesucht, weil ich hier schon mehrfach zur Kenntnis habe nehmen müssen, dass ein gewisses Geschichtsbewusstsein fehlt, und, dass nicht klar ist, welche Besonderheit hier in Nordrhein-Westfalen zu bearbeiten ist und wir eigentlich gemeinsam bearbeiten sollten.

Lassen Sie mich in Erinnerung rufen: Wir sind hier in einem Land, das nicht etwa wie in Bayern den Verlust einer Maxhütte zu verkraften hat, sondern den Verlust 60 bis 70 solcher Betriebe.

Ich möchte Ihnen das einmal in Zahlen deutlich machen. Allein in den letzten zehn Jahren bedeutete das nur für die Emscher-Lippe-Region einen Verlust von annähernd 34.000 Arbeitsplätzen. Gehen wir weitere 20 Jahre zurück, so bewegen wir uns im Revier im sechsstelligen Bereich. Nennen Sie mir eine Region, nicht nur in Deutschland, in Europa und darüber hinaus, die auf einem so begrenzten Raum – zeitlich wie räumlich – eine solch hohe Zahl an Arbeitsplätzen verloren und zu kompensieren hat. Das wollen Sie im Hopplа-Hopp-Verfahren schaffen? – Ich denke, Sie müssen der Region und den Hochschulen die Zeit geben, daran zu arbeiten. Die aktuellen französischen Unruhen lassen uns jetzt noch viel deutlicher ermessen

> (Manfred Kuhmichel [CDU]: Nicht das auch noch!)

– doch, das kriegen Sie jetzt auch noch –, wie wichtig es ist, Strukturwandel sozial verträglich zu gestalten und nicht, indem man Subventionskürzungen im Hauruckverfahren ansetzt und dann die Menschen zusehen lässt, wie sie damit klarkommen.

> (Beifall von der SPD)

Sie haben vorhin zum Ausdruck gebracht, dass man sich, wenn man Kriterien einführen will, auch daran halten müsse und Kappungsgrenzen dann nicht zulässig seien. Ich spitze das ein bisschen zu, Herr Pinkwart.

Herr Pinkwart, dabei müssen Sie aber bedenken: Die seit 1965 gegründeten Hochschulen im Revier sind im Vergleich zu den Hochschulen in Bonn, Aachen oder Münster quasi noch im „Babyalter“. Ich denke, man kann sie hinsichtlich der Verankerung in der Region und des weit über die Region hinweggehenden Netzwerkes, nicht über einen Kamm scheren.

(Christian Lindner [FDP]: Frau Gebhard, dafür können Sie Eintritt nehmen!)

– Das können wir dann gern den Studenten zur Verfügung stellen, damit sie da studieren können.

So muss es niemanden wundern, dass in unserer Region, im Revier, Wirtschaft und Unternehmen noch nicht überall in dem Maße zueinander gefunden haben, wie wir uns das wünschen. Nichtsdestotrotz, Herr Kuhmichel, gibt es sehr wohl schon messbare Erfolge.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Seitdem wir dran sind!)

Nein, ich glaube nicht, dass man innerhalb eines halben Jahres das erreichen kann, was ich Ihnen jetzt sagen möchte.

Ich finde es jedenfalls bemerkenswert, dass einer Studie der Fraunhofer-Gesellschaft zur Folge die Fachhochschule Gelsenkirchen in Bezug auf ihre Innovationsforschung mit mittelständischen Unternehmen beim bundesweiten Ranking bereits auf Platz zehn zu finden ist und damit vor allen anderen nordrhein-westfälischen Hochschulen in diesem Ranking liegt.

(Beifall von der SPD – Manfred Kuhmichel [CDU]: Die haben einen tollen Rektor! Kennen Sie den?)

– Ja, den kenne ich. Wir arbeiten gut zusammen; es geht nämlich nicht immer nur um Parteipolitik.

Von daher appelliere ich an die nordrhein-westfälische Regierung und die sie tragenden Fraktionen: Verfallen Sie nicht in Ihre Argumentation der 60er-Jahre, wonach das Revier -schauen Sie nach, was Sie damals gesagt haben – keine Hochschulen bräuchte,

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Wir haben Sie doch gegründet! – Gegenrufe von der SPD)

sondern sorgen Sie dafür, dass die unterschiedliche Ausgangslage der Hochschulen bei der leistungsbezogenen Mittelverteilung – unter anderem durch die Beibehaltung der Kappungsgrenzen – berücksichtigt wird. Geben Sie den jungen Hochschulen im Revier die Zeit, die sie brauchen, um sich am Wissenschaftsmarkt zu behaupten.

Benutzen Sie das Steuerungselement der leistungsorientierten Mittelvergabe nicht undifferenziert, sondern beachten Sie die unterschiedlichen Ausgangslagen von alten und neuen Hochschulen, nicht nur um ihrer selbst Willen, sondern damit sie weiterhin den notwendigen Strukturwandel im Revier aktiv begleiten, fördern und stützen können. – Danke für die Aufmerksamkeit.

Präsidentin Regina van Dinther: Frau Gebhard, erlauben Sie eine Zwischenfrage von Herrn Lindner?

Heike Gebhard[*)] (SPD): Bitte.

Christian Lindner (FDP): Frau Gebhard, ist Ihnen bekannt, dass die von Ihnen benannten Hochschulen im Ruhrgebiet auf Initiative der damaligen Landesregierung Meyers, CDU, gegründet worden sind und es sich mitnichten um sozialdemokratische Gründungen handelt?

Heike Gebhard[*)] (SPD): Wo fängt denn bei Ihnen das Ruhrgebiet an? Denken Sie nur an Dortmund oder denken Sie auch an Essen und Duisburg? – Die sind erst gegründet worden, da gab es Herrn Meyers in der Verantwortung gar nicht mehr.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Präsidentin Regina van Dinther: Meine Damen und Herren, als nächster spricht für die CDU-Fraktion Herr Dr. Brinkmeier.

Dr. Michael Brinkmeier (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegin Gebhard, Ihren engagierten Vortrag hier in Ehren – auch die Emotion, die dahinter steckt – und in voller Anerkennung der ganzheitlichen Begründung, warum alles so sein muss, wie es früher war, aber wir haben einen anderen Ansatz. Da unterscheiden wir uns auch politisch fundamental. Das sollten wir hier noch einmal klarstellen.

Sie malen hier mit Standortschließungen Schreckgespenster an die Wand. Wir sagen ganz klar, weil wir von einem ganz anderen Ansatz her kommen: Unsere Priorität – die absolute Nummer eins in der Reihenfolge – ist, dass die Hochschulen optimal befähigt werden müssen, im Wettbewerb zu bestehen, damit eine möglichst optimale Bildung und Ausbildung für die Studierenden existieren kann.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

Andere Argumente, zum Beispiel regionalpolitische oder sozialpolitische, können alle noch in die Bewertung einfließen, aber entscheidend ist: Wenn jemand studiert, muss er oder sie hinterher in der Lage sein, zu sagen, ich habe einen hervorragenden qualifizierten Abschluss gemacht. Das ist unser Prä, und danach hat sich auch alles zu richten. Mit dieser Argumentation bitte ich noch einmal, die Reden meiner Kollegen aus der Koalitionsfraktion und des Ministers genau durchzulesen. – Danke schön.

(Beifall von der CDU)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Dr. Brinkmeier. – Wir sind damit am Schluss der Beratung.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrags Drucksache 14/581 – Neudruck** – an den **Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie** – federführend –, an den **Haushalts- und Finanzausschuss** sowie an den **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie.** Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer für diese Überweisungsempfehlung ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist diese Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt

5 Kommunen und Betroffene dürfen nicht die Verliererinnen bei der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe werden

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/579

Ich weise darauf hin, dass es dazu den **Entschließungsantrag** der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP **Drucksache 14/611** gibt.

Ich eröffne die Beratung und gebe das Wort an Herrn Becker von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Horst Becker (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! 2,5 Milliarden € Entlastung – das war die Zusage, die den Kommunen im Hinblick auf erwartete kommunale Mehrkosten gegeben wurde und die nach hartem Ringen um die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zustande gekommen ist. Dieser Kompromiss war integraler Bestandteil des Gesamtkompromisses im Vermittlungsausschuss.

Durch ein Revisionsverfahren sollte später im Konsens zwischen Bund, Ländern und Kommunen festgestellt werden, ob diese Entlastung erreicht wird und die Belastungen der Kommunen dadurch ausgeglichen werden können.

Noch vor Beginn dieser Revisionsgespräche haben der zuständige Fachminister und das Bundeskabinett einen Gesetzentwurf auf den Weg gebracht, der – aus meiner Sicht zu Recht – den Protest der kommunalen Familie und der kommunalen Spitzenverbände hervorruft. Die Kommunen sollen demnach nicht nur ab 2006 keinen Bundeszuschuss mehr erhalten, sondern sie sollen sogar in diesem Jahr den Zuschuss von 3,2 Milliarden € insgesamt an den Bund zurückzahlen. Was das für die ohnehin sehr angespannten kommunalen Finanzhaushalte bedeuten würde, erschließt sich den meisten, die sich damit beschäftigen.

Um es kurz ins Bild zu bringen: Selbst die im Verhältnis immer noch sehr gut dastehende Stadt Münster würde mit einem Schlag in den Nothaushalt gelangen. Oder: Der Rhein-Sieg-Kreis, aus dem ich komme, würde auf einen Schlag gut 19 Millionen € Mehrbelastung haben, die er sofort an die Kommunen mittels der Umlage im nächsten Jahr weitergeben würde mit der Folge, dass man dort ebenfalls so gut wie flächendeckend in Nothaushalte gelangen würde.

Meine Damen und Herren, das sind zwei Beispiele. Was das im Ruhrgebiet bedeuten würde, wo die kommen in der Regel noch schlechter ausgestattet sind, kann man sich ausmalen.

Die kommunale Familie kommt in ihrer Bilanz durch die kommunalen Spitzenverbände und einer Arbeitsgruppe zu einem völlig anderen Ergebnis als der Bund. Dort hat man 323 Landkreise und 116 kreisfreie Städten befragt und Daten erhalten, nach denen aus Sicht dieser Arbeitsgruppe für die kommunale Ebene insgesamt im Vergleich zu den Schätzungen des Bundeswirtschaftsministers ein um 4,1 Milliarden € höherer Finanzbedarf besteht. Mithin müsste, wenn man diese Zahlen zugrunde legen würde, die Bundesbeteilung an den kommunal aufzubringenden Wohnkosten von 29,1 % auf 34,4 % steigen.

Meine Damen und Herren, von der heutigen Debatte sollte ein klares Signal ausgehen, dass der Landtag zu den verabredeten 2,5 Milliarden € Erstattung an die Kommunen steht.

Dieses klare Signal hätten wir bereits vor zwei Wochen haben können. Unsere Fraktion hat seinerzeit einen Eilantrag gestellt und gewollt, dass sich der Landtag relativ zügig und zeitnah mit dem Gesetzentwurf beschäftigt. Das ist bedauerlicherweise abgelehnt worden.

Erfreulich hingegen ist, dass man sich offensichtlich jetzt auch bei Ihnen, wie man dem Entschließungsantrag von CDU und FDP entnehmen kann, der in den ersten beiden Punkten jedenfalls weitestgehend deckungsgleich ist, nach dem wir sie geschoben haben, der Bedarf gesehen wird, sich dagegen auszusprechen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Zu kritisieren ist aus unserer Sicht, meine Damen und Herren, dass Sie nicht die Größe hatten, wenigstens jetzt das gemeinsam zu tun, sondern es zusätzlich mit den immer wiederkehrenden Wünschen auf Nachbesserung im Zusammenhang mit Hartz IV befrachten. Das ist überflüssig, das schadet übrigens auch einem einheitlichen Signal. Das hätte man anders machen können.

Insgesamt darf ich aber sagen: Wir legen Wert auf die Feststellung, dass die 2,5 Milliarden €, die den Kommunen jetzt vorenthalten werden sollen, aus unserer Sicht kommen müssen und das Mindestmaß dessen sind, was an Ausgleich nötig ist. Wir legen auch Wert auf die Feststellung, dass die neue Bundesregierung das in die Wege leiten soll. Und wir legen Wert auf die Feststellung, dass Sie sich heute auf unseren Druck hin wenigstens ein Stück weit in die richtige Richtung bewegen. – Schönen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Becker. – Für die CDU spricht nun der Abgeordnete Lux.

Rainer Lux (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Becker, wir alle stimmen sicher darin überein, dass die Kommunen bundesweit in einer sehr angespannten Finanzlage stecken. Auch die Kommunen in Nordrhein-Westfalen haben große Finanzprobleme, was schon dadurch deutlich wird, dass sich Ende August dieses Jahres von 427 Gemeinden, Städten und Kreisen rund 200 in der Haushaltssicherung befinden und fast 80 Kommunen sogar dem Nothaushaltsrecht unterliegen. Daran hat auch der unerwartet starke Anstieg der Gewerbesteuereinnahmen nichts geändert, wie wir aus dem dramatischen Anstieg unter anderem der Kassenkredite der Gemeinden deutlich absehen können.

Auch darauf verweise ich: Die zweite Aktuelle Stunde des heutigen Tages hat noch einmal deutlich unterstrichen, wie notwendig eine ausreichende finanzielle Ausstattung der Kommunen ist, damit sie den Herausforderungen der Zeit gerecht werden können.

Wenn sich der Landtag heute einmal mehr mit der Finanzsituation der Kommunen befasst, dann hat er nicht plötzlich sein Herz für die Kommunen entdeckt, sondern – darauf muss man hier noch einmal deutlich hinweisen – in einem zweigliedrigen Staatsaufbau wie der Bundesrepublik Deutschland mit Bund und Ländern tragen die Länder die Verantwortung für eine ausreichende Finanzausstattung der Kommunen.

Vor dem Hintergrund dieser Verantwortung des Landes befassen wir uns heute mit den finanziellen Belangen der Kommunen im Zusammenhang mit Harz IV. Ich bin sicher und habe das auch bei den Ausführungen des Kollegen Becker gemerkt, dass wir die Ausgangssituation ziemlich einheitlich beurteilen. Das wird aus den einleitenden Ausführungen in Ihrem Antrag und in unserem Entschließungsantrag deutlich.

Ein Ziel bei der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe und integraler Bestandteil dieser Reform war die dauerhafte strukturelle Entlastung der Kommunen um 2,5 Milliarden € jährlich. Hintergrund sind die Verabredungen zu Hartz IV im Jahre 2004 im Zuge des Vermittlungsverfahrens. Dort wurde vereinbart und zugesagt, dass der Bund 29,1 % der den Kommunen entstehenden Unterkunfts- und Heizkosten der ALG-II-Empfänger zu tragen hat.

Der erste Unterschied zu dem Antrag von Bündnis 90/Die Grünen: Nach den damaligen Berechnungen und Prognosen waren für diese Kostenbeteiligung des Bundes 3,2 Milliarden € erforderlich, die für 2005 auch bereitgestellt wurden. Nun haben aber insbesondere die Kommunen festgestellt, dass die Situation, die jetzt eingetreten ist, mit den Grundlagen für die damalige Vereinbarung nichts mehr zu tun hat. Denn die damalige Vereinbarung beruhte auf fiktiven Berechnungen und Prognosen, die sich in der Realität als nicht haltbar herausgestellt haben.

Die Kommunen haben durch die Kommunaldatenerhebung, KDE – Herr Becker hat darauf hingewiesen –, deutlich belegt, dass die aufgrund der fiktiven Berechnungen im Vermittlungsverfahren unterstellte Entlastung durch wegfallende Sozialhilfekosten längst nicht in dem unterstellten Umfang eingetreten ist. Die Entlastungen, die die Kommunen erfahren sollten und die integraler Be-

standteil waren, sind nicht eingetreten. Herr Becker hat auch darauf hingewiesen, nach den Berechnungen der Kommunen müsste der Bund eigentlich knapp 4,1 Milliarden € aufbringen statt der vereinbarten 3,2 Milliarden €, um – das ist immer die Grundlage – die tatsächliche Entlastung von 2,5 Milliarden € zu erreichen.

Jetzt springt der Antrag der Grünen zu kurz, Herr Becker. Da liegt der Unterschied. Wir kritisieren nicht nur den Gesetzentwurf der noch amtierenden rot-grünen Bundesregierung, die darin die Beteiligung des Bundes an den Unterkunfts- und Heizkosten der Kommunen nicht nur für 2005 und 2006 auf null setzt, sondern für 2005 auch noch die Rückzahlung fordert, sondern wir sagen auch: Die Berechnungsgrundlagen für die vereinbarte Revision, die ab 1. Oktober laufen sollte, müssen verändert und auf die tatsächliche Situation abgestimmt werden.

Es hat keinen Zweck, wie Clement fiktiv Berechnungen anzustellen, die zu fiktiven Entlastungen bei den Kommunen führen, aber tatsächlich dort nicht ankommen. Grundlage im Wege dieses Revisionsverfahrens müssen vielmehr die Berechnungen der Kommunen sein, weil dort die tatsächliche Finanzentwicklung abgebildet wird. Das ist unbedingt notwendig, damit die angestrebte dauerhafte Entlastung der Kommunen um 2,5 Milliarden € erreicht wird. Denn wenn wir uns ausschließlich auf die 2,5 Milliarden € beziehen, wird Clement sagen: Ich habe euch doch nachgewiesen, dass bei den Kommunen eine viel höhere Entlastung erreicht wird. – Wir müssen also dazu kommen, dass im Revisionsverfahren auch die Berechnungsgrundlage geändert wird.

Ein weiterer Unterschied zum Antrag der Grünen: Es geht nicht um eine Diskussion um Inhalte von Hartz IV – überhaupt nicht –, sondern darum, dass bestimmte Mitnahmeeffekte aus Hartz IV, die bei Verabschiedung des Gesetzes nicht beabsichtigt waren, ausgeschlossen werden, weil sie nicht nur innerhalb der Berechnung von Hartz IV Auswirkungen auf die Kommunen haben, sondern auch zu Weiterungen führen. Sie verursachen Einnahmeminderungen bei den Kommunen, die bei der Berechnung der 2,5 Milliarden € Entlastung keine Rolle spielen.

Von daher ist die Zielrichtung beider Anträge sicher ähnlich. Unser Antrag geht etwas weiter. Ich bitte deshalb um Zustimmung zu unserem Entschließungsantrag. – Schönen Dank.

(Beifall von der CDU)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Lux. – Als Nächstes spricht für die SPD der Abgeordnete Körfges.

Hans-Willi Körfges (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die SPD-Landtagsfraktion wird einem der vorliegenden Anträge, nämlich dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, zustimmen. Den anderen Antrag werden wir, obwohl vieles sehr ähnlich klingt, aus zwei Gründen ablehnen. Zum einen nehmen wir lieber das Original und nicht die Imitation.

(Beifall von den GRÜNEN)

Zum anderen ist das, was Sie in Ihrem dritten Punkt formulieren, angesichts dessen, dass wir nicht im luftleeren Raum diskutieren, sondern quasi zeitgleich in Berlin Koalitionsgespräche stattfinden, im Augenblick eine Verkennung unserer realen Gegebenheiten. Es kann und darf – da sind wir mit allen Vorrednern einer Meinung – keine Diskussion über die Zusage an Kreise, Städte und Gemeinden geben, dass durch die Zusammenlegung von Arbeitslosengeld und Sozialhilfe eine Entlastung um 2,5 Milliarden € – netto – bei den Kommunen entstehen muss. Das war Voraussetzung und integraler Bestandteil zur Einigung bei der Arbeitsmarktreform. Da schließe ich mich den Aussagen der Kollegen Becker und Lux an.

Zu den Krokodilstränen, die hinsichtlich der finanziellen Situation der Gemeinden an mancher Stelle geweint werden, ein kleiner Ausflug: Meine Damen und Herren von der Regierungskoalition, wenn nicht diese unverantwortliche Blockade bei der Gemeindefinanzreform im Jahre 2004 im Bundesrat stattgefunden hätte, hätten wir für die finanzielle Ausstattung unserer Kommunen sicherlich an einer anderen Stelle für wesentlich mehr Sicherheit und Verlässlichkeit sorgen können.

(Beifall von der SPD)

In diesem Zusammenhang sei mir ein weiterer Hinweis auf die Haltung der Vorgängerlandesregierung und der sie seinerzeit tragenden Koalitionsfraktionen erlaubt. Wir haben die im Vermittlungsverfahren vorgesehenen Haushaltsmittel sofort und in vollem Umfang weitergegeben. Auch das ist in der bundesrepublikanischen Realität eher der Ausnahmefall.

(Beifall von der SPD)

Vorsichtig formuliert gibt es erhebliche Meinungsunterschiede über die Höhe der Beteiligung an den Unterkunfts- und Heizkosten für die Beziehe-

rinnen und Bezieher von Arbeitslosengeld II. Auch da sind wir ganz nah bei dem, was eben gesagt worden ist. Die Schätzung des Bundesministeriums hinsichtlich der 29 %, die sich jetzt als vermeintlich zu hoch erweist, können wir nicht nachvollziehen, weil dem Äußerungen und nachvollziehbare, zum Teil in den Kommunen – ich habe heute Morgen noch die Gelegenheit gehabt, mit dem Oberbürgermeister der Stadt Mönchengladbach zu sprechen – schon berechnete Realität gegenüberstehen. Daraus ergibt sich zumindest nach Meinung der kommunalen Spitzenverbände, aber auch der meisten Kommunen gerade in Nordrhein-Westfalen eher ein – vorsichtig ausgedrückt – umgekehrtes Bild. Es ergibt sich eher ein Mehrbedarf, wobei ich mich nicht auf 29 oder 34 % festlegen lassen will.

(Beifall von den GRÜNEN)

Richtig ist, dass der Deutsche Städtetag unter dem 31. Oktober 2005 mitgeteilt hat, dass nach seiner Meinung der Bundesanteil an den Unterkunftskosten auf 4,1 Milliarden € erhöht werden müsse, damit nachher netto bei den Kommunen die 2,5 Milliarden € übrig bleiben.

Ich kann hier keine Rechenkunststücke machen und kann auch das, was da gemutmaßt wird, im Einzelnen nicht überprüfen. Es ist auch nicht nötig, dass wir das jeder für uns machen; denn es gab im Vermittlungsausschuss ein geregeltes Verfahren, nach dem das gemacht werden sollte. Die Klärung ergibt sich nach unserer Ansicht dann, wenn den Schätzwerten aus dem Vermittlungsausschuss die tatsächlichen Belastungen der Kommunen gegenübergestellt werden. Deshalb ist es aus Sicht der SPD-Landtagsfraktion und der sozialdemokratischen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker unverzichtbar, die konkreten Daten zu nehmen und in Revisionsverhandlungen einzusteigen, und zwar in tatsächliche Revisionsverhandlungen.

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage – ich bin gespannt darauf, wie sich die Landesregierung dazu einlassen wird –, ob wir in Nordrhein-Westfalen schon einen entsprechenden, für das gesamte Bundesland tatsächlich relevanten Zahlenkatalog haben, ob wir schon über belastbares Zahlenmaterial verfügen, weil die kommunalen Spitzenverbände sich diesbezüglich sehr eindeutig geäußert haben.

Wichtig ist auch – da gebe ich dem Kollegen Lux durchaus Recht –, wie hoch die tatsächliche Entlastung durch entfallende Ausgaben für erwerbstätige und erwerbsfähige Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger ist. Dabei kommt es nach unserer Ansicht auch auf die tatsächliche Entlastung an, weil die Einbeziehung von Personen, die in der Vergangenheit nicht in die Hilfesysteme eingebunden waren, keinerlei reale Entlastung – es geht um 2,5 Milliarden €, die real mehr da sein sollten – für die Kommunen zur Folge hätte.

Hier sind auch sicherlich gestiegene Fallzahlen beim Arbeitslosengeld II genauer zu betrachten, weil die Zahl der Bedarfsgemeinschaften ganz offensichtlich erheblich von den Prognosen abweicht. Das darf aber nicht bedeuten, dass wir dann automatisch das, was Sie im dritten Punkt, meine Damen und Herren von der Regierungskoalition, Ihres Antrags vorgesehen haben, kritiklos hinnehmen. Vor dem Hintergrund der derzeit laufenden Koalitionsgespräche halte ich es schon für ziemlich euphorisch zu sagen: Wir lösen das an der Stelle hier in Nordrhein-Westfalen.

(Horst Becker [GRÜNE]: Da sind wir mal gespannt!)

Ich hoffe auch, dass die heutige Debatte – ich bin für die Sachlichkeit, die bis jetzt vorgeherrscht hat, sehr dankbar – nicht zum Anlass genommen wird – das wird gerne auch von ehemaligen Koalitionspartnern gemacht –, sich womöglich aus der politischen Mitverantwortung für das Ergebnis der Arbeitsmarktreform herauszureden.

Ich will auch nicht auf den Hinweis verzichten, dass sich Probleme für die Kommunen daraus ergeben, dass bei dem Kompromiss zu Hartz IV die praktische Umsetzbarkeit nicht gerade im Vordergrund gestanden hat. Dazu muss ich nicht unbedingt das Bild von den vielen Köchen, die gegebenenfalls dann ihre Rezepte mixen und etwas Ungenießbares dabei herausbringen, bemühen.

Nur, meine Damen und Herren, sei dann bitte an die Koalitionsfraktionen der Hinweis auf den Gang der konkreten Vermittlungsverfahren und die ziemlich schwierigen Bedingungen, die dort gestellt worden sind, erlaubt. Ich kann mich zum Beispiel auf das bisherige Revisionsverfahren beziehen. Der erste Revisionstermin hat beinahe stattgefunden; denn infolge ungenügender Datenlage ist unter Zustimmung aller Beteiligten nur eine eingeschränkte Wirksamkeit vereinbart worden. Die Überprüfungs- und Anpassungskriterien wurden im Vermittlungsverfahren nur mit ganz erheblichen Schwierigkeiten aufgestellt. Sie haben uns ganz nahe bei sich, dass es da zu mehr Verlässlichkeit kommen muss.

Das Ziel der Arbeitsmarktreform ist klar: Erwerbsfähige Bezieher von Transfereinkommen haben gleichermaßen einen Anspruch auf Vermittlung, Qualifizierung und Beratung. Das ist unstreitig.

Aber es ist genauso unstreitig, dass die Kommunen in Nordrhein-Westfalen jeweils vor Ort einen konstruktiven Beitrag zur Umsetzung geleistet haben. Dies gilt insbesondere für die zahlreichen Arbeitsgemeinschaften, die in hervorragender Zusammenarbeit teilweise eine verlässliche Kooperation leben. Dazu ist eine Verlässlichkeit zwischen dem Bund und den Kommunen erforderlich. Das setzt die Revision auf Basis realer Zahlen voraus.

Ich habe hohe Sympathie für die Erwartung von Städten und Gemeinden, dass nicht schon in den Koalitionsverhandlungen eine Festlegung zur Bundesbeteiligung an den Unterkunftskosten erfolgt. Allerdings meine ich, dass der vorliegende Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – deshalb bin ich ein bisschen traurig über das konkurrierende Modell, das seitens der Koalition auf den Markt geworfen worden ist – die Chance bietet, die Position des Landes Nordrhein-Westfalen zumindest im unstreitigen Teil deutlich zu machen und damit auch ein verlässliches Signal der Kommunalfreundlichkeit des Landtags Nordrhein-Westfalen in die laufenden Verhandlungen zu senden.

Wir als Land wollen – da ist auch die Bezugnahme des Kollegen Lux richtig und nachvollziehbar – verlässliche Partner unserer Kommunen bleiben. Deshalb wollen wir mit den kommunalen Spitzenverbänden gemeinsam weiter um solide Kommunalfinanzen kämpfen. Leider haben Sie, meine Damen und Herren von CDU und FDP, uns seinerzeit im Stich gelassen. Darüber hinaus stehen wir dafür, dass es zu einer tatsächlich Entlastung, und zwar brutto gleich netto, in Höhe von 2,5 Milliarden € kommt.

Wir werden dem Antrag von Bündnis 90/Die Grünen zustimmen und hoffen, dass Sie sich bezogen auf Ihre sehr ähnlichen Formulierungen – mit einer Ausnahme – einen kleinen Ruck geben. Wir wären sehr dankbar dafür, wenn es nicht in den üblichen Lagern zu einer streitigen Abstimmung käme. Das Signal würde dadurch an Eindeutigkeit verlieren. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Körfges. – Für die FDP redet nun Herr Engel.

Horst Engel[*)] (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Körfges, ich ahne, dass Ihr engagiertes Werben letztlich vermutlich keine Mehrheit finden wird. Warten wir es ab.

Meine Damen und Herren, wir haben alle über die Parteigrenzen hinweg die Notwendigkeit erkannt, dass die damaligen Doppelstrukturen von Arbeitsämtern einerseits und Sozialämtern andererseits abgebaut werden müssen, um nicht wertvolle Mittel zu verpulvern. Deshalb ist Hartz IV eigentlich entstanden.

Leider hatte das Gesetz – wie wir das von der alten rot-grünen Bundesregierung in vielen Bereichen gewohnt waren – viele handwerkliche Fehler. Die Kommunen sollten für Unterkunft und Heizung eine dauerhafte strukturelle Entlastung in Höhe von 2,5 Milliarden € jährlich erhalten. Das ist mehrfach gesagt worden. Mitnahmeeffekte sollte es nicht geben.

Die Lebenswirklichkeit sieht natürlich wieder einmal ganz anders aus. Stichwort: Zellteilung. Oder, im freundlichen Bürokratendeutsch: Anreize zur Bildung von Bedarfsgemeinschaften sollte es eigentlich nicht geben. Gemeint ist, dass junge Arbeitslose von zuhause ausziehen, eine eigene Wohnung mieten und dadurch schon einen Anspruch auf ALG II haben. „Die Welt“ vom 1.11. dieses Jahres nannte weitere Gründe: Anstieg der Langzeitarbeitslosigkeit, Ausweitungen der Leistungen etwa durch die geringere Anrechnung von Einkommen und Vermögen im Vergleich zur Sozialhilfe.

Durch die zweite Revision stellte der Bund fest, dass die Kosten für das Arbeitslosengeld II in diesem Jahr nicht, wie geplant, 14,6 Milliarden €, sondern das Doppelte, also 28 Milliarden €, betragen werden. Der Aufschrei der kommunalen Familie war berechtigt, denn sie sollte erneut zur Kasse gebeten werden. Die Bundesbeteiligung an den Kosten für Unterbringung und Heizung in Höhe von 29,1 % soll auf null reduziert werden. Das ist ein Beutezug per Berliner Kabinettbeschluss. Konnexitätsprinzip zwischen Bund und Kommunen: Fehlanzeige.

Es ist erstaunlich, Herr Becker, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den vorliegenden Antrag stellt, denn immerhin hat Ihre Partei auf Bundesebene direkte und nicht – wie die Landesregierung – nur indirekte Einflussmöglichkeiten auf Bundesgesetze. Das ist der derzeitige Stand.

Das Vorhaben trifft die Kommunen in doppelter Hinsicht: Es würde bedeuten, dass die von den kommunalen Spitzenverbänden unter Beteiligung des statistischen Bundesamtes und des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit berechneten Mehrkosten von den stark gebeutelten Kom-

munen zu schultern wären, ohne mit einer höheren Beteiligungsquote des Bundes von 34,4 oder 4,07 Milliarden € rechnen zu können. Das wäre der endgültige Bankrott unserer Städte und Gemeinden.

Bereits heute stellen die sozialen Leistungen in allen deutschen Kommunen den zweitgrößten Ausgabenblock mit 32 Milliarden € – so die Zahlen für 2004 – dar. Für das Jahr 2005 werden Ausgaben für soziale Leistungen in Höhe von 35,8 Milliarden € prognostiziert. Das wäre eine Steigerung von 12,1 % gegenüber dem Vorjahr. Der größte Ausgabenblock, nämlich die Personalausgaben, stagnieren dagegen seit Jahren bei ca. 40,5 Milliarden €. Die Investitionsausgaben sinken alljährlich weiter in den Keller. 1992 wurden fast 14 Milliarden € mehr durch die Kommunen investiert als heute.

Unsere Koalition hat sich deshalb zum Ziel gesetzt, dass die kommunale Selbstverwaltung wieder gestärkt wird. Dafür gilt unser Einsatz. Deshalb wollen wir die Verankerung des Konnexitätsprinzips im Grundgesetz. Dann muss das Motto „Wer bestellt, der bezahlt“ auch verbindlich beachtet werden.

Der Antrag von Bündnis 90/Die Grünen geht mit der Forderung der Beibehaltung der zugesagten Finanzentlastung in Höhe von 2,5 Milliarden € und der Ablehnung finanzieller Mehrbelastungen zulasten der Kommunen in die richtige Richtung, aber nicht weit genug. Daher hat unsere Koalition einen Entschließungsantrag eingebracht, der nicht nur für die finanzielle kommunale Entlastung in Höhe von 2,5 Milliarden € eintritt, sondern auch gleichzeitig eine Änderung der Revisionsgründe mit dem Ziel einfordert, die tatsächliche Finanzentwicklung zu berücksichtigen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, unser Entschließungsantrag geht darüber hinaus auch auf die handwerklichen Fehler im SGB II ein, die zu den bereits von mir beschriebenen Mitnahmeeffekten geführt haben. Wir sind der Ansicht, dass im Zuge einer Novellierung des vierten Gesetzes für moderne Dienstleistung, das an verschiedenen Stellen zu Problemen geführt hat, die aufgetretenen handwerklichen Fehler in Bezug auf Mitnahmeeffekte ausgebessert werden müssen.

(Beifall von der FDP)

Deshalb greift der Antrag von Bündnis 90/Die Grünen zu kurz, der die Ursachen des Problems, nämlich Fehlanreize zur vermehrten Inanspruchnahme von Leistungen, nicht angeht. Aus diesem Grunde reicht es nicht, nur die finanziellen Mehrbelastungen der Kommunen abzuwehren. Hinzu kommt, dass sich unsere Koalition im Bundesrat dafür einsetzen will, dass die Betreuung von Langzeitarbeitslosen eine kommunale Aufgabe werden soll.

Wir befürworten nach wie vor die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe. Auch wenn es Schnee von gestern ist, möchte ich trotzdem an dieser Stelle wiederholen, dass ich der Ansicht bin, dass es besser gewesen wäre, wenn man seinerzeit der Auffassung der FDP-Bundestagsfraktion gefolgt wäre. Sie hatte die Verantwortung der Kommunen flächendeckend und nicht nur in den 69 Optionskommunen gefordert, von denen sich alleine zehn in Nordrhein-Westfalen befinden. Das heutige Tauziehen um die Finanzen wäre uns erspart geblieben. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von FDP und CDU)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Engel. – Für die Landesregierung spricht jetzt Herr Minister Laumann.

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich über die grundsätzliche Übereinstimmung der beiden Anträge zur kommunalen Entlastung bei der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe. Sowohl der Antrag der Grünen als auch der Entschließungsantrag von CDU und FDP fordern die Landesregierung dazu auf, sich für die Gewährleistung der Entlastung der Kommunen um bundesweit 2,5 Milliarden € einzusetzen.

Um eines vorweg klarzustellen: Die Landesregierung hat nie etwas anderes gewollt. Die dauerhafte Entlastung der Kommunen um 2,5 Milliarden € ist und bleibt eines der vorrangigen Ziele der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe. Die Landesregierung wird keine Festlegung treffen und keinem Gesetz im Bundesrat zustimmen, mit dem diese Geschäftsgrundlage verlassen wird.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich muss Ihnen aber gestehen, dass mich der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – ursprünglich sogar ein Eilantrag – schon überrascht hat, besonders vor dem Hintergrund, dass der von den Grünen im Antrag monierte Gesetzentwurf von den eigenen Parteifreunden in Berlin zu verantworten ist. Es ist wirklich erstaunlich, dass sich ein bereits abgewähltes rot-grünes Bundeskabinett

mit einem solchen Gruß an die Kommunen und an die Länder verabschiedet.

(Beifall von der CDU)

Der Gesetzentwurf sieht vor, die Bundesbeteiligungen zur Entlastung der Kommunen von 19,1 % auf 0 % zu senken. Das ist ein Kabinettbeschluss der jetzt noch geschäftsführenden Bundesregierung. Ich habe auch nicht mitbekommen, dass die nordrhein-westfälischen Minister auf Bundesebene dagegen gestimmt haben, weder die der Grünen noch die der SPD. Dann einen solchen Antrag einzubringen, ist eine Nummer, die man nicht jeden Tag erlebt.

Es ist ohnehin interessant, wie die jetzt noch geschäftsführende Bundesregierung mit den Kommunen umgeht. Am Anfang des Jahres war noch die Rede von 4,5 %, dann sollte eine Beteiligungsquote von 7,3 % folgen, und jetzt fällt sie durch Kabinettbeschluss und Antrag an den Bundesrat und Bundestag auf 0 %.

Ich gehe davon aus, dass sich die neue Bundesregierung sehr schnell in Verhandlungen mit den Ländern und Kommunen auf ein faires Verfahren verständigt, um einen Konsens zur Bewertung der vorliegenden Daten zu finden. Der einseitige Gesetzesvorstoß der alten Bundesregierung ohne vorherigen Versuch, die zwischen Bund und Ländern und Kommunen bestehenden Differenzen zu klären, war von vornherein zum Scheitern verurteilt.

Die Frage der Revision und die finanzielle Entlastung der Kommunen spielen natürlich auch bei den zurzeit laufenden Koalitionsverhandlungen auf Bundesebene eine Rolle. Wenn wir in Zukunft zu einer Neuverteilung der Zuständigkeiten bei der Betreuung von Langzeitarbeitslosen kommen wollen, müssen wir die Finanzierungsgrundlagen ändern. Zu einer Kommunalisierung gehört auch, dass die Kommunen die Finanzverantwortung übernehmen.

Davon unabhängig muss die zugesicherte Entlastung der Kommunen aber schon vorher sichergestellt werden. Dafür müssen wir jetzt die Weichen stellen. Dieses erscheint mir umso dringlicher, da wir alle genug damit zu tun haben werden, die Grundsicherung für Arbeitsuchende so zu reparieren, dass sie endlich das leisten kann, was sie leisten muss, nämlich moderne Dienstleistung zur Überwindung der Arbeitslosigkeit sicherzustellen und nicht Arbeitslosigkeit auf hohem Kostenniveau weiterhin zu verwalten.

Meine Damen und Herren, die Kommunen haben ein verständliches Interesse daran, von den Kosten der Unterkunft entlastet zu werden. Wenn das funktionieren soll, dann ist es wichtig, dass das System funktioniert. Dazu gehört in erster Linie, dass alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, Langzeitarbeitslosen zu helfen, ihren Lebensunterhalt wieder ohne Transferleistungen sicherstellen zu können.

Ich bin nach wie vor der Überzeugung, dass wir mittelfristig dahin kommen müssen, die Betreuung von Langzeitarbeitslosen in die Hände der Kreise und der kreisfreien Städte zu legen. Aber eines ist in diesem Zusammenhang auch klar: Aufgaben und Finanzverantwortung gehören dann in eine Hand. Das bedeutet, dass dies nur auf Grundlage einer abgesicherten Finanzierung erfolgen kann, die aber zurzeit ohne Verfassungsänderung nicht zu realisieren ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf Ihnen versichern, dass die Landesregierung die Sorgen und Nöte der Kommunen sehr genau kennt. Gerade in Bezug auf das Revisionsverfahren gibt es von Beginn an eine enge Kooperation mit den kommunalen Spitzenverbänden. Das Thema Revision nach § 46 Sozialgesetzbuch II ist eines der Themenschwerpunkte der sogenannten Task Force NRW zu Hartz IV. Hier arbeiten Vertreter der Landesregierung, der Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen, der Bundesagentur für Arbeit, der kommunalen Spitzenverbände seit dem Start von Hartz IV sehr eng an der Umsetzung der Grundsicherung für Arbeitsuchende.

In diesem Zusammenhang wurde frühzeitig eine Arbeitsgruppe Revision gegründet, in der die einzelnen Fragen und Probleme zum Revisionsverfahren eingehend erörtert werden. Gerade in dieser Arbeitsgruppe gibt es eine sehr intensive Kooperation von Landesregierungen und den Vertretern der kommunalen Spitzenverbände.

Meine Damen und Herren, ich kann Ihnen versichern, dass die Landesregierung den vorliegenden Gesetzentwurf der alten Bundesregierung ablehnen wird. Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen wird weiterhin alles unternehmen, damit die dauerhafte strukturelle Entlastung der Kommunen in Höhe von 2,5 Milliarden € auch tatsächlich realisiert wird. – Schönen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Minister Laumann. – Frau Steffens für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat sich noch zu Wort gemeldet.

Barbara Steffens[*)] (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Laumann, ich bin erstaunt, dass Sie es wundert, dass wir als grüne Landtagsfraktion einen Eilantrag stellen, obwohl wir als Landesparlament die Aufgabe haben, die Interessen des Landes zu vertreten. Ich finde es richtig, dass wir als Fraktion Bundesbeschlüsse, wenn wir damit Probleme haben, hier thematisieren und klar sagen: Die Interessen der Kommunen und des Landes sind die Interessen, die wir in diesem Land vertreten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich frage mich bei Ihrer Auffassung, was Sie machen werden, wenn es eine große Koalition gibt. Wollen Sie dann nicht mehr die Interessen des Landes gegen den Bund vertreten? Das wird an vielen Stellen der Fall sein. Das hatten wir in der Vergangenheit so, und das werden wir auch in Zukunft haben.

(Zurufe)

Ich finde, der Demokratie ist es nur dienlich, wenn man die Interessen der Menschen im Land vertritt, egal ob gegen eine rot-grüne, schwarz-rote, schwarz-gelbe oder welche Regierung auch immer. Die Interessen des Landes und der Kommunen stehen an erster Stelle. Das werden wir als Grüne weiterhin so handhaben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich möchte nun auf die Inhalte eingehen. Herr Laumann, Sie sagen, es ist schlimm, dass am Ende der Legislaturperiode von Rot-Grün so etwas auf den Weg gebracht wird, dass Clement so etwas vorantreibt. Gerade deshalb wäre es doch wichtig, dass wir alle in ein Boot packen, alle mitnehmen und gemeinsam einen Antrag beschließen, damit das Signal an die Koalitionsverhandlungen geht, dass wir in Nordrhein-Westfalen eine gemeinsame Position haben. Es gibt in NRW zahlreiche Kommunen, die Grünen-Anträgen in dem Punkt zugestimmt haben, und einstimmige Beschlüsse, die von allen Fraktionen gefasst worden sind.

Es gehört auch dazu, die Interessen so stark wie möglich gemeinsam zu vertreten. Ich finde es schade, dass die CDU-Fraktion das nicht tut, weil Sie etwas Eigenes machen und deshalb einen solchen Beschluss alleine fassen wollen.

Ich will auf einen Punkt in Ihrem Antrag eingehen, auch wenn wir heute keine Hartz-Diskussion führen. Diesen Punkt hatte auch Herr Engels erwähnt. Sie haben in Ihrem Antrag geschrieben, sie wollten Mitnahmeeffekte verhindern. – Über Mitnahmeeffekte kann man gern und immer wieder reden. Im Moment gibt es eine öffentliche Debatte, in der viele behaupten, es gäbe Mitnahmeeffekte über die „Zellteilung der Haushalte“.

Auch aus den Zahlen der BA in Nordrhein-Westfalen aber geht hervor: Es gibt keinen Beleg für diese „Zellteilung“. Es wurde die Vermutung in den Raum gestellt, viele Jugendliche würden aus den Haushalten ausziehen. So lange man das nicht zahlenmäßig belegen kann, sollte man eine solche Position nicht unterstützen. Denn das stigmatisiert Menschen und schafft eine gewisse Stimmung. Es ist kontraproduktiv zu dem Bemühen, Lösungen im Interesse aller zu finden.

Deswegen möchte ich Sie bitten: Ziehen Sie diesen Punkt aus Ihrem Antrag zurück. Ohne das zahlenmäßig belegen zu können, tuten Sie in ein Horn, das überhaupt nicht der Realität entspricht. Sie unterstellen Jugendlichen etwas, das in diesem Lande überhaupt nicht passiert. Ich möchte Sie bitten: Nehmen Sie von diesem Punkt Abstand.

(Beifall von den GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Frau Steffens. – Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der Beratung.

Die antragstellende Fraktion hat direkte Abstimmung beantragt. Zunächst lasse ich deshalb abstimmen über den Inhalt des **Antrags** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/579.** Wer stimmt diesem Antrag zu? – Wer stimmt dagegen? –

(Zurufe von SPD und GRÜNEN: Oh! – Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE])

Enthaltungen? – Damit ist der Antrag mit großer Mehrheit der Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP **abgelehnt.**

Ich komme zur Abstimmung über den **Entschließungsantrag** der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP **Drucksache 14/611.** Wer stimmt dem Entschließungsantrag zu? – Wer stimmt gegen den Entschließungsantrag? –

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Wer enthält sich? – Damit ist der Entschließungsantrag mit großer Mehrheit von CDU und FDP **angenommen.**

Meine Damen und Herren, wir kommen zu:

6 Keine Erhöhung der Mehrwertsteuer

Eilantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/604

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat mit Schreiben vom 7. November 2005 fristgerecht einen Eilantrag zum Thema „Keine Erhöhung der Mehrwertsteuer“ eingebracht. Ich eröffne die Beratung und gebe Frau Löhrmann von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort. Bitte schön.

(Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich finde, wir haben heute eine sehr interessante und wichtige Tagesordnung.

(Unruhe)

Dieser Tagesordnungspunkt, den wir jetzt nur sehr kurz beraten, gehört zu den sehr wichtigen Punkten, die viele Menschen im Land bewegen. Es geht um die Erhöhung der Mehrwertsteuer. Wie groß ist die Erhöhung, die bei den laufenden Koalitionsverhandlungen in Berlin beschlossen wird? – Das brennt vielen im Moment unter den Nägeln.

(Anhaltende Unruhe)

Endlich geht es nicht mehr darum: Wer wird was? Es geht nun um die Frage: Was wird wie?

Vizepräsident Edgar Moron: Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie alle haben im Moment einen ungeheuren Gesprächsbedarf. Dafür haben wir großes Verständnis. Bitte befriedigen Sie diesen Gesprächsbedarf aber außerhalb des Plenarsaals.

(Beifall von CDU, SPD und GRÜNEN)

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Schönen Dank, Herr Präsident.

Die Katze ist aus dem Sack. Es scheint beschlossene Sache, dass die Mehrwertsteuer kräftig erhöht werden wird. Ich hätte den Ministerpräsidenten, der jetzt leider nicht mehr anwesend ist, gern gefragt, ob er glaubt, dass die Menschen in diesem Land an kompletter Amnesie leiden. Noch im Juni dieses Jahres hat der Ministerpräsident eine Erhöhung der Mehrwertsteuer rundweg abgelehnt.

Seine Argumente waren absolut richtig. Eine Mehrwertsteuererhöhung ist das beste Mittel, die Konjunktur weiter abzuwürgen. Sie ist ein ausgezeichnetes Programm zur Förderung der Schwarzarbeit. Sie schadet dem Handwerk, also gerade den kleinen und mittelständischen Unternehmen, deren Interessen Sie doch sonst fast schon wie eine Monstranz vor sich hertragen. Eine Mehrwertsteuererhöhung ist sozial ungerecht, denn sie trifft die am härtesten, die am wenigsten haben.

(Beifall von Rüdiger Sagel [GRÜNE])

Was machen unser Ministerpräsident und die CDU nach der Wahl?

(Zuruf von Rüdiger Sagel [GRÜNE])

Als der Ministerpräsident merkt, dass der Zug Richtung Erhöhung abfährt, schlägt er einen Haken und lässt noch in der letzten Woche die Kollegen in Berlin wissen: 50 % der Mehrwertsteuererhöhung steht den Ländern zu – zum Stopfen der Haushaltslöcher, nicht zur Senkung der Lohnnebenkosten, wie vor der Wahl versprochen.

Was macht er heute? – Wie den Zeitungen heute zu entnehmen, macht er heute „wieder einen auf nachdenklich“. Das war wieder einmal eine typische Rolle Rüttgers.

Der Herr Ministerpräsident ist nicht nur beim Personal gescheitert. Er wird auch inhaltlich scheitern. Er ist auf dem Weg, sich in Berlin seine nächste Niederlage abzuholen, meine Damen und Herren.

(Unruhe)

Was in Berlin passiert, ist ein vorsätzlicher und fahrlässiger Angriff auf die zukünftige Entwicklung unseres Landes. Senkung der Abgabenbelastung und Aufkommensneutralität? – Fehlanzeige!

Angeblich sind über Nacht wie aus dem Nichts urplötzlich diese für niemanden vorhersehbaren Haushaltslöcher aufgetaucht. – Ja meine Güte, wo kommen denn diese Haushaltslöcher her? – 35 Milliarden € Defizit: Das hätte kein Mensch ahnen können, oder?

(Anhaltende Unruhe)

Meine Damen und Herren, da wird ein mieses Stück aufgeführt. Das weiß jeder. Sie offenbar auch, Herr Schittges. Deshalb regen Sie sich auch so auf. Das merkt auch jeder. Das merken die Menschen in unserem Land. Deswegen schadet es der Glaubwürdigkeit der gesamten Politik.

Das gilt in diesem Falle auch für die Rolle der SPD. Das tut mir Leid, aber ich kann es Ihnen nicht ersparen. Jeder weiß, dass man in einer Koalition Kompromisse machen muss, aber Ihre

Leute in Berlin vollführen im Moment eine üble Täuschung der Wählerinnen und Wähler.

Vizepräsident Edgar Moron: Frau Löhrmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage Ihres Fraktionskollegen Dr. Vesper?

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Aber gerne.

Vizepräsident Edgar Moron: Das habe ich mir gedacht.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Ich weiß aber nicht, was er fragt!

(Zurufe von der CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Bitte schön, Herr Dr. Vesper.

Dr. Michael Vesper (GRÜNE): Frau Kollegin Löhrmann, haben Sie mit mir den Eindruck, dass angesichts des Lärmpegels bei CDU und SPD bei dieser Frage deutlich wird, wie peinlich den Kolleginnen und Kollegen diese Debatte offensichtlich ist?

(Heiterkeit und Zurufe von der CDU: Oh!)

Vizepräsident Edgar Moron: Frau Löhrmann, bitte.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Ja, ich habe den Eindruck, dass ihnen dieses Thema nicht gefällt, weil sie sich für etwas rechtfertigen müssen, was sie im Moment tun.

(Zurufe von der CDU)

Sie haben aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Chance, unserem Antrag zuzustimmen und ein Signal nach Berlin zu senden, damit wir sozusagen klare Buchungen haben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die SPD hat plakatiert: Merkel-Steuer – das wird teuer! Mehrwertsteuererhöhung, mit uns niemals! Wenn wir jetzt den Reichen symbolisch auch noch etwas abnehmen, dann können wir auch die Mehrwertsteuer anheben. Wieso übrigens um 2 %? Nein, wenn schon Wahlbetrug, dann soll es sich auch lohnen, also besser vier Punkte drauf!

Meine Damen und Herren, was dieses Land braucht, ist umfassender Subventionsabbau, und zwar genau den Subventionsabbau, den SPD und Grüne beschlossen hatten und den Sie von der Union immer wieder im Bundesrat blockiert haben. Das wären 18 Milliarden Euro gewesen, die wir damit hätten erwirtschaften können.

(Zurufe von der CDU)

Was dieses Land braucht, ist eine Reform des öffentlichen Dienstrechts. Und was dieses Land braucht, sind Strukturreformen in den sozialen Sicherungssystemen, die den Menschen wieder die Sicherheit geben, dass sie sich auf unsere Sozialsysteme verlassen können.

Meine Damen und Herren, die Zeitungen sind voll davon. Führende Ökonomen wenden sich gegen eine Mehrwertsteuererhöhung. Nach Auffassung des DIW, des Sachverständigenrates und des Chef-Volkswirts der Dresdner Bank in der „Financial Times“ von heute ist ein Erreichen der Maastricht-Kritierien, der Defizitgrenze, schon im Jahre 2006 allein durch den Abbau von Subventionen und Vergünstigungen zu erreichen, die die Konjunktur nicht belasten und gleichzeitig den Druck zur strukturellen Änderung beim Subventionsabbau und beim Streichen von Steuervergünstigungen belässt.

Herr Heise schreibt den potenziellen Koalitionären ins Stammbuch, dass sich die Einnahmesituation der Länder und Gemeinden erhöhen soll, anstatt die Mehrwertsteuer zu erhöhen. Dies würde die Entwicklung der Nachfrage, die gerade erst Tritt fasst, wieder dämpfen.

Völlig richtig! Dieses Land braucht eine Politik der Nachhaltigkeit und der Gerechtigkeit und Mut zur Zukunft. Sie haben die Chance, mit uns ein Signal nach Berlin zu geben, indem Sie heute unserem Antrag gegen die Mehrwertsteuererhöhung zustimmen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Löhrmann. – Für die CDU-Fraktion hat Herr Krückel das Wort.

Bernd Krückel[*)] (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Schon am 13. Juli 2005 hatten wir in diesem Hause intensiv über das Thema Umsatzsteuererhöhung debattiert. Ich denke, der eine oder andere wird sich noch erinnern. Aber für die Vergesslichen von uns: Schon damals war es die Position der CDU, dass eine isolierte Debatte über eine Umsatzsteuererhöhung der Notwendigkeit eines Gesamtkonzeptes zur Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft nicht gerecht wird. Eine solche Debatte trägt nur zur Verunsicherung der Bürger bei. Zu-

nächst bleibt abzuwarten, wie sich die Koalitionspartner in Berlin entscheiden werden.

Statt hier über ungelegte Eier zu reden, sollten wir alle miteinander darüber nachdenken, was wirklich dringend angezeigt ist, nämlich: Wie kann unser Land erneuert werden? Denn diese Erneuerung ist nach sieben Jahren rot-grüner Regierung im Bund dringend notwendig.

(Beifall von der CDU)

Gerade vor meinem beruflichen Hintergrund als Steuerberater kann ich mich der Feststellung von Roland Koch vom 26. Oktober dieses Jahres nur anschließen – ich zitiere –:

> Würden die Regeln des privatwirtschaftlichen Insolvenzrechtes gelten, dann würde jede Minute, die man zögert, beim Insolvenzgericht die Insolvenz des Unternehmens Deutschland anzumelden, eine Straftat darstellen.

So weit ist es mit Deutschland gekommen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Ich frage mich: Wer hat diese Situation zu verantworten?

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Löhrmann?

Bernd Krückel[*)] (CDU): Nein, jetzt nicht.

Vizepräsident Edgar Moron: Gut.

Bernd Krückel[*)] (CDU): Wer hatte ab 1998 und darüber hinaus ab 2002 die Regierungsverantwortung zu tragen? – Es waren auch die Grünen, die am Kabinettstisch der Regierung Schröder gesessen haben und für diese Situation mit verantwortlich sind.

(Beifall von der CDU)

Die Damen und Herren Fischer, Künast und Trittin haben mit ihren teuren Prestigeprojekten maßgeblich dazu beigetragen, dass Deutschland über seine Verhältnisse gelebt hat.

(Beifall von der CDU – Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Welche meinen Sie denn?)

Wie katastrophal die Lage ist, zeigen die Fakten. Nach Berechnungen von Union und SPD fehlen dem Bund im nächsten Jahr 35 Milliarden €.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Skeptiker erwarten sogar eine Unterdeckung von 70 Milliarden €. Die Staatsverschuldung der Bundesrepublik Deutschland beträgt nach OECD-Angaben 71,6 % vom Bruttoinlandsprodukt. Damit ist Deutschland sehr weit von dem einen der beiden Referenzwerte des Maastricht-Vertrages, von 60 % des Bruttoinlandsproduktes, entfernt.

(Sören Link [SPD]: Das hat alles Rot-Grün zu verantworten?)

Während im Zeitraum von 1998 bis 2005 in den meisten EU-Ländern die Staatsverschuldung zurückgegangen ist, stieg sie in diesem Zeitraum in Deutschland deutlich an – so schnell wie in keinem anderen europäischen Land.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Zur Wiederholung, Frau Löhrmann: Von 1998 an waren neben der SPD auch die Grünen in der Regierungsverantwortung.

(Beifall von der CDU)

In den vergangenen vier Jahren verstieß die Bundesrepublik Deutschland jeweils gegen das weitere Kriterium des Maastricht-Vertrages, das Drei-Prozent-Defizit-Kriterium: im Jahre 2002 mit 3,7 %, 2003 mit 4 %, im Jahre 2004 mit 3,7 % und im laufenden Jahr, 2005, mit 3,5 %. Das können Sie nachlesen. Es steht im Herbst-Gutachten der sechs führenden Wirtschaftsforschungsinstitute vom 20. Oktober diesen Jahres.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Sie würgen die Konjunktur ab!)

Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, haben auch die Grünen mit zu verantworten.

Letztlich ist die Lage doch so: Wenn jetzt nichts passiert, dann wird Deutschland spätestens 2007 hohe Strafen bezahlen müssen. Von diesen Strafzahlungen wäre Nordrhein-Westfalen massiv betroffen. Was das angesichts der finanziellen Lage des Landes nach 39 Jahren SPD-Regierung bzw. zehn Jahren rot-grüner Regierung bedeutet, das muss ich hier, glaube ich, niemandem erklären.

Auch in diesem Land haben die Grünen maßgeblich dazu beitragen, die Staatsverschuldung in die Höhe zu treiben.

Weitere Ausführungen möchte ich mir an dieser Stelle im Hinblick auf die einzuhaltende Zeitvorgabe und die bereits im Juli geführte Debatte sparen. Doch lassen Sie mich nur eines zum Abschluss anmerken: Anstelle eines solch überflüssigen Antrags, wie wir ihn hier vonseiten der Grünen vorfinden, sollten wir lieber alle konstruktiv daran mitarbeiten, dieses Land wieder nach vorne zu bringen.

Nichts ist jetzt dringender erforderlich als konstruktives und zukunftsorientiertes Handeln. Ich lade Sie herzlich ein, zusammen mit uns daran mitzuwirken. – Danke schön.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Krückel. – Für die SPD-Fraktion hat Frau Walsken das Wort.

Gisela Walsken[*)] (SPD): Herr Kollege Schittges freut sich am meisten.

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Krückel, Ihr Appell in allen Ehren, aber ich glaube, Sie müssten noch einmal einen Moment darüber nachdenken, was Sie mit Ihrer Mehrheit im Bundesrat zum Thema Subventionsabbau in den ganzen Jahren verhindert haben. Sie müssten noch einmal darüber nachdenken, warum wir es nicht geschafft haben, nennenswert die Eigenheimzulage abzubauen, und warum wir es nicht geschafft haben, die Mindestbesteuerung für Unternehmensgewinne so zu gestalten, dass es Mehreinnahmen in der Staatskasse gab. Es lag daran, dass Sie den Bundesrat in den letzten Jahren genutzt haben, um jede Form von Subventionsabbau zu blockieren. Das gehört an dieser Stelle der Redlichkeit halber auch dazu.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wenn man einen solchen Antrag diskutiert, muss man auch noch einmal einen Moment innehalten und sich ins Gedächtnis rufen, was es für Diskussionen in der eigenen Partei, insbesondere in der CDU, gab. Diese hat sich per Parteitagsbeschluss sehr rasch auf eine Mehrwertsteuererhöhung festgelegt: Steuererhöhungspartei. – Sie hat aber bis heute einen Dissens in den eigenen Reihen über die Frage, was man mit dem Geld machen soll. Die einen haben damit Lohnnebenkosten senken wollen. Das haben wir im Juli diskutiert. Die anderen aus Hagen sagten, das wollen und brauchen wir gar nicht. Heute sagt die dritte Partei in Person des saarländischen Ministerpräsidenten, wir wollen den Anteil der Mehrwertsteuererhöhung für die Länder, um die Haushaltslöcher zu stopfen. Das können Sie heute in der Presse nachlesen.

(Zuruf von der CDU)

Ich werde nicht müde, diesen Dissens zu benennen, was auch immer Sie dazwischen rufen. Sie können gern eine Zwischenfrage stellen.

(Zuruf von der CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Frau Abgeordnete Walsken, Herr Abgeordneter Dr. Papke hat eine Zwischenfrage. Lassen Sie diese zu?

Gisela Walsken[*)] (SPD): Natürlich.

Vizepräsident Edgar Moron: Ja, dann machen wir das doch. – Bitte schön.

Dr. Gerhard Papke (FDP): Danke schön. – Frau Kollegin Walsken, bevor Ihre Redezeit gleich vorbei ist und Sie das Wort Mehrwertsteuer nur einmal in den Mund genommen haben, darf ich Ihnen jetzt schon die Frage zurufen, ob die SPD nun der Mehrwertsteuererhöhung zustimmen wird, die Sie persönlich vor wenigen Wochen noch massiv kritisiert und bekämpft haben.

Gisela Walsken[*)] (SPD): Herr Kollege, ich werde die restlichen Minuten nutzen, um Ihre Frage exklusiv und nur für Sie zu beantworten.

(Heiterkeit von der SPD)

Das ist nämlich Gegenstand meines Redebeitrags. Ich weiß noch nicht, wie viel Minuten Zeit ich dafür habe – die Zeit ist gerade ausgeblendet, Herr Präsident –, aber ich denke, zwei Minuten und 57 Sekunden dürften reichen, Herr Kollege Papke.

(Zuruf von der CDU)

Meine Damen und Herren, es geht sehr wohl darum, dass die SPD mit ihrem Antrag vom 5. Juli und in der Debatte 14 Tage später eine Mehrwertsteuererhöhung deutlich abgelehnt hat.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie hat sie abgelehnt, weil die Mehrwertsteuererhöhung bei der derzeitigen Situation ein großes Problem für die Binnennachfrage bedeutet. Sie wurde auch deshalb abgelehnt, weil sie einen Ungerechtigkeitsfaktor für Familien und die Bezieher niedriger Einkommen bedeutet. An dieser Position ist nichts, aber auch gar nichts zu verändern, Herr Kollege Papke. Ganz im Gegenteil.

Ich will noch einmal mit Hilfe des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung ganz deutlich in Erinnerung rufen, warum wir in der Debatte im Juli erklärt haben, auch eine Verbindung mit der Absenkung der Lohnnebenkosten kommt für uns nicht infrage. Das Deutsche Institut hat damals berechet: Unterstellt eine zweiprozentige Belastung, führt dies zu einem Prozent Belastung aller Bruttoeinkommen. Bei Familien fallen diese Belastungen noch höher aus; denn die Mehr-

wertsteuer zahlen alle: Arbeitnehmer, Selbstständige, Rentner, Studenten und Arbeitslose.

Wenn ich die Erhöhung an die Lohnnebenkosten kopple, wie von weiten Teilen der CDU und CSU vorgeschlagen, dann wären von vornherein alle von einer Belastung betroffen, Herr Kollege. Diejenigen, die keine Sozialversicherungsbeiträge bezahlen, wären benachteiligt. Das habe ich damals schon gesagt. Das sind immerhin 53 % der Haushalte. Das hat das Institut festgestellt. Das entspricht fast 40 Millionen Personen in diesem Land.

Das bedeutet einen Entzug von Kaufkraft. Dazu stehen wir. Es schadet der Binnenwirtschaft und ist deshalb Gift.

Unsere Position hat sich nicht verändert. Gleichwohl ist der Gerechtigkeitsaspekt für uns wichtig, Herr Kollege – sehr wichtig. Deshalb schlucken wir eine große Kröte, was für uns außerordentlich schwierig ist. Das gebe ich unumwunden zu. Wir befinden uns aber auf dem Verhandlungsweg zu einer großen Koalition. Wir sind nur in der Lage, diese Kröte zu schlucken, wenn in diesem Land gleichzeitig eine weitere Belastung derjenigen stattfindet, die man als reich und als gut verdienend bezeichnen kann.

(Zurufe von der CDU – Unruhe)

Dieser Kontext wird von uns hergestellt, meine Damen und Herren. Es ist egal, ob Sie es hören wollen oder nicht.

(Unruhe)

Wir werden nur diesem Paket zustimmen und keiner isolierten Erhöhung der Mehrwertsteuer; wir werden nicht zustimmen, solange nicht klar ist, dass die Menschen, die deutlich große Einkommen haben – wir brauchen über die Summe nicht zu streiten – zusätzlich belastet werden.

(Beifall von der SPD)

Ob das in Form einer Reichensteuer mit einer Belastung von 3 % zusätzlich ab einer gewissen Grenze passiert oder ob wir den Spitzensteuersatz auf 45 % anheben: An dieser Stelle sind wir gesprächs- und diskussionsbereit.

Ich sage abschließend: Es ist mit uns nicht machbar, isoliert eine Erhöhung der Mehrwertsteuer vorzunehmen. Sie ist nur in einem Paket machbar. Das bedeutet den Abbau von Subventionen – insbesondere der Eigenheimzulage – und eine zusätzliche Belastung der großen und stark verdienenden Schultern in diesem Land. Das ist unsere Position und wird es bleiben. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Walsken. – Als nächste Rednerin hat Frau Freimuth das Wort.

Angela Freimuth (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Der Antrag hätte auch von Ihnen sein können! Sie durften ihn nur nicht stellen!)

– Ja, Frau Kollegin Löhrmann. Der Antrag hätte auch von uns sein können, wenn er denn richtig gestellt wäre.

(Beifall von der FDP)

Um es ganz klar zu sagen: Wir lehnen eine Mehrwertsteuererhöhung ganz eindeutig ab.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das habe ich auch schon im Juli in diesem Hause erklärt. Es ist also für jemanden in diesem Hause keinesfalls eine Überraschung.

In dem Antrag der Kolleginnen und Kollegen der Grünen allerdings steht: Die Grünen lehnen eine Erhöhung der Mehrwertsteuer zum Stopfen von Haushaltslöchern ab. – Das impliziert die Möglichkeit, dass die Grünen bei anderen Verwendungszwecken sehr wohl für eine Erhöhung der Mehrwertsteuer sind.

Das, liebe Kollegin Löhrmann, unterscheidet uns ganz maßgeblich.

(Ralf Jäger [SPD]: Wirklich ein sehr überzeugendes Argument!)

Wir haben in diesem Parlament schon an verschiedenen Stellen diese Diskussion um die Erhöhung der Mehrwertsteuer erlebt. Die Argumente, insbesondere dass damit das Konsumverhalten und die Binnennachfrage ganz erheblich beeinträchtigt würden und dass das Gift für die Konjunktur sei, sind schon verschiedentlich vorgetragen worden. Ich kann für die FDP-Fraktion auch nur noch einmal nachdrücklich betonen, dass das genau unserer Auffassung entspricht.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

– Liebe Kollegin Löhrmann, ich habe Ihre Meldung gesehen, aber ich möchte meine Gedanken

erst zu Ende führen. Eventuell kann ich Ihre Frage dann ja später noch beantworten.

Wenn wir uns die Situation im Land Nordrhein-Westfalen und in der Bundesrepublik Deutschland angucken, dann stellen wir fest: Wir haben eine Rekordverschuldung. Immerhin ist das mittlerweile auch anerkannt. Wir haben nach wie vor eine Rekordarbeitslosigkeit. Wir haben eine viel zu hohe Steuer- und Abgabenlast. Und wir haben – das ist mittlerweile auch unstreitig – eine viel zu geringe Binnennachfrage, da die Menschen das Geld, das Wenige, was sie haben, einfach sparen, weil sie Angst haben, es auszugeben, es zu konsumieren. Die Menschen in diesem Land haben Existenzängste. Das muss man hier gelegentlich auch einmal an die Adresse all derer gerichtet, die es angeht, aussprechen.

Wenn Sie jetzt in einer solchen Situation auch noch die Verabredung treffen, die Mehrwertsteuer anzuheben, und zwar deutlich, was sich ja im Augenblick in der Diskussion befindet, dann machen Sie gerade die ganz kleinen Ansätze der Binnennachfrage, die wir dringend und zwingend brauchen, kaputt. Sie legen damit die Axt an die Chance, im Land Nordrhein-Westfalen und in der Bundesrepublik Deutschland eine höhere Beschäftigungsquote und mehr Arbeitsplätze zu bekommen. Das, meine Damen und Herren, findet nicht unsere Zustimmung.

Vizepräsident Edgar Moron: Frau Freimuth, lassen Sie jetzt eine Zwischenfrage von Frau Löhrmann zu?

Angela Freimuth (FDP): Nein, ich möchte das erst zu Ende führen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das ist aber wichtig für die Abstimmung!)

Frau Kollegin Walsken, Sie haben hier ja immerhin noch im Juli mit Leidenschaft und Inbrunst vertreten, warum denn eine Mehrwertsteuererhöhung Gift sei, und zwar mit guten Argumenten, wie ich bereits im Juli zugestanden habe.

Jetzt sprechen Sie hier von einer Reichensteuer; ich betitele sie als reine Neidsteuer. Sie haben immer nur im Kopf, wie Sie von den Bürgern noch mehr Geld bekommen können. Bezeichnend fand ich in diesem Zusammenhang schon die Frage, was mit dem Geld eigentlich gemacht werden soll.

Meine Damen und Herren, das ist das Geld der Bürgerinnen und Bürger. Die FDP ist der Meinung, dass die Bürgerinnen und Bürger damit auch am besten umgehen können und dass wir es in ihrer Tasche belassen sollten, anstatt es in irgendwelche schönen Projekte zu stecken, um damit die Begehrlichkeiten des einen oder anderen zu befriedigen.

(Beifall von FDP und CDU)

Eines ist ja bei dem Ganzen, was hier im Augenblick an Pirouetten gedreht wird, um wieder einmal eine Steuererhöhung zu rechtfertigen, besonders verlogen: Bei all dem, was wir an Abschaffung von Steuersondertatbeständen, an Abschaffung von Subventionen diskutieren, finde ich es dann schon bemerkenswert, dass Sie die Steinkohlesubventionen nach wie vor ausklammern und daran festhalten.

Ich kann es einfach nur immer wieder betonen: So lange Sie an diesen Steinkohlesubventionen festhalten und dafür den Bürgerinnen und Bürgern mehr Geld, mehr Steuern aus der Tasche ziehen wollen, ist und bleibt das, was Sie hier vorhaben, unsozial. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Freimuth, für Ihren Beitrag. – Für die Landesregierung erteile ich Finanzminister Dr. Linssen das Wort.

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als Fraktion der Grünen hätte ich mir doch sehr gut überlegt, ob ich hier eine solche Debatte anzettele.

(Beifall von der CDU)

Man muss ja immerhin sehen, Frau Löhrmann, dass Sie damit den Fokus auf einen Tatbestand richten, der so bedauernswert ist, dass offensichtlich potenzielle Koalitionäre in Berlin nicht mehr ein noch aus wissen und zu diesem von uns allen ungeliebten Instrument der Mehrwertsteuererhöhung greifen wollen.

Verursacht ist das durch Ihre Finanzpolitik der letzten Jahre.

(Beifall von CDU und FDP)

Darauf wollen Sie mit dieser Debatte aufmerksam machen, Frau Löhrmann. Ich danke Ihnen dafür.

Die Koalitionsverhandlungen haben gezeigt, dass ein Loch von 35 Milliarden € zu stopfen ist. Dieses Loch ist sicherlich nicht von jetzt auf gleich entstanden, sondern Sie haben dadurch, dass Sie jahrelang die Sache immer vor sich her gescho-

ben haben, erheblich zu dieser großen Schwierigkeit beigetragen.

(Beifall von der CDU)

In der „Rheinischen Post“ von heute ist zu lesen, was der Soziologe Niklas Luhmann sagt: Politik wartet offensichtlich darauf, dass die Probleme so dringlich werden, dass man ohne Aussicht auf Verlust von Wählerstimmen aktiv werden kann.

Ja, das ist das Problem, dass offensichtlich das Kind immer erst in den Brunnen gefallen sein muss, bevor dann gehandelt wird. Dann muss zu Instrumenten gegriffen werden, die wir alle als sehr schwer verträglich bezeichnen.

Ich habe hier in den vorhergehenden Debatten sehr deutlich gemacht, dass eine Mehrwertsteuererhöhung eine Kröte ist, die man nur schlucken kann, wenn man auf der anderen Seite etwas bekommt, was einen größeren Erfolg verspricht. Deshalb bin ich immer dafür eingetreten, in einem solchen Zweifelsfall für die Senkung der Lohnnebenkosten zu plädieren, damit es endlich zu der von uns allen seit Jahren erhofften Wirtschaftsbelebung

(Beifall von der CDU)

und zu mehr Arbeit und Wachstum kommt.

Die Maastricht-Kriterien haben Sie offensichtlich in der früheren Koalition in Berlin überhaupt nicht interessiert. Ich begrüße es, wenn jetzt eine Koalition endlich sagt: Wir wollen sie wenigstens 2007 einhalten. Sie haben dazu beigetragen, dass sie aufgeweicht wurden und nach Möglichkeit überhaupt keine Geltung mehr haben sollen.

(Beifall von der CDU)

Frau Löhrmann, Sie haben davon gesprochen, dass offensichtlich eine Täuschung der Wähler stattfindet. Wir als CDU haben vor der Wahl gesagt, dass wir die Mehrwertsteuer erhöhen wollen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Wofür? Lohnnebenkosten!)

Insofern kann sich kein Wähler getäuscht fühlen. Es ist allerdings über die Höhe zu sprechen und darüber, ob es neben der Senkung der Lohnnebenkosten einen Teil gibt, der am Ende eines Diskussionsprozesses zur Haushaltskonsolidierung erforderlich ist. Das ist das große Problem.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Aha! Das haben Sie vor der Wahl so aber nicht gesagt!)

– Liebe Frau Löhrmann, die Täuschung der Wähler hat dadurch stattgefunden, dass Sie jahrelang die wahren Haushaltsverhältnisse nicht offenkundig gemacht haben.

(Beifall von CDU und FDP)

Es muss mit einem Gesamtkonzept, das wohl Ende der Woche vorliegt, klar werden, dass zunächst alle Möglichkeiten des Sparens wirklich ausgenutzt werden. Das ist der Subventionsabbau, von dem Sie gesagt haben, Sie hätten ihn immer gefordert.

Nun stellen Sie sich einmal vor, die frühere Opposition hätte dem beigegeben. Dann wäre das Geld, das wir jetzt wenigstens noch als Spielraum haben, auch schon verbraten worden. Das ist die Tatsache.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Finanzminister, ich habe zwei Wortmeldungen zu Zwischenfragen, und zwar von Herrn Becker und von Frau Löhrmann. Lassen Sie die zu?

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Ja bitte.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Becker hat sich weggedrückt. Dann ist jetzt Frau Löhrmann dran. – Drücken Sie sich noch einmal ein, Herr Becker.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Herr Dr. Linssen, wie erklären Sie sich die Schlagzeilen und die Kommentierung dieser Maßnahme durch die gesamte öffentliche Presse, auch die Wirtschaftspresse? Können Sie uns das einmal erklären?

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Liebe Frau Löhrmann, ich komme gleich noch dazu. Dass eine Mehrwertsteuererhöhung auch aus Sicht von Wirtschaftsexperten ein großes Problem ist, habe ich immer betont. Ich habe zu dem Tatbestand zwei Debatten geführt. Das ist jetzt die dritte, die allerdings unter etwas veränderten Verhältnissen stattfindet. Jetzt sind Sie diejenigen, die gegen eine Erhöhung der Mehrwertsteuer antreten, und die SPD hat Schwierigkeiten, ihr Ja zu einer Mehrwertsteuererhöhung zu erklären, was ich nachvollziehen kann.

Ich glaube, dass Frau Walsken die Methode „Haltet den Dieb!“ gewählt hat, um möglichst davon abzulenken, was Sie doch sehr beschwert.

(Gisela Walsken [SPD]. Ganz klar und deutlich!)

– Ich kann das nachvollziehen, Frau Walsken. Mir ginge es, glaube ich, an Ihrer Stelle genauso.

Vizepräsident Edgar Moron: Darf ich dann dem zweiten Fragesteller das Wort erteilen?

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Bitte schön.

Vizepräsident Edgar Moron: Bitte schön, Herr Becker.

Horst Becker[*)] (GRÜNE): Herr Minister, würden Sie mir in Anbetracht Ihrer Ausführungen von eben zustimmen, dass das nicht in Deckung zu bringen ist mit dem Hinweis darauf, dass der langjährige Finanzminister Waigel der CSU und der langjährige Finanzminister Eichel der SPD angehört hat? Würden Sie mir weiterhin zustimmen, dass jetzt nicht mehr die Rede davon ist, dass die gesamte Mehrwertsteuererhöhung dafür genutzt werden soll, die Lohnnebenkosten zu senken, sondern die Rede davon ist, dass sie zu allem Möglichen in der Haushaltsdefizitabdeckung dienen soll?

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Auf den letzten Teil Ihrer Frage komme ich gleich sehr ausführlich.

Beim ersten Teil, was Herrn Waigel angeht, weiß ich nicht, welches Zitat von ihm Sie jetzt im Auge haben. Natürlich hat Herr Waigel während seiner langen Amtszeit und danach vieles erklärt. Ich weiß nicht, worauf Sie sich jetzt beziehen.

(Horst Becker [GRÜNE]: Auf die Schulden! – Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Auf die Schulden! – Johannes Remmel [GRÜNE]: Auf die schwarzen Löcher!)

– Dass die Schulden ein Ausmaß erreicht haben, das kaum noch zu überbieten ist, haben wir im Wahlkampf immer betont. Sie haben das aber nicht klargestellt, um es deutlich zu sagen.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, in den früheren Debatten immer betont zu haben, dass entscheidend ist, dass wir mit Verbesserungen auf der Einnahmenseite erst beginnen, wenn tatsächlich die Ausgabenseite nach allen Regeln der Kunst durchforstet worden ist. Da kommt es auf Subventionsabbau an, da kommt es auf Abbau von Steuervergünstigungen an. Ich glaube, wir sollten uns am Ende der Woche erst einmal ansehen, was tatsächlich herauskommt, bevor wir jetzt eine Debatte führen, wie wir sie aus den Zeiten kurz vor der letzten Bundestagswahl kennen.

Ich glaube, dass es richtig ist, wenn wir zumindest 1 % dieser Mehrwertsteuererhöhung für die Senkung der Lohnnebenkosten verwenden. Dass das andere Prozent jetzt aus der Nürnberger Anstalt und den Ersparnissen dort kommen soll, freut mich, weil man so sehr viel schneller zu Effizienzgewinnen in diesem Sektor kommen kann. Dass dann die Konsolidierung des Haushalts eine Restgröße erfordert, die vermutlich über Mehrwertsteuererhöhungen gedeckt werden soll, ist eine Kröte, die wir, wenn anderen Kürzungen auf der Ausgabenseite versagen, schlucken müssen, weil es eine astronomische Verschuldung gibt und weil wir das Maastricht-Kriterium endlich einhalten müssen.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, wenn der Bund allerdings diese Mittel zur Konsolidierung seines Haushaltes benutzen will und muss, dann ist es die Pflicht der Länder, darauf zu pochen, dass sie zu 50 % oder einem entsprechenden Anteil an dieser Mehrwertsteuererhöhung teilnehmen. Ich habe immer wieder betont: Wenn eine Mehrwertsteuererhöhung zur Senkung der Lohnnebenkosten verwandt wird, muss das Geld auch beim Bund bleiben. Wenn sie zur reinen Konsolidierung des Haushalts benutzt wird, haben die Länder selbstverständlich das Recht, ihren Teil zu bekommen.

Ich glaube, dass wir uns das Gesamtpaket anschauen, danach hier debattieren und nicht auf Zwischenstände allein unsere Debatte beziehen sollten.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Wir wollen aber Einfluss nehmen!)

Ich verstehe Ihren Beitrag als Hinweis darauf, dass Sie an dieser Misere schuld sind, in den letzten sieben Jahren dazu beigetragen haben, dass Sie darauf hinweisen wollen, wie schwierig es ist, aber in den letzten Jahren selber nichts zur Lösung der schwierigen Haushaltskrise in Berlin beigetragen haben.

(Beifall von CDU und FDP – Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Oh!)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Minister.

Nach der Geschäftsordnung wird über Eilanträge sofort und direkt abgestimmt. Deshalb lasse ich über den **Eilantrag,** eingebracht von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, **Drucksache 14/604** abstimmen. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Fraktion Bündnis 90/Die

Grünen und Teile von CDU und FDP. Habe ich das richtig gesehen?

(Widerspruch bei CDU und FDP)

Ich nehme an, das war ein Irrtum. Ich lasse noch einmal abstimmen.

Wer ist für den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen? – Das ist die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – Das sind CDU, FDP und SPD. Enthält sich jemand? – Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen **abgelehnt.**

Meine Damen und Herren, wir kommen zu:

7 Für eine praktikable neue EU-Chemikalienpolitik – Interessen von Beschäftigten, Verbrauchern, Umwelt und Unternehmen wahren

Antrag
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/610

Ich eröffne die Beratung. Als erster Redner hat der CDU-Abgeordnete Herr Kress das Wort. Bitte schön.

Karl Kress (CDU): Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Bereits seit dem Jahre 2001 diskutieren wir hier im Landtag die EU-Chemikalienpolitik, diskutieren wir Reach. Erst am 27. Oktober dieses Jahres haben alle Fraktionen im Rahmen einer Sondersitzung des Fachausschusses verabredet, einen gemeinsamen Antrag zu Reach zu formulieren und in der heutigen Plenarsitzung zu verabschieden. Das ist gut so. Reach muss praktikabel sein.

Durch die EU-Verordnung sollen Kenntnisdefizite bei den Altstoffen beseitigt werden; das sind alle Stoffe, die bereits vor 1981 auf dem Markt waren. Die Eigenverantwortung der Hersteller soll gestärkt und die Kommunikation innerhalb der Wertstoffkette verbessert werden.

Inzwischen ist die entscheidende Phase bei den Beratungen in Brüssel erreicht. Ab dem 14. November dieses Jahres finden Abschlussberatungen im Europäischen Parlament statt. Der Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie, der Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz sowie der Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit haben ihre Beratungen beendet und Beschlüsse mit unterschiedlicher Tendenz gefasst.

Diese unterschiedlichen Beschlüsse machen uns sehr große Sorgen. So will der Binnenmarktausschuss die Datenforderung erst ab einer Produktion von 100 Jahrestonnen erheben. Der Industrieausschuss hat die Grenze bei 10 Jahrestonnen festgelegt. Der Umweltausschuss fordert die Sicherheitsbewertung für alle Stoffe schon ab einer Produktionsmenge von 1 t. Das Abstimmungsergebnis im Ausschuss war übrigens 31:30. Die Kommission hatte als Grenzwert 10 t vorgeschlagen. Die Genehmigungen für die diversen Verwendungen wurden vom Umweltausschuss auf fünf Jahre und vom Binnenmarktausschuss auf sieben Jahre befristet. Der Industrieausschuss will die fallweise Entscheidung. Begründete, voneinander abweichende Ausnahmen bei der Registrierungspflicht von FuE-Stoffen oder Polymeren finden sich in insgesamt 56 Änderungsanträgen wieder.

Meine Damen und Herren, die EU-Chemikalienpolitik ist für die zukünftige Innovationsfähigkeit der chemischen Industrie, der Industrie im Allgemeinen hier in Nordrhein-Westfalen von fundamentaler Bedeutung. Über 110.000 direkt betroffene Arbeitnehmer und ca. 350.000 Kolleginnen und Kollegen in nordrhein-westfälischen Zulieferbetrieben erwarten eine praktikable Reform des Chemikalienrechts. Sie erwarten, dass das Bewertungssystem Reach umsetzbar gestaltet und nicht zu einem Jobkiller wird. Sie erwarten, dass wir uns hier im Landtag eindeutig positionieren und gleichermaßen für die Sicherheit am Arbeitsplatz wie für die Sicherheit des Arbeitsplatzes eintreten.

Meine Damen und Herren, wenn das Ziel erreicht werden soll, den Gesundheits- und Umweltschutz in der EU durch Reach zu verbessern, ohne dass die Wettbewerbsfähigkeit der chemischen Industrie in unserem Lande gefährdet wird, dann müssen die in unserem Antrag genannten Forderungen insbesondere den aus Nordrhein-Westfalen stammenden Europaabgeordneten übermittelt werden. Die müssen sie auch vertreten.

Alle im Antragstext aufgeführten Punkte sind Ergebnisse unseres NRW-Praxistests, unseres Planspiels und wurden gleichermaßen auch nach dem europäischen Testlauf Sport und in der KPMG-Studie zu Reach erhoben. Wir fordern, dass die Anforderungen an Registrierung, Bewertung und Autorisierung so praktikabel ausgestaltet werden, dass sie auch von kleinen und mittleren Unternehmen erfüllt werden können. Wir fordern,

dass Importe den gleichen Regeln unterliegen wie Stoffe des europäischen Binnenmarkts.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in keinem europäischen Land wurden durch die Industrie so große Vorleistungen erbracht wie in Deutschland durch die chemische Industrie. Durch die freiwillige Selbstverpflichtung der Chemie wurden bereits Datenblätter mit Stoffbewertungen und Eckwerte für die maximale Konzentration von Stoffen am Arbeitsplatz erstellt, wurden Alt- und Neustoffe in Gefährdungsklassen eingestuft und auch die Mitarbeiter entsprechend geschult.

Dieser große Erfahrungsschatz der Berufsgenossenschaften, der IG BCE, des VCI, aber auch der Fachmediziner muss insbesondere bei der praktikablen Einführung des Reach-Systems genutzt werden. Dadurch können zusätzliche Prüfverfahren vermieden und aufwendige Zusatzprüfungen verzichtbar gemacht werden. Insbesondere sollten auch unnötige Wiederholungen von Tierversuchen vermieden werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, für den Chemiestandort Nordrhein-Westfalen ist es notwendig, dass die Interessen unseres Landes in der weiteren Diskussion geradlinig und mit einer Stimme vertreten werden. Darum begrüße ich es, dass der vorliegende Antrag gleichermaßen von CDU, FDP und SPD formuliert und gestützt wird. Damit unterstützen wir auch unsere Landesregierung, die in Brüssel wie in Berlin dafür eintritt, dass durch die Reform der EU-Chemikalienpolitik kein Wettbewerbsnachteil für den Chemiestandort, für den Industriestandort NRW entsteht.

Wir wollen, dass die guten Entwicklungschancen für das technologische Spitzenfeld Chemie in unserem Land genutzt und die Ausgaben für Forschung und Entwicklung nicht zurückgefahren werden. Vorfahrt für Arbeit! Neue Produkte schaffen Arbeitsplätze. In diesem Sinne verstehen wir den gemeinsamen Antrag von CDU, FDP und SPD und erbitten die Zustimmung des Hauses. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kress. – Für die SPD-Fraktion Herr Kuschke. Bitte schön.

Wolfram Kuschke (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich kann mich kurz fassen. Wesentliche Aspekte der Vorgeschichte und des aktuellen Standes sind bereits von meinem Vorredner erwähnt worden. Lassen Sie mich aber noch vier Punkte unterstreichen.

Punkt 1. Wir hatten uns in der angesprochenen Ausschusssitzung Sorgen hinsichtlich des Zeitdrucks gemacht, unter dem das Ganze steht. Wir hatten auch die Sorge, dass unter diesem Zeitdruck möglicherweise falsche Entscheidungen getroffen werden. Wir haben erreicht – wir haben versucht, da durch unsere Kontakte zu unseren Europaabgeordneten mitzuhelfen –, dass dieser Punkt zunächst sowohl von der Tagesordnung des Rates als auch von der des Europäischen Parlaments genommen wurde, sodass wir dort jetzt einen etwas längeren Beratungszeitraum haben.

Punkt 2. In der Tat haben wir im Umweltausschuss eine sehr gute Debatte gehabt. Wir waren sehr dankbar dafür – ich will das hier noch einmal unterstreichen –, dass die Landesregierung, Herr Minister Uhlenberg, unsere Anregung in der Sitzung aufgegriffen hat, nicht noch eine „gängige“ Resolution zu verabschieden, sondern den Versuch zu unternehmen, auch aufgrund der Hinweise der Experten in der Sitzung Anforderungskriterien zu formulieren, mit denen wir messen können, ob das Ganze für uns zuträglich, akzeptabel oder nicht akzeptabel ist. Das sind im Grunde genommen die zehn sehr konkreten Punkte, die im Beschlussteil unter II dargestellt worden sind.

Drittens sozusagen ein kleiner Ausblick in die Zukunft: Ich glaube, dass wir gut beraten sind – ich unterstelle jetzt einmal, von Optimismus geprägt, wie ich so bin, Herr Minister, dass wir letztendlich zu einem guten Ergebnis kommen werden –, das Verfahren, das wir eingeübt und gelernt haben, nämlich mit sehr konkreten und pragmatischen Überlegungen an die Sache heranzugehen – Stichwort Planspiel –, weiter anzuwenden, um in der Praxis genau abschätzen zu können, welche Folgen und Konsequenzen sich ergeben, und um den Blick insbesondere auf die kleinen und mittleren Unternehmen zu richten und zu fragen, wie dort die Betroffenheit aussieht. Das ist ein Weg, den wir uns auch bei anderen Vorhaben vorstellen könnten. In nenne das Stichwort Dienstleistungsrichtlinie, das uns zukünftig auch noch beschäftigen wird. Möglicherweise könnte das auch dort ein sinnvolles Vorgehen sein.

Ich hatte gerade von drei Punkten gesprochen, aber es sind letztlich doch vier.

Also viertens: Der Präsident hat gerade darauf hingewiesen, dass es sich um einen Antrag von drei Fraktionen handelt. Wir hatten in der Vergangenheit schon unterschiedliche Situationen: Ein-

mal hatten wir einen Antrag, der von allen vier Fraktionen auf den Weg gebracht worden ist. Der letzte Antrag stammte dann wieder von drei Fraktionen. Wir hatten, Herr Kollege Remmel, lange die Hoffnung, dass es bei diesem Antrag wieder vier Fraktionen sein würden. Aber Sie werden ja gleich noch Stellung zu dem Antrag nehmen.

Ich glaube, dass im Umweltausschuss und auch von den Experten die Belange der Verbraucherinnen und Verbraucher und die Belange des Umweltschutzes sehr gewürdigt worden sind. Sie sind nicht unter den Tisch gefallen, und sie finden sich in dem hier von uns gemeinsam vorgelegten Antrag wieder. Von daher hätten wir es gut gefunden, wenn ein gemeinsames Vorgehen aller vier Fraktionen stattgefunden hätte. Vielleicht gelingt es uns ja, Sie doch noch dazu zu bewegen, diesem Antrag zuzustimmen.

Ansonsten glaube ich, dass es ein guter Weg ist, auf den wir uns verständigt haben, und dass der Antrag ein sehr deutliches Signal sein wird, das in Brüssel seine Wirkung nicht verfehlt. Also: Es war den Schweiß der Edlen wert. – Herzlichen Dank.

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kuschke. – Für die FDP-Fraktion Herr Ellerbrock.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sagen in diesem Plenum auf breiter Basis Ja zu Reach. Wir sagen Ja zu einem neuen Chemikalienrecht. Wir sagen Ja zum Schutz von Mensch und Umwelt. Wir sagen Ja zu einer Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen chemischen Industrie im globalisierten Wettbewerb. Und wir sagen damit auch Ja zur Sicherung von Arbeitsplätzen bei uns. In dieser Hinsicht haben wir schon in der letzten Legislaturperiode eine ganz breite Position in diesem Haus gehabt. Die Grünen verabschieden sich derzeit davon.

In Pressemitteilungen begrüßt Noch-Umweltminister Trittin das Abstimmungsergebnis im EU-Umweltausschuss. Er befürchtet, dass das europäische Chemikaliengesetz, wie von der chemischen Industrie gefordert, weiter verwässert wird, und bringt seine Freude darüber zum Ausdruck, dass der federführende Umweltausschuss des Europäischen Parlaments dieser Entwicklung entgegengetreten ist.

Meine Damen und Herren, da bleibt mir nur noch übrig zu sagen: Wissen ist Macht, Nichtwissen macht nichts, und das ist typisch Trittin.

Die gerade von Ihnen herausgegebene Pressemitteilung, Kollege Remmel, halte ich für außerordentlich bedauerlich. Ich empfinde sie als geistige Brandstiftung. Und es dauert lange, bis ich solche Worte sage.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Da müssen Sie sich mal an Herrn Papke wenden!)

Meine Damen und Herren, hören Sie sich das einfach einmal an. Unter der Überschrift „Remmel zu Reach-Plänen“ heißt es:

„CDU, SPD und FDP machen Menschen zu chemischen Endlagern! … Herr Uhlenberg, wie viele Untersuchungen und Beweise brauchen Sie noch, um zu begreifen, dass wir eine starke Chemikalienrichtlinie brauchen?“

Deswegen haben wir gerade diesen Antrag verabschiedet. – Weiter heißt es in der Pressemitteilung von Herrn Remmel:

„Sie unterstützen die Chemielobby, die mit angeblichen Einbußen und Arbeitsplatzverlusten argumentiert.“

Was heißt denn Chemielobby? Daran sind sämtliche betroffenen Gewerkschaften beteiligt, und es besteht ein breiter politischer Konsens.

(Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE])

Ich zitiere Herrn Remmel weiter:

„Sieht so Ihr Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher vor gefährlichen Umwelteinflüssen aus?“

Ja, so sieht der Schutz aus, Herr Remmel, und zwar in Abstimmung mit den Arbeitnehmervertretern und mit dem VCI. Genauso sieht der Schutz aus!

Herr Remmel, Sie tun hier etwas, was ich bei den Grünen wirklich verachte: Sie betreiben Politik mit der Angst der Menschen. Das finde ich schlimm, das ist geistige Brandstiftung, und das können wir so nicht hinnehmen.

(Beifall von FDP und CDU)

Meine Damen und Herren, ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich der IG BCE und dem VCI Dank sagen, dass in der Sondersitzung des Umweltausschusses in der letzten Woche eine über die Resolutionsberatung hinausgehende Diskussion erfolgt ist, die letztendlich zu dem gemeinsam getragenen Antrag geführt hat. Diesen Antrag werden wir unterstützen.

Wir stehen Wort für Wort zu dem, was in dem Antrag steht. Wir sagen Ja dazu, die chemische Industrie zu stärken. Wir sagen Ja zum Umweltschutz, zum Verbraucherschutz und zum Arbeits-

schutz. Und wir treten der politischen Brandstiftung, die sich die Grünen durch Sie, Herr Remmel, hier in einer Entgleisung geleistet haben, eindeutig und klar entgegen. So geht es nicht. – Danke schön.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank Herr Ellerbrock. – Jetzt hat für die Grünen Herr Remmel das Wort.

Johannes Remmel[*)] (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen sehr geehrten Damen und Herren! Da bleiben mir etwas die Worte im Halse stecken, Herr Ellerbrock. „Gut gebrüllt, Löwe!“, würde ich anmerken wollen. Aber ich hätte mich gefreut, wenn Sie zu den Meldungen und Presseberichterstattungen, die wir alle zu diesem Thema in den letzten Tagen haben lesen können, tatsächlich Stellung genommen hätten.

Ich nenne beispielsweise eine Untersuchung der Organisation Greenpeace. Diese hat in 20 europäischen Ländern durch umfangreiche Probenahmen festgestellt, dass sich in jedem Aal ein Chemiecocktail findet.

Vor allem Stoffe wie Brom oder Flammschutzmittel tauchen da auf, die über die Kleidung in die Gewässer geraten. Offensichtlich werden diese Chemikalien entsprechend weitergetragen.

Oder: Die Kinderärzte und Krebsspezialisten haben gestern in einer großen Konferenz in Brüssel gesagt: Die Chemikalienrichtlinie darf nicht aufgeweicht werden; denn die Zahl der Krebserkrankungen und Allergien steigt dramatisch.

(Beifall von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Ich hätte mir gewünscht, dass Sie dazu Stellung genommen hätten.

Die Bundesärztekammer kommt zu der Feststellung, dass sich im Blut eines Europäers heutzutage bis zu 300 Chemikalien finden und sogar in der Nabelschnur von ungeborenen Kindern Chemikalien gefunden werden können.

Die Wirkungen vieler Stoffe sind unbekannt. Das Zusammenwirken dieser Chemikalien im Kontext ist ebenfalls nicht bekannt. Deshalb ist es wichtig, meine Damen und Herren, dass diese Chemikalienrichtlinie nicht aufgeweicht wird und es zu keinen Veränderungen kommt, jedenfalls nicht in der Form, wie sie in der überwiegenden Zahl in dem Antrag beschrieben sind.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Remmel, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Ellerbrock?

Johannes Remmel[*)] (GRÜNE): Ja, gerne.

Vizepräsident Edgar Moron: Bitte schön.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Kollege Remmel, könnten Sie in diesem Zusammenhang bitte darlegen, wie sich in dieser von Ihnen als Apokalypse dargestellten Welt die Lebenserwartung und die Lebensqualität der Menschen kontinuierlich steigern konnten?

Vizepräsident Edgar Moron: Bitte schön, Herr Remmel.

Johannes Remmel[*)] (GRÜNE): Das erklärt sich sicherlich mit der allgemein höheren Lebenserwartung und damit, dass sich einiges in der Demographie verändert hat.

(Zuruf von der FDP)

Aber ich nehme das Petitum von Kinderärzten, von Krebsspezialisten, der Bundesärztekammer – das sind ja alles keine Grünen-Freunde in dem Sinne – sehr ernst, die darauf hinweisen, dass die Krebsraten in den letzten Jahren dadurch gestiegen sind, dass vermehrt Umwelteinflüsse die Gesundheit schädigen und insbesondere Chemikalien dazu beitragen, dass die Mortalität und die Zahl gewisser Krankheiten ansteigen. Das, meine Damen und Herren, muss man in der Tat ernst nehmen.

Jetzt allerdings zu den wesentlichen Punkten des Antrags. Es ist in der Tat richtig, dass es den Versuch gegeben hat, die Erkenntnisse der Expertenrunde in der fachlichen Dichte auch in einem gemeinsamen Antrag wiederzugeben. Wir haben uns gegenüber diesem Versuch auch aufgeschlossen gezeigt. Aber in zwei zentralen Punkten – und darüber müssen wir in der Tat reden – hat es von Ihrer Seite keine Bewegung gegeben. Und das sind die Punkte, die die Lobby der chemischen Industrie hier eingebracht hat und die nach Brüssel durchgetragen werden sollen. Deshalb weiß ich, wes Geistes Kind Ihre Anträge heute in den zentralen Positionen sind.

Der eine Punkt ist der, dass Sie einen risikoorientierten Ansatz wollen. Das hört sich erst einmal schön an. Die Kommission schlägt einen mengenorientierten Ansatz vor. Für uns und die Experten, die sich damit beschäftigt haben – im Übrigen auch der Experte, den wir im Umweltaus-

schuss um Stellungnahme gebeten hatten und der das nachträglich noch einmal bestätigt hat –, ist dieser risikoorientierte Ansatz geeignet, gegenüber dem, was die Kommission vorschlägt, eine Umkehr vorzunehmen.

Nicht mehr die Unternehmen, die Produzenten, die, die Chemikalien entwickeln, sollen beweisen, wie gefährlich die Chemikalie ist, sondern letztlich die öffentliche Hand, der Staat – also wir alle –, soll über eine Behörde entsprechende Beweise beibringen. Die Umkehr der Beweislast, die richtigerweise durch die Chemikalienrichtlinie in Kraft gesetzt werden soll, soll ausgehöhlt werden. Das ist in der Tat, meine Damen und Herren, etwas anderes als die bisherige Absicht, und das wollen wir nicht.

Der zweite zentrale Punkt ist die Frage der dauernden Zulassung. Sie wollen, dass eine Chemikalie, wenn sie die Registrierung durchlaufen hat, dauerhaft, ewig zugelassen ist. Das kann man doch nicht wollen. Es gibt derzeit eine Vielzahl von Chemikalien, die anerkanntermaßen gefährlich sind. Und es muss doch unser aller Bestreben sein – der Unternehmen und der Politik –, Rahmenbedingungen zu schaffen, gefährliche Substanzen, die wir möglicherweise im Moment noch benötigen, dauerhaft zu ersetzen. Sie dagegen fordern, dass eine gefährliche Substanz, wenn sie einmal genehmigt ist, immer genehmigt bleiben muss. Das kann doch wohl nicht sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn man diese beiden zentralen Punkte auch bei der Fortentwicklung Richtung Innovation in der chemischen Industrie zusammen nimmt, wird deutlich, dass Sie klar die Interessen der großen chemischen Industrie und nicht der kleinen und mittelständischen Unternehmen vertreten. Und dann, meine Damen und Herren, kann ich mir die schönen Girlanden …

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Remmel, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage?

Johannes Remmel[*)] (GRÜNE): Einen kleinen Moment!

… mehr Tierschutz oder möglicherweise die eine oder andere Beseitigung bürokratischer Vorgehensweisen schenken, wenn in den zwei zentralen Punkten die Anforderungen, die ursprünglich die Chemikalienrichtlinie vorsah, unterlaufen und ausgehöhlt werden sollen.

CDU und FDP haben das schon immer vertreten; insofern ist da eine gewisse Geradlinigkeit zu erkennen. Aber die Position der Sozialdemokraten in diesem Hause, wohl wissend, dass der Experte, der in der Sitzung anwesend war und das Planspiel begleitet und gerade an diesem Punkt anders argumentiert hat, verwundert schon.

Ich kann aber durchaus eine Erklärung finden; denn die Berechnungen der EU sagen eindeutig, dass durch die Registrierung …

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Kollege, Ihre Redezeit geht auch mal zu Ende.

Johannes Remmel[*)] (GRÜNE): Ja, ich bin gleich zu Ende.

… Kosten von ungefähr 5,2 Milliarden € entstehen. Das ist kein Pappenstiel innerhalb von elf Jahren. Andererseits aber – und das sagen auch entsprechende Berechnungen der Kommission – können 30 bis 50 Milliarden € Gesundheitskosten bei den Krankenkassen und bei der Allgemeinheit gespart werden. Die Kosten, die da gezahlt werden, müsste die Industrie tragen.

Sie haben deutlich gemacht, wo Ihre Prioritäten sind. Das finde ich bedauerlich. Unsere jedenfalls sind bei den Menschen. Und deshalb lehnen wir den Antrag ab.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Remmel, für Ihren Beitrag. – Meine Damen und Herren, jetzt hat für die Landesregierung Frau Ministerin Thoben das Wort.

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Remmel spricht davon, dass die ursprünglich entworfene Richtlinie keine Veränderungen und keine Aufweichungen erfahren dürfe. Das ist so apodiktisch, dass man mit Ihnen dann gar nicht mehr reden kann.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Aber immer doch!)

Der Entwurf einer Richtlinie muss doch wohl auf Praxistauglichkeit und Wahrscheinlichkeit, dass man die angestrebten Ziele erreicht, überprüft werden dürfen.

(Beifall von der FDP)

Und bei der Überprüfung sind übrigens nicht nur die, die der gemeinen Chemielobby, wie Sie es sehen, sehr nahe stehen, zu anderen Ergebnis-

sen gekommen als Sie, sondern zum Beispiel auch Umweltminister, die der CDU angehören.

Das heißt, das Abwägen ist von allen Beteiligten schon sehr ernsthaft und nicht nur durch eine einseitige Brille vorgenommen worden. Deshalb – Sie haben zwei zentrale Punkte genannt – freut sich die Landesregierung, dass sie im Bundesrat – da wirken übrigens andere Bundesländer mit anderen Mehrheiten mit, da waren Umweltausschüsse beteiligt – für ihre Position eine breite Mehrheit gefunden hat. Wir sind dankbar, dass der Landtag diese Position der Landesregierung gegenüber den Europaabgeordneten unterstützen will. Denn dort finden die nächsten praktischen Sitzungen statt. Herzlichen Dank also für diesen Antrag aus der Mitte des Landtags.

Nun aber noch zu dem, was Sie gesagt haben. Da steht: Sie wollen eine mengenbasierte und keine risikobasierte Beurteilung. Das entlarvt, worum es Ihnen geht. Uns geht es um Risikoabwägung. Wir wollen nicht, dass Menschen Risiken ausgesetzt werden. Aber Sie sagen, die Größe des Risikos …

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Sie haben das leider nicht verstanden!)

– Entschuldigung, wir wollen – das ist eindeutig Gegenstand – expositionsorientierte Datenanforderungen. Die sind Ihnen gleichgültig. Wir sagen: expositionsorientiert im niedrigvolumigen Bereich. Sie sagen, dass darf man überhaupt nicht. Wir wollen zum Beispiel auch nicht, dass Daten erhoben oder beigebracht werden müssen über Stoffe, die der Umwelt gar nicht ausgesetzt sind. Sie sagen, die Datenerhebung muss auch da passieren, wo die Stoffe mit der Umwelt überhaupt nicht in Berührung kommen. Wir sagen: Das ist Bürokratie und nicht zusätzlicher Schutz.

Vizepräsident Edgar Moron: Frau Thoben, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Remmel?

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Bitte schön.

Vizepräsident Edgar Moron: Bitte schön, Herr Remmel, Sie haben das Wort.

Johannes Remmel[*)] (GRÜNE): Frau Ministerin, könnten Sie uns vielleicht erklären, wer aus Ihrer Sicht das Risiko feststellen soll, und wer dafür geradestehen soll, was Risiko ist und was nicht?

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Die Abgrenzung der Risikofaktoren wird unter den Beteiligten erfolgen. Sie möchten, dass jemand, der ein Produkt herstellt, losgelöst davon, ob wirklich etwas los ist, Beweise erbringt. Wenn Sie das bei kleinen Unternehmen in der Schärfe verankern, wie Sie es wollen, können die im chemischen Bereich nicht mehr tätig sein. Das wollen wir nicht.

Wir begrüßen also, dass der Landtag die Position der Landesregierung unterstützt und verwahren uns gegen die Aussage, wir sprächen uns damit gegen Umwelt- und Verbraucherinteressen aus. Wenn Sie es wünschen, wird der nordrhein-westfälische Umwelt- und Verbraucherschutzminister diese Position noch tatkräftig unterstützen. – Danke schön.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Ministerin Thoben. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Die Beratung ist abgeschlossen.

Wir kommen zur direkten Abstimmung, die von CDU, SPD und FDP beantragt worden ist. Wer diesem **Antrag Drucksache 14/610** seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen **angenommen.**

Wir kommen zu:

8 Fragestunde

Drucksache 14/583 – Neudruck

Wir haben vier Mündliche Anfragen vorliegen.

Ich rufe als Erstes die

Mündliche Anfrage 18

des Herrn Abgeordneten Sichau von der Fraktion der SPD auf:

Starker Anstieg der Gewaltkriminalität in NRW?

Im Zuge der Vorstellung der Ergebnisse der Strafverfolgungsstatistik Nordrhein-Westfalen 2004 hat Frau Justizministerin Müller-Piepenkötter vor allem den starken Anstieg der Gewaltkriminalität unter Heranwachsenden und Jugendlichen beklagt. Laut Bericht in „WDR Aktuell“ am 3. November 2005 hat die Justizministerin allerdings eingeräumt, dass

bei einem Vergleich der Statistik mit den Vorjahren eine Verfeinerung des Erfassungssystems bedacht werden müsse. Für die vergangenen Jahre sei eine Untererfassung nicht auszuschließen gewesen.

Unabhängig davon hat der renommierte Hannoveraner Kriminologe Prof. Dr. Christian Pfeiffer aufgrund von Forschungsergebnissen die Feststellung getroffen, alle Politikerinnen und Politiker lägen falsch, die behaupten, dass die Jugendkriminalität zugenommen habe. Deshalb habe er auch bereits Anfang Juni dieses Jahres die Politik und auch das Justizministerium über seine neuesten Forschungsergebnisse informiert.

Ist der starke Anstieg der Gewaltkriminalität vor allem bei Heranwachsenden und Jugendlichen in NRW insbesondere Ergebnis der Umstellung der statistischen Erfassung?

Ich bitte Frau Ministerin Müller-Piepenkötter um Beantwortung.

Roswitha Müller-Piepenkötter, Justizministerin: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ausweislich der Strafverfolgungsstatistik für das Jahr 2004 haben die Verurteilungen in Nordrhein-Westfalen zugenommen. Die Anzahl der wegen Gewaltdelikten verurteilten Personen ist von 16.746 im Jahr 2000 auf 19.816 im letzten Jahr angestiegen. Zum Vergleich: 2003 waren es 17.049 Verurteilte.

Diese Tendenz trifft auch für Jugendliche zu. Hier ist ein Anstieg von 3.707 Verurteilten im Jahr 2000 auf 4.449 Verurteilte im Jahre 2004 festzustellen. Die Vergleichszahl 2003 lag bei 4.004 Verurteilten.

Besorgniserregend ist insbesondere die Steigerung bei den Verurteilungen wegen Gewaltdelikten, die in erster Linie von einer wachsenden Zahl von Körperverletzungsdelikten getragen wird. Seit Mitte der 90er-Jahre hat sich die Zahl der betreffenden Verurteilungen von knapp 7.900 im Jahr 1995 auf über 14.000 im Jahr 2004 – plus 77 % – erhöht.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Jugendliche sind mit einem Anteil von 22,5 % an der Gewaltkriminalität beteiligt bei einem Anteil von nur 8,2 % an der Gesamtkriminalität. Sie sind damit im Gewaltbereich deutlich überrepräsentiert.

Das sind die Zahlen. Bei der Strafverfolgungsstatistik für das Jahr 2004 können allerdings statistische Unschärfen von Bedeutung sein.

Zunächst ist darauf hinzuweisen, dass sich die Zahl der Verfahrenserledigungen im Jahr 2004 um 130.000 oder rund 13 % erhöht hat. Darin enthalten sind auch Überhänge von Verfahren aus dem Jahr 2003. Von den 130.000 Mehrerledigungen im Jahr 2004 entfallen rechnerisch rund 21 % auf die Altfälle, die eigentlich in die Bilanz 2003 gehören.

Außerdem ist zu beachten, dass zum 1. Januar 2004 in Nordrhein-Westfalen bei den Staatsanwaltschaften, die als Strafvollstreckungsbehörde auch für die Erfassung der Verfahrensdaten zuständig sind, eine Umstellung bei der Registrierung der Strafverfahrensdaten vorgenommen worden ist. Eingeführt wurde das Mehrländerstaatsanwaltsautomationsverfahren Mesta. Mit diesem Verfahren wurde eine elektronische Strafverfolgungszählkarte eingeführt, welche die zuvor per Hand auszufüllenden Zählkarten abgelöst hat.

Im Rahmen einer solchen Umstellung kommt es erfahrungsgemäß in der Anfangsphase nicht selten zu Abweichungen von bisherigen Zählungen. Dabei ist insbesondere nicht auszuschließen, dass es vor der Einführung des neuen EDV-Systems zu Untererfassungen gekommen ist, weil das frühere Zählkartensystem eher Erfassungslücken zuließ. Das ist jetzt weitgehend ausgeschlossen. Mit dem neuen Verfahren werden folglich die Zahlen zur Strafverfolgung für die Justiz verlässlicher.

Ob und gegebenenfalls zu welchem Anteil der Anstieg der Gewaltkriminalität im Jahre 2004 auf die genannten statistischen Unsicherheiten zurückgeführt werden kann, vermag die Landeregierung nicht zu beurteilen.

Die Wahrscheinlichkeit allerdings, dass die Steigerung der Verurteiltenquote im Bereich der Gewaltkriminalität, die einen kontinuierlichen Anstieg seit 2001 fortsetzt – und das überproportional bei den Jugendlichen –, allein auf statistische Unschärfen zurückzuführen ist, erscheint sehr gering. – Danke.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Ich habe eine Wortmeldung von Herrn Sichau.

Frank Sichau (SPD): Diese Zahlen relativieren Sie dadurch, dass Sie sagen, Sie könnten nicht abschätzen, was statistische Ungewissheiten sind. Wie kommen Sie dann darauf, diese Zahlen

gleichwohl so darzustellen, als seien sie Realität, ohne dass die statistischen Risiken hier berücksichtigt werden?

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Bitte sehr, Frau Ministerin.

Roswitha Müller-Piepenkötter, Justizministerin: Ich habe sowohl in der Pressekonferenz als auch heute darauf hingewiesen, dass darin statistische Unschärfen enthalten sind. Nur, wenn Sie vom Jahr 2000 bis zum Jahr 2003 bei den Gewaltdelikten eine Steigerung um über 10 % haben, kann ich Ihnen nach allen Erfahrungen mit solchen Umstellungen sagen: So hoch sind die statistischen Unschärfen nicht, wobei hinzukommt, dass diese Steigerungen keine plötzlichen Steigerungen vom Jahr 2003 auf das Jahr 2004 waren, sondern kontinuierliche Steigerungen. Ich will die Zahlen gern noch einmal heraussuchen. Man kann das von 2001 bis 2004 kontinuierlich verfolgen.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Eine weitere Frage stellt Herr Kutschaty. Bitte sehr.

Thomas Kutschaty (SPD): Frau Ministerin, Sie sprachen zu Recht die Unzulänglichkeiten bei der Erfassung der entsprechenden Daten an. Welche Aussagekraft messen Sie überhaupt der Strafverfolgungsstatistik bei, insbesondere im Vergleich zur polizeilichen Kriminalstatistik?

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Bitte, Frau Ministerin.

Roswitha Müller-Piepenkötter, Justizministerin: Die Strafverfolgungsstatistik und die polizeiliche Kriminalstatistik bestätigen sich gegenseitig. Wenn ich aus der polizeilichen Kriminalstatistik für Nordrhein-Westfalen zitieren darf, dann sind die bekannt gewordenen Fälle der Gewaltkriminalität in Nordrhein-Westfalen von 1993 bis 2003 von 33.604 auf 49.781 gestiegen. Die Anzahl der ermittelten Tatverdächtigen der Gewaltkriminalität erhöhte sich in dem Zeitraum von 28.839 auf 44.037. Ähnliches gilt für Raubstraftaten, ohne dass ich jetzt die Zahlen nennen will – ich kann sie aber gern auch zitieren –, sodass ich in der polizeilichen Kriminalstatistik eine Bestätigung beziehungsweise korrespondierende Zahlen für die Verurteiltenstatistik finde.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Eine Frage stellt Herr Abgeordneter Stotko.

Thomas Stotko[*)] (SPD): Frau Ministerin, in der Strafverfolgungsstatistik findet sich auch die Feststellung, dass die Zunahme der Strafaussetzungen zur Bewährung nicht nur bei Erwachsenen, sondern auch bei jungen Erwachsenen und Heranwachsenden Folge eines veränderten Sanktionsstils der Gerichte ist. Insoweit interessiert mich, inwieweit das durch die Planungen der Landesregierung, den Warnschussarrest einzuführen, konterkariert wird.

Roswitha Müller-Piepenkötter, Justizministerin: Das wird durch die Pläne eines Warnschussarrestes nicht konterkariert, weil der Warnschussarrest gerade die Strafaussetzung zur Bewährung voraussetzt.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Eine zweite Frage von Herrn Sichau.

Frank Sichau (SPD): Kann es sein, Frau Ministerin, dass die Höhe der Zahlen damit zusammenhängt, dass sich die Erfolge der Polizei darin widerspiegeln, das heißt, dass sich die Zahl der aufgeklärten Straftaten erhöht hat und nicht die Zahl der Straftaten selber?

Roswitha Müller-Piepenkötter, Justizministerin: Das ist eine These, die Herr Prof. Pfeiffer in dem von Ihnen erwähnten offenen Brief an die Innen- und Justizminister des Bundes und der Länder in den Raum stellt. Ich glaube nicht, dass unsere Polizei vor zehn Jahren so viel schlechter gearbeitet hat als heute, dass sie über 30 % weniger Taten, die vorhanden waren, aufgeklärt hat. Dafür habe ich kein Indiz.

Im Übrigen bin ich der Meinung, dass die Zahlen von vor zehn Jahren nur nachrangig sind. Wir hatten im Jahr 2003 44.781 Gewaltdelikte in Nordrhein-Westfalen. Mit denen habe ich es jetzt zu tun und nicht mit denen von 1993.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Eine zweite Frage von Herrn Kutschaty.

Thomas Kutschaty (SPD): Frau Ministerin, Sie haben im Zusammenhang mit der Vorstellung der Statistik angekündigt, zukünftig als Sanktion für Jugendliche verstärkt einen Aufenthalt in geschlossenen Heimen vorzusehen. Ist Ihnen bekannt, dass es solche Einrichtungen in Nordrhein-Westfalen gibt?

Roswitha Müller-Piepenkötter, Justizministerin: Ja, das ist mir bekannt.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Ich habe noch eine Frage von Herrn Sichau. Bitte, Herr Sichau, Sie haben das Wort.

Frank Sichau (SPD): Ich komme noch einmal auf die Gewaltstraftaten zurück. Sie haben die erhöhte Zahl angegeben. Der erwähnte Brief von Herrn Pfeiffer ist auch an die rechtspolitischen Sprecher und nicht nur an die Minister gegangen. Herr Pfeiffer führt aus, dass auch hier wiederum die erhöhte Zahl der Anzeigen dafür verantwortlich ist, dass die Zahl der Gewaltdelikte gestiegen ist, denn die Polizei hat Aufklärungsarbeit in Schulen und im Zusammenhang mit dem Gewaltschutzgesetz betrieben, wohingegen er insgesamt sagt, dass die Zahl der Gewaltstraftaten im Jugendbereich sogar leicht gefallen ist. Wie schätzen Sie diese Forschungsergebnisse ein?

Roswitha Müller-Piepenkötter, Justizministerin: Herr Prof. Pfeiffer hat leider bisher nur seinen offenen Brief zur Verfügung gestellt, in dem er in – wie ich meine – recht polemischer Form die Auffassung vertreten hat, in unserem Land würde nicht zutreffend über Kriminalität informiert und die Öffentlichkeit irregeführt. Die Gewerkschaft der Polizei profiliere sich damit, die wenigen schlechten Nachrichten groß herauszustellen, wie man aus der polizeilichen Kriminalstatistik ablesen könne. Ich muss diese nicht substantiierten Vorwürfe zurückweisen. Eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit einer so wichtigen Problematik sollte in einem anderen Stil stattfinden.

Herr Prof. Pfeiffer liefert für seine Behauptungen keine Zahlen. Als Beleg verweist er auf erste Forschungsdaten aus einer eigenen Repräsentativbefragung von Jugendlichen aus mehreren Städten, ohne Genaueres anzugeben.

Die Daten, die aus polizeilichen Statistiken stammen sollen und die daraus abgeleiteten Tendenzen vermag ich für Nordrhein-Westfalen nicht nachzuvollziehen. Die Zahlen aus der polizeilichen Kriminalstatistik habe ich vorhin zitiert. Danach wäre die Gesamtzahl aller Tatverdächtigen unter 21 Jahren im Zeitraum von 1994 bis zum Jahr 2003 von 107.538 auf 140.205, also um mehr als 30 %, gestiegen. Das auf Hinweise und höheres Aufklärungsverhalten zurückzuführen, erscheint mir eher unwahrscheinlich.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Danke, Frau Ministerin. – Eine Frage von Herrn Stotko.

Thomas Stotko[*)] (SPD): Frau Ministerin, Sie haben gerade erwähnt, dass Ihnen nur der offene Brief bekannt ist. Ist Ihnen denn auch bekannt, dass die Ergebnisse dezidiert in einer Fachzeitschrift veröffentlicht sind?

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Ministerin, bitte.

Roswitha Müller-Piepenkötter, Justizministerin: Wir haben gestern beim Institut von Herrn Prof. Pfeiffer nachgefragt. Es sind andere Ergebnisse in der Fachzeitschrift veröffentlicht worden. Wir haben die Auskunft erhalten, dass die Ergebnisse dieser Untersuchung noch nicht veröffentlicht seien.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Danke, Frau Ministerin Müller-Piepenkötter. – Weitere Fragen liegen mir nicht vor. Damit ist die Mündliche Anfrage 18 erledigt.

Ich rufe die

Mündliche Anfrage 19

des Herrn Abgeordneten Keymis von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf:

Entspricht die Erweiterungsgenehmigung für die Flughafen Düsseldorf GmbH noch dem Angerland-Vergleich?

Im Jahre 1965 wurde der Angerland-Vergleich geschlossen, um einen Ausgleich zwischen den wirtschaftlichen Interessen des Flughafens Düsseldorf und dem Schutz der AnwohnerInnen des innerstädtischen Flughafens zu erzielen. Gleichzeitig wurde die Einbahnkapazität als Betriebsgrundlage festgeschrieben. Trotz dieses Vergleiches lässt die Flughafengesellschaft in einer „Salamitaktik“ keine Gelegenheit aus, die Regelungen des Angerland-Vergleiches auszuhebeln. Gemeinsam mit der Landesregierung ist es bis heute zu einer Ausweitung des Flugverkehrs in Düsseldorf in den sechs verkehrsreichsten Monaten in Höhe von rund 120.000 genehmigten Flugbewegungen gekommen, obwohl der Planfeststellungsbeschluss für den Bau der Parallelbahn die Grenzen auf 91.000 Flugbewegungen (in den sechs verkehrsreichsten Monaten) festlegt.

Ist die Einhaltung des gültigen Angerland-Vergleiches mit der geplanten Genehmigung der Kapazitätserweiterung des Flughafens Düsseldorf gewährleistet, welche Vorkehrungen trifft die Landesregierung zum Schutz der Gesundheit der AnwohnerInnen, und wie gedenkt die Landesregierung die Einhaltung die-

ser neuen Genehmigung zu kontrollieren, wo es schon in der Vergangenheit nachweislich immer wieder zu Überschreitungen insbesondere in den späten Abendstunden und nachts gekommen ist?

Ich bitte Herrn Minister Wittke um Beantwortung.

Oliver Wittke, Minister für Bauen und Verkehr: Frau Präsidentin, ich bin ein wenig irritiert, weil der Fragesteller drei Fragen gestellt hat. Welche Frage davon soll ich zuerst beantworten?

(Zurufe von SPD und GRÜNEN: Der Reihe nach!)

– Die erste? Gut!

Die erste Frage lautet: Ist die Einhaltung des gültigen Angerland-Vergleichs mit der geplanten Genehmigung der Kapazitätserweiterung des Flughafens Düsseldorf gewährleistet? – Meine Antwort darauf lautet: Ja.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Danke, Herr Minister. – Herr Keymis bitte.

Oliver Keymis (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Präsidentin! Vielen Dank, Herr Wittke, für die klare Antwort.

Vor dem Hintergrund des Planfeststellungsbeschlusses vom 16.12.1983, Herr Minister, gibt es eine Ergänzung der Auflage mit der Bezeichnung III Nr. 5, die den folgenden Satz enthält: „Zeiten des Spitzenverkehrs sind dann gegeben, wenn für Luftfahrzeuge im Luftraum oder am Boden Wartezeiten bestehen.“ Diese Definition des Spitzenverkehrs war bisher die Grundlage aller Genehmigungen.

Die von Ihnen jetzt erteilte und mit dem heutigen Tag in Kraft getretene neue Genehmigung sieht eine völlig andere Definition des Begriffs „Spitzenverkehr“ vor. Vor dem Hintergrund lautet meine erste Frage – insgesamt möchte ich drei Fragen stellen –: Welche Folgen hat diese Änderung im Hinblick auf die Voraussetzungen, die mit einem gültigen Planfeststellungsbeschluss gegeben waren? Müssen wir möglicherweise einen neuen Planfeststellungsbeschluss durchführen, da wir hier von einer Parallelbahn als Ausweichbahn und nicht als paralleler Start- und Landebahn sprechen?

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Minister.

Oliver Wittke, Minister für Bauen und Verkehr: Herr Abgeordneter, Sie wissen, dass das Oberverwaltungsgericht Münster in seinem Urteil eine andere Definition vorgenommen hat: Als Spitzenzeiten können danach maximal 50 % der Betriebsstunden angesehen werden. Genau diese Definition haben wir hier zugrunde gelegt. Dieses Urteil stelle ich Ihnen bei Bedarf gern zur Verfügung.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Wittke. – Als nächste Fragestellerin hat Frau Nell-Paul das Wort.

Claudia Nell-Paul (SPD): Herr Wittke, ich habe im Zusammenhang mit dem Angerland-Vergleich folgende Frage: Der Angerland-Vergleich geht – um es etwas salopp zu sagen – von einer Kapazitätsbegrenzung im Einbahnbetrieb aus. Es kursieren inzwischen verschiedene Zahlen. So ist von 122.000 Flugbewegungen in den verkehrsreichsten Monaten zu lesen. Andere Presseartikel sprechen von 132.000 Flugbewegungen. Wo liegt nach der Meinung Ihres Hauses die Einbahnkapazität? Welche Größenordnung ist als Höchstgrenze anzusehen?

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Minister.

Oliver Wittke, Minister für Bauen und Verkehr: Frau Abgeordnete, nach dem gerade schon von mir zitierten Urteil des Oberverwaltungsgerichts in Münster ist die Einbahnkapazität ohnehin obsolet. Wir gehen aber davon aus, dass mit dieser Genehmigung, die wir heute erteilt haben, während der Hälfte der Betriebsstunden nur eine Start- und Landebahn genutzt werden wird.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Danke, Herr Minister. – Eine Nachfrage von Herrn Keymis.

Oliver Keymis (GRÜNE): Vor dem Hintergrund, dass Sie den Angerland-Vergleich gerade als obsolet bezeichnet haben,

(Minister Oliver Wittke: Nein!)

ist die Frage: Ist Ihnen bekannt, Herr Minister, dass das OVG, das Sie eben zitiert haben, am 5. September 2002 den Angerland-Vergleich als gültig bezeichnet und darauf abgestellt hat, dass, wenn es zu Veränderungen der grundsätzlichen Bedingungen der Vereinbarung zwischen Umlandgemeinden und dem Flughafen kommt, diese von beiden Seiten vorzunehmen seien? Insofern kann man sie doch nicht einseitig ändern, wie Sie das offensichtlich mit Ihrer Genehmigung verfolgen. Wenn doch, dann erläutern Sie uns das.

Natürlich ist es eine Definitionsfrage, was Spitzenverkehr ist. Bisher galt die soeben von mir zitierte Definition, dass Zeiten des Spitzenverkehrs dann gegeben sind, wenn für Luftfahrzeuge im Luftraum oder am Boden Wartezeiten bestehen. Ausweislich der Abflugpläne des Flughafens Düsseldorf gibt es viele Stunden am Tag, an denen es keinerlei Enge im Luftraum oder am Boden gibt. Von daher lägen durchaus Kapazitäten des Flughafens frei.

Ich frage Sie: Haben Sie sozusagen mit der Veränderung dieses Begriffes den Angerland-Vergleich für ungültig erklärt?

Bitte beantworten Sie gleich folgende Frage mit: Wenn dem so ist, wie Sie eben ausgeführt haben, dass nämlich 50 % der Tagesstunden die äußerste Grenze darstellen …

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Keymis, bitte stellen Sie nur eine Frage.

Oliver Keymis (GRÜNE): Dann bleibe ich bei der einen Frage und stelle die letzte Frage mit meiner dritten Wortmeldung. Danke.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Bitte. – Herr Minister.

Oliver Wittke, Minister für Bauen und Verkehr: Herr Kollege Keymis, ich habe nicht gesagt, dass der Angerland-Vergleich obsolet ist, sondern ich habe gesagt, dass das OVG-Urteil aus Münster das Einbahnsystem für obsolet erklärt hat.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Keymis, nun haben Sie die Gelegenheit zu Ihrer dritten Nachfrage. Bitte.

Oliver Keymis (GRÜNE): Herr Minister, die dritte Frage bezieht sich auf die Aussage des Rechtsgutachtens, das Ihr Haus herangezogen hat, um die Genehmigung zu ermöglichen. Daraus geht hervor, dass die Ausdehnung dieser Zeiten des Spitzenverkehrs auf bis zu 50 % der Tagesstunden – Sie haben es gerade selber erwähnt – an die äußerste Grenze dessen geht, was mit dem Wortsinn des Begriffs noch vereinbar ist. Nun wollen wir uns beide nicht in Rabulistik ergehen, aber vor dem Hintergrund meine klare Frage an Sie: Wird es weitere Kapazitätsausweitungen am Düsseldorfer Flughafen und damit weitere Belastungen für die Menschen geben, oder stimmt das, was hier steht, dass damit nach Ihrer Einschätzung und der Einschätzung Ihrer Juristen die äußerste Grenze dessen, was an Belastungen hier möglich ist, erreicht ist?

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Minister zur Beantwortung.

Oliver Wittke, Minister für Bauen und Verkehr: Herr Kollege Keymis, Sie haben wieder etwas durcheinander gebracht. Es ist nicht die Rede von 50 % der Tagesstunden, sondern von 50 % der Betriebsstunden. Das sind nur acht Stunden, 50 % der Tagesstunden wären 12 Stunden.

Mir liegt kein weiterer Antrag des Flughafens Düsseldorf vor. Mithin kann ich Ihnen zu der Frage, die Sie gestellt haben, keine Auskunft geben.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Eine Nachfrage stellt Herr Kollege Priggen. Bitte.

Reiner Priggen (GRÜNE): Herr Minister, der Angerland-Vergleich war ja in den letzten Jahren vielfach Gegenstand von Diskussionen. Haben Sie den Erlass, den Sie in Kraft gesetzt haben, auch mit den Angerland-Kommunen diskutiert und abgestimmt, und wie ist deren Position zu dem Erlass, nachdem Sie mit ihnen geredet haben?

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Minister, bitte.

Oliver Wittke, Minister für Bauen und Verkehr: Selbstverständlich haben die Kommunen im Rahmen des Verfahrens Stellung genommen. Sie sind als Träger öffentlicher Belange an dem Verfahren beteiligt gewesen. Ich habe darüber hinaus heute veranlasst, dass die Bürgermeister der betroffenen Kommunen zu einem Gespräch zu mir ins Haus eingeladen werden. Ich kann Ihnen erst danach sagen, wie sie die Genehmigung, die ich heute erteilt habe, bewerten.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Priggen, Ihre zweite Frage.

Reiner Priggen (GRÜNE): Ich habe noch eine Nachfrage, weil das für mich eine Stilfrage ist. Der Angerland-Vergleich war der Versuch, die schwierige Problematik Umland, Kommunen und Flughafen zu lösen. Ich hätte erwartet, dass man, bevor man einen Erlass in die Welt setzt, mit den Bürgermeistern der Gemeinden redet, um das Klima zu entlasten. Ich habe Sie so verstanden: Sie haben den Erlass in die Welt gesetzt und, nachdem er nun in die Welt gesetzt wurde, reden Sie mit den Bürgermeistern. Sie haben also nicht vorher mit ihnen gesprochen.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Minister, bitte.

Oliver Wittke, Minister für Bauen und Verkehr: Herr Abgeordneter Priggen, ich wiederhole das, was ich gerade gesagt habe. Wir haben während des Verfahrens mit den Kommunen gesprochen. Sie waren als Träger öffentlicher Belange beteiligt. Das Ganze ist ein juristisches Verfahren, bei dem man nicht politisch handeln kann. Ich habe als Genehmigungsbehörde gehandelt. Mithin hat die rechtlich vorgeschriebene Beteiligung der Kommunen stattgefunden.

Ich werde jetzt darüber hinausgehend weitere Gespräche mit den Kommunen, den Bürgermeistern der entsprechenden Kommunen, die mich auch angeschrieben haben, führen und um Verständnis für die Position und für die Genehmigung, die ich vorgelegt habe, bitten. Darüber hinaus möchte ich gern den Kommunen erläutern, was mich dazu bewogen hat, ein Monitoringsystem einzuführen und weitere Schutzmaßnahmen für Bürgerinnen und Bürger im Umfeld des Flughafens zu ergreifen.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin Nell-Paul, bitte Ihre zweite Frage.

Claudia Nell-Paul (SPD): Genau darauf zielt meine zweite Frage ab. Sie haben in mehreren Presseerklärungen deutlich gemacht, dass Ihnen die Anwohner ein Anliegen sind. Das heißt, es geht in diesem Verfahren um einen Interessenausgleich. Es gibt nicht nur das Interesse der Wirtschaft und der Region, sondern es gibt auch das Interesse der Anlieger, vor Lärm geschützt zu werden. Welche Maßnahmen will die Landesregierung ergreifen, die Anwohner vor zusätzlichem Lärm zu schützen?

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Minister, bitte.

Oliver Wittke, Minister für Bauen und Verkehr: Erstens möchte ich darauf hinweisen, dass wir dem Antrag der Flughafen Düsseldorf GmbH nicht in vollem Umfang entsprochen haben, sondern wir haben in etlichen Bereichen Abstriche gemacht.

Zweitens will ich darauf hinweisen, dass es erstmalig eine Kontrolle der Starts und Landungen am Düsseldorfer Flughafen geben wird. Dieses Monitoringsystem ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass das, was jetzt genehmigt ist, auch tatsächlich eingehalten wird. Darauf haben die Bürgerinnen und Bürger natürlich ein Anrecht.

Drittens will ich darauf hinweisen, dass wir die Lärmschutzzone erweitert haben, sodass künftig aktiver Lärmschutz an weiteren Gebäuden im Flughafenumfeld notwendig werden wird.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin Steffens, bitte.

Barbara Steffens[*)] (GRÜNE): Herr Minister, Sie haben eben gesagt, dass Sie die Bürgermeister zwar erst hinterher hören werden, aber dass Sie die Kommunen im laufenden Verfahren beteiligt haben beziehungsweise dass die Kommunen Stellung beziehen konnten. Wie haben sich die betroffenen Kommunen dazu geäußert?

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Minister, bitte.

Oliver Wittke, Minister für Bauen und Verkehr: Sie wissen, Frau Kollegin Steffens, dass die Bürgermeister die Kommunen vertreten und ich von daher keine Differenz zwischen Kommune und Bürgermeister sehe, denn der Hauptverwaltungsbeamte vertritt nach der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalens die Kommune. Wir haben die Kommunen beteiligt. Sie haben negative Stellungnahmen zu dem Antrag der Flughafen Düsseldorf GmbH abgegeben. Dies war einer der Gründe, weshalb wir bei der Genehmigungserteilung dem Flughafen nicht in jedem Punkt gefolgt sind.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Hilser, bitte.

Dieter Hilser (SPD): Herr Minister, wie bewerten Sie vor diesem Hintergrund die Aussage des verkehrspolitischen Sprechers der CDU-Fraktion im Landtag, der geäußert hat, die Genehmigung sei auf den ersten Blick politisch falsch und rechtlich bedenklich?

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Minister, bitte.

Oliver Wittke, Minister für Bauen und Verkehr: Ich bin mir sicher, dass diese Genehmigung gerichtsfest ist, und meine, dass sie politisch ausgewogen ist.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Die Kollegin Steffens hat nun Gelegenheit, eine weitere Frage zu stellen.

Barbara Steffens[*)] (GRÜNE): Herr Minister, nicht ich habe die Unterscheidung gemacht, sondern Sie haben sie getroffen, indem Sie gesagt haben, Sie würden mit den Bürgermeistern hinterher ein Gespräch führen, Sie hätten aber vorher im Verfahren die Kommunen gehört. Von daher kam die Unterscheidung nicht von mir. Wenn Sie jetzt sagen, die Bürgermeister vertreten ja die Kommunen, dann stellt sich für mich folgende Frage: Warum haben Sie nicht im Laufe des Verfahrens das Gespräch geführt, sondern wollen es erst hinterher führen? Das ist mir unverständlich.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Minister, bitte.

Oliver Wittke, Minister für Bauen und Verkehr: Frau Kollegin Steffens, ich kann Ihnen nicht sagen, ob sich die Kommunen durch ihre Bürgermeister im Verfahren haben vertreten lassen. Dieses Verfahren fand vor meinem Amtsantritt statt. Ich kann erst Auskunft zu der Zeit geben, in der ich im Amt bin.

Ich kann Ihnen mitteilen, dass ich heute die Bürgermeister in Person zu diesen Gesprächen eingeladen habe. Ich weiß nicht, ob sie sich durch Stadtdirektoren oder sonst wen vertreten lassen. Wichtig ist, dass im Verfahren selbstverständlich die Angerland-Gemeinden gehört worden sind, so wie es sich gehört. Darüber hinaus habe ich angeboten, nachdem ich von den Bürgermeistern der betroffenen Kommunen angeschrieben worden war, dass ich ihnen die Entscheidung, die heute rechtswirksam geworden ist, gern erläutern würde.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Ach ja, klar!)

– Ich kann es vorher nicht machen!

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister. – Mir liegen keine weiteren Fragen vor. Damit ist auch die Mündliche Anfrage 19 erledigt.

Wir kommen zur

Mündlichen Anfrage 20

des Abgeordneten Schmeltzer von der Fraktion der SPD:

Frühwarnsystem nutzen – Kürzung der Mobilitätshilfen für Auszubildende verhindern

Die deutsche Wirtschaft beklagt eine anstehende Kürzung von EU-Mitteln für die grenzüberschreitende Ausbildung von Lehrlingen. Auf meine Kleine Anfrage 133 antwortet die Landesregierung (Drucksache 14/539), dass das Land nur bedingten Einfluss auf die neue Konzeption der für die Mittelbereitstellung maßgeblichen Programme LEONARDO und SOKRATES habe. Entgegen den Ausführungen der Landesregierung (siehe Antwort auf Frage 3, Absatz 4) handelt es sich bei diesen beiden Programmen nicht um Bundes-, sondern um EU-Programme, die die grenzüberschreitende Ausbildung junger Menschen fördern. In Bundeshoheit liegt hingegen die Ausgestaltung dieser EU-Programme. Unklar bleibt auch nach der Beantwortung meiner Anfrage, was die Landesregierung zur Sicherung der Mobilitätshilfen zu unternehmen gedenkt.

Wie setzt sich die Landesregierung unter Zuhilfenahme ihrer ständigen Vertretung in Berlin und des „Frühwarnsystems“ in Brüssel für eine NRW-freundliche Ausgestaltung der Mobilitätshilfen für Auszubildende ein?

Ich bitte Herrn Minister Laumann um die Beantwortung.

Karl-Josef Laumann[*)], Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Sehr geehrter Herr Kollege Schmeltzer, bei den infrage stehenden Austauschprogrammen handelt es sich tatsächlich um Europaprogramme, die auf Bundesebene durchgeführt werden.

Zweitens. Durch das Programm Leonardo da Vinci werden nur 11,5 % der durchgeführten Austausche in Nordrhein-Westfalen gefördert. Die Mehrzahl der Austausche basieren auf privaten Kontakten und bilateralen Programmen. Vorgesehen ist nicht ein Wegfall, sondern eine Veränderung zugunsten anderer Zielgruppen. Bislang wurden Fahrtkosten, Unterkunft, Verpflegung und Versicherung gefördert.

Drittens. Ziel der Landesregierung ist vor allem, die Zahl der Austausche zu erhöhen. Dabei ist die finanzielle Seite nur ein Aspekt. Eine Kompensation ausfallender EU-Mittel durch Landesmittel erscheint bei einem Programm, das kaum nachgefragt wird, eher nicht sinnvoll. Vielmehr wird sich die Landesregierung beim Bund dafür einsetzen, dass zukünftige Programme leichter umsetzbar gestaltet werden, um die Nachfrage zu erhöhen.

Ich werde im kommenden Jahr mit der Fachabteilung meines Ministeriums nach Brüssel fahren und dort über Arbeitsmarkt- und Ausbildungsfragen konferieren. Ich werde die Gelegenheit wahrnehmen, dabei auch das Thema „Transnationaler

Erfahrungsaustausch“ anzusprechen, um mich so dafür einzusetzen, dass die zukünftige Ausgestaltung der Programme noch zielgenauer auf die Bedürfnisse mobilitätsbereiter Auszubildender in Nordrhein-Westfalen zugeschnitten wird. – Danke schön.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister. – Herr Kollege Schmeltzer zur ersten Nachfrage.

Rainer Schmeltzer[*)] (SPD): Vielen Dank, Herr Minister Laumann. Sie haben eben die 11,5 % erwähnt, die Sie auch schon in der Antwort auf meine Kleine Anfrage angeführt haben. Diese 11,5 % beziehen sich aber laut Ihrer Beantwortung ausschließlich auf Zahlen des Westdeutschen Handwerkskammertages. Daran möchte ich gleich anknüpfen. – Im Übrigen handelt es sich, wie Sie selber ausgeführt haben, um 953 geförderte Jugendliche allein in diesem Jahr. Das ist eine stattliche Zahl.

Warum beziehen Sie sich jetzt ausschließlich auf die Zahlen des Westdeutschen Handwerkskammertages beziehungsweise auf die Handwerkskammern, wo doch der Deutsche Industrie- und Handelskammertag bezüglich dieser Problematik deutlich geworden ist? Und wie werden IHK in Nordrhein-Westfalen einbezogen?

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Minister, bitte.

Karl-Josef Laumann[*)]**,** Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Das Land finanziert seit längerer Zeit beim nordrhein-westfälischen Handwerkskammertag eine Beratungsstelle für diese Fragen. Sie koordiniert die Austauschprogramme. Natürlich ist ganz klar, dass ich mich dieser Beratungsstelle bedienen muss, um solche Anfragen zu beantworten.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister. – Herr Bischoff, bitte.

Rainer Bischoff (SPD): Herr Minister, ich habe Ihrer Antwort entnommen, dass es eine geringe Nachfrage gibt. Aber das Thema ist für Sie bedeutsam.

Wenn das die richtige Analyse ist, möchte ich Sie fragen, ob es seitens der Landesregierung Unterstützung für Vorbereitungskurse für einen derartigen Aufenthalt und für Sprachkurse in den einzelnen Fachgebieten gibt? Gibt es Kooperationen mit den Kammern, um die Nachfrage zu erhöhen? Gibt es über die Euregios derartige Kontakte?

Karl-Josef Laumann[*)]**,** Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Zunächst einmal gibt es sicherlich über die Euregios – eine kenne ich ziemlich gut – viele Aktivitäten in diesem Bereich.

Aber die Situation ist so, dass uns die Beratungsstelle beim Handwerkskammertag klar sagt: Der Trend geht sehr eindeutig zu individuellen Programmen für einzelne Auszubildende. Dabei kommt es oft auf Kontakte zwischen Betrieben an. Dieses EU-Programm, so wird uns gesagt, habe den Nachteil, dass Gruppen oder Gruppenteile, Klassen oder Klassenteile gefördert werden, was sich in der Umsetzung etwas schwieriger gestaltet.

Wenn es so ist, wie aus dem Handwerkskammertag bestätigt wird, dass eher die individuellen Programme gefragt sind, muss unsere Zielsetzung beim Bund und bei der Europäischen Gemeinschaft sein, solche Förderprogramme praxisnäher zu gestalten. Damit soll es attraktiver werden, sie in Anspruch zu nehmen.

Völlig klar ist, dass in unserer vernetzten Welt jeder vernünftige Mensch, also auch die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen, die Mobilität von Auszubildenden mit Auslandskontakten fördert, begrüßt und für richtig hält.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister. – Herr Kollege Schmeltzer bitte, Ihre zweite Frage.

Rainer Schmeltzer[*)] (SPD): Ich möchte an Ihren letzten Satz anschließen, in dem Sie ausgeführt haben, was Sie für richtig halten. Sie haben eben gesagt: Das Ziel ist, die Austausche zu erhöhen. Mit Bezug auf die 11,5 % der Austausche, bei denen EU-Mittel in Anspruch genommen würden, sei Finanzierung nicht alles.

Nun gibt es aber noch eine gewisse Finanzierung. Bundesweit wird mit über 8 Milliarden € gerechnet. Für mich stellt sich die Frage: Wie bringen Sie sich in Brüssel und in Berlin ein, wenn noch über 8 Milliarden € zur Verfügung stehen, um für tausend Jugendliche – das ist der Erfahrungswert aus dem Jahr 2005 – noch Mittel nach Nordrhein-Westfalen zu holen beziehungsweise um den Jugendlichen diese Chance zu eröffnen?

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Minister, Sie haben das Wort.

Karl-Josef Laumann[*)]**,** Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Sie können davon ausgehen, dass mein Haus sowohl auf Bundes- als auch auf Europaebene grundsätzlich dafür sorgen wird, dass möglichst viele Mittel nach Nordrhein-Westfalen fließen.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Bischoff, Gelegenheit für Ihre zweite Nachfrage.

Rainer Bischoff (SPD): Danke. – Herr Minister, ich lebe in einer grenznahen Region. Mein Wahlkreis ist in Duisburg. Wir haben die Euregio-Kontakte auch so aufgefasst, um arbeitsmarktpolitisch tätig zu werden – zumindest in den Zeiten, in denen in den Niederlanden die Arbeitslosigkeit erheblich geringer war als in Nordrhein-Westfalen oder in Deutschland.

Sehen Sie nicht eine Verstärkung der Programme auch als arbeitsmarktpolitisches Mittel, um durch die Kontakte, die dadurch entstehen, auch den Anreiz zu verstärken, dass man später im Arbeitsleben über die Grenze hinwegschaut und in den Niederlanden tätig werden könnte?

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Minister, Sie haben das Wort.

Karl-Josef Laumann[*)]**,** Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Das sehe ich genauso wie Sie. Ich glaube auch, dass es eine alte Lebenserfahrung ist, dass junge Menschen, die durch Auslandsaufenthalte Mobilität gelernt und eingeübt haben, auch für ihr Arbeitsleben geprägt sind und sicherlich mobiler sind als diejenigen, die Stadtteile oder Städte nie verlassen haben.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Schmeltzer, Gelegenheit zu Ihrer dritten Nachfrage. Bitte.

Rainer Schmeltzer[*)] (SPD): Herr Minister, Sie haben sowohl schriftlich in der Beantwortung der Kleinen Anfrage als auch eben mündlich ausgeführt, das die Landesregierung die Handwerkskammern bei diesen Auslandsaufenthalten unterstützt.

Meine Frage: Wie sieht konkret die finanzielle, organisatorische bzw. mit Manpower ausgestattete Unterstützung Ihres Hauses aus?

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Bitte, Herr Minister.

Karl-Josef Laumann[*)]**,** Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Ich habe Ihnen eben schon geantwortet, dass ich bei der Handwerkskammer eine Beratungsstelle für diese Auslandsaustausche unterhalte und auch mit finanziere.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich danke Herrn Minister Laumann für die Beantwortung. Die Mündliche Anfrage 20 ist damit erledigt.

Ich rufe nun die

Mündliche Anfrage 21

der Kollegin Abgeordneten Steffens von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf:

Beauftragte/n für Menschen mit Behinderung endlich benennen

Laut § 11 des Gesetzes des Landes NRW zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen (Behindertengleichstellungsgesetz NRW – BGG NRW) soll die Landesregierung eine Beauftragte oder einen Beauftragten für die Belange der Menschen mit Behinderungen bestellen.

Auf Nachfrage im zuständigen Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales hat Sozialminister Laumann auf meine Frage geantwortet, er wolle den Zeitpunkt einer Ernennung eines Behindertenbeauftragten nicht angeben, da der Zeitablauf unklar sei.

Nach nunmehr fünf Monaten und mehrfachem Nachfragen im Ausschuss können die Menschen mit Behinderung erwarten, dass die neue Landesregierung endlich die Ernennung vornimmt, wie sie es in anderen Bereichen längst getan hat. Die Nachlässigkeit der Landesregierung in dieser Frage ist im Interesse der Menschen mit Behinderung nicht hinnehmbar, da die Durchsetzung der Gleichbehandlung von Menschen mit Behinderung durch Anregungen von Maßnahmen, die auf Abbau von bestehenden Benachteiligungen gerichtet sind, durch die Überwachung der Vorschriften des BGG NRW und anderer Gesetze, die die Belange von Menschen mit Behinderung betreffen, sowie durch die Erarbeitung von Umsetzungsempfehlungen hochrangige Ziele der Landespolitik darstellen. Diese Aufgaben dürfen durch keinerlei weitere Verzögerung beschädigt werden.

Wann benennt die Landesregierung eine Beauftragte oder einen Beauftragten für die Belange der Menschen mit Behinderungen?

Ich bitte wiederum Herrn Minister Laumann um Beantwortung.

Karl-Josef Laumann[*)], Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Sehr geehrte Frau Kollegin! Die Mündliche Anfrage, Kollegin Steffens, müsste bei den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes arge Befürchtungen an die Handlungsfähigkeit der neuen Landesregierung aufkommen lassen, wenn es stimmte, was Sie vorbringen.

Die Wahrheit ist – wie so oft im Leben – viel undramatischer, als Sie weismachen wollen. Wie Sie wissen, hat die neue Landesregierung gerade im Bereich des von Ihnen mit zu verantwortenden Beauftragten-Unwesens sehr früh klare Entscheidungen getroffen. Eine Vielzahl von überflüssigen Beauftragten wurde, wie versprochen, abgeschafft. Überflüssige bürokratische Strukturen wurden so entflechtet.

Allerdings hat das Kabinett nach eingehender Prüfung am 20. September 2005 entschieden, drei eigens bestellte wichtige Beauftragte beizubehalten: erstens den Landesbeauftragten für Integration, zweitens den Datenschutzbeauftragten und drittens den Beauftragten für die Belange der Menschen mit Behinderungen.

Die neue Landesregierung hat damit deutlich gemacht, wie wichtig ihr eine starke Interessenvertretung der Menschen mit Behinderung ist. Die neue Landesregierung hat damit bewiesen, dass sie ein verlässlicher Partner der Behinderten in unserem Lande ist. Zwischen der Aufnahme der Regierungsarbeit und der Entscheidung des Kabinetts im September lagen nur wenige Wochen.

Die von Ihnen behauptete Nachlässigkeit der Landesregierung, eine angebliche Beschädigung der Aufgaben des Amtes kann ich beim besten Willen nicht erkennen. Wie es dem Wesen eines solchen Amtes entspricht, kann man sich nicht darum bewerben. Die gesuchte Persönlichkeit wird auf meinen Vorschlag vom Kabinett bestellt.

Die hierzu erforderlichen Gespräche führe ich mit Nachdruck. Wer und zu welchem Zeitpunkt gewonnen werden kann, hängt von vielen Faktoren bis hin zur persönlichen Verfügbarkeit ab. Dieses muss ich bei meinen Vorschlägen berücksichtigen. Hierin eine Missachtung der Belange der Behinderten zu sehen, ist völlig verfehlt. Ich versichere Ihnen, dass ich die notwendigen Gespräche zielstrebig und sehr verantwortungsbewusst führe. Ich bin zuversichtlich, Ihnen bald die oder den neuen Beauftragten des Landes für die Belange der Behinderten vorstellen zu können.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank. – Ich habe eine erste Nachfrage von der Kollegin Steffens. Bitte.

Barbara Steffens[*)] (GRÜNE): Herr Minister, die ehemalige Behindertenbeauftragte, Frau Schmidt-Zadel, hatte sich bereit erklärt – das hatte sie auch öffentlich mehrfach gesagt –, kommissarisch dieses Amt weiterzuführen, bis Sie eine solche Entscheidung, wie Sie gerade gesagt haben, treffen würden. Das ist abgelehnt worden, aus welchen Gründen auch immer. Vielleicht können Sie das erläutern.

Es ist absolut unverständlich, eine solche Position für einen so langen Zeitraum unbesetzt zu lassen, wie es bis jetzt der Fall ist. Von daher möchte ich gerne wissen: Warum haben Sie das nicht angenommen, wenn für Sie klar ist, dass Sie die Position so schnell nicht besetzen können?

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Minister.

Karl-Josef Laumann[*)], Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Die Bestellung der Beauftragten endete automatisch mit Ende der Wahlperiode. Dabei habe ich es auch belassen.

Ich halte es jetzt für einen ganz normalen Vorgang, dass ich sorgsam eine Persönlichkeit auswähle, die diese Aufgabe im Sinne der neuen Landesregierung wahrnimmt.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin Fischer, bitte.

Birgit Fischer (SPD): Herr Minister Laumann, Sie haben weder das Angebot der Behindertenbeauftragten angenommen, kommissarisch die Funktion weiter wahrzunehmen, noch haben Sie die bisherigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für eine weitere Arbeit vorgesehen.

Daran schließt sich die Frage an: Welche personelle Besetzung und welche finanzielle Ausstattung ist für die Umsetzung des gesetzlichen Auftrages vorgesehen? Und wann beabsichtigen Sie, dem Parlament zu sagen, wie es weitergehen soll? Denn auch wir als Abgeordnete werden danach gefragt.

Karl-Josef Laumann[*)], Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Ich habe Ihnen gesagt, dass ich zurzeit Gespräche mit Persönlichkeiten führe, die diese Aufgabe übernehmen können o-

der könnten. Es liegt in der Natur der Sache, dass man aus solchen Gesprächen nicht berichtet. Ich gehe davon aus, dass ich der Öffentlichkeit bald eine überzeugende Lösung für die Position des oder der Beauftragten für die Belange der Behinderten vorstellen kann.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Bischoff.

Rainer Bischoff (SPD): Herr Minister, das Wort „bald“ ist meiner Meinung nach das Zentrale in Ihren Ausführungen, was die zeitliche Dimension angeht. Das ist ein kleiner Fortschritt gegenüber der Situation im Ausschuss; da hatten Sie sich noch gar nicht geäußert. Es ist aber sehr ungewöhnlich, dass man keine Zeitplanung oder Zielplanung in einem solchen Fall hat, wenn man mit mehreren Persönlichkeiten spricht. Können Sie uns nicht sagen, ob Sie eine Zielplanung oder zumindest Zeitplanung haben, bis wann Ihre Entscheidung gefällt sein soll?

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Minister.

Karl-Josef Laumann[*)]**,** Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Herr Kollege Bischoff, ich möchte darauf verweisen, dass ich gehört habe, dass die alte Mehrheit zwei Wahlperioden gebraucht hat, um einer Forderung der Opposition, die Behindertenbeauftragte in ein Gesetz aufzunehmen, nachzukommen. Ich habe des Weiteren gehört: Als das Gesetz da war, habe man mehrere Monate gebraucht, um eine Persönlichkeit der damaligen Landesregierung für diese Aufgabe zu finden.

Es ist ganz einfach: Ich führe diese Gespräche sehr zielführend. Ich führe sie auch sehr gewissenhaft. Solche Gespräche haben einen bestimmten Zeitbedarf. Danach brauchen auch die betroffenen Menschen eine gewisse Zeit, um eine Entscheidung zu treffen. Sie müssen schon akzeptieren, dass ich mich nicht auf einen genauen Zeitpunkt festlege, wie Sie es sich wünschen würden. Ich habe gesagt, ich führe diese Gespräche zielstrebig. Ich denke, dass ich Ihnen bald einen Vorschlag machen kann.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin Steffens, bitte.

Barbara Steffens[*)] (GRÜNE): Herr Laumann, Sie hatten auf meine Nachfrage im Ausschuss damals gesagt, Sie würden die Stelle besetzen, sobald darüber im Kabinett beschlossen sei. Deshalb taucht natürlich immer wieder die Frage auf, was sofort und zügig besetzen heißt. Sie haben auch gerade die Frage vom Kollegen nicht beantwortet, wann die Stelle besetzt wird. Natürlich sind die Behindertenverbände zutiefst beunruhigt und fragen sich, ob die Stelle in diesem Jahr noch besetzt wird, ob sie überhaupt noch besetzt wird oder ob es ein langsames Aussitzen dieser Stelle sein soll. Von daher bitte ich Sie, sich stärker als bisher festzulegen, wann diese Stelle besetzt werden soll.

Zu den rückwärts gewandten Vorwürfen: Damals gab es lange und intensive Gespräche mit den Behindertenverbänden und mit den Vertretungen der Menschen mit Behinderungen darüber, wen und welche Persönlichkeit sie sich vorstellen können und wie man eine solche neue Struktur ausfüllen kann, um die es damals erstmalig ging.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Steffens, ich darf auch Sie bitten, sich auf eine Frage zu beschränken.

Barbara Steffens[*)] (GRÜNE): Reden Sie mit den Behindertenverbänden über die Besetzung dieser Stelle?

Karl-Josef Laumann[*)]**,** Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Ich bin ständig in Gesprächen mit Behindertenverbänden. Ich glaube, dass die Behindertenverbände in Nordrhein-Westfalen auch sehr gut wissen, dass sie mit der Person des Arbeits-, Sozial- und Gesundheitsministers einen großen Vertreter ihrer Interessen innerhalb der Landesregierung haben.

(Beifall von der CDU)

Ich sage aber auch ganz eindeutig: Es ist unser gutes Recht, dass die jetzige Landesregierung eine Persönlichkeit für diese Aufgabe benennen wird, die zum einen natürlich die Interessen der Behinderten vertritt – das ist die wesentliche Aufgabe –, aber die auch in vollem Umfang das Vertrauen der Landesregierung hat.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin Löhrmann, bitte.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Herr Laumann, ich bewerte das nicht aus der fachlichen Sicht, sondern mit Blick auf das gesamte Verhalten der Landesregierung. Es verwundert schon, dass es Herrn Laschet offensichtlich gelungen ist, für den Bereich des Integrationsbeauftragten zügig jemanden zu finden und zu benennen, in dem Fall also schneller zu sein als Sie. Mich würde schon interessieren, warum Sie nicht so schnell sind.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Minister, bitte.

Karl-Josef Laumann[*)]**,** Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Ich möchte die Situation so beschreiben, dass ich eine sehr sorgsame Auswahl dieser sehr wichtigen Aufgabe für die nordrhein-westfälische Gesellschaft betreibe. Ich bin sicher, dass ich bald einen überzeugenden Vorschlag vorstellen werde. Ich glaube, dass Sie dann auch sehr zufrieden sein werden.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin Fischer, Gelegenheit zu Ihrer zweiten Nachfrage.

Birgit Fischer (SPD): Es ist eigentlich die erste Nachfrage, weil diese nicht beantwortet wurde. Meine erste Frage lautete, wie die personelle und finanzielle Ausstattung für die Funktion der Behindertenbeauftragten einschließlich des weiteren Personals geplant ist.

Ich wiederhole noch einmal, warum diese Frage außerordentlich wichtig ist. Sie haben gesagt, das Kabinett hat die Entscheidung getroffen, dass es weiterhin eine derartige Funktion geben soll. Der Beschluss alleine zeugt natürlich noch nicht von einer verlässlichen Politik. Die Tatsache, dass fünf Monate lang nichts geschehen ist und uns mittlerweile viele Anfragen erreicht haben, macht deutlich, dass es außerordentlich problematisch ist, wenn man nicht wenigstens jetzt eine Zeitperspektive aufzeigen und darlegen kann, von welchem Personal und von welcher finanziellen Ausstattung Sie ausgehen und wann die gesetzliche Verpflichtung endlich realisiert werden soll.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Minister, bitte.

Karl-Josef Laumann[*)]**,** Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Frau Kollegin Fischer, auch das gehört zu den Gesprächen, die man mit den Betroffenen führt. Diese Gespräche führe ich nicht in aller Öffentlichkeit. Ich habe Ihnen gesagt, dass ich die Installation einer Behindertenbeauftragten oder eines Behindertenbeauftragten zielstrebig verfolge, dass wir eine geeignete Persönlichkeit finden werden und wir mit dieser Persönlichkeit selbstverständlich auch die Frage klären werden, welche Arbeitsgrundlagen es gibt. Das ist auch während Ihrer Zeit so entschieden worden: individuell abgestimmt auf die benannte Persönlichkeit abgestimmt. So stelle ich mir das in diesem Fall auch vor. Das macht man mit den Betroffenen zusammen, und man beschreibt nicht im Vorfeld die Ausstattung im Detail.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Schmeltzer, bitte.

Rainer Schmeltzer[*)] (SPD): Herr Minister, ein Wortbeitrag hat mich veranlasst, auch eine Frage zu stellen. Sie sprechen davon, dass Sie ein Garant für die Behindertenarbeit sind und eine fachkompetente Persönlichkeit suchen, die auch das Vertrauen der Landesregierung hat. Ich unterstelle, dass Sie nur mit diesen Personen Gespräche führen. Es drängt sich fast der Eindruck auf, dass es auch Gespräche mit Personen geben könnte, mit denen kein Konsens zu erzielen ist. Ist das so?

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Minister.

Karl-Josef Laumann[*)]**,** Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Nein, das ist nicht so.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin Steffens, Gelegenheit für Ihre dritte Nachfrage.

Barbara Steffens[*)] (GRÜNE): Ich möchte noch einmal nachfragen, ob es sicher ist, dass die Stelle der Behindertenbeauftragten noch in diesem Jahr besetzt wird.

Karl-Josef Laumann[*)]**,** Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Ich habe Ihnen gesagt, dass wir die Stelle der oder des Behindertenbeauftragten bald besetzen werden.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Ich habe noch eine Frage der Kollegin Frau Fischer. Es ist allerdings ihre vierte Frage. Damit ist sie leider nicht mehr zulässig.

(Birgit Fischer [SPD]: Die eine war eine Wiederholung!)

– Ich sage es einmal so: Es ist eine inhaltliche Bewertung, ob Fragen beantwortet wurden. Ich bitte um Verständnis, dass ich keine weitere Frage zulassen werde.

Die Kollegin Frau Löhrmann hat allerdings noch eine Frage. Frau Löhrmann, bitte.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Herr Minister, Ihre letzte Antwort bringt mich auf eine Möglichkeit, die die Ursache dafür sein könnte, dass Sie sich nicht genau auf einen Zeitraum festlegen wollen. Nennen Sie keinen Zeitraum, weil Sie noch keine Personalauswahl getroffen haben, oder sind möglicherweise die finanziellen Voraussetzungen durch den Nachtragshaushalt oder was auch immer

nicht gegeben, sodass Sie die Stelle nicht besetzen könnten, obwohl Sie wollten?

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Das ist wie bei Robert Lemke!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Minister.

Karl-Josef Laumann[*)], Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Soweit ich informiert bin, hat die Haushaltssperre mit der Frage, ob wir besetzen oder nicht besetzen, überhaupt nichts zu tun. Es ist in der Tat die Frage der Personalauswahl.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Mir liegt noch eine Nachfrage von Herrn Kollegen Eiskirch vor. Bitte.

Thomas Eiskirch (SPD): Ich danke Ihnen ganz herzlich, Frau Vizepräsidentin. Herr Minister, Sie hatten gerade ausgeführt, dass Sie sich vorbehalten, mit der Person, die Sie auswählen werden, über die genaue Aufgabenbeschreibung in den einzelnen Ausführungen, über die finanzielle Ausstattung und wahrscheinlich über die Frage, mit welchem Personal dort gearbeitet werden soll, zu sprechen.

Da Sie diese Person noch nicht kennen, stellt sich die Frage: Halten Sie es nicht für verfrüht, den bisher dort Beschäftigten mit dem entsprechenden Tätigkeitsfeld zum heutigen Tage bereits mitzuteilen, dass Ihre Verträge nicht verlängert werden? Es könnte doch sein, dass Sie mit einer Person zu einer Einigung kommen, die sagt, es sind alles Leute, die ich dringend brauche. Es könnte doch sein, dass diese Person traurig darüber ist, wenn diese Beschäftigten schon eine andere Verwendung gefunden haben.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Minister.

Karl-Josef Laumann[*)], Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Auch das ist ein Automatismus. Denn die Einstellungen und das Personal der bisherigen Behindertenbeauftragten waren personengebunden. Deswegen ist es völlig konsequent, dass ich die befristeten Arbeitsverträge nicht verlängert habe.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister. – Weitere Fragen und Nachfragen liegen mir nicht vor. Damit ist die Mündliche Anfrage 21 erledigt, und wir sind auch am Ende der heutigen Fragestunde.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt

9 Klimaschutzpolitik in NRW fortsetzen!

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/578

Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, dass entgegen dem Ausdruck in der Tagesordnung hierzu heute keine Beratung durchzuführen ist.

Wir kommen deshalb unmittelbar zur Abstimmung über die Überweisungsempfehlung des Ältestenrates. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrags Drucksache 14/ 578** an den **Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie.** Die Beratung soll nach Vorlage der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses erfolgen. Ich lasse über diese Überweisungsempfehlung abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist die Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

10 Sitzenbleiben überflüssig machen – Individuelle Förderung stärken

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/576

Meine Damen und Herren, ich eröffne die Beratung und erteile für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Kollegin Beer das Wort.

Sigrid Beer (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ich möchte gerne den Faden von heute früh noch einmal aufnehmen mit dem Zitat von Helmut Fend, der die Entsorgungsmentalität im deutschen Schulsystem beklagt und darauf hingewiesen hat, dass damit auch ein ganz spezielles professionelles Verständnis von Lehrern und Lehrerinnen verbunden ist, das darin besteht, dass sich die Schüler und Schülerinnen den Bildungsgängen der Schule anzupassen haben und nicht umgekehrt die Schule alles tut, um den Bildungserfolg der Schüler und Schülerinnen zu garantieren.

Wir haben in der Folge eben das System, dass abgeschult wird und wir viele Klassenwiederholungen haben. Das ist genau der Einfluss dieses Systems in den Köpfen der Lehrerinnen und Lehrer. Das Ganze wird dann noch dadurch gekrönt, dass etliche Kolleginnen und Kollegen, die im hierarchischen Schulsystem in der oberen Etage, nämlich im Gymnasium, arbeiten, sehr unverblümt zum Ausdruck bringen, dass sie mit der Schülerschaft einer Hauptschule nichts zu tun haben wollen und dort auch nicht arbeiten würden.

Die viel gepriesene Durchlässigkeit im System existiert real nur in eine Richtung. Von 100 Schülern und Schülerinnen, die sich im System bewegen, werden 94 nach unten durchgereicht. Nur sechs erreichen den Aufstieg. Das bestätigen immer wieder die Daten des Schulforschungsinstituts in Dortmund.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, verbunden mit dem Skandal, dass die soziale Herkunft den Bildungserfolg in so hohem Maße bestimmt, gibt es auch einen Skandal innerhalb unserer Lehrerschaft, dem wir begegnen müssen, nämlich dass ausgerechnet die Lehrerinnen und Lehrer mit der längsten Ausbildung, der besten Besoldung und den größten Laufbahnchancen sagen und entscheiden können, dass sie mit bestimmten Kindern einfach nicht arbeiten wollen.

In den erfolgreichen skandinavischen Ländern oder erfolgreichen Pisa-Ländern wie Kanada ist dagegen für Lehrer und Lehrerinnen klar: Sie treffen die Schülerinnen und Schüler immer wieder. Sie können sie nicht einfach loswerden, weil sie unbequem sind oder nicht so funktionieren, wie sie sich das vorstellen. Deshalb ist ihnen die Notwendigkeit, sich auch mit diesen Schülerinnen und Schülern von Anfang an fördernd auseinander zu setzen und sich ihnen zuzuwenden, wesentlich deutlicher bewusst, und sie tun es konsequenter, weil sie sonst das Problem immer wieder einholen würde.

Ich nehme noch einmal das Stichwort von Helmut Fend auf: Entsorgungsmentalität. Nicht erst Pisa 2003 führt uns vor Augen, wie ineffektiv und sträflich wir im System mit der Lern- und Lebenszeit von Schülerinnen und Schülern umgehen. 36 % – so schon der Befund 2000 – durchleben bei uns Rückstellungen, Klassenwiederholungen und Abschulungen. Das ist organisierte Beschämung und Demotivierung und ein unglaublicher ökonomischer Unfug.

(Beifall von den GRÜNEN)

Mehr als 66.000 Mal Sitzenbleiben im System – das schlägt mit jeweils ca. 4.800 € zu Buche. Das ergibt mehr als 280 Millionen €, die allein in NRW für Maßnahmen aufgewendet werden, die sich – wie schon mehrfach belegt – als in der Regel ineffektiv für den Kompetenzerwerb herausstellen.

Es wird höchste Zeit, dass diese Mittel umgewandelt werden in Mittel, die Schulen als Unterstützung für Fördermaßnahmen zur Verfügung stehen, wenn sie für sich das Ziel des Vermeidens von Sitzenbleiben in der Schulgemeinde vereinbaren und die Umsetzung konsequent angehen. Für den Erfolg solcher Vorhaben von der Hauptschule bis zum Gymnasium gibt es in NRW bereits Beispiele.

Sehr geehrte Damen und Herren, Frau Ministerin, wir Grüne haben deshalb den Antrag zum Thema „Sitzenbleiben überflüssig machen – Individuelle Förderung stärken“ schon vor der Vorstellung der Pisa-Ergebnisse gestellt und damit thematisch sozusagen ins Schwarze getroffen. Ich habe mich sehr gefreut, dass auch die Ministerin diesen Punkt in ihre zehn Punkte als Konsequenz für NRW aufgenommen hat.

Schulen müssen mehr Verantwortung übernehmen für den Bildungserfolg der ihnen anvertrauten Schülerinnen und Schüler. Schulen, die das aktiv aufnehmen, sollen durch ein Anreizsystem mit der Ressourcen-Umwidmung belohnt werden. Wir brauchen alle Ressourcen im System für die Entwicklung der individuellen Förderung. Sie dürfen nicht in Systemeffekten aufgerieben werden, die nachweislich keinen Kompetenzzuwachs bewirken. Wiederholung ist, bis auf spezielle Einzelfälle wie zum Beispiel langfristige Erkrankungen, verzichtbar.

Wir müssen alle Anstrengungen unternehmen, das Verhältnis zwischen Lehrern und Lehrerinnen und Schülern und Schülerinnen zu verbessern. Auch das ist eine Aufgabe, die uns Pisa ins Stammbuch schreibt.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Im Zentrum der Aus- und Weiterbildung der Lehrerinnen und Lehrer muss der produktive Umgang mit Heterogenität stehen. Er muss zum verpflichtenden Bestandteil werden.

Ich würde mich sehr freuen, wenn wir in einer gemeinsamen Initiative dazu kommen, dem System des systematischen Abschulens, dem System der systematischen Beschämung und Demotivierung von Kindern und Jugendlichen eine Absage zu erteilen und endlich den Schalter umzulegen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Beer. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der CDU Kollege Solf das Wort.

Michael Solf (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, dass Sie sitzen geblieben sind, um meiner Rede zuzuhören. Ich hoffe, dass dieses Sitzenbleiben einen positiven pädagogischen Effekt für den einen oder die andere unter Ihnen haben wird.

(Beifall von der CDU)

Vielleicht gelingt es mir, die Aufmerksamkeit der eher rot und grün Gestimmten unter Ihnen dadurch zu erlangen, dass ich mich zunächst auf den Spuren von Gerhard Schröder bewege. Keine Angst, ich habe nicht fertig, ich zitiere ihn nur. Durchaus zutreffend hat er einmal bemerkt, dass Albert Einstein nie sitzen geblieben sei. Aus dieser schönen Legende können Schüler und Eltern leider keinen Trost mehr ziehen.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Michael Vesper)

Ich bin gleichfalls nie sitzen geblieben, aber wenn das nicht auch Legenden sind: Thomas Mann hat es erwischt und Ute Schäfer, Barbara Sommer und Edmund Stoiber, und sogar Peter Heesen, alles Leute, aus denen etwas geworden ist.

(Allgemeine Heiterkeit)

Nun wollen Sie, meine sehr verehrten Antragstellerinnen von den Grünen, bitte nicht schließen, ich forderte mehr Sitzenbleiber.

(Allgemeine Heiterkeit – Zuruf von Minister Dr. Helmut Linssen)

Aber diejenigen unter Ihnen, die schon in der letzten Legislaturperiode im Landtag waren, wissen vielleicht, was ich vor knapp einem Jahr hier im Plenum gesagt habe.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Solf, würden Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Schäfer gestatten?

Michael Solf (CDU): Sie will sich jetzt vielleicht outen, ob das, was ich irgendwo gelesen habe, stimmt oder nicht. – Bitte schön.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Bitte schön, Frau Schäfer.

Ute Schäfer (SPD): Ich frage, Herr Kollege, ob Sie behauptet haben, ich sei schon einmal sitzen geblieben.

Michael Solf (CDU): Ich glaube, Sie hatten irgendwann gesagt, dass Sie auch diese Ehre gehabt hätten.

Ute Schäfer (SPD): Dann müssen Sie ein bisschen besser zuhören. Ich lege Wert auf die Feststellung, dass ich nicht sitzen geblieben bin.

(Beifall von der SPD)

Michael Solf (CDU): Frau Schäfer, dann sind Sie mit Albert Einstein und mir auf einem Niveau. Das ist ja schön.

(Allgemeine Heiterkeit)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Aber Sie wären uns genauso lieb gewesen, Frau Schäfer.

Michael Solf (CDU): Frau Schäfer, Einstein, wir und Peter Heesen und die anderen. – Aber jetzt zurück zum vergangenen Jahr. Ich habe klar benannt, welche Fördermaßnahmen eingeleitet werden müssen, um Sitzenbleiben zu verhindern. Für diejenigen, die neu hier sind, werde ich gleich Passagen aus der damaligen Rede wiederholen. Das führt Sie an einen Diskussionsstand heran, den wir in der CDU schon lange erreicht haben, der sich den Grünen aber als eine neue Welt zu erschließen scheint.

Zunächst einmal erlaube ich mir, den Grünen-Antrag ein wenig abzuschminken. Was unter dem Rouge liegt, die Zielsetzung, die Zahl der Sitzenbleiber durch energisch voranzutreibende individuelle Fördermaßnahmen erheblich zu verringern, gefällt mir. Die Schminke allerdings ist schmierig. Statt sich mit detaillierten Vorstellungen von Fördermaßnahmen an das Machen des Machbaren heranzumachen, lassen die Visagistinnen ideologisch aufgeladene Worthülsen klingen.

Wie ein Weihrauchfass wird das heilige Wort Heterogenität herumgeschwenkt und dadurch entwertet.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Homogenität wird zum Unwort. Und denen, die auch Vorteile in leistungsmäßig homogenen Klassen sehen, wird perfide hinterher gerufen, sie seien für Selektion. – Nein, liebe Grüne, so geht es nicht.

(Beifall von der CDU)

Missmutig stimmt auch, dass Sie meine Damen und Herren von den Grünen – die Herren sind schon weg –, meine Damen, sich nicht einmal die Mühe gemacht haben, von den nordrhein-

westfälischen Verhältnissen auszugehen. Ihr Antrag geistert zurzeit in mehrerlei Gestalt durch die Republik.

Im Juli lief das Thema bei der GEW und in Schleswig-Holstein, im September in Niedersachsen und jetzt bei uns.

Überall wird die jeweilige Landesregierung aufgefordert, zunächst in einem Modellversuch auf das Wiederholen einer Klasse komplett verzichten zu lassen. Ein Förderkonzept für leistungsschwache Schüler sei parallel zu entwickeln.

Inhaltliche Vorschläge allerdings unterbleiben, aber dafür gibt es ein Finanzierungskonzept nach dem Modell „Milchmädchen“. Saniert wird die Angelegenheit mit der Anrufung von Kronzeugen aus dem Dschungel „Jamaikas“. McKinsey, die Hamburger Handwerkskammer, die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft – sie alle stehen neuerdings für die Konzepte der Grünen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Ja, stimmt doch!)

Ach, liebe Grüne, hätten Sie doch in anderen Politikfeldern ähnlich große Ohren. Aber da haben Sie Ihre eigenen Selektionsmechanismen.

Als Schönheitsfleck obendrauf die Lehrerschelte, obwohl doch eigentlich immer wir gescholten werden. Der grüne Antrag wütet gegen Pädagogen, die Schülerinnen und Schüler aus den Klassen entfernen, weil sie sie nicht als kompatibel mit ihrem Unterricht ansehen. – Also, ganz so leicht, liebe Frau Beer, machen es sich die Lehrerinnen und Lehrer in unserem Land nun wahrlich nicht.

(Beifall von der CDU – Sigrid Beer [GRÜNE]: 36 % der Fälle!)

Aber lassen Sie uns jetzt ernsthaft über das sprechen, was unter der Schminke liegen könnte. Da komme ich mit gutem Gewissen auf mein Gerede von gestern zurück. Was das Wiederholen einer Klasse angeht, so haben die deutschen Schulen in der Tat eine nicht immer gute Tradition. Zum Teil hängen wir noch einem veralteten Weltbild nach, von dem wir uns langsam trennen sollten. Auch die Diagnosefähigkeit der Lehrerinnen und Lehrer kann verbessert werden.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Ach!)

Die Entwicklung der Schüler müsste viel kontinuierlicher dokumentiert und nicht erst im Zeugnis benotet werden.

Aber das Sitzenbleiben an sich als Ursache der Fehlentwicklungen anzusehen, ist ein Trugschluss. Jeder weiß, dass es positive wie negative Facetten haben kann. Denn natürlich sind mit dem Sitzenbleiben auch ungezählte pädagogische Erfolge erzielt worden.

Welche Lehrerin, welcher Lehrer könnte nicht von Kindern oder Jugendlichen berichten, die eine Klasse drunter in einem neuen Umfeld aufgeblüht sind, denen das Sitzenbleiben eine Atempause gegeben hat, denen es den Weg zu einer dann problemlosen Schulkarriere geebnet hat.

Auch neuere Studien belegen durchaus Positives. Eine repräsentative Untersuchung aus dem Jahre 2003 zeigt, dass Sitzenbleiber eine um 50 % bessere Chance haben, einen höheren Schulabschluss zu erreichen, als nicht Sitzenbleiber, die sich Jahr für Jahr knapp durchwursteln. In vielen Fällen hat der – noch so ein schrecklich klarer Begriff – Schuss vor den Bug zum Erfolg geführt.

Auch die Betroffenen selbst sind oft klarsichtiger als ihre nach Prestige schielenden Eltern. Die Schüler selber halten das Sitzenbleiben mit Dreiviertelmehrheit für ein vernünftiges Instrument – so wenigstens in einer bayerischen Umfrage.

Aber natürlich gibt es auch die Kehrseite: Jugendliche, die in ihrer neuen Klasse den Halt vollends verlieren, Schülerschicksale, die von einer einzigen Klassenarbeit, einer gnädigen Vier minus abhängen, scheinbare Willkürentscheidungen von Lehrern, Frustration, Enttäuschung, Bitterkeit, Zweifel am Selbstwert – das sind die hässlichen Gesichter des Sitzenbleibens.

59.082 Sitzenbleiber in Nordrhein-Westfalen im vorletzten Schuljahr – davon übrigens 13.000 freiwillig –, das ist zu viel, und zwar nicht aus statistischen Gründen, sondern weil es um 59.082 junge Menschen geht, Menschen, die ein Problem in der Schule haben. Dieses Problem muss einen nicht aus der Bahn werfen, aber es muss verantwortungsvoll angegangen werden.

Wenn eine Schülerin, wenn ein Schüler den Anschluss in der Klasse verliert, dann ist das – um ein Bild zu gebrauchen – irgendwie auch einer Erkrankung vergleichbar. Sie mag im Einzelfall nicht besonders schwer sein, aber sie muss rechtzeitig behandelt werden.

Wir, die wir die Rahmenbedingungen für Schule vorgeben, sollten mit diesem Problemkreis umgehen wie Ärzte mit Krankheiten. Wir sollten auf Prävention setzen und, wenn die Krankheit doch ausgebrochen ist, auf eine möglichst schnelle Behandlung. Der Kranke muss Vitamine bekommen, Medizin bekommen, aber es darf ihm nicht nur Rouge auf die Wangen geschminkt werden.

Was wir jedenfalls nicht dürfen, ist, die Krankheit zu instrumentalisieren oder sie zu verbergen. Instrumentalisiert wird sie von denjenigen, die das alles nur als Hebel sehen wollen, um unser Schulsystem im Grundsatz umzumodeln. Als hätten wir nicht ganz andere Sorgen! Frau Löhrmann, Frau Beer, wie gut könnte man mit Ihnen über all die großen und kleinen Sorgen der Schule reden, wenn Sie nur nicht bei jeder einzelnen Schulfrage dieses verzückte Schielen nach der Einheitsschule entwickeln würden.

(Beifall von CDU und FDP – Allgemeine Heiterkeit)

Noch viel schlimmer aber sind die Verstecker, die Verberger. Da bleibt mir nun nichts anderes übrig, als die frühere Ministerin anzuschauen. Sie und die SPD haben uns noch vor der Landtagswahl mit der Ankündigung erfreut, sie wollten Schritte ergreifen, um die Zahl der Nichtversetzungen zu verringern. Von konkreten Maßnahmen hörte man jenseits einiger weniger Sprechblasen um den Begriff Förderkultur dann aber absolut nichts.

Frau Schäfer wollte doch tatsächlich Leistungsdefizite durch den formalen Akt der Aufhebung der Versetzungsbestimmungen beseitigen. Wir haben uns letztes Jahr heftig über dieses Ansinnen gezankt. Ich nenne Ihnen jetzt dieselben Vorschläge, die letztes Jahr von der ehemaligen Schulministerin schnöde ignoriert wurden, von der neuen Schulministerin aber hoffentlich mit wohlwollendem Interesse aufgenommen werden.

Wo Rot-Grün sagt: „Die Latte liegt zu hoch, wir nehmen sie weg“, da sagen wir: Helft den jungen Menschen, höher zu springen. Es muss Schluss sein mit dem nachträglichen Kurieren an Symptomen.

(Beifall von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

Der Schlüssel zur Verringerung der Sitzenbleiberzahlen liegt nicht in der nächsten Klasse, sondern im laufenden Schuljahr; er liegt in dem Schuljahr, in dem sich die Probleme abzeichnen. Hier will ich individuelle Förderung, hier will ich spezielle Nachhilfekurse. Einige von Ihnen wissen es schon: Ich schlage dafür etwa den Samstagmorgen vor, Frau Ministerin, verpflichtend für alle laut Halbjahreszeugnis in Kernfächern Gefährdeten.

(Beifall von Holger Ellerbrock [FDP])

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie werden sehen, wie schnell dann die eher Faulen wieder fleißig werden und wie schnell die eher Schwachen in kleinen Lerngruppen besser werden.

Ein weiteres Mittel könnte die zeitweise Flexibilisierung der Stundentafel sein. Aber auf diese Einzelheiten will ich bei anderer Gelegenheit eingehen.

Eine Bemerkung noch zum Schluss, auch wenn sie Ihnen von Rot-Grün wehtut. Wenn es in Zukunft vernünftige, verpflichtende, gebundene Ganztagsangebote an unseren Schulen – zunächst an den Hauptschulen – geben wird, dann werden all diese Fördermaßnahmen viel leichter zu organisieren sein. In Rheinland-Pfalz gibt es echte Ganztagsschulen mit fester Hausaufgabenbetreuung und wirklich individueller Förderung. Da sank die Zahl der Nichtversetzungen in den letzten Jahren um ein Drittel.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es geht um junge Menschen, die nur eine Kindheit, nur eine Jugend haben. Ihnen muss jetzt geholfen werden: klug, schülerorientiert, zielgerichtet, rechtzeitig und vor allem konkret. Alles andere wäre nur Worthuberei. – Vielen Dank fürs Zuhören.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Meine Damen und Herren, aus aktuellem Anlass noch einmal der Hinweis: Weder eine Zwischenfrage noch die Antwort darauf werden auf die Redezeit angerechnet. Das heißt, Sie können Zwischenfragen gerne zulassen, denn es verkürzt nicht Ihre Redezeit.

Als nächste Rednerin hat nun Frau Hendricks von der SPD-Fraktion das Wort.

Renate Hendricks[*)] (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kollegen! Herr Solf, am Anfang und am Ende Ihrer Rede hatte ich eben das Gefühl, dass wir uns inhaltlich sicherlich hätten miteinander austauschen können. Über die Mitte Ihrer Rede würde ich mich mit Ihnen ungern unterhalten.

Zwei Vorbemerkungen: Sitzenbleiben ist kein Trugschluss, Sitzenbleiben ist keine Krankheit, sondern Sitzenbleiben ist eine Folge des Schulsystems.

(Lachen von der FDP)

Sitzenbleiben ist zudem volkswirtschaftlich unsinnig, lernpsychologisch höchst fragwürdig, pädagogisch in 99 % aller Fälle vermeidbar und für die jungen Menschen sinnlos, eine Verschwendung ihrer Lebenszeit.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Frau Abgeordnete, gestatten Sie – vor dem Hintergrund meiner eben gemachten Bemerkung – eine Zwischenfrage von Herrn Abgeordneten Ellerbrock, FDP-Fraktion?

Renate Hendricks[*)] (SPD): Jetzt nicht. Er darf mich gleich am Ende meiner Rede fragen.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Am Ende, gut. Dann ist es keine Zwischenfrage, sondern eine Endfrage.

(Allgemeine Heiterkeit)

Renate Hendricks[*)] (SPD): Es wird Sie daher sicherlich nicht wundern, dass wir dem Antrag von Bündnis 90/Die Grünen in vollem Umfang zustimmen. Dieser Antrag reagiert auf die Ergebnisse neuer Bildungsforschung und weist den Weg für einen besseren, zielorientierteren und vor allem gerechteren Bildungsansatz. Wer mich in meiner Funktion als langjährige Elternvertreterin oder Äußerungen von mir kennt, der weiß, dass ich mich schon lange für ein Bleiberecht an den Schulen ausgesprochen habe, an denen Kinder aufgenommen werden.

Bekanntlich zeichnet sich das deutsche Schulsystem durch einen massiven Anteil von Aussortieren und Filtern im Verhältnis zum Fördern aus. Die Möglichkeit des Sitzenbleibens gehört ebenso zum Aussortieren wie die Möglichkeit des Abschulens. Beides jedoch verhindert eine konsequente Förderung der Schülerinnen und Schüler; denn in dem Maße, wie eine Schule ihre Schüler aussortiert, bemüht sie sich weniger, Kinder zu fördern.

In der in der Regel recht emotional geführten Diskussion um das Sitzenbleiben – teilweise auch sehr amüsant, wie wir gerade bei Herrn Solf feststellen konnten – werden natürlich auch immer wieder prominente Beispiele für das Sitzenbleiben angeführt. Herr Solf hat eben schon auf Herrn Stoiber hingewiesen, Frau Sommer hat sich auch als Sitzenbleiberin geoutet, und trotzdem haben diese Menschen eine erstaunliche Karriere vorzuweisen.

Aber diese interessanten Beispiele können nicht darüber hinwegtäuschen, dass für viele Kinder Sitzenbleiben mit einem enormen Motivationsverlust, mit einem Knick in der Biografie verbunden ist und am Ende häufig eine Abwärtsspirale in Gang gesetzt wird, nämlich dann, wenn als Folge des Sitzenbleibens die Verweisung auf eine andere Schulform eintritt.

Natürlich, meine Damen und Herren, muss Sitzenbleiben nicht bei allen Schülerinnen und Schülern zu einer dauerhaften Identitätsstörung führen. In bestimmten Ausnahmefällen, etwa bei langer Krankheit eines Schülers, mag es auch sinnvoll sein, eine Klasse zu wiederholen. In solchen Fällen sehen auch die schulisch erfolgreichen Staaten dieser Welt die Möglichkeit des freiwilligen Wiederholens vor.

Die zwangsweise Wiederholung eines ganzen Schuljahres bringt aber in der Regel keinerlei Vorteile. Der Aufwand wäre nur dann gerechtfertigt, wenn das Sitzenbleiben die fachlichen Leistungen der Schüler verbessern oder zumindest ihre Motivation stärken würde. Das Gegenteil ist aber in der Regel der Fall.

Untersuchungen weisen darauf hin, dass Klassenwiederholungen außer einer künstlichen Verlängerung der Ausbildungszeit wenig bringen. In den Fächern, in denen er gescheitert war, verbessert sich der Schüler kurzfristig, in anderen Disziplinen langweilt er sich. Warum soll er also Physik wiederholen, wenn er in Englisch fünf steht?

In einer europäischen Studie werden Untersuchungen zum Sitzenbleiben vorgestellt und bewertet. Die Schlussfolgerung lautet, dass die negativen Folgen des Sitzenbleibens gegenüber den zu erwartenden Vorteilen immer überwiegen. Und weiter: Die skandinavischen Länder sowie Japan, die die Klassenwiederholung abgeschafft haben, weisen in der Regel im internationalen Vergleich überdurchschnittliche Ergebnisse aus.

Die Ergebnisse dieser internationalen Vergleiche widerlegen die Annahme, dass ein gewisses Maß an Schulversagen der Preis für ein leistungsfähiges Schulsystem sein muss. Leistungsfähigkeit leitet sich nicht aus Versagen, sondern aus Motivation ab. Hier sind wir, wahrscheinlich in einem ganz entscheidenden Punkt, sehr unterschiedlicher Auffassung.

Der Schüler durchläuft stur das ganze Schuljahr noch einmal und erfährt dabei in den problematischen Fächern keine besondere Förderung. Lediglich der Lehrerwechsel kann freilich manchmal Abhilfe bringen. Denn es ist durchaus bekannt, dass derselbe Schüler bei einem anderen Lehrer einen deutlich besseren Leistungserfolg zeigt.

Die deutsche Schule braucht eine Förderkultur statt der bisherigen Selektionskultur. Es ist falsch, Schüler ohne Förderung einfach zum Wiederholen einer Klasse zu verurteilen. Das zeigt für ihren weiteren Lernerfolg wenig Wirkung. Der Schüler wird aus einer Gruppe herausgerissen. Und zum Faktor der Langeweile kommt dann auch noch der

Verlust der affektiven Bindung an die Klassenkameraden hinzu.

Lernen hat weniger damit zu tun, ob eine Stunde erteilt wird, als vielmehr damit, ob es gelingt, Schülerinnen und Schüler zu motivieren. Lernen ist nämlich, meine Damen und Herren, ein aktiver Prozess, den man nicht verordnen, sondern befördern kann. Viele Faktoren sind in diesem Prozess von Bedeutung. Druck, mit dem die deutsche Schule glaubt, Kinder motivieren zu können, ist für einen großen Teil der Schülerinnen und Schüler nicht die richtige Zugangsmöglichkeit, eine klare Beschreibungen von Forderungen und Zielen bei gleichzeitiger Förderung aber wohl.

Es ist völlig unbestritten, dass unser Bildungssystem keine begabungsgerechte Förderung ermöglicht. Die letzte Pisa-Studie hat dies für NRW noch einmal bescheinigt.

Aber, meine Damen und Herren von den Regierungsbänken, mit Ihren Ansätzen eines verstärkten Sortierens von Schülern und Schülerinnen, Ihrem Vorschlag vom verbindlichen Gutachten am Ende der Grundschulzeit, dem Aushebeln des Elternwillens am Ende der Grundschulzeit und Ihrer Definition von Begabung in Unterscheidung von praktischen und theoretischen Begabungen befinden Sie sich in einer sehr deutschen Bildungstradition, die doch leider kontraproduktiv und falsch ist.

Das Grundproblem ist, dass in den Köpfen der meisten Menschen – natürlich auch in den Köpfen der Lehrerinnen und Lehrer – ein sehr traditionelles Lernmodell vorherrscht: klare Stoffvorgaben, fordernde Lehrer, fleißige Schüler. Das ordentliche Aussortieren der Schüler bildet den Kern dieses Lernmodells. Ziel ist es, eine homogene Lerngruppe herzustellen, denn gutes Lernen – so die dahinter stehende Philosophie – funktioniert nur mit Schülern, die die gleichen Lernvoraussetzungen und das gleiche Lernziel haben. Die Lernschwachen müssen deshalb aus der Klasse entfernt werden.

Und das Ergebnis: Lehrerinnen und Lehrer haben verlernt, die Chancen heterogener Lerngruppen wirklich zu nutzen. Stattdessen klagen sie immerfort über die falschen Schüler. Das ist geradezu grotesk.

Viele Befürworter des Sitzenbleibens wenden ein, die Schule solle auf das Leben vorbereiten. Es gehe um Erfolg und Misserfolg, es zählten Leistung und Wettbewerb. – Genau darum geht es, meine Damen und Herren.

Länder wie Japan und England, Schweden und Finnland, sind Leistungsgesellschaften – nur, dass die Endergebnisse dort besser sind, und zwar ohne Sitzenbleiben. Es ist auch erstaunlich, dass die Schule dort auf das Leben vorbereiten kann.

Es wundert auch nicht, dass nach den Vorstellungen vieler Menschen in Deutschland strenge Versetzungskriterien als Zeichen eines hochwertigen Unterrichtes gelten. Doch die Forschung zeigt, dass Sitzenbleiben die Leistung nicht fördert, sondern ausbremst.

250.000 Schülerinnen und Schüler bleiben jährlich in Deutschland sitzen. Jede Schülerin und jeder Schüler kostet den Staat nach Angaben des Statistischen Bundesamtes 4.600 € pro Schuljahr. Es gibt keinen Grund zu der Annahme, dass ein Wiederholungsjahr billiger ist. Sitzenbleiben kostet also richtig Geld. Wenn die Aufwendungen für Wiederholungen in zielgerechte Förderung investiert würden, könnte das Schulsystem nicht nur effektiver, sondern auch deutlich gerechter arbeiten.

Man kann durchaus die Behauptung aufstellen, dass Sitzenbleiben eine Verschwendung von Steuergeldern ist. Herr Prof. Dr. Prenzel hat deshalb auch in der letzten Pisa-Studie einen erheblichen Handlungsbedarf aufgezeigt.

Die aktuelle Pisa-Studie enthält zwei sehr interessante Hinweise, die ich auch der verantwortlich handelnden Landesregierung noch einmal mit auf den Weg geben möchte. Auf Seite 40 der Zusammenfassung der Pisa-Studie heißt es:

> Zu denken geben jedoch nach wie vor die sehr hohen Quoten von verzögerten Schullaufbahnen, die zwar deutlich zwischen den Ländern variieren, aber überall einen großzügigen, wenn nicht verschwenderischen Umgang mit der Ressource Lebenszeit erkennen lassen. Die Quoten von Zurückstellungen und Wiederholungen hängen sehr eng mit der Problematik der hohen Anteile von Schülerinnen und Schülern im unteren Leistungsbereich zusammen.

Herr Prof. Prenzel hat gestern noch einmal darauf hingewiesen, dass man auch feststellen kann, dass diese Schülerinnen ja oft ein- oder zweimal sitzen geblieben sind und immer noch im unteren Leistungsbereich liegen, und zwar in der Regel in der Hauptschule. Das heißt, an diesem Punkt kann man festhalten, dass Sitzenbleiben für diese Schüler schlicht und einfach nichts gebracht hat.

> Eine zweite Erkenntnis sollte nicht ohne Folgen für die Planung der Landesregierung bleiben.

> Unterschiede in den Kompetenzen der Schüler und Schülerinnen können keinesfalls durch soziale und wirtschaftliche Faktoren auf der Individualebene oder auf regionaler Ebene determiniert werden.
>
> Die großen Anteile in den Unterschieden zwischen Jugendlichen gehen nicht auf die Voraussetzungen in der Schülerschaft zurück, womit den Schulen und dem Unterricht für die Entwicklung von Schülerkompetenzen eine zentrale Rolle zukommt.

So weit Zitate aus der Pisa-Studie.

Meine Damen und Herren, es kommt also auf die Leistung der Einzelschule an, inwieweit sie sich für die Schüler und Schülerinnen verantwortlich fühlt, inwieweit sie Förderung statt Selektion praktiziert. Eine Bonner Schule hat gerade ausgerechnet, dass sie, wenn sie Schüler und Schülerinnen nicht sitzen lassen würde, 165.000 € in einem Jahr sparen könnte.

Hier mit rigiden Erlassen dieses Engagement vor Ort kaputtzumachen, ist nicht nur für die Schüler und Schülerinnen verhängnisvoll und kontraproduktiv, sondern ist für die gesamte Leistungsfähigkeit des Schulsystems gefährlich. Es gilt, die Einzelschule stärker in den Fokus zu nehmen, ihr Verantwortungsspielräume einzuräumen. Dabei muss die Schule Ziele und Perspektiven für die Arbeit entwickeln und selber im Rahmen dieses Kerncurriculums festlegen können, wie sie Schüler fördert.

Bisher warten Schulen vergebens auf den laut angekündigten Wegfall des Dirigismus aus Düsseldorf. Es sollte schnell darüber nachgedacht werden, ob Schulen, die auf das Sitzenbleiben als pädagogisches Mittel verzichten wollen, nicht ein zusätzliches Budget zugewiesen bekommen, aus dem sie Förderangebote finanzieren können; denn, wie oben aufgeführt, sparen sie jährlich durch die Verringerung der Schülerjahre beträchtliche Summen.

Ein letzter Hinweis sei mir erlaubt: Das heimliche Vorbild Bayern hat in der Sekundarstufe I die Versetzung auf Probe eingeführt. Bayern praktiziert eine Zusammenarbeit mit Kanada. Kanada kennt übrigens auch kein Sitzenbleiben. Schüler und Schülerinnen können sehr eigenverantwortlich Credit-Points erwerben und ihr Wissen nachweisen. Damit bestimmen sie teilweise das Tempo ihres Lernens selber. Das ist auch ein Weg für Nordrhein-Westfalen. – Ich bedanke mich.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Wollen Sie jetzt die Frage noch zulassen, Frau Abgeordnete?

Renate Hendricks[*)] (SPD): Ach ja, natürlich.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Bitte schön, Herr Ellerbrock.

Holger Ellerbrock (FDP): Frau Kollegin, Ihr flammendes Plädoyer gegen ein Sitzenbleiben, was Sie schulsystemorientiert begründen, lässt mich folgende Frage stellen: Können Sie es ausschließen, dass Sitzenbleiben durchaus etwas mit einer Korrelation zu IQ und Fleiß zu tun hat?

Renate Hendricks[*)] (SPD): Ich kann das nicht hundertprozentig ausschließen, aber ich kann Ihnen sagen, dass das im Wesentlichen etwas damit zu tun hat, wie ich die Veranlagung des jeweiligen Schülers durch Motivation befördere. Und Sitzenbleiben ist keine Motivation.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Vielen Dank. Damit hätten wir die Frage auch geklärt. – Als nächste Rednerin kommt jetzt Frau Pieper-von Heiden, FDP-Fraktion, zu Wort.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Herr Präsident! Meine Kolleginnen und Kollegen! Dass Sitzenbleiben Lerngruppen homogenisiere, ist wirklich eine eigenwillige Interpretation dieser leider manchmal nicht zu umgehenden Maßnahme. Sie widersprechen sich selbst mit dieser Aussage bei Ihrer späteren Feststellung im Antrag, Frau Beer, dass Sitzenbleiber häufig sehr bald erneut das Schlusslicht einer Klasse bilden.

Aber nun zur Sache! Zu der von Ihnen angemahnten individuellen Förderung habe ich heute Morgen in der Aktuellen Stunde bereits ein paar Worte gesagt. Da haben Sie sich in der Vergangenheit wahrlich nicht als Spezialisten bewährt. Fakt ist, dass eine individuelle Förderung unter Rot-Grün an unseren Schulen nie wirklich stattgefunden hat,

(Beifall von der CDU)

und wenn sie vereinzelt doch stattgefunden hat, dann deshalb, weil sich einige Lehrer bei allem Aufwand, den das auch bei der bisherigen Lehrerausbildung und -fortbildung bedeutet, in ganz besonderer Weise engagiert haben, und noch dazu gegen den ausdrücklichen politischen Willen der seinerzeit Verantwortlichen.

Die Lehrer mussten nämlich allzu lange Zeit nur hören, dass weniger individuelle Leistungsunterschiede gefragt seien und vielmehr Nivellierung in

den Klassen anzustreben sei. Schön, wenn es in Ihrem Denken nun eine Kehrtwende gibt.

Echte individuelle Förderung tut tatsächlich dringend Not. Wir, die Regierungsfraktionen, haben uns dieses Ziel auf die Fahnen geschrieben. Es steht an allererster Stelle, um die Leistungen unserer Schülerinnen und Schüler tatsächlich zu einem Optimum zu bringen und bei jedem vorhandene Stärken zu fördern und bestehende Defizite möglichst auszugleichen. Dazu gehört die Förderung Lernschwacher ebenso wie die Förderung Hochbegabter. Wer sich speziell mit diesen Themen auseinander gesetzt hat, der weiß, dass beides nichts anderes als die Individualisierung von Lernprozessen bedeutet.

Dies muss künftig der Anspruch aller Lehrerinnen und Lehrer sein, und wir müssen ihnen den Weg dorthin ebnen. Das heißt auch und vor allem, dass wir künftig Lehrerfortbildungen ermöglichen, die tatsächlich auf diese Bedürfnisse ausgerichtet sind. Ganz andere Schwerpunkte müssen in das Zentrum solcher Lehrerfortbildungen gerückt werden: Diagnosekompetenz, Psychologie, Schülermotivation und Lernbegleitung, um nur einige Merkmale zu nennen.

Uns ist die individuelle Förderung so wichtig, dass wir sie explizit ins neue Schulgesetz aufnehmen werden. Wir machen sie zur Pflicht und simulieren sie nicht nur in Hochglanzbroschüren. Wenn man die letzte Publikation der alten Landesregierung hierzu in die Hände und diese dann auch noch ernst nimmt, bräuchte eigentlich gar nichts mehr getan zu werden. Deswegen wundert mich die Debatte. Also, so ernst haben Sie sich selbst früher nicht genommen. So haben Sie in den von Ihnen verantworteten Broschüren doch an mancher Stelle wirklich das Blaue vom Himmel gelogen. Das muss man heute feststellen. Sie haben es damals nicht eingeräumt, aber reklamieren heute das, was Sie vor Jahren immer wieder behauptet haben, dass es nämlich bereits in unseren Schulen passiere.

(Beifall von FDP und CDU]

Wir sind mit Ihnen einig in dem Ziel, das Sitzenbleiben zwar deutlich zu reduzieren, aber dazu gehören auch Fördermaßnahmen, die nicht erst bei tatsächlichem Drohen des Sitzenbleibens einsetzen, wie Sie dies in Ihrer damaligen Verantwortung vorgeschlagen haben, sondern diese Fördermaßnahmen müssen immer dann zum Tragen kommen, sobald sich ernste Defizite bei den Schülern zeigen. Nur dann können sie auch Wirkung erzielen, bevor der Versetzungstermin in die Nähe rückt.

Ganz wird man das Sitzenbleiben jedoch nicht verhindern können. Es gibt immer Fälle, wo dies nötig ist, und in gleicher Weise Fälle, wo dies von den betroffenen Schülern sogar als wohltuend und als Erleichterung empfunden wird. Manche brauchen eine Ehrenrunde, einfach mal zum Durchschnaufen, um sich zu fangen und das Gefühl zu haben, nicht immer unter Strom zu stehen.

Viele Kinder trifft Sitzenbleiben tatsächlich in ihrem Selbstverständnis und in ihrem Selbstbewusstsein, aber manche finden gar nichts dabei und profitieren davon in einem anschließenden Entwicklungssprung. Es gibt genügend prominente Beispiele dafür. Ich muss sie nicht noch einmal aufzählen; Herr Solf hat es getan.

Wenn wir ein Höchstmaß an Motivation und damit die größtmögliche Sicherheit des Vermeidens des Sitzenbleibens bei unseren Schülern erreichen wollen, müssen unsere Lehrkräfte lernen und darauf achten, unsere Kinder und Jugendlichen immer möglichst nahe am sogenannten Flow zu halten.

Wenn sich Frau Beer da schon tief wissenschaftlich betätigt hat, dann müsste man das auch an dieser Stelle mal deutlich erwähnen. Also, diese ideale Lernsituation des optimalen Fordern immer nahe an der Grenze zur Überforderung sorgt viel stärker als besondere Organisationsrahmengebilde dafür, dass Kinder wirklich ihr persönliches Maximum aus sich selbst herausholen und somit zu dem individuell möglichen Leistungsoptimum geführt werden können.

Definitiv nicht zu einer Verantwortungsübernahme für die uns anvertrauten Schüler gehört es allerdings, sie auf Gedeih und Verderb durch eine Schulform zu schleppen, wenn erkennbar wird, dass sie – aus welchen Gründen auch immer – in die für sie falsche Schullaufbahn geraten sind. Auch dieses Risiko werden wir künftig durch Verbesserung der Diagnosekompetenz der Lehrkräfte und verbindlichere Grundschulgutachten minimieren.

Ich glaube, in unseren Erkenntnissen sind wir weiter, als Sie in Ihrem Antrag meinen. Wir werden unsere Vorstellungen und unsere Verantwortung in der anstehenden Novellierung des Schulgesetzes dokumentieren. Wir haben den ernsten Anspruch, Sitzenbleiben auch durch Fördermaßnahmen zu minimieren, aber nicht, um es völlig zu vermeiden, tatsächlich auszuschließen und dann solch skurrilen Vorschlägen zu folgen, wie wir sie in der letzten Legislatur hatten, einmal zur Probe zu versetzen und eine ganze Klasse durcheinander zu schütteln. – Danke schön.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Die nächste Rednerin ist die zuständige Ministerin, Frau Sommer. Bitte schön.

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Guten Abend. Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der vorliegende Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen macht auf ein wichtiges und immer wieder diskutiertes Thema aufmerksam. Das begrüße ich. Nach meiner Meinung müsste der Antrag jedoch heißen: Individuelle Förderung verbessern, damit Sitzenbleiben überflüssig wird.

(Beifall von CDU und FDP – Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Wenn das die einzige Änderung ist, können wir damit leben!)

Wir stehen vor einer sehr großen Herausforderung. Fast 60.000 Sitzenbleiber im Schuljahr 2003/2004, Frau Löhrmann! Wenn ich das eben Gesagte aufgreife, nämlich Sitzenbleiben sei eine Folge des Schulsystems, dürfen Sie sich das auch noch anheften.

(Beifall von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

2003/2004 – lassen Sie es sich auf der Zunge zergehen – 60.000 Sitzenbleiber im Schuljahr! Das sind nach Ihrer und nach unserer Auffassung zu viele. Ich bin der festen Überzeugung, dass zahlreiche betroffene Schülerinnen und Schüler das Ziel der Klasse erreicht hätten, wenn sie eine individuelle Förderung erhalten hätten. Ich bin aber auch sicher, dass für einige Schülerinnen und Schüler die sogenannte Ehrenrunde notwendig war, weil die Defizite einfach zu groß waren.

Wir wollen ein gerechtes Schulsystem, in dem jedes Kind und jeder Jugendliche unabhängig von seiner Herkunft seine Chancen und Talente nutzen und entfalten kann. Um dies zu erreichen soll sich Schule – und hier vor allem der Unterricht – stärker an der individuellen Förderung der Schülerinnen und Schüler orientieren. Wir wollen, dass Schulen verstärkt die Möglichkeit erhalten, spezielle Angebote zur Förderung von lernschwachen und hochbegabten Kindern und Jugendlichen zu schaffen.

Hierzu können Schulen beispielsweise spezielle Förderverbünde gründen. Das heißt, dass sich mehrere Schulen zusammenschließen, um spezielle und differenzierte Angebote zu machen. Das gilt auch und besonders für hochbegabte Schülerinnen und Schüler. Denn auch hochbegabte Schülerinnen und Schüler müssen im Einzelfall einmal eine Klasse wiederholen.

Wir wissen nicht erst seit Pisa, wie wichtig Leseförderung ist. Wir wollen auch weiterhin Kompetenzen nutzen – auch das zeigt uns die Pisa-Studie –, die im Augenblick noch nicht ausgeschöpft sind.

Herr Solf, Sie haben mir aus dem Herzen gesprochen, wenn Sie sagen: Wir wollen nicht unbedingt nur die Latte höher hängen, wir wollen die Latte so hoch hängen, dass die Kinder darüber hinweg springen können. Ein sehr schönes Bild, für das ich Ihnen danke.

Für die Landesregierung ist es kein Luxus, unterschiedliche Talente nachdrücklich zu fördern. Es ist für uns eine Notwendigkeit, die es schon in Vor-Pisa-Zeiten gab, aber danach erst recht. Auch die Kultusminister der anderen Länder setzen hier einen Schwerpunkt. Ich freue mich, dass wir im Ministerium die federführende Arbeitseinheit zu dem Bereich „Individuelle Förderung, Förderung besonders begabter Schülerinnen und Schüler, Hochbegabtenförderung“ haben. In dieser Arbeitseinheit wird die Begabungsförderung in enger Zusammenarbeit von Schulen, Hochschulen, Seminaren und Schulaufsicht konzeptionell neu ausgerichtet. Schwerpunkt der Arbeitseinheit ist die Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte im Hinblick auf eine Verbesserung der Diagnosefähigkeit, des Umgangs mit Heterogenität und der individuellen Förderung. Es gibt einen großen Nachholbedarf.

Nordrhein-Westfalen ist nach der Pisa-Studie 2003 weiter zurückgefallen. Das haben wir heute Morgen diskutiert. Dennoch möchte ich schlaglichtartig auf einige Punkte aufmerksam machen, die mir wichtig sind, die mich unglücklich stimmen und die wir angehen müssen:

Circa 35 % der Hauptschüler und 21 % der Realschüler kommen von einer anderen Schulform. Vergleichen wir die Anteile der Schüler, die mindestens eine Schullaufbahnverzögerung durch Zurückstellung bei der Einschulung beziehungsweise durch Klassenwiederholung hinter sich haben, gehört Nordrhein-Westfalen neben den Stadtstaaten wiederum zu den Ländern mit den höchsten Quoten. Gut jeder dritte 15-jährige Schüler hat in Nordrhein-Westfalen mindestens eine Verzögerung seiner Schullaufbahn erfahren.

Noch schlechter ist das Bild für unsere Schülerinnen und Schüler von der Hauptschule. 60 % aller Hauptschüler haben eine verzögerte Schullaufbahn. Jeder vierte Hauptschüler weist zwei oder sogar drei Schullaufbahnenverzögerungen auf.

Diese Werte sind im internationalen Vergleich, aber auch im Vergleich mit den Werten der neuen Bundesländer sehr hoch und zeigen ein unverändert trübes Bild. Wir müssen uns bemühen – Sie haben es eben erwähnt –, im Umgang mit Lebensarbeitszeit nicht mehr so großzügig umzugehen. Da gebe ich Ihnen Recht, Frau Beer.

Wir werden die Bedeutung der individuellen Förderung, die Förderung von schwachen Schülerinnen und Schülern bei der Novellierung des Schulgesetzes berücksichtigen. Gerade im Hinblick auf Hauptschulen ist unser Ansatz der Bereitstellung vollwertiger Ganztagsplätze genau richtig. Fördern braucht Zeit – bei Bedarf den ganzen Tag.

Wir bauen auf den Sachverstand unserer Lehrkräfte, auf ihren Elan, ihr Engagement für Kinder und Jugendliche und ihre pädagogische Leidenschaft. Wir wollen, dass Lehrer wieder mehr Zeit für Unterricht und Förderung erhalten. Darum wollen wir sie von Verwaltungsaufgaben weitestgehend entlasten.

Ein weiterer Beitrag zur Verminderung des Sitzenbleibens wird auch ein verbindlicheres Übergangsverfahren von der Grundschule zu den weiterführenden Schulen sein. Auch hier werden wir im neuen Schulgesetz die entsprechenden Regelungen schaffen.

In öffentlichen Veranstaltungen habe ich auch vor dem Hintergrund der internationalen Vergleichsstudien darauf aufmerksam gemacht, dass ich mir wünsche, dass der Begriff Heterogenität wieder positiver aufgefasst wird. Für mich stellt die Verschiedenheit der Schülerinnen und Schüler eine Chance und keinen Nachteil dar.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich halte es nicht für sinnvoll, das Verfahren der Klassenwiederholungen generell abzuschaffen. Das alleinige Abschaffen des Sitzenbleibens, ohne die Möglichkeit zur individuellen Förderung zu verbessern, macht keinen Sinn und wird den Notwendigkeiten nicht gerecht.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Hat sie das für uns aufgeschrieben?)

Im Rahmen einer Individualisierung von Bildungsverläufen muss als Ultima Ratio die Möglichkeit bestehen, auch durch Klassenwiederholungen beziehungsweise in wenigen begründeten Fällen durch einen Schulformwechsel Schullaufbahnen zu korrigieren. Doch müssen wir durch Intensivierung der individuellen Fördermaßnahmen die Zahlen dringend verringern.

(Beifall von der FDP)

Individuelle Förderung meint dabei, Unterschiede zu akzeptieren, zu erkennen, dass es viele Formen unverschuldeter Benachteiligung gibt, und zu versuchen, diese abzubauen. Individuelle Förderung meint auch, Chancengerechtigkeit nicht mit Gleichbehandlung zu verwechseln. Jedes Kind ist anders.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Genau!)

Darum müssen wir die stärkenorientierte Förderung mehr in den Blick nehmen, auch und gerade für Kinder aus schwierigen sozialen Verhältnissen in der Hauptschule. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Vielen Dank. – Frau Abgeordnete Beer möchte die Debatte noch mit einem kurzen Beitrag abbinden. Sie hat das Wort.

Sigrid Beer (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerin, wir können den Antragstitel gerne umstellen und das Ganze dann gemeinsam beschließen. Wenn es daran liegen soll, will ich das gerne zugestehen; das ist keine Frage. Ich glaube, dass ein grünes Sweatshirt und eine Jacke auch einiges bewirken.

(Heiterkeit von Ministerin Barbara Sommer)

Beim Thema „Heterogenität als Chance“ sind die Grünen hier im Haus früher ausgebuht worden. Sie haben das jetzt noch einmal positiv bestärkt. Das ist doch ein erheblicher Fortschritt. An der Stelle kann ich dem Ganzen nur mit Freude zustimmen.

Lieber Herr Kollege Solf, wir Grünen haben eine klare Beschlusslage und müssen nichts von anderen abschreiben. Das, was wir hier als Antrag vorgelegt haben, ist eine Fortschreibung unserer politischen Initiativen in NRW – ganz konsequent – und unserer guten programmatischen Aufstellung, wie Sie sie gerade offensichtlich wahrgenommen haben.

Sie können auch bemerken, dass wir Grünen bundesweit einheitlich aufgestellt sind. Bei der CDU ist das nicht ganz klar. In Hamburg wird von der CDU gerade die Abschaffung der Hauptschule gefordert. In Sachsen und Brandenburg ist das alles schon passiert ebenso wie im Saarland. In Thüringen arbeiten die Bildungsgänge Hauptschule und Realschule längst zusammen. Sie halten hier im Augenblick noch die ideologische Wagenburg und wagen sich nicht daraus hervor. Aber nach dem Beitrag der Ministerin habe ich Hoffnung, dass an der Stelle noch einiges passiert.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Die kann enttäuscht werden!)

Herr Solf, ich habe Verständnis dafür, dass Sie Ihre eigentliche Sympathie für den Antrag nicht so offenkundig zeigen können

(Beifall von den GRÜNEN)

und sich dem sprachakrobatisch unterhaltsam ein bisschen verschleiernd annähern müssen. Aber machen Sie bitte nicht den Fehler und zitieren aus Studien, die schon längst wegen methodischer Unzulänglichkeit beiseite gelegt worden sind.

Zum Schluss noch ein Hinweis: Bitte unterstellen Sie nicht, dass Klassenwiederholungen von den Schülern und Schülerinnen als positiv empfunden werden. Sie haben sicherlich nicht mit denen gesprochen, die das schon zum dritten und vierten Mal durchmachen und gerade in der Hauptschule angekommen sind. Da ist dieses Phänomen sehr häufig anzutreffen. Sie haben auch nicht mit den Schülerinnen und Schülern gesprochen, die dieses beschämende Moment der Abschulung genauso erlebt haben, auch nicht mit den Hauptschulkolleg/inn/en, die die Schüler und Schülerinnen nach dem, was sie erlebt haben, mühsam wieder aufbauen müssen. Sie werden aus ihrem Klassenverband herausgerissen, und ihnen wird klar gemacht: Du gehörst hier nicht hin. Du gehörst nicht zu uns. Du bringst es nicht.

Das sind die Signale, die wir für unsere Schüler und Schülerinnen nicht brauchen. Ermutigung und Zutrauen in Lernwillen, Lernerfolg und Lernfreude, die wir aufbauen müssen, müssen das gemeinsame Anliegen sein. Dann können wir an diesem Punkt vielleicht ein Stückchen zusammengehen.

Wenn wir dann noch etwas sensibler mit dem Thema Übergangsempfehlung umgehen und das Ganze wiederholt genau reflektieren, kommt dabei vielleicht auch etwas anderes heraus.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Vielen Dank.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung, denn es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrags Drucksache 14/576** an den **Ausschuss für Schule und Weiterbildung.** Dort soll die abschließende Beratung in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer stimmt dieser Überweisungsempfehlung zu? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zu:

11 Lückenlose Informationen und nachvollziehbare Wege von Schlachtabfällen in NRW! Konsequenzen aus bayerischem Lebensmittelskandal ziehen

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/577

Ich eröffne die Beratung. – Als erster Redner hat für die antragstellende Fraktion der Abgeordnete Remmel das Wort.

Johannes Remmel[*)] (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Überschrift unseres Antrags lautet: „Lückenlose Informationen und nachvollziehbare Wege von Schlachtabfällen in NRW! Konsequenzen aus bayerischem Lebensmittelskandal ziehen“. Wenn man einen solchen Antrag gestellt hat und dann während der Zeit bis zur Beratung im Plenum politische Ereignisse stattfinden, die einen in der Antragstellung unterstützen, ist man normalerweise froh, das entsprechend präsentieren zu können. In diesem Fall allerdings wäre das zynisch. Es ist schlimm, dass wir in dem, was wir fordern, bestätigt worden sind; denn zu den bayerischen Schlachtabfällen kommen jetzt auch die Skandale um Geflügelfleisch aus Niedersachsen.

Die Fleischskandale belegen erneut massive Missstände in der Fleischbranche. Hohe Gewinnmargen im Handel mit Fleischmüll und ein offensichtlich sehr geringes Entdeckungsrisiko: Es lohnt sich offensichtlich zu betrügen. Die Kriminellen haben ein leichtes Spiel, weil die Gefahr, entdeckt zu werden, gering ist. Und falls man doch entdeckt wird, macht das nicht viel aus – ein Bußgeld, eine kleine Strafe auf Bewährung und weiter geht’s.

Schaut man sich Parteiprogramme und programmatische Äußerungen an, ist das, was CDU und CSU dazu in ihrem Agrarprogramm 2005 formulieren, blanker Hohn, meine Damen und Herren. Ich zitiere:

> „Die Überwachung betrieblicher Qualitätsanforderung ist keine primäre staatliche Aufgabe. … Um Verantwortlichkeiten nicht zu verwischen und Eigenmotivation zu wahren, muss der Aufbau stufenübergreifender Qualitätssicherungs- und Kontrollsysteme im Kern eigenverantwortlich durch die Agrar- und Ernährungswirtschaft geleistet werden. Die staatlichen Kontrollen sind auf ein Mindestmaß zurückzuführen.“

Meine Damen und Herren, angesichts der Schlachtabfälle und des verdorbenen Geflügelflei-

sches kann einem bei solchen programmatischen Äußerungen in der Tat nur übel werden.

(Minister Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege, Sie haben keine Ahnung!)

– Dazu können Sie ja gleich Stellung nehmen.

Diese Substanzen hätten nicht einmal zu Hundefutter verarbeitet werden dürfen; bei uns landen sie auf dem Teller. Die Verbraucherinnen und Verbraucher werden dabei auch noch für dumm verkauft: Erst müssen sie die Abfälle schlucken, dann erfahren sie erst aus der Presse davon, und schließlich können sie sich noch nicht einmal darüber informieren, wohin das Zeug gelangt ist, woher es kommt und welche Möglichkeiten sie haben, sich davor zu schützen. Das ist nicht der mündige Verbraucher. Wiederum waren es CDU, CSU und FDP, die im Bundesrat ein umfassendes Verbraucherinformationsgesetz mit der programmatischen Begründung abgelehnt haben, die ich eben zitiert habe.

Die „Westdeutsche Allgemeine“ vom 7. November spricht in diesem Zusammenhang davon, dass es im System stinkt. In der Tat stinkt es im doppelten Sinne an dieser Stelle. Sie schreibt weiter:

„Nach drei Lebensmittelskandalen binnen weniger Wochen wühlen wir nun wieder im Abfall, um nachzuforschen, wie oder ob vergammeltes, verdorbenes, nicht für den Verzehr bestimmtes Fleisch auf den Teller des Verbrauchers gelangt ist.“

Das, meine Damen und Herren, darf in einem Land wie Deutschland nicht passieren. Man kann als Minister nicht so einfach sagen: Da war kriminelle Energie am Werk, die sich nun einmal nicht kontrollieren lässt. – Das ist ein Offenbarungseid und ein Armutszeugnis. Wir müssen das gesamte System betrachten, zu dem auch ihre programmatischen Äußerungen gehören.

Darüber hinaus öffnen Sie im Bereich der Lebensmittelproduktion die Schleusen: Schweinehaltungserlass, Legehennenverordnung,

(Minister Eckhard Uhlenberg: Das sind doch Tiere, die hier erzeugt werden! Sie haben doch keine Ahnung! Das ist doch Quatsch!)

der Emissionsschutz, den Sie auf Bundesebene für Massentierhaltung lockern wollen – all das spricht für ein System der industriellen Lebensmittelerzeugung. Es öffnet die Schleusen für diejenigen, die sich durch solche Machenschaften bestätigt fühlen.

Sehr geehrter Herr Minister, deshalb brauchen wir mehr Kontrollen, höhere Strafen, schwarze Listen für schwarze Schafe, bundesweite Standards, transparente Verfahren im Fleischhandel einschließlich entsprechender Etikettierung, damit der Verbraucher und die Verbraucherin erkennen können, woher das Produkt tatsächlich kommt, und ein umfassendes Verbraucherinformationsgesetz. Dafür bitte ich Sie sich einzusetzen und unseren Antrag zu unterstützen. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Vielen Dank. Das war eine punktgenaue Landung. – Als nächste Rednerin hat Frau Abgeordnete Fasse von der CDU-Fraktion das Wort. Bitte schön.

Marie-Luise Fasse (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir stimmen mit dem Antrag der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen darin überein, dass es uns allen darum geht, die Verbraucher in Zukunft so sicher wie möglich vor dem Verzehr von Lebensmitteln oder auch medizinischen Produkten zu bewahren, die gesetzeswidrig aus Schlachtabfällen hergestellt wurden.

Die Behandlung und Verwertung von Schlachtabfällen der Kategorie 3 der EU-Basisverordnung darf in Zukunft nur noch nach den strengen Regeln dieser Verordnung möglich sein. Auslöser für den aktuellen Lebensmittelskandal in Bayern war bekanntermaßen Material der Kategorie 3. Entsprechend der EU-Verordnung hätte dieses Material unverzüglich abtransportiert, gekennzeichnet und als Abfall beseitigt oder nach speziellen Methoden von zugelassenen Betreibern verarbeitet werden müssen.

Es bestehen nach dieser Verordnung für die Behandlung von Fleischabfällen der Kategorie 3 detaillierte gesetzliche Regeln. Auf diese Weise sind riesige Mengen Fleischmüll – so will ich es einmal drastisch bezeichnen – zu behandeln. Nach Schätzungen sollen allein in Deutschland jährlich 2,5 Millionen t Schlachtabfälle im Jahr anfallen, von denen knapp 1 Million t der sogenannten Kategorie 3 angehört.

Meine Damen und Herren, bei dieser Menge ungenießbarer Schlachtabfälle, die in der EU auf insgesamt 14 Millionen t jährlich geschätzt werden, bestehen unabsehbare und nicht völlig auszuschließende Möglichkeiten des Missbrauchs. Ein Verbraucherinformationsgesetz kann den Missbrauch nicht wirksam bekämpfen. Es geht vorrangig um eine Verhinderung missbräuchlicher Verwendung.

Die am Anfang geforderten Dokumentationspflichten und Kontrollen bringen auf jeden Fall einen erhöhten Bürokratieaufwand und übersteigen die personellen und finanziellen Möglichkeiten der Gemeinden. In Nordrhein-Westfalen sind die Kommunen für den größten Teil der Untersuchungen zuständig. Nach einer Stellungnahme der ehemaligen Umweltministerin Frau Höhn vom 9. März 2005 werden 190.000 Lebensmittelbetriebe überprüft, 167.000 Kontrollbesuche gemacht und 100.000 Lebensmitteluntersuchungen durchgeführt. Damit dürften die Grenzen des auf diesem Gebiet mit vertretbarem Aufwand Machbaren erreicht sein.

Wenn Frau Höhn nunmehr aufgrund der aktuellen Meldungen über den Verkauf verdorbenen Geflügelfleisches der Landesregierung eine zu lasche Handhabung der Kontrollen vorwirft, so muss sie sich mit Recht fragen lassen, weshalb sie beim damaligen Fleischskandal die jetzt von ihr als so dringend erforderlich angesehenen vermehrten Lebensmittelkontrollen nicht angeordnet hat?

(Beifall von der CDU)

Die von ihr beklagte konservative Kehrtwendung in der Verbraucherpolitik hat in der Realität nicht stattgefunden. Das Ministerium hat vielmehr sofort nach Bekanntwerden des Lebensmittelskandals in Bayern sämtliche Betriebe in Nordrhein-Westfalen untersucht, die mit solchen Fleischabfällen in Berührung kommen. Unregelmäßigkeiten wurden nicht festgestellt, Herr Remmel.

In der Vergangenheit ist seitens der CDU jede Anstrengung unternommen worden, die Lebensmittelüberwachung effektiv durchzuführen und einen möglichst hohen Verbraucherschutz zu gewährleisten. In diesem Zusammenhang verweise ich auch auf unseren Antrag vom 7. Mai 2005 in der Drucksache 13/1170 mit dem Titel „Verbraucherschutz auch in NRW stärken – für eine praxisnahe Umsetzung der EU-Lebensmittelhygienevorschrift“. Der jetzigen Regierungskoalition Untätigkeit vorzuwerfen kann deshalb nur als unverständlich und völlig unbegründet bezeichnet werden.

Lebensmittelkontrollen hätten den aktuellen Skandal in Bayern nicht verhindern können. Es wurde nach bisherigem Kenntnisstand aus Fleischabfall der Kategorie 3 auf dem LKW-Transport durch Austausch der Begleitpapiere und Umdeklarierung Rohstoff für Lebensmittel. Kriminelle Machenschaften dieser Art lassen sich mit größtmöglicher Sicherheit nur ausschließen, wenn Abfälle der Kategorie 3 schon an ihrem Entstehungsort in den Schlachthöfen unveränderbar als solche gekennzeichnet und fälschungssicher dokumentiert werden.

Hier bietet sich der Maßnahmenkatalog an, den der bayerische Verbraucherschutzminister Schnappauf am 27. Oktober 2005 in seinem Bericht an das Bundesverbraucherschutzministerium aufgezeigt hat. Dieser Katalog schlägt Maßnahmen wie auffällige Kennzeichnung der K3-Behälter und Begleitpapiere, ein Rückmeldesystem der Begleitscheine, Einführung einer Zulassungspflicht für Transporteure der Fleischabfälle und Einfärben des Materials beziehungsweise Behandlung mit Fisch- oder Leberaromen vor.

Meine Damen und Herren, zum Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher ist bei Gesetzesverstößen die frühzeitige, gegenseitige und offene Unterrichtung aller Behörden zu gewährleisten. Es sind auch in Zukunft, wie hier schon geschehen, Produkte und Firmen der Öffentlichkeit bekannt zu geben. Auch die in diesem Zusammenhang oft geäußerte Befürchtung von Schadenersatzforderungen dürfte im Hinblick auf die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts unbegründet sein. Das Gericht hat in einem Beschluss vom 26. Juni 2002 darauf hingewiesen, dass marktbezogene Informationen des Staates den grundrechtlichen Gewährleistungsbereich der betroffenen Wettbewerber nicht beeinträchtigen. Ergreifen staatliche Stellen ihre Informationskompetenz zum Schutz der Verbraucher, dann können sich die betroffenen Unternehmen danach weder auf die Berufsfreiheit noch auf den Eigentumsschutz berufen.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Kommen Sie bitte zum Schluss, Frau Abgeordnete.

Marie-Luise Fasse (CDU): Ja.

Die Informationspflicht des Staates ist meines Erachtens schon aus der allgemeinen Fürsorgepflicht für die Bürger herzuleiten, ohne dass es einer gesetzlichen Regelung bedarf. Würde der Staat die Bürger in diesem Fall nicht informieren, so wäre das einer Duldung strafbarer Handlungen, nämlich eines Betrugs, durch den Staat gleichzusetzen.

Ich kann abschließend die dringende Unterstützung der dargestellten Initiative ohne jede Änderung empfehlen. Einigkeit in den Bundesländern über zu ergreifende Maßnahmen stärkt die Initiativen der Bundesregierung auf EU-Ebene und lässt schnelle Regelungen zum Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher erwarten. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Vielen Dank. – Als nächste Rednerin hat Frau Gottschlich das Wort.

Margret Gottschlich[*)] (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Schlachtabfälle umzudeklarieren und verdorbenes Fleisch in den Handel zu bringen sind kriminelle Handlungen, die wir aufs Schärfste verurteilen.

(Beifall von der SPD)

Die jetzt bekannt gewordenen Skandale stinken im wahrsten Sinne des Wortes zum Himmel. Dabei ist es unerheblich, ob eine Gesundheitsgefährdung durch Schlachtabfälle ausgeschlossen werden kann. Schlachtabfälle sind keine Lebensmittel.

(Beifall von der SPD)

Die Verbraucherinnen und Verbraucher haben ein Anrecht auf gesundheitliche Unbedenklichkeit aller Lebensmittel und auf größtmögliche Sicherheit. Sie wollen und müssen selbst entscheiden, welche Qualität sie einkaufen. Die SPD-Fraktionen auf Bundes- und Landesebene setzen sich daher seit Langem für sichere Lebensmittel sowie umfassende und angemessene Verbraucherinformationsrechte ein.

Wir haben in diese Richtung bereits wichtige Weichen gestellt. Ich verweise hier nur auf das im September in Kraft getretene neue Lebens- und Futtermittelrecht, das umfangreiche Vorgaben zum Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher bei Lebens- und Futtermitteln setzt.

Aber auch die besten rechtlichen Rahmenbedingungen im Lebens- und Futtermittelbereich können nicht verhindern, dass es einzelne schwarze Schafe gibt, die diese Vorgaben zu umgehen wissen.

(Minister Eckhard Uhlenberg: Sehr richtig!)

Es ist daher erforderlich, weitere Schritte zu unternehmen, um die Position der Verbraucher zu stärken und die Lebensmittelsicherheit herzustellen. Wir begrüßen und unterstützen daher die auf Bundesebene im Rahmen der Koalitionsverhandlungen getroffenen Vereinbarungen in diesen Bereichen.

Ich verweise dabei nur auf folgende Punkte: Wir brauchen und unterstützen das vorgesehene Verbraucherinformationsgesetz. Dieses soll den hohen Ansprüchen der Verbraucherinnen und Verbraucher auf Information über gesundheitsgefährdende oder risikobehaftete Produkte gerecht werden.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ebenso brauchen und unterstützen wir eine unabhängige Verbraucherberatung, wie sie auch durch die Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen gegeben wird, damit sich Verbraucher und Wirtschaft auf gleicher Augenhöhe gegenüberstehen.

(Minister Eckhard Uhlenberg: Sehr gut!)

Wir begrüßen, dass privatrechtliche Qualitätssicherungssysteme und amtliche Lebensmittelkontrolle besser verzahnt werden und dass sich die Bundesregierung auf EU-Ebene dafür einsetzen wird, dass die nationalen privatrechtlichen Qualitätssicherungssysteme anerkannt und berücksichtigt werden.

Wir erwarten von der Landesregierung, dass sie die vorgesehenen Maßnahmen im Interesse des Schutzes der Verbraucherinnen und Verbraucher in unserem Land befördert.

(Beifall von der SPD)

Der vorliegende Antrag geht sicherlich in die richtige Richtung. Im Einzelnen besteht aber noch erheblicher Diskussionsbedarf. Das gilt gerade auch vor dem neuen bundespolitischen Hintergrund.

Meine Damen und Herren, wir sehen interessanten und wichtigen Beratungen im Fachausschuss entgegen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Das Wort hat der Abgeordnete Ellerbrock.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Verbraucherschutz und die Lebensmittelsicherheit sind – das ist völlig unstrittig – wichtige Themen, mit denen wir uns befassen. Wir verfügen in Deutschland über hohe Sicherheitsstandards. Dass wir diese anpassen müssen, wie der Kollege Remmel im Antrag fordert, ist auch unstrittig. Mich stört jedoch in dem Antrag das, was ich heute schon einmal kritisiert habe: Er ist inhaltlich flach, und es wird versucht, mit der Angst der Menschen Politik zu machen.

(Beifall von der FDP)

Das ist bei den Grünen ein durchgängiges System und aus meiner Sicht unerträglich. Dafür ist das Thema wirklich nicht geeignet, Herr Kollege.

Wenn alles in der Lebensmittelüberwachung so schlecht ist, frage ich mich: Was ist eigentlich in den letzten Jahren unter der grünen Umweltschutzministerin Bärbel Höhn passiert? Welche maßgeblichen Versäumnisse sind denn zu beklagen? Ich habe Äußerungen dazu aus Ihrer Fraktion ganz anders im Ohr. Das war etwas ganz anderes. Das kann ich mir gar nicht vorstellen, was Sie hier vorstellen.

Meine Damen und Herren, dass wir dem Verbraucherschutz hohen Stellenwert zumessen, mögen Sie unter anderem daran erkennen, dass in der Koalitionsvereinbarung Folgendes dargestellt ist: Wir wollen einen Bericht zum Lebensmittelmonitoring haben. Das hat es bei Ihnen nie gegeben. Darüber sind Sie immer hinweggegangen. Das haben Sie versäumt!

Für die FDP-Fraktion gilt – ich bin sicher, dass die Kollegen von der CDU zustimmen –: Nur der informierte Bürger ist ein mündiger Bürger. Wir müssen nachvollziehbare Qualitätskontrollen und nachvollziehbare Labels haben. Das ist völlig klar.

Wenn man das heutige Problem angeht, müssen wir eindeutig sagen: Es geht um kriminelle Handlungen. Die Kollegin von der SPD nannte es „Schweinkram“; Herr Remmel, Sie nannten es „Fleischmüll“. Sie haben Recht: Das ist nicht zulässig. Das können wir uns nicht bieten lassen. Es muss etwas geschehen. Das ist doch völlig klar.

Allerdings müssen wir ehrlicherweise auch sagen: Eine hundertprozentige Sicherheit gegenüber kriminellem Handeln gibt es nicht. Wir können uns bemühen, das so gut wie möglich zu organisieren. Dazu müssen wir an einem Strick ziehen. Das ist völlig klar. Dem Bürger vorzugaukeln, es gäbe hundertprozentige Sicherheit, entspricht einfach nicht den Möglichkeiten.

Mir liegt Lobhudelei fern. Aber man muss ganz nüchtern feststellen: Ist den Landesbehörden in Nordrhein-Westfalen – über sie sprechen wir – irgendein Vorwurf zu machen, sie hätten zu wenig gehandelt und zu wenige Aktivitäten durchgeführt? – Nein. Es ist vernünftig gehandelt worden. Das bedarf keines besonderen Lobes. Das ist eine Selbstverständlichkeit.

Meine Damen und Herren, heute Morgen lese ich in der „Rheinischen Post“: “Höhn: Politikwende trägt Schuld an Fleischskandal“.

(Minister Eckhard Uhlenberg: Das war gestern!)

– Es war gestern.

Ich zitiere Frau Höhn, die ehemalige Ministerin:

„Der Verbraucherschutz erhält unter schwarz-gelben Regierungen weniger Gewicht. Dadurch fühlen sich schwarze Schafe ermuntert, sich in dem knallharten Preiskampf mit illegalen Methoden einen Vorteil zu verschaffen.“

(Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE] – Heiterkeit von Sigrid Beer [GRÜNE])

Ich unterstelle einfach einmal, das hätte nur einen Hauch von Realität. Dann ist das eine ausgesprochene Blamage für Grün, denn ich lese Ihnen nun einige Skandale aus dem Lebensmittelbereich vor, die unter der Ägide der grünen Umweltministerin Höhn stattgefunden haben.

(Heiterkeit von Ralf Witzel [FDP])

2001 – wir erinnern uns –: Antibiotika in Shrimps asiatischer Herkunft; 2002: schlampige BSE-Tests in Deutschland; 2002: mal wieder Umweltgifte aus Belgien im Futter; 2002: Nitrophen in Bio-Getreide aus Mecklenburg-Vorpommern; 2002: Antibiotika in chinesischem Honig; 2002: Pestizide an nordafrikanischen Erdbeeren; 2002: Acrylamid als Krebsauslöser in gerösteten Produkten nachgewiesen; 2004: Dioxin in Freilandeiern; 2005: Fleischskandal in Deutschland, in Supermärkten großer Ketten wird altes Hackfleisch umetikettiert.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Darf ich Sie in Ihrer Aufzählung unterbrechen, Herr Ellerbrock? Der Abgeordnete Remmel würde gerne eine Zwischenfrage stellen.

Holger Ellerbrock (FDP): Gerne, Herr Kollege.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Bitte schön.

Johannes Remmel[*)] (GRÜNE): Vielen Dank. – Herr Kollege Ellerbrock, würden Sie mir zustimmen, dass sich Frau Staatsministerin a. D.

(Ralf Witzel [FDP]: Oh! Staatsministerin a. D.!)

in all diesen Fällen eindeutig für den Verbraucherschutz stark gemacht hat?

Holger Ellerbrock (FDP): Das Gegenteil von „gut“ ist nicht „schlecht“ sondern „gut gemeint“. Das hat nichts bewirkt.

(Lachen und Beifall von FDP und CDU)

Sie hat gesagt: Es gibt schwarz-gelbe Regierungen. Daraus folgt, dass der Fleischskandal dieser schwarz-gelben Regierung zuzusprechen ist. – Ich habe einfach nur sachgerecht in gleichem Umfang aufgelistet, welche Fleischskandale es in

dem Zeitraum gab, als Frau Staatsministerin a. D. noch als Staatsministerin i. D. – im Dienst – in Nordrhein-Westfalen war. Sie hat demnach völlig versagt. Ihr sind demnach diese Skandale anzulasten.

Diese Blasphemie stellen Sie in diesem Hause dar. Es ist unerträglich, mit der Angst der Leute Politik zu machen, Herr Kollege. Das geht so nicht.

(Beifall von FDP und CDU)

Das ist die geistige Brandstiftung, die ich anprangere. Ich verstehe nicht, dass Sie nicht davon ablassen.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Immer wieder! Wir diskutieren das wenigstens!)

– Operative Hektik ersetzt geistige Windstille bei Ihnen. Darum geht es. Bei Ihrer geistigen Windstille können Sie Ihre Windkraftanlagen subventioniert einbauen, aber nicht an anderen Orten.

(Lachen und Beifall von FDP und CDU – Zurufe von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, nehmen wir einmal den Antrag der Grünen.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Abgeordneter, bitte kommen Sie zum Schluss.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Präsident, das will ich gern tun. Aber die Uhr zeigte eben noch zehn Minuten an, als Sie mich erinnerten – hier am Rednerpult wenigstens.

Meine Damen und Herren, der Antrag der Grünen ist klar.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Abgeordneter Ellerbrock, ich darf das klarstellen.

Holger Ellerbrock (FDP): Zu operativer Hektik besteht überhaupt kein Anlass.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Ellerbrock, sowohl die Frage von Herrn Remmel als auch Ihre Antwort wurden nicht auf Ihre Redezeit angerechnet. Sie haben Ihre fünf Minuten schon mit 16 Sekunden überschritten. Ich bitte Sie, zum Schluss zu kommen.

Holger Ellerbrock (FDP): Gut. Danke schön. Ich werde zum Schluss kommen. Ich werde keinen Kleistschen Schlusssatz bilden.

Zu operativer Hektik gibt es bei diesem flachen Antrag geistiger Brandstiftung überhaupt keinen Anlass. Wir lehnen diesen Antrag ab. Wir werden ihn beraten. Null ist null. Das sollte auch so bleiben. – Danke schön.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Nun spricht für die Landesregierung Herr Minister Uhlenberg.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte zunächst bei den Abgeordneten Frau Fasse, Frau Gottschlich und Herrn Ellerbrock sehr herzlich für die sachlichen Beiträge zu diesem Thema bedanken.

Was Herr Abgeordneter Remmel auf den Weg gebracht hat, passt ins übliche Muster, das wir in den vergangenen Jahren beim Thema „Fleischskandale“ immer wieder erlebt haben: Man will mit der Angst, die natürlich bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern vorhanden ist,

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Zu Recht!)

ein politisches Geschäft machen.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Sie haben zu Recht Angst!)

Deswegen werden wir uns immer wieder auf diese Situation einstellen müssen.

Ich möchte darauf hinweisen, meine Damen und Herren, dass ich von mir aus bereits am 19. Oktober den Ausschuss umfassend über diesen Vorgang informiert habe, was die bayrischen Schlachtabfälle angeht. Es gibt seitdem keine neue Situation. Es gibt seitdem keine neuen Fakten. Ich kann Ihnen nur sagen, dass die Lieferungen aus Bayern – teilweise über Rheinland-Pfalz – nach Nordrhein-Westfalen zu 100 % erfasst worden sind, sodass diese Fleischwaren aus der Kategorie 3 nicht beim Verbraucher gelandet sind. Diese Fakten habe ich dem Ausschuss mitgeteilt. Seitdem gibt es nichts Neues.

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen geht davon aus, dass aufgrund des EU-Rechts die Rückverfolgbarkeit nur für Fleisch der Kategorien 1 und 2 gelte. Dieser Ansatz ist jedoch nicht zutreffend, denn es gibt kein Fleisch der Kategorien 1 und 2.

(Vorsitz: Präsidentin Regina van Dinther)

Herr Kollege Remmel, möglicherweise sind die tierischen Nebenprodukte gemeint. Tierische Nebenprodukte der Kategorien 1 und 2 sind zum Beispiel spezifisches Risikomaterial oder Teile in-

fizierter Tiere beziehungsweise Material von untauglich beurteilten Tieren.

Diese Produkte unterliegen wegen des möglichen Gefahrenpotenzials einer äußerst strengen Reglementierung. So müssen diese Produkte zum Beispiel eingefärbt werden, und sie dürfen nur über Tierkörperbeseitigungsanlagen entsorgt werden – das nur zu Ihrer Information.

In dem Antrag wird zusätzlich gefordert, eine Liste aller Betriebe zu erstellen und zu veröffentlichen, die sich eines Verstoßes gegen das Lebensmittel- oder Futtermittelrecht schuldig gemacht haben. Lassen Sie mich bei dieser Gelegenheit noch einmal deutlich machen, dass die Betriebe in Nordrhein-Westfalen bei dem ersten Vorgang und auch bei dem zweiten Vorgang, den wir in den letzten Tagen hatten – ich werde gleich dazu noch etwas sagen –, Opfer und nicht Täter dieses Geschehens waren.

(Beifall von der CDU)

Deshalb werde ich Sie nicht auf irgendwelchen Listen anprangern, zumal noch nicht endgültig feststeht, ob überhaupt Katagorie-3-Material in den Produkten damals vorhanden war. Meine Damen und Herren, ich glaube, dass dieser Weg falsch ist und wir uns sehr schnell in der Situation befinden, auch Arbeitsplätze von Firmen aufs Spiel zu setzen, die nach näherem Hinsehen möglicherweise nicht betroffen sind.

In meiner relativ kurzen Amtszeit habe ich schon solche Erfahrungen gemacht, dass mir Firmen genannt worden sind. Wenn ich die genannt hätte, meine Damen und Herren, dann wären die Firmen in größte Schwierigkeiten gekommen. Deswegen gibt es sinnvollere Wege als die, die in Ihrem Antrag stehen. Wenn nämlich so etwas wirklich festgestellt wird, dann kann man gemeinsam mit den Firmen einen sinnvollen Weg der Öffentlichkeitsarbeit wählen, damit man an die Öffentlichkeit geht, vor allen Dingen, wenn die Firmen selber Opfer einer solchen Situation sind. Da muss man ihnen helfen und man darf sie nicht an den Pranger stellen, weil in dieser Situation möglicherweise Hunderte von Arbeitsplätzen gefährdet sind.

Das ist, glaube ich, ein Thema, bei dem die Grünen nicht so sensibel sind. Mit diesen Menschen haben sie es nicht so. Deswegen, meine Damen und Herren, gehe ich mit diesen Firmen anders um, als Sie es in Ihrem Antrag stehen haben.

(Beifall von der CDU)

Ich möchte deutlich machen, dass bei diesem Fleischskandal, den wir in den letzten Tagen hatten, 3.200 kg nach Nordrhein-Westfalen gekommen sind, von denen wir 2.800 kg sichergestellt haben. Das ist darauf zurückzuführen, dass die Behörden in Nordrhein-Westfalen ihre Aufgabe gemacht haben. Darüber bin ich auch sehr froh.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch eines deutlich machen: Aus dem Antrag der Grünen geht fälschlicherweise hervor, dass der Staat in der Lage wäre, eine hundertprozentige Sicherheit der Verbraucher herzustellen. Nein, an dieser Stelle sagen wir ganz klar: Zunächst einmal ist die Wirtschaft gefordert, für die Lebensmittelsicherheit zu sorgen. Jede Firma, die Lebensmittel einkauft, die Lebensmittel in ihrem Betrieb verarbeitet, ist ganz konkret gefordert. Die Firmen sind zunächst einmal für die Lebensmittelsicherheit zuständig.

(Beifall von der CDU)

Der Staat, meine Damen und Herren, hat eine ergänzende Funktion. Er hat eine sehr wichtige Funktion, in dem Zusammenhang für die Lebensmittelsicherheit zu sorgen. Dem kommen wir in Nordrhein-Westfalen nach. Frau Kollegin Fasse hat die entsprechenden Zahlen genannt. Ich will sie aus Zeitgründen nicht noch einmal wiederholen.

Herr Kollege Remmel, wenn Ihnen dieses Thema Lebensmittelsicherheit ein so hohes Gut ist, dann muss ich doch einmal die Frage stellen, weshalb Ihre frühere Ministerin, Frau Höhn, dieses BDO-Gutachten zur Neuorganisation der Lebensmitteluntersuchungen in Nordrhein-Westfalen, das seit dem Jahr 2003 vorliegt, das mit viel Geld auf den Weg gegeben wurde, in die Schublade gelegt hat, weshalb bis zum Jahre 2005 in der Frage der Neuorganisation der Lebensmittelämter in Nordrhein-Westfalen – der kommunale Bereich und der staatliche Bereich sind davon betroffen –, nichts geschehen ist, weshalb man in der Frage der Lebensmitteluntersuchungsämter in Nordrhein-Westfalen heute nicht so gut aufgestellt ist wie andere Bundesländer?

Wenn Sie sich hier schon hinstellen und in dieser Form die Arbeit der Landesregierung kritisieren, dann sollten Sie sich zunächst einmal die Frage stellen, meine Damen und Herren, weshalb dieses Gutachten nicht umgesetzt worden ist. Wenn Sie noch einmal Kontakt zu meiner Vorgängerin haben, dann sollten Sie auch sagen, dass es kein guter Stil ist zu erklären, mit der neuen Landesregierung seien die Verbraucherstandards in Nordrhein-Westfalen abgesenkt worden. Dabei ist das Gegenteil der Fall.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Minister Uhlenberg, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Ellerbrock?

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Es ist in der Tat so, dass man hier mit den Sorgen der Menschen Politik machen will. Wenn Sie hier sagen, im Bereich der Agrarpolitik hätte sich der Schweinehaltungserlass geändert, so ist es doch inzwischen unser Problem, dass immer mehr Lebensmittel aus dem Ausland zu uns nach Nordrhein-Westfalen kommen.

Vor 20, 30 Jahren standen die Behörden vor einer ganz anderen Situation. Da kam etwas Kakao hierhin. Viele andere Lebensmittel kamen nicht zu uns ins Land. Heute kommen täglich Tausende von Tonnen Fleisch und Lebensmittel nach Nordrhein-Westfalen, die kontrolliert werden müssen. Wir stehen heute vor ganz anderen Herausforderungen.

Deshalb ist es auch Aufgabe einer neuen Agrarpolitik, in Nordrhein-Westfalen dafür Sorge zu tragen, dass der Selbstversorgungsgrad von Lebensmitteln nicht weiter abgesenkt wird, wie das bei Ihnen in den vergangenen Jahren der Fall war,

(Beifall von der CDU)

dass immer mehr Lebensmittel aus der ganzen Welt zu uns nach Nordrhein-Westfalen kommen. Wir möchten durch unsere Politik dazu beitragen, dass die Produkte bei uns im Land erzeugt werden, dass der Landwirtschaft geholfen wird, Produkte in diesem Land Nordrhein-Westfalen zu erzeugen, insbesondere weil wir den großen Verbrauchermarkt von 18 oder 19 Millionen Verbrauchern in Nordrhein-Westfalen direkt vor unserer Tür haben.

Meine Damen und Herren, hier ist viel zu tun. Ich freue mich auf die Debatte im Ausschuss, insbesondere mit den Fraktionen CDU, SPD und FDP. Ich glaube nicht, dass die Grünen noch wichtige Beiträge dazu leisten können. Sie verweigern sich – das zeigen ihre Beiträge –, bei einem so wichtigen Thema einer seriösen Diskussion.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinther: Meine Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrages Drucksache 14/577** an den **Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz.** Die abschließende Beratung und Abstimmung soll dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer mit dieser Überweisungsempfehlung einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zu:

12 Keine Aufweichung des Werbeverbots an Schulen

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/580

Ich eröffne die Beratung und gebe das Wort an Frau Beer.

Sigrid Beer (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bislang hat NRW einen weitreichenden Schutz gegen kommerzielle Produktwerbung. Das ist gut so und das muss weiterentwickelt werden. Es ist genauso richtig, dass es eine erhebliche Grauzone zwischen Sponsoring und der kommerziellen Produktwerbung gibt und dass Schulen weiterhin eine klare Linie und Kriterien für den Umgang mit Sponsoring und Werbung brauchen. Werbung kommt oftmals unter dem Deckmantel Sponsoring daher. Professorin Edda Müller vom Verbraucherzentrale Bundesverband e. V. weist zu Recht darauf hin, dass die Zielgruppe der Kinder und Jugendlichen von der Werbeindustrie auch über die Schule immer wieder gezielt angegangen wird. Dazu nenne ich einige Beispiele:

Eine Firma, die Cerealien auf den Markt bringt, fordert Kinder und Jugendliche auf, ihr Produkt zu kaufen, um Bonuspunkte auf den Packungen zu erwerben. Diese können gegen attraktive Sportgeräte eingetauscht werden. Das geht nur über die Schule mit einem Schulstempel. Viele Schülerinnen müssen sich darauf verständigen, diese Frühstücksflocken zu kaufen, um die nötigen Punkte zusammenzubringen. Auch eine bekannte Keksfirma ging diesen Weg. Es gab über Verpackungspunkte Klassenfahrten zu verdienen: Gruppenzwang zum Kauf von Keksen.

Der Verbraucherzentrale Bundesverband hat deshalb eine Studie in Auftrag gegeben, um das Spannungsfeld von Sponsoring und Werbemaßnahmen auszuloten. Diese wurde jüngst auf einer Tagung vorgestellt. Darin wurde klar gesagt, Sponsoring ist quasi das Sahnehäubchen im Schulalltag zur Ergänzung des notwendigen und

des zu sichernden Kernangebots. Schulen partizipieren aber durchaus sehr unterschiedlich daran. Häufig wird in einer Kommune die Ungleichheit von Schulen in der Ausstattung durch Sponsoring sogar verstärkt.

Aus einigen Umfragen wissen wir, dass die Gymnasien am meisten vom Engagement der Unternehmen mitnehmen können und profitieren. Hauptschulen kommen erheblich weniger in den Genuss des Sponsorings, von Förderschulen ganz zu schweigen. Deswegen muss in einer Kommune sehr genau hingeschaut werden, wie das Sponsoring verläuft. Gleichzeitig muss die Schule ein Raum sein, in dem Produktwerbung nichts zu suchen hat.

Es lohnt sich, genau hinzuschauen, wo sich Firmen unter dem Deckmantel Sponsoring mit Produktwerbung in die Schulen schleichen. Ein Beispiel dafür ist ein großer Softdrinkhersteller mit bekannter dunkler Brause, der Schul-Events sponsert und das mit Plakat- und Anzeigenwerbung in den Schulen offensiv begleitet.

Es ist wichtig, dass sich die Bundesländer in den Fragen von Sponsoring und Produktverbot verständigen. Das wird in den Bundesländern derzeit sehr unterschiedlich gehandhabt. Wir brauchen pädagogische Standards für die Schulen im Umgang mit Sponsoring. Missbrauch muss konsequent über ein Controlling verhindert, Best Practice aber gefördert werden. Es ist ein positiver Aspekt des Sponsorings, dass sich gesellschaftliches Interesse, bürgerschaftliches Engagement und die Beteiligung der Wirtschaft an der Gesamtaufgabe Bildung positiv dokumentieren kann. Ich zitiere gerne noch einmal Prof. Müller zum Abschluss:

> Die finanzielle Grundversorgung der Schulen aus öffentlichen Mitteln ist unabdingbar. Nur so kann eine selbstbewusste Schule ihren Bildungsauftrag wahren, wenn sie sich mit der Wirtschaft einlässt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinther: Vielen Dank, Frau Beer. – Als Nächster hat Herr Jarzombek von der CDU-Fraktion das Wort. Bitte schön.

Thomas Jarzombek (CDU): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Schulsponsoring ist eine sinnvolle Angelegenheit. Es ist nichts Neues, wenn ich Ihnen das heute für die CDU-Fraktion sage. Deshalb habe ich mich gefreut, als ich den Antrag von Bündnis 90/Die Grünen gelesen habe, weil das ganze Thema sehr positiv aufgegriffen wird.

Gewundert habe ich mich allerdings, als ich den Antrag umgedreht und auf der Rückseite ein flammendes Plädoyer gegen Schulsponsoring gefunden habe. Ich habe mich gefragt, wie es eigentlich kommt, dass genau die Gesetze, über die wir sprechen, von Ihrer Fraktion in der letzten Legislaturperiode mit beschlossen wurden.

(Zuruf von der CDU: Sehr schön!)

Wie dem auch sei: Wundern kann man sich.

Kommen wir zu Ihren Forderungen: Sie berufen sich in Ihrem Antrag und in Ihrer Rede im Wesentlichen auf eine Studie der Verbraucherzentralen. Ich habe diese Studie nachgelesen und dabei herausgefunden, der Kern besteht im Wesentlichen darin, dass in drei Bundesländern – Berlin, Sachsen-Anhalt und Bremen –, im Gegensatz zu Nordrhein-Westfalen auch Produktwerbung an den Schulen erlaubt ist. Von daher ist es kein Wunder, dass es dort zu negativen Effekten kommt. Das wirft allerdings die Frage auf, was das mit Nordrhein-Westfalen zu tun hat.

Ihr erster Punkt lautet, dass der Landtag das Verbot von Produktwerbung bekräftigen soll. Warum sollen wir aber etwas bekräftigen, was schon längst Gesetz ist?

Ihr zweiter Punkt beschäftigt sich mit Grauzonen. Wenn Sie über solche Grauzonen schreiben, müssen Sie diese auch definieren. Insofern frage ich mich, wie Sie diese definieren. Das finde ich in Ihrem Antrag nicht. Sie fordern, klare Richtlinien zur Abgrenzung reiner Sponsoring-Maßnahmen gegenüber Werbung an Schulen zu erarbeiten. Warum haben Sie dies nicht im Rahmen Ihres Schulgesetzes im letzten Jahr getan?

Die Frage lautet weiter, wie diese Richtlinien eigentlich aussehen sollen. Kann es überhaupt solche Richtlinien geben? Daraus kann ich nur zwei Schlüsse ziehen: Entweder sind Sie nicht in der Lage, konkrete Vorschläge für solche Richtlinien zu benennen, oder Sie hatten keine Lust dazu. Da ich Ihnen aber weder Faulheit noch Dummheit vorwerfen möchte, müssen wir eine dritte Möglichkeit in Erwägung ziehen, dass es nämlich keine solchen Richtlinien geben kann, die diese Grauzonen vernünftig definieren. Stattdessen schreiben Sie in § 99 des Schulgesetzes, dass Schulen über Sponsorings entscheiden und diese auch bewerten sollen. Wir als CDU trauen den Schulen etwas zu. Die Frage ist, ob Sie das auch tun. Wenn wir mehr Freiheit und Selbstständigkeit

für die Schulen wollen, dann sollten wir gar nicht erst an weitere Regelungen denken.

Ihr dritter Punkt beschäftigt sich mit der KMK. Sie fordern in Ihrem Antrag, dass nationale Standards für Sponsoring über die KMK erarbeitet werden sollen. Ich glaube, hier haben wir einen deutlichen Unterschied in der Wahrnehmung zwischen unserer und Ihrer Fraktion. Wir von der CDU stehen zum Föderalismus. Wir wollen den Wettbewerb zwischen den Bundesländern und sehen Bildung als eine primäre Landesangelegenheit an. Die KMK sollte deshalb nur aktiv werden, wenn es im Wesentlichen um die gegenseitige Anerkennung von Abschlüssen oder um Schnittstellen zwischen den Bundesländern geht. Warum sollen wir als Nordrhein-Westfalen zum Beispiel Herrn Wowereit verbieten, dass an seinen Schulen geworben werden darf? Es stellt sich die Frage, was die SPD-Fraktion davon hält.

(Beifall von der FDP)

Sie sind zwar in keiner Landesregierung mehr vertreten, aber Sie können durch solche Initiativen doch auf Landtagsebene sicherlich einen passenderen Platz dafür finden als den Landtag von Nordrhein-Westfalen. Oder haben Sie etwa Sorgen, bei den Herren Wowereit und Börnsen mit Ihrer Initiative auf Ablehnung zu stoßen?

Deshalb kann ich für meine Fraktion nur zu dem Schluss kommen: Wir freuen uns auf die weitere Diskussion im Fachausschuss. Aber Sie werden an der Stelle Ihre nebulösen Grauzonen auch genau erklären und konkretisieren müssen. Sie werden dort mit ernsthaften Vorschlägen für solche Richtlinien kommen müssen, wenn Sie mit dieser Initiative ernst genommen werden wollen.

Wir werden dann auch darüber sprechen, ob wir ernsthaft Einzelaspekte der Bildungspolitik den Ländern abnehmen wollen und bundesweit vereinheitlichen möchten. Auf diese Diskussion freue ich mich besonders.

Das darf ich Ihnen an dieser Stelle schon sagen: Wir trauen nicht nur den Schulen etwas zu, sondern wir trauen auch den Ländern etwas zu. Deshalb werden wir bei Ihrem Versuch nicht mitmachen, Bildung bundesweit gleichzuschalten. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Jarzombek. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Trampe-Brinkmann. Bitte schön.

Thomas Trampe-Brinkmann[*)] (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Gruppe der Jugendlichen in Deutschland zwischen sechs und neunzehn Jahren verfügt heute über ein geschätztes Taschengeldvolumen von 20 Milliarden €. Darüber hinaus beeinflusst diese Gruppe das Kaufverhalten der Familien in einer kaum zu beziffernden Größe.

Ich bin zwar weit davon entfernt, unsere Kinder als Konsumjunkies zu betiteln, aber diese große Kaufkraft stellt eine interessante Käuferschicht für die Wirtschaft dar. Hierbei geht es nicht nur um den kurzfristigen Verkaufserfolg, sondern auch um die langfristige Bindung der Kinder und Jugendlichen an bestimmte Marken und Trends, über die heutzutage die Gruppenzugehörigkeit definiert wird. Allein schon der Besitz eines bestimmten Handys klärt heutzutage die Zugehörigkeit unserer Kinder zu einem bestimmten Freundeskreis. Dies lässt sich auch auf Turnschuhe, Jeans oder Musik erweitern. Dass die Schule in den Blickwinkel der Wirtschaft gerät, liegt so auf der Hand.

Nach meiner Kenntnis beläuft sich der Werbeetat der deutschen Wirtschaft auf ca. 11 Milliarden € jährlich. Das Bestreben der Firmen, dieses Geld punktgenau, also auch an den Schulen, einzusetzen, ist immens.

Auch wenn der Zentralverband der deutschen Werbewirtschaft die Werbegelder, die an unsere Schulen fließen, bisher als Krümel bezeichnet, zeigen Beispiele aus den USA – Frau Beer hat sie erwähnt –, in welche Richtung die Reise gehen kann.

Es gibt auch bei uns mittlerweile genügend Beispiele, wie Firmen versuchen, Lehrer, Eltern und Schüler mit Produktwerbung zu ködern. So werden zum Beispiel kostenlose Klassenfahrten offeriert, wenn man nur eine ganz bestimmte Sorte Cornflakes isst.

Neben vielen schlechten Beispielen gibt es aber auch sehr gute Beispiele, wie Sponsoring positiv auf unsere Schulen wirken kann. Darum erscheint es mir nötig, auch vor dem Hintergrund der Tagung bei der Verbraucherzentrale, bei der ich anwesend war, den Diskurs über die Begrifflichkeiten von Spenden, Sponsoring und Werbung noch einmal zu führen.

Das im Februar dieses Jahres verabschiedete Schulgesetz hat die Möglichkeiten für Schulsponsoring eröffnet und Produktwerbung klar verboten. Liebe Kolleginnen und Kollegen, vor dem Hintergrund immer knapper werdender kommunaler Haushalte können Schulen durch Sponsoring Finanzlücken schließen und sich so neue Möglich-

keiten eröffnen. Es muss aber klar sein, dass der staatliche Bildungsauftrag im Vordergrund jeglichen Bemühens stehen muss.

(Beifall von der SPD – Dr. Axel Horstmann [SPD]: Darauf kommt es an!)

Es muss gelten: Sponsoring ja, aber nicht um jeden Preis.

Die Schulen in unserem Land müssen auch weiterhin der Platz bleiben, an dem kritisch über alle gesellschaftlichen und ökonomischen Interessen und in diesem Zusammenhang auch über Werbung diskutiert werden muss.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Daher ist es für uns wichtig, dass alle Sponsoringmaßnahmen in einem transparenten Prozess eingeleitet werden, an dem neben der Schulleitung auch die Schulkonferenzen, also Eltern und Schüler, sowie der Schulträger beteiligt sind.

Sponsoring muss darüber hinaus auch klar in einem zeitlichen und materiellen Umfang vertraglich festgelegt werden. Es sollte unserer Ansicht nach eine kommunale Berichterstattung über alle Maßnahmen in einer Kommune durchgesetzt werden.

Ebenso ist es wichtig, dass aus allen fließenden Mitteln ein Pool gebildet wird, um so zu verhindern, dass nicht nur reiche Schulen in reichen Städten oder Stadtteilen Nutznießer solcher Fördermaßnahmen werden.

(Beifall von der SPD)

Ein Teil dieser Mittel sollte ebenso an alle Schulen einer Kommune fließen, auch an solche, die eben nicht die Möglichkeit der Drittmittelbeschaffung haben.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Bildungshoheit und Bildungsautonomie des Staates dürfen nicht den wirtschaftlichen Interessen der werbenden Wirtschaft untergeordnet werden. Das Abstandsgebot und das Diskursgebot staatlicher Bildungseinrichtungen müssen erhalten bleiben.

Aus diesem Grunde unterstützen wir den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und stimmen der Überweisung an den Schulausschuss zu. Wir freuen uns auf die Diskussion dort. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön. – Für die Fraktion der FDP erteile ich Herrn Witzel das Wort.

Ralf Witzel (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kann mir schlecht vorstellen, dass die FDP-Landtagsfraktion im weiteren Beratungsgang und zu einem späteren Zeitpunkt dem hier von den Grünen vorgelegten Antrag noch etwas Positives abgewinnen kann und sich entschließen könnte, ihm zuzustimmen. Es spricht sehr, sehr viel dafür, dass wir bei unserer klaren Bewertung und Ablehnung bleiben.

Frau Beer, wie Sie das Thema Sponsoring von Schulen hier angefasst haben, war wirklich kleinteiligster staatlicher Steuerungswahn, was hier alles wie festgelegt werden sollte.

Ich würde mir wünschen, dass Sie ähnliche Kontrollziele hätten, wenn es um die Bildungsinhalte und die Qualität des Bildungswesens geht. Wenn wir da nämlich Controllingfragen ansprechen und sagen, wir brauchen Qualitätssicherung und Standardsicherung, dann gibt es bei Ihnen einen großen Aufschrei. Aber beim Sponsoring wollen Sie auf einmal schon ein Controlling, was die kleinteiligsten Finanzströme in der Finanzierung von Schulen angeht, und Sie glauben wieder an die große, starke, ordnende Hand des Staates, nur weil es bei Ihnen einen Pawlowschen Reflex gibt, wenn mal irgendwo Sponsoring auch auf Schulen zukommt.

(Beifall von der FDP)

Ich halte diese Debatte so wie Sie sie hier intonieren für rückwärts gewandt – bei aller Notwendigkeit einer hinreichenden und ausreichenden öffentlichen Finanzierung. Dazu stehen wir. Sie sehen ja, wir handeln. Wir werden den Bildungsbereich zukünftig finanziell besser ausstatten, als Sie das während Ihrer Verantwortung in den letzten zehn Jahren gemacht haben.

(Zurufe von der SPD)

Wir werden zusätzliche Ressourcen auf diesen Bereich konzentrieren. Denn wir sehen die Notwendigkeit, das öffentliche Bildungswesen hinreichend öffentlich zu finanzieren und nicht verfallen zu lassen. Wir sehen ja bei Pisa, was im Ergebnis bei dieser starken Unterfinanzierung herauskommt.

Unser Motto ist: Gartenschlauch statt Gießkanne. Wir müssen uns sehr viel differenzierter auch die Standorte in einem sozial problematischen Umfeld ansehen, die vielleicht nicht die gleichen Zugangsvoraussetzungen wie andere haben, auch was die Mittelakquise angeht. Sie werden dort besonders gefördert, wo ein besonderer Förderbedarf bei Schülern vorliegt.

Gleichzeitig gilt aber, Frau Beer: Jeder zusätzliche Euro, der in die Schulen kommt und zu einer besseren Finanzausstattung beiträgt, ist gut. Wir brauchen ein Rahmengerüst. Das haben wir auch im aktuellen Schulrecht. Es ist völlig klar, dass wir nicht jugendgefährdende Werbung annehmen werden, die auf die Schulen zukommt. Es ist auch völlig klar, dass es keine Konditionierung hin zu inhaltlichen Aussagen des Unterrichts geben darf. Das sind Selbstverständlichkeiten, die in der Vergangenheit praktiziert worden sind, auch bei dem, was Sie im Schulrecht formuliert haben. Das ist doch nicht ernsthaft die Gefahr, die heute an dieser Stelle besteht.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Verbraucherzentrale!)

Wir müssen uns Gedanken machen, wie wir mehr Geld für den Bildungsbereich bekommen, wie wir das zusätzliche Interesse von privatem Engagement mobilisieren, damit ergänzend zu einer hinreichend öffentlichen Finanzierung weitere Qualitätssprünge möglich sind, die alleine die Staatlichkeit nicht gewährleisten kann.

Ich glaube, Frau Beer, mit einem bisschen Realitätssinn betrachtet: Junge Menschen, die nachmittags oder am Wochenende zum Sportverein gehen, die sich in Stadien aufhalten, sehen dort Bandenwerbung. Wenn es gelingt, die alte marode Turnhalle, die zusammenbricht, zu sanieren, und es einen Sponsor gibt, der irgendwo, wie es in jeder anderen Sportstätte der Fall ist, ein bisschen Bandenwerbung aufstellen möchte, dann ist das eher ein Fall, bei dem man sich unterhalten kann, ob man das jetzige Regelungswerk nicht noch lockern und über Öffnungsklauseln nachdenken muss.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Herr Witzel, das ist doch gar nicht das Problem!)

Aber keinesfalls sollte man hier zu weiteren Einschränkungen kommen.

Ein letzter Gesichtspunkt, der mich bei Ihnen wundert, ist Anspruch und Wirklichkeit, wenn es um Schulautonomie geht. Ich kann mir nicht ernsthaft vorstellen, dass an einer Schule, die verantwortungsbewusst mit dem Bildungs- und Erziehungsauftrag umgeht, Schüler in irgendeiner Weise genötigt werden, bestimmte Kekssorten oder Bonbons oder sonst etwas zu essen.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Da wundert mich Ihre Wahrnehmung, die Sie in diesen Bereichen haben, schon sehr.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Uns geht es um mehr Schulautonomie, Frau Beer, und zwar nicht als Worthülse in Sonntagsreden, sondern weil wir das als neue Regierung in Angriff nehmen werden. Sie reden gerne davon, wir machen es.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Wir möchten mehr Schulautonomie. Wir werden deshalb – Sie werden in Kürze unsere neuen gesetzlichen Regelungen sehen – die Themen in Angriff nehmen, die wir angekündigt haben. Es gibt mehr personelle Mitbestimmung in der Schule über die Auswahl des Schulleiters, damit mehr Eigenverantwortung für die Schulgemeinde, in Leitungsfragen den Kurs der Entwicklung dieses Schulstandorts zu begleiten.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Aber die Schülermitbestimmung wird abgeschafft!)

Ich würde mir sehr wünschen, wenn wir Regelungen finden, wie wir die kommunale Entscheidung und Verantwortung jeder einzelnen Schule stärken, sich auch um weitere private Mittel zu bemühen.

Ich glaube, gerade Klassenfahrten – Frau Beer, Sie hatten die Debatte in der letzte Legislaturperiode nicht mitbekommen – sind ein sehr gutes Beispiel. Wenn die werbende Wirtschaft sagt, sie unterstützt das, wofür die öffentliche Hand zu wenig Geld ausgibt, um so soziales Miteinander von Schülern zu ermöglichen, dass sie Klassenfahrten machen können, nachdem wir gemeinsam festgestellt haben, wie wenig Euro pro Klasse das Land in der Vergangenheit zur Verfügung gestellt hat, dann sollten wir uns über diese Finanzspritze freuen und nicht jeden verteufeln, der als privater Sponsor bereit ist, den Bildungsbereich zukünftig besser auszustatten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Witzel. – Für die Landesregierung spricht nun Frau Ministerin Sommer.

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat mit ihrem Antrag „Keine Aufweichung des Werbeverbots an Schulen“ ein Thema aufgegriffen, das aus meiner Sicht von den Schulen sehr verantwortungsvoll behandelt wird. Sicher ist mir auch bekannt, dass es immer wieder mahnende Stimmen gibt, die eine bedenkliche Ausweitung der reinen Produktwerbung in den Schulen befürchten.

In diesem Sinne hat sich jedenfalls im Juni dieses Jahres der Vorsitzende des Deutschen Philologenverbandes, Heinz-Peter Meininger, im Gespräch mit der „Welt“ geäußert. Auch die Studie der Verbraucherzentrale, mehrfach erwähnt, auf die sich die grüne Fraktion in ihrem Antrag stützt, enthält solche kritischen Äußerungen.

Der uns heute vorliegende Antrag zeigt, dass es aber einen offensichtlichen Widerspruch in den Aussagen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gibt. Ich greife das auf, was Herr Witzel anmerkte. Sie treten für die selbstständige Schule ein. Sie wollen selbstständige Schulen und verhindern mit solchen Anträgen den Wettbewerb unter den Schulen. Das passt nicht zusammen. Zur Eigenverantwortlichkeit der Schulen gehört auch der Wettbewerb. Eigenverantwortung bedeutet, dass Schulen selbst darüber entscheiden, wie sie mit Werbung und Sponsoring umgehen.

Das Schulgesetz macht ganz klare Aussagen. Schulleitung, Schulkonferenz und Schulträger müssen sich im Grundsatz und auch im Einzelfall einig werden, wo die Grenzen der Werbung liegen sollen. Es ist klargestellt, dass die Präsentation der Werbung nicht im Vordergrund steht, sondern angemessen und zurückhaltend sein soll.

Sponsoring und Werbung sind behutsam zu handhaben. Das hat seinen Grund. Nicht umsonst findet sich die grundlegende Vorschrift in einem Runderlass des Innenministeriums des Landes zur Verhütung und Bekämpfung von Korruption in der öffentlichen Verwaltung. Hier findet man auch klare Leitlinien für den Umgang mit Sponsoring. Über den Inhalt dieses Erlasses gibt es einen großen Konsens unter den Bundesländern. Darum ist meiner Ansicht nach eine Befassung der KMK mit diesem Thema nicht notwendig.

Das aktuelle Schulgesetz enthält Regelungen zur Werbung in Schulen und zu den Voraussetzungen von Sponsoring-Verträgen. Es sind die gleichen Regelungen, die es schon im Schulverwaltungsgesetz und der Allgemeinen Schulordnung gab. Es gibt bereits eine neunseitige Handreichung des Ministeriums „Schulsponsoring heute“, in der die Rechtslage anhand praktischer Beispiele ausführlich erläutert wird. Die Handreichung ist elektronisch in unserem Bildungsportal verfügbar.

Die neue Landesregierung beabsichtigt zurzeit nicht, an der geltenden Rechtslage etwas zu ändern. Wir werden dafür Sorge tragen, dass die Bezirksregierungen die Schulen über das erlaubte Verfahren noch einmal in Kenntnis setzen und zur Beratung zur Verfügung stehen. – Herzlichen Dank. Einen guten Abend!

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Frau Ministerin. – Es hat sich noch Frau Löhrmann gemeldet. Bitte schön.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine ganz kurze Feststellung: Ich bin dankbar, dass die Ministerin sagt, an der geltenden Gesetzeslage solle aus ihrer Sicht nichts geändert werden. Diese Aussage haben wir heute sehr gerne gehört. Herr Witzel dagegen will etwas anderes.

Es gab einen Vorlauf: Damals war noch Frau Behler im Spiel, die eine viel breitere Öffnung für Werbung wollte. Wir haben es seinerzeit geschafft, Herrn Clement als Ministerpräsidenten von unserer Meinung zu überzeugen. Daraufhin ist das noch geändert worden. Das war uns Grünen sehr, sehr wichtig. Deswegen haben wir uns auch, Herr Trampe-Brinkmann, für eine gesetzliche Regelung eingesetzt und sie auch durchgesetzt, sind also mitnichten untätig gewesen.

Herr Witzel hat hier seine Sprechplatte „Neoliberalismus pur, Wettbewerb ist dieses und jenes“ aufgelegt und gar nicht gemerkt, worüber wir hier eigentlich gesprochen haben.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Widerspruch von der FDP)

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, hat etwas mit Werten zu tun. Und da wissen Sie ja, dass Sie mit Ihrem Koalitionspartner nicht immer so gut aufgestellt sind, wie Sie selber sich das wünschen würden. – Herzlichen Dank und einen schönen Abend.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Frau Löhrmann. – Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrages Drucksache 14/580** an den **Ausschuss für Schule und Weiterbildung.** Die abschließende Beratung und Abstimmung soll dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer dieser Überweisungsempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist die Überweisung einstimmig beschlossen.

Wir kommen zu:

13 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über eine Umlage der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen (UmlG)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/571

erste Lesung

Ich eröffne die Beratung und gebe Herrn Minister Uhlenberg das Wort. Bitte schön.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bei diesem Gesetzentwurf handelt es sich um eine Altlast, die die neue Regierung jetzt abarbeiten muss. Mit der Errichtung des Landesbetriebes Wald und Holz am 1. Januar 2005 wurden die Betriebe der Land- und Forstwirtschaft von der Umlage zur Landwirtschaftskammer befreit, weil der forstliche Bereich in den Landesbetrieb Wald und Holz eingegliedert wurde. Konsequenterweise wurden ab diesem Zeitpunkt durch eine neue Regelung des Umlagegesetzes auch die Betriebe der Forstwirtschaft von der Umlage zur Landwirtschaftskammer befreit.

Bei der Beratung zwischen dem Finanzministerium und meinem Haus wurde festgestellt, dass die Neuregelung des Umlagegesetzes, wie sie von der alten Landesregierung auf den Weg gebracht worden war, nicht praktikabel war, weil der Umlageanteil für die forstlichen Flächen nicht ohne Weiteres herausgerechnet werden konnte. Es handelt sich hier um 100.000 Fälle in Nordrhein-Westfalen. Das betrifft Landwirte, die entweder landwirtschaftliche oder forstwirtschaftliche Flächen besitzen oder beides besitzen. Nachdem die alte Landesregierung damals diesen berühmten Landesbetrieb auf den Weg gebracht hatte, hat sie sich keine Gedanken gemacht, wie man dieses Problem löst. Nach mehrmaligen Nachfragen bei der früheren Ministerin hat man mir damals immer gesagt, es gebe da kein großes Problem. Aber das Problem ist bis zur Stunde noch nicht gelöst.

Deshalb, weil die alte Landesregierung das Problem nicht gelöst hat und wir mehrmals kritisch abgebürstet worden sind, wenn wir nachgefragt haben, legt die neue Landesregierung einen Vorschlag zur Änderung des Umlagegesetzes vor. In diesem Entwurf wird das sehr komplexe Problem des Abzugs des forstlichen Anteils an der Umlage dadurch gelöst, dass bei der Umlageerhebung vom Einheitswert der sogenannte Waldwert abzuziehen ist. Der Waldwert ist der durchschnittliche Wert des Verhältnisses von forstlicher Fläche zu landwirtschaftlicher Fläche. Dieser Abzug erfolgt durch die Finanzverwaltung ab 2006 ohne weitere Inanspruchnahme der Umlagepflichtigen.

Im Hinblick auf das weit fortgeschrittene Verfahren zur Erhebung der Umlage 2005 sieht der Entwurf außerdem vor, dass für dieses Jahr die Umlage von allen Betrieben der Land- und Forstwirtschaft zunächst in voller Höhe erhoben wird. Dann wird der Umlagebetrag, der dem Waldwert entspricht, dem Umlagepflichtigen auf Antrag zurückerstattet. Die Rückerstattung erfolgt sozusagen im Wege der Amtshilfe durch den Landesbetrieb Wald und Holz. Einmalig für 2005 kann statt der Rückerstattung auf der Basis des Waldwertes bei Vorlage des Einheitswertbescheides auch eine Rückerstattung auf der Grundlage des in ihm enthaltenen forstlichen Vergleichswertes erfolgen.

Das Gesetz, meine Damen und Herren, soll rückwirkend ab 1. Januar 2005 in Kraft treten, weil es auch Regelungen zur Erhebung der Umlage für das laufende Jahr 2005 enthält.

Die Neuregelung wurde mit allen Beteiligten intensiv diskutiert. Ich kann Ihnen sagen: Kein Mensch ist begeistert, auch nicht die beteiligten Verbände, mit denen wir diskutiert haben, insbesondere der Waldbauernverband. Aber inzwischen haben alle eingesehen, dass es keinen anderen Weg gibt als dieses komplizierte Verfahren, damit der von der früheren und abgewählten Landesregierung eingerichtete Landesbetrieb in Nordrhein-Westfalen irgendeine Grundlage bekommt. Deswegen müssen wir dieses Gesetz jetzt machen.

Ich bitte um Unterstützung aller Fraktionen des Landtags Nordrhein-Westfalen, damit der Landesbetrieb Wald und Holz in Nordrhein-Westfalen, von der früheren Regierung gewollt, von der früheren Opposition bekämpft, seine Arbeit in Ruhe aufnehmen kann. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Minister Uhlenberg. – Eine weitere Debatte ist für heute nicht vorgesehen. Ich schließe damit die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Gesetzentwurfs Drucksache 14/571** an den **Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz.** Wer ist mit dieser Überweisungsempfehlung einverstanden? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist diese Überweisung einstimmig beschlossen.

Meine Damen und Herren, wir kommen zu:

14 Gesetz über die Veranstaltung und Durchführung von Lotterien und Ausspielungen durch das Land Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/570

erste Lesung

Ich eröffne die Beratung und gebe das Wort an Herrn Minister Dr. Wolf.

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach dem Staatsvertrag zum Lotteriewesen in Deutschland haben die Länder die ordnungsrechtliche Aufgabe, ein ausreichendes Glücksspielangebot sicherzustellen. Diese Aufgabe nehmen sie gemäß § 5 Abs. 2 des Staatsvertrages auf gesetzlicher Grundlage wahr.

In Nordrhein-Westfalen besteht bisher keine gesetzliche Regelung für die Veranstaltung von Lotterien und Ausspielungen durch das Land. Die Lotterien Zahlenlotto 6 aus 49 am Sonnabend, Zahlenlotto 6 aus 49 am Mittwoch, Keno, Glücksspirale, Rubbellotterie und die Zusatzlotterien Spiel 77, Super 6 und Plus 5 werden in Nordrhein-Westfalen von dem Unternehmen Westlotto veranstaltet und durchgeführt.

Diese Lotterien und Ausspielungen wurden in der Vergangenheit auf der Grundlage der Lotterieverordnung genehmigt. Diese Verordnung ist mit Inkrafttreten des Staatsvertrages zum Lotteriewesen und des Lotterieausführungsgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen außer Kraft getreten.

Der Gesetzentwurf dient dazu, eine neue rechtliche Grundlage für die Tätigkeit von Westlotto zu schaffen. Er sieht vor, die Veranstaltung und die Durchführung von Lotterien und Ausspielungen in Nordrhein-Westfalen der Firma Westlotto zu übertragen. Darüber hinaus regelt er Prüfungs- und Kontrollbefugnisse der Glückspielaufsicht, die durch das Innenministerium und das Finanzministerium wahrgenommen werden.

Ich bitte Sie, diesem Gesetzentwurf zuzustimmen, und bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von FDP und CDU)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Dr. Wolf. Wir sind am Schluss der Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Gesetzentwurfs Drucksache 14/570** an den **Innenausschuss** – federführend – sowie an den **Haushalts- und Finanzausschuss.** Wer dieser Empfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer enthält sich? – Wer stimmt mit Nein? – Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zu:

15 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung von § 15a des Gesetzes betreffend die Einführung der Zivilprozessordnung (Ausführungsgesetz zu § 15a EGZPO – AG § 15a EGZPO)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/244

Beschlussempfehlung und Bericht
des Rechtsausschusses
Drucksache 14/532 – Neudruck

zweite Lesung

Eine Debatte ist zu diesem Tagesordnungspunkt nicht vorgesehen.

Der Rechtsausschuss empfiehlt in seiner **Beschlussempfehlung Drucksache 14/532 – Neudruck –,** den Gesetzentwurf Drucksache 14/244 unverändert anzunehmen. Wer mit dieser Beschlussempfehlung einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist das einvernehmlich **angenommen.**

Wir kommen zu:

16 Beschlüsse zu Petitionen

Übersicht 14/4

Wird hierzu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Dann stelle ich gemäß § 91 Abs. 7 unserer Geschäftsordnung fest, dass diese **Beschlüsse zu Petitionen** durch Ihre Kenntnisnahme **bestätigt** sind.

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende unserer heutigen Sitzung.

Die **nächste Sitzung** findet statt am Mittwoch, 30. November 2005, 10 Uhr.

Ich wünsche Ihnen einen angenehmen Abend.

Die Sitzung ist damit geschlossen.

Schluss: 18:47 Uhr

---

*) Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 96 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.